



Motiv Mensch

Sozialen Wandel gestalten



Sozialbericht 2024

für den Rheinisch-Bergischen Kreis

Ein Projekt des Rheinisch-Bergischen Kreises in Zusammenarbeit mit der/dem

- Rheinisch-Bergischer Kreis
- Stadt Bergisch Gladbach
- Stadt Burscheid
- Gemeinde Kürten
- Stadt Leichlingen
- Gemeinde Odenthal
- Stadt Overath
- Stadt Rösrath
- Stadt Wermelskirchen
- AWO – Kreisverband Rhein-Oberberg
- Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis
- Deutschen Roten Kreuz – Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis
- Diakonie im Rheinisch-Bergischen Kreis
- Der Paritätische NRW e.V. – Kreisgruppe Oberbergischer Kreis und Rheinisch-Bergischer Kreis
- Jobcenter Rhein-Berg



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor mittlerweile zehn Jahren startete der Sozialplanungsprozess „Motiv Mensch“ im Rheinisch-Bergischen Kreis als gemeinsame Initiative der kreisangehörigen Kommunen, des Rheinisch-Bergischen Kreises, dem Jobcenter Rhein-Berg sowie der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege. Die Entwicklung seit dem ersten Sozialbericht 2017 habe ich in meiner damaligen Funktion als Kreistagsmitglied mit großem Interesse verfolgt. Als Sozialdezernent ist es auch mir ein Anliegen, soziale Teilhabe für alle Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis zu ermöglichen.

In den letzten Jahren lassen sich weltweit wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungsprozesse beobachten, die nicht zuletzt auch die Lebensverhältnisse bei uns im Rheinisch-Bergischen Kreis beeinflussen. Demographische Entwicklung, Zuwanderung, Segregation, Armut und Teilhabe sind Themen, die für die Städte und Gemeinden eine zentrale Bedeutung haben. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt dabei entscheidend von der Bewältigung der Veränderungen ab. Um den sozialen Zusammenhalt zu sichern, ist es vor allem wichtig, problematische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Nur vorausschauendes und präventives Vorgehen wird es uns ermöglichen, Fehlentwicklungen zu vermeiden und sparsam und vor allem wirksam mit den finanziellen und personellen Ressourcen umzugehen. Auch wenn die sozialpolitische Arbeit in einem nicht unerheblichen Umfang durch Landes- und Bundesrecht geregelt ist und daher auf kreisweiter und kommunaler Ebene oft nicht unmittelbar beeinflusst werden kann, sind die politischen Antworten von Kreis und Kommune auf soziale Herausforderungen prägend für das Gemeinschaftsgefühl in einer Stadt. Es gilt lebendige Nachbarschaften zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Gegebenenfalls auch mit Maßnahmen und Projekten, die über die dem Sozialwesen direkt zugeordneten Leistungen hinausgehen.

Dazu benötigen Politik und Verwaltung empirisch gesicherte Grundlagen und qualifizierte Abstimmungsprozesse aller relevanter Akteure. Mit dem kleinräumigen Sozialmonitoring sowie den organisations- und ämterübergreifenden Planungsdialogen im Rahmen des Sozialplanungsprozesses wurden wichtige Schritte bewältigt, um dem Bedarf an Know-how und Instrumenten (politischer) Steuerung zu entsprechen. Daher freue ich mich über die Veröffentlichung des mittlerweile dritten kreisweiten Sozialberichts, der die erfolgreich implementierten Strukturen verstetigt und mit der Erweiterung durch den Dynamikindex um einen zusätzlichen, präventiven Blickwinkel sinnvoll ergänzt.

Der diesjährige Bericht zur sozialen Lage im Rheinisch-Bergischen Kreis zeigt zweierlei: Zum einen gibt es viele hervorragende Ansätze in den Kommunen, die soziostrukturelle Entwicklung ihrer Quartiere voranzubringen. Zum anderen ist die soziale Lage in den kreisangehörigen Kommunen im Landesvergleich zwar gut und stabil – allerdings weiterhin heterogen im inter- und intrakommunalen Vergleich. Daraus lässt sich jedoch nicht schlussfolgern, dass die geschilderten Maßnahmen keine Wirkung erzielen. Wirkungsmessung im Sozialbereich ist höchst komplex und positive Veränderungen bei einer relativ kleinen Anzahl von Menschen im Quartier sind mit gleichen Indikatoren nicht nachzuweisen. Richtet man den Blick hingegen auf die individuell erwirkten Veränderungen von Verhalten, Fähigkeiten oder Lebensbedingungen bei den Mitgliedern der Zielgruppe, so bestärkt es die beteiligten Akteure, im gemeinsamen Bemühen um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht nachzulassen.

Mein herzlicher Dank und meine Anerkennung gilt all jenen, die durch das Teilen von Fachwissen und Informationen, Bereitstellen von Daten und konstruktiven Rückmeldungen zur Anfertigung des dritten Sozialberichts beigetragen haben. Die Sozialberichterstattung symbolisiert Anfang und Ende jedes Planungszyklus. Lassen Sie uns den neuen kreisweiten Sozialbericht als Impulsgeber für Denkanstöße und Einladung zu einem gemeinsamen Dialog verstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Jürgen Langenbucher

Dezernent für

Soziales, Arbeit und Inklusion | Gesundheit | Familie und Jugend



Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	IV
Tabellenverzeichnis.....	VIII
1. Einleitung.....	1
2. Strategische Sozialplanung „Motiv Mensch – Sozialen Wandel gestalten“ im Rheinisch-Bergischen Kreis.....	3
2.1. Grundlagen des Sozialplanungsprozesses.....	3
2.2. Elemente des Sozialplanungsprozesses.....	3
2.2.1. Sozialmonitoring und Sozialberichterstattung.....	3
2.2.2. Sozialatlas „Motiv Mensch“.....	4
2.2.3. Fachplanungskonferenzen.....	5
2.2.4. Sozialraumkonferenzen.....	5
2.3. Übersicht über Berichtswesen der Fachplanungen als Elemente der Sozialplanung.....	6
3. Kreisportrait.....	8
3.1. Bevölkerungsstand und -entwicklung.....	10
3.2. Bevölkerungssalden.....	11
3.3. Altersstruktur.....	12
3.4. Haushaltsstruktur.....	14
3.5. Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund.....	15
3.6. Bildungsabschlüsse.....	17
3.7. Einkommen und Erwerbstätigkeit.....	18
3.8. Wahlbeteiligung.....	23
3.9. Wohnen.....	24
4. Exkurs: Fachkraft gesucht – Ein Überblick zu den Herausforderungen in der Arbeitskräftesicherung und möglichen Handlungsstrategien.....	26
4.1. Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt und die Auswirkungen auf die Fachkräftesicherung.....	26
4.2. Aktuelle Fachkräftesituation.....	28
4.2.1. Berufsfachliches Ungleichgewicht („Berufsfachlicher Mismatch“).....	29
4.2.2. Fachkräftesituation nach Branchen und Anforderungsniveau.....	30
4.2.3. Fachkräftesituation in ländlichen Räumen.....	32
4.3. Fachkräftesituation in ausgewählten Berufsfeldern.....	33
4.3.1. (Alten-)Pflege.....	33
4.3.2. Kinderbetreuung und -erziehung.....	35
4.3.3. Ambulante ärztliche Versorgung.....	36
4.4. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel.....	37
4.5. Best-Practice-Beispiele aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis.....	41
4.5.1. (Alten-) Pflege.....	41
4.5.2. Kindertagesbetreuung.....	43
4.5.3. Gesundheitliche Versorgung.....	44
4.6. Einschätzungen zur Fachkräftesituation im Rheinisch-Bergischen Kreis.....	45
4.6.1. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW).....	45

4.6.2. Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach	47
4.6.3. Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Rheinisch-Bergischen Kreis	50
5. Kleinräumige Analyse: Methodisches Vorgehen.....	53
5.1 Räumliche Gliederung: Wohnplätze der Sozialplanung	53
5.2 Zusammensetzung und Berechnung des Indikators.....	62
5.2.1 Veränderungen bei den Indikatoren im Vergleich zu früheren Sozialberichten	62
5.2.2 Verwendete Indikatoren im Sozialbericht 2024	63
5.2.3 Berechnung des Status- und Dynamikindex.....	64
5.3 Datenschutz	66
6. Kleinräumige Analyse: Ergebnisse	67
6.1 Statusindex	67
6.2 Dynamikindex	69
6.3 Kombinierte Auswertung.....	71
7. Handlungsräume aus der Sozialberichterstattung	72
7.1. Bockenberg (Bergisch Gladbach).....	72
7.1.1. Wohnplatzsteckbrief	73
7.1.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	80
7.1.3. Entwicklungen im Handlungsraum	82
7.2. Stadtmitte-Heidkamp (Bergisch Gladbach)	84
7.2.1. Wohnplatzsteckbrief Stadtmitte	85
7.2.2. Wohnplatzsteckbrief Heidkamp	92
7.2.3. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	99
7.2.4. Entwicklungen im Handlungsraum	100
7.3. Gronau-Hand (Bergisch Gladbach)	103
7.3.1. Wohnplatzsteckbrief	104
7.3.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	111
7.3.3. Entwicklungen im Handlungsraum	113
7.4. Lückerath (Bergisch Gladbach)	116
7.4.1. Wohnplatzsteckbrief	117
7.4.2. Ergebnisse der Impulsgruppe	127
7.5. Zentrum Nord (Burscheid)	128
7.5.1. Wohnplatzsteckbrief	129
7.5.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	136
7.5.3. Entwicklungen im Handlungsraum	140
7.6. Cremers Weiden (Leichlingen)	148
7.6.1. Wohnplatzsteckbrief	149
7.6.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	156
7.6.3. Entwicklungen im Handlungsraum	159
7.7. Untereschbach (Overath)	162
7.7.1. Wohnplatzsteckbrief	163
7.7.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	173
7.7.3. Entwicklungen im Handlungsraum	177

7.8. Rösrath-Mitte (Rösrath)	180
7.8.1. Wohnplatzsteckbrief	181
7.8.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	188
7.8.3. Entwicklungen im Handlungsraum	191
7.9. Innenstadt-Ost (Wermelskirchen)	199
7.9.1. Wohnplatzsteckbrief	200
7.9.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz	207
7.9.3. Entwicklungen im Handlungsraum	210
Anhang	215
Anhang A: Räumliche Gliederung	216
Anhang B: Indikatorenkatalog	218
Anhang C: Methodische Erläuterungen	226
Anhang D: Fachkräftemangel	229
Anhang E: Literaturverzeichnis	230

Abbildungsverzeichnis

	SEITE
ABBILDUNG 1:	8
ABBILDUNG 2:	8
ABBILDUNG 3:	9
ABBILDUNG 4:	10
ABBILDUNG 5:	11
ABBILDUNG 6:	12
ABBILDUNG 7:	13
ABBILDUNG 8:	13
ABBILDUNG 9:	14
ABBILDUNG 10:	15
ABBILDUNG 11:	16
ABBILDUNG 12:	16
ABBILDUNG 13:	17
ABBILDUNG 14:	18
ABBILDUNG 15:	19
ABBILDUNG 16:	20
ABBILDUNG 17:	20
ABBILDUNG 18:	21
ABBILDUNG 19:	22
ABBILDUNG 20:	22
ABBILDUNG 21:	23
ABBILDUNG 22:	24
ABBILDUNG 23:	25
ABBILDUNG 24:	27
ABBILDUNG 25:	29
ABBILDUNG 26:	30
ABBILDUNG 27:	31

ABBILDUNG 28:	Stellenüberhangsquote nach Berufsbereichen für die Jahre 2022 und 2023	31
ABBILDUNG 29:	Entwicklung pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen im Rheinisch-Bergischen Kreis insgesamt und in rechnerischen Vollzeitstellen	35
ABBILDUNG 30:	Entwicklung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Rheinisch-Bergischen Kreis zwischen 2008 und 2022 nach Nationalität	38
ABBILDUNG 31:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Rheinisch-Bergischen Kreis	48
ABBILDUNG 32:	Entwicklung der Stellen im Rheinisch-Bergischen Kreis	48
ABBILDUNG 33:	Fachkräftesituation im Rheinisch-Bergischen Kreis	49
ABBILDUNG 34:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis	53
ABBILDUNG 35:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Bergisch Gladbach	54
ABBILDUNG 36:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Burscheid	55
ABBILDUNG 37:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Kürten	56
ABBILDUNG 38:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Leichlingen	57
ABBILDUNG 39:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Odenthal	58
ABBILDUNG 40:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Overath	59
ABBILDUNG 41:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Rösrath	60
ABBILDUNG 42:	Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Wermelskirchen	61
ABBILDUNG 43:	Indikator 3.4 aus der Schuleingangsuntersuchung für den Rheinisch-Bergischen Kreis vor und nach der Korrektur für das jeweilige Berichtsjahr	63
ABBILDUNG 44:	Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex)	68
ABBILDUNG 45:	Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Dynamikindex)	70
ABBILDUNG 46:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Bockenberg	72
ABBILDUNG 47:	Einwohnerzahlen im WPS Bockenberg nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	73
ABBILDUNG 48:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Bockenberg (Statusindex)	74
ABBILDUNG 49:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Bockenberg	75
ABBILDUNG 50:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Bockenberg	76f.
ABBILDUNG 51:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Bockenberg für die Jahre 2022 und 2023	78f.
ABBILDUNG 52:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Stadtmitte-Heidkamp	84
ABBILDUNG 53:	Einwohnerzahlen im WPS Stadtmitte nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	85
ABBILDUNG 54:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Stadtmitte (Statusindex)	86
ABBILDUNG 55:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Stadtmitte	87
ABBILDUNG 56:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Stadtmitte	88f.
ABBILDUNG 57:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Stadtmitte für die Jahre 2022 und 2023	90f.

ABBILDUNG 58:	Einwohnerzahlen im WPS Heidkamp nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	92
ABBILDUNG 59:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Heidkamp (Statusindex)	93
ABBILDUNG 60:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Heidkamp	94
ABBILDUNG 61:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Heidkamp	95f.
ABBILDUNG 62:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Heidkamp für die Jahre 2022 und 2023	97f.
ABBILDUNG 63:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Gronau-Hand	103
ABBILDUNG 64:	Einwohnerzahlen im WPS Gronau nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	104
ABBILDUNG 65:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Gronau (Statusindex)	105
ABBILDUNG 66:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Gronau	106
ABBILDUNG 67:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Gronau	107f.
ABBILDUNG 68:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Gronau für die Jahre 2022 und 2023	109f.
ABBILDUNG 69:	Kartografische Darstellung des Wohnplatz Lückerath	116
ABBILDUNG 70:	Einwohnerzahlen im WPS Lückerath nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im RBK	117
ABBILDUNG 71:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Lückerath (Statusindex)	118
ABBILDUNG 72:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Lückerath	119
ABBILDUNG 73:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Lückerath	120f.
ABBILDUNG 74:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Lückerath für die Jahre 2022 und 2023	122f.
ABBILDUNG 75:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Lückerath vom Mittelwert des Rheinisch-Bergischen Kreises (Dynamikindex)	124
ABBILDUNG 76:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Lückerath	125
ABBILDUNG 77:	Veränderungen der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Lückerath in Prozentpunkten	126
ABBILDUNG 78:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Zentrum-Nord	128
ABBILDUNG 79:	Einwohnerzahlen im WPS Zentrum Nord nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	129
ABBILDUNG 80:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Zentrum Nord (Statusindex)	130

ABBILDUNG 81:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den Zentrum Nord	131
ABBILDUNG 82:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Burscheid und WPS Zentrum Nord	132f.
ABBILDUNG 83:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Zentrum Nord für die Jahre 2022 und 2023	134f.
ABBILDUNG 84:	Außen- und Innenansicht des „Burscheider Büdchen“	141
ABBILDUNG 85:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Cremers Weiden	148
ABBILDUNG 86:	Einwohnerzahlen im WPS Cremers Weiden nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	149
ABBILDUNG 87:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Cremers Weiden (Statusindex)	150
ABBILDUNG 88:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den Cremers Weiden	151
ABBILDUNG 89:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Leichlingen und WPS Cremers Weiden	152f.
ABBILDUNG 90:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Cremers Weiden für die Jahre 2022 und 2023	154f.
ABBILDUNG 91:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Untereschbach	162
ABBILDUNG 92:	Einwohnerzahlen im WPS Untereschbach nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	163
ABBILDUNG 93:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Untereschbach (Statusindex)	164
ABBILDUNG 94:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Untereschbach	165
ABBILDUNG 95:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Overath und WPS Untereschbach	166f.
ABBILDUNG 96:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Untereschbach für die Jahre 2022 und 2023	168f.
ABBILDUNG 97:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Untereschbach vom Mittelwert des Rheinisch-Bergischen Kreises (Dynamikindex)	170
ABBILDUNG 98:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Untereschbach	171
ABBILDUNG 99:	Veränderungen der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Untereschbach in Prozentpunkten	172
ABBILDUNG 100:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Rösrath-Mitte	180
ABBILDUNG 101:	Einwohnerzahlen im WPS Rösrath-Mitte nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	181
ABBILDUNG 102:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Rösrath-Mitte (Statusindex)	182
ABBILDUNG 103:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den Rösrath-Mitte	183
ABBILDUNG 104:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Rösrath und WPS Rösrath-Mitte	184f.

ABBILDUNG 105:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Rösrath-Mitte für die Jahre 2022 und 2023	186f.
ABBILDUNG 106:	Quartierskümmerner in Gesprächen auf dem „Roten Sofa“	194
ABBILDUNG 107:	Einladung zum offenen Bürgerabend	195
ABBILDUNG 108:	Kartografische Darstellung des Handlungsraums Innenstadt-Ost	199
ABBILDUNG 109:	Einwohnerzahlen im WPS Innenstadt nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis	200
ABBILDUNG 110:	Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Innenstadt (Statusindex)	201
ABBILDUNG 111:	Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Innenstadt	202
ABBILDUNG 112:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Wermelskirchen und WPS Innenstadt	203f.
ABBILDUNG 113:	Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Innenstadt für die Jahre 2022 und 2023	205f.
ABBILDUNG A1:	Räumliche Gliederung des Sozialmonitorings im Rheinisch-Bergischen Kreis – Wohnplätze der Sozialplanung (WPS)	216

Tabellenverzeichnis

		SEITE
TABELLE 1:	Bevölkerungsstand und -prognose für den Rheinisch-Bergischen Kreis und die kreisangehörigen Kommunen	11
TABELLE 2:	Seniorenhaushalte in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises im Jahr 2022	15
TABELLE 3:	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in € im Jahr	19
TABELLE 4:	Wohnplätze der Sozialplanung in Bergisch Gladbach und ihre Einwohnerzahl	54
TABELLE 5:	Wohnplätze der Sozialplanung in Burscheid und ihre Einwohnerzahl	55
TABELLE 6:	Wohnplätze der Sozialplanung in Kürten und ihre Einwohnerzahl	56
TABELLE 7:	Wohnplätze der Sozialplanung in Leichlingen und ihre Einwohnerzahl	57
TABELLE 8:	Wohnplätze der Sozialplanung in Odenthal und ihre Einwohnerzahl	58
TABELLE 9:	Wohnplätze der Sozialplanung in Overath und ihre Einwohnerzahl	59
TABELLE 10:	Wohnplätze der Sozialplanung in Rösrath und ihre Einwohnerzahl	60
TABELLE 11:	Wohnplätze der Sozialplanung in Wermelskirchen und ihre Einwohnerzahl	61
TABELLE 12:	Schema zur Klassifizierung der Wohnplätze der Sozialplanung für den Statusindex	65
TABELLE 13:	Schema zur Klassifizierung der Wohnplätze der Sozialplanung für den Dynamikindex	65
TABELLE 14:	Kreuztabelle für die kombinierte Auswertung von Status- und Dynamikindex	66
TABELLE 15:	Verteilung der Wohnplätze der Sozialplanung anhand der Summe der Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert (Statusindex).	67
TABELLE 16:	Verteilung der Wohnplätze der Sozialplanung anhand der Summe der Entwicklungen der Indikatoren zwischen 2021 und 2023 (Dynamikindex).	69
TABELLE 17:	Verteilung der Wohnplätze der Sozialplanung anhand des Status- und Dynamikindex.	71

TABELLE A.1:	Räumliche Gliederung des Sozialmonitorings im Rheinisch-Bergischen Kreis – Wohnplätze der Sozialplanung (WPS)	217
TABELLE D.1:	TOP-5-Gesundheits- und Sozialberufe nach Fachkräftelücke und Anforderungsniveau	229

1. Einleitung

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfolgt zusammen mit den kreisangehörigen Kommunen, dem Jobcenter Rhein-Berg und der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege das Ziel, die Lebensbedingungen der Menschen im Kreisgebiet zu verbessern und allen eine faire Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb beteiligen sich die genannten Akteure seit 2015 gemeinsam unter dem Leitbild „Motiv Mensch – Sozialen Wandel gestalten“ am Aufbau eines kreisweiten Sozialplanungsprozesses. Als wichtiges Steuerungselement soll die Sozialplanung die bestehenden Strukturen aufeinander abstimmen und in einer Gesamtstrategie zusammenführen, so dass die Lebensverhältnisse und Teilhabechancen der Menschen im gesamten Kreisgebiet verbessert und regionale Ungleichheiten abgebaut werden. Sie ersetzt dabei keinesfalls die jeweiligen Fachplanungen oder themenspezifischen Einzelplanungen (vgl. Kapitel 2.3), sondern ist vielmehr als verbindende Klammer anzusehen.

Herzstück des Sozialplanungsprozesses ist eine umfassende Sozialberichterstattung, in der kleinräumige Daten auf Quartiersebene - im Kontext der Sozialplanung „Motiv Mensch“ handelt es sich dabei um die sogenannten *Wohnplätze der Sozialplanung* - themenübergreifend zusammengestellt und in der zeitlichen Entwicklung aufbereitet werden. So können die Quartiere beziehungsweise Wohnplätze in ihrer Struktur und Genese bewertet und negative Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Der Sozialbericht ist vor diesem Hintergrund ein geeignetes Instrument, das Politik, Verwaltung sowie öffentlichen und privaten Akteurinnen und Akteuren die notwendigen Informationen zur Verfügung stellt, die sie zu einer zielorientierten, räumlich fokussierten und ressourcenschonenden Entscheidungsfindung benötigen.

Der Sozialbericht 2024 beginnt mit einem einführenden Überblick über die Elemente des Sozialplanungsprozesses „Motiv Mensch“ (vgl. Kapitel 2). Analog zu den Sozialberichten [2017](https://www.rbk-direkt.de/sozialbericht-2017-mit-vorwort.pdf?forced=true)¹ und [2021](https://www.rbk-direkt.de/motiv-mensch-sozialbericht-2021.pdf?forced=true)² folgt anschließend die Darstellung allgemeiner demographischer und sozioökonomischer Entwicklungen im Rheinisch-Bergischen Kreis, die bei der Einordnung und Interpretation der kleinräumigen Daten unterstützen können (vgl. Kapitel 3). Dabei werden erstmals auch Daten aus dem Zensus 2022 ausgewertet. Mit Kapitel 4 folgt ein Exkurs zum Thema Fachkräftemangel, der auch im Sozialbereich zunehmend zu Versorgungsengpässen, höherem Arbeitsdruck bei steigenden Fallzahlen und schlechteren Arbeitsbedingungen führt. Nach einer Schilderung der aktuellen Situation und bekannter (theoretischer) Lösungsansätze werden konkrete Maßnahmen aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis vorgestellt.

Im Folgenden konzentriert sich der Bericht auf die Darstellung der Ergebnisse der kleinräumigen Auswertungen (Kapitel 6), deren Methodik in Kapitel 5 ausführlich erläutert wird. Für die Bewertung der Handlungsbedarfe in den Wohnplätzen wird neben den Daten des Sozialmonitorings auch das Expertenwissen der zuständigen Fachakteurinnen und -akteure herangezogen. Im Vergleich zu den Vorjahresberichten weist der Sozialbericht 2024 dabei eine Neuerung auf: Neben der Beschreibung der Wohnplätze im Rheinisch-Bergischen Kreis, in denen die betrachteten Sozialindikatoren zu einem bestimmten Zeitpunkt im kreisweiten Vergleich besonders ausgeprägt sind und für daher soziale Herausforderungen und einen erhöhten Handlungsbedarf vermuten lassen (*Statusindex*), wird mit dem sogenannten *Dynamikindex* ein zusätzliches „Frühwarnsystem“ eingeführt (vgl. Kapitel 5.2.3). Dabei werden die Ausprägungen der Sozialindikatoren über die letzten drei Erhebungszeitpunkte miteinander

¹ <https://www.rbk-direkt.de/sozialbericht-2017-mit-vorwort.pdf?forced=true>

² <https://www.rbk-direkt.de/motiv-mensch-sozialbericht-2021.pdf?forced=true>

verglichen und Wohnplätze identifiziert, in denen sich eine Entwicklung oder Verschärfung sozialer Schieflagen andeutet.

Der Sozialplanungsprozess fokussiert sich vor allem auf diejenigen Wohnplätze, für die die Auswertung entweder des Statusindex oder einer Kombination von Status- und Dynamikindex einen erhöhten Handlungsbedarf signalisiert. Darüber hinaus besteht für alle Wohnplätze die Option, jederzeit und unabhängig von der Höhe der Indexwerte in den Prozess einzusteigen. In Kapitel 7 wird der Stand aller aktuellen Sozialplanungsprozesse in mittlerweile acht Wohnplätzen präsentiert. Dabei sind die Prozesse in Abhängigkeit von ihrem Startzeitpunkt, den jeweiligen kommunalen Rahmenbedingungen sowie den gewählten Handlungsfeldern unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Präsentation umfasst die Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes auf Grundlage der Daten aus dem Sozialmonitoring und den Ergebnissen der kommunalen Fachplanungskonferenzen sowie eine Darstellung des bisherigen Umsetzungsstandes.

2. Strategische Sozialplanung „Motiv Mensch – Sozialen Wandel gestalten“ im Rheinisch-Bergischen Kreis

2.1. Grundlagen des Sozialplanungsprozesses

Die Herstellung gleichwertiger Lebenslagen und Teilhabechancen für alle Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis und der Abbau regionaler Ungleichheiten sind die zentralen Ziele des Sozialplanungsprozesses „Motiv Mensch – Sozialen Wandel gestalten“. Dafür nimmt er eine wichtige Steuerungsfunktion innerhalb der Verwaltung ein, indem er die Fachplanungen aus dem Sozialbereich in einer abgestimmten Gesamtstrategie zusammenführt, bestehende Strukturen aufeinander abstimmt und Synergien schafft. Durch die damit bewirkte Optimierung der Planungsprozesse werden Angebote und Leistungen besser mit den bestehenden Bedarfen synchronisiert und die Entwicklung einer nachhaltigen und bedarfsgerechten Infrastruktur angestoßen. So werden langfristig nicht nur die Unterstützungsbedarfe der Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis gemindert oder gänzlich vermieden, sondern auch die knappen finanziellen und personellen Ressourcen effizient und effektiv eingesetzt.



Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der genannten Steuerungsfunktion ist die Identifikation und Analyse der Bedarfs- und Angebotsstrukturen. Dies erfolgt im Rahmen verschiedener ressortübergreifender Gremien und Arbeitskreisen, die die Schnittstellen zwischen Fachämtern, Verwaltungen, Trägern, sozialen Angeboten und Menschen im Quartier darstellen. Durch die klare Bezugnahme auf datengestützte Fakten können hierbei gefühlte Problemlagen bestätigt oder aber widerlegt und (politische) Diskussionen versachlicht werden.

2.2. Elemente des Sozialplanungsprozesses

2.2.1. Sozialmonitoring und Sozialberichterstattung

Maßgeblich für die Entwicklung passgenauer Maßnahmen ist eine möglichst präzise Kenntnis der konkreten Lebensumstände der Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis. Nur so ergibt sich die Möglichkeit, frühzeitig problematische Entwicklungen festzustellen, den Bedarf an Hilfen und sozialen Einrichtungen zu messen sowie relevante Handlungsperspektiven zielgerichtet zu entwickeln. Daher wurde eine kleinräumige und kreisweit einheitliche Dateninfrastruktur mit Daten aus dem Sozialbereich aufgebaut, die die Transparenz über soziale Zustände und Entwicklungsprozesse in den sogenannten Wohnplätzen der Sozialplanung fördert (vgl. Anhang A). Diese Wohnplätze stellen im Vergleich zu den bisher üblichen kommunalen oder stadtteilbezogenen Bezugsgrößen kleinere und in sich homogenere Raumeinheiten dar (vgl. Anhang B). Aktuell enthält das Sozialmonitoring Kennzahlen aus den Themenfeldern Demographie, Migration, Grundsicherung, Jugendhilfe, Gesundheit und Pflege. Durch das kleinräumige Sozialmonitoring, welches einen Vergleich der Kennzahlen sowohl zu einem bestimmten Stichtag (Statusindex) als auch über mehrere Erhebungszeitpunkte (Dynamikindex) ermöglicht, ist es uns möglich Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, regional einzuordnen und Maßnahmen bedarfsgerecht zu gestalten.

Die Daten des Sozialmonitorings sind Grundlage für die kreisweite Sozialberichterstattung, die in einem regelmäßigen Abstand einen planungsübergreifenden Blick auf die soziale Lage in den Wohnplätzen gewährt und dabei die kleinräumige Datenanalyse mit einem integrierten und partizipativen Planungsprozess verbindet. Zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Wohnplätzen gilt das Leitprinzip „Ungleiches ungleich behandeln“. Folglich konzentrieren sich die Sozialplanung und der Sozialbericht auf die Wohnplätze, bei denen die Daten aus dem Sozialmonitoring den größten Bedarf anzeigen. Die bisher erschienenen Sozialberichte 2017 und 2021 können auf der [Homepage](#)³ der Kreisverwaltung eingesehen werden.

Die kleinräumige Datengrundlage wird daher zunehmend als Grundlage für die Fachplanungen im Sozialbereich eingesetzt. Neben der regelmäßigen kreisweiten Sozialberichterstattung nutzen mittlerweile auch die Pflegebedarfsplanung und das Kreisjugendamt im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans die Datenstruktur zur Ableitung von Handlungsschwerpunkten und -empfehlungen. Ferner werden die kleinräumigen Indikatoren als objektiver Maßstab für bedarfsgerechte Maßnahmensteuerung genutzt, sofern entweder keine Ressourcen für ein flächendeckendes Angebot vorhanden sind oder ein flächendeckendes Angebot nicht sinnvoll ist. Nicht zuletzt sind die sozialräumlichen Daten ein wichtiger Baustein bei der Erstellung von Förderanträgen oder integrierten Handlungskonzepten.

2.2.2. Sozialatlas „Motiv Mensch“

Neben der Bedarfsanalyse ist die Kenntnis über die vorhandene Angebotsstruktur eine weitere zentrale Voraussetzung für die kleinräumige Versorgungsanalyse und die Bewertung lokaler Versorgungsniveaus. Viele Fachbereiche haben bereits im Rahmen ihres Planungsauftrags analoge oder digitale Datenbanken aufgebaut, die zwar zum Teil Daten aus anderen Fachbereichen aufgreifen, allerdings untereinander nicht vernetzt sind. Ein erhöhter Such- und Pflegeaufwand sowie eine höhere Fehleranfälligkeit hinsichtlich Vollständigkeit und Aktualität sind die Folge. Ein integrierter Ansatz wie im Rahmen der Bedarfsermittlung mit einer zentralen, themenübergreifenden und aktuellen Datenbank fehlte hier lange. Mit dem *Sozialatlas „Motiv Mensch“* ist eine digitale, interaktive und übersichtliche Kartenanwendung entstanden, die diese Lücke füllt.



Der Sozialatlas wurde in Zusammenarbeit mit vielen Akteurinnen und Akteuren aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis und mit Unterstützung des Amts für Liegenschaftskataster und Geoinformation, basierend auf einer Idee des Kreis Borken, entwickelt. Es handelt sich um ein laufendes Projekt, das stetig ausgebaut und weiterentwickelt wird. Aktuell umfasst die Datenbank etwas mehr als 2.200 Angebote aus unterschiedlichen Themenfeldern (zum Beispiel Bildung/ Vereinbarkeit Familie, Pflege und Beruf/ Arbeit/ Aktives Altern/ Begegnung, Teilhabe und Freizeit/ Mobilität/ Gesundheit). Zu jedem Angebot sind Detailinformationen wie beispielsweise Kontaktmöglichkeiten, Öffnungszeiten oder eine Angebotsbeschreibung hinterlegt. Verschiedene Filter und Suchoptionen (Stichwort, Adresse, Umfeld) erhöhen die Benutzerfreundlichkeit und ermöglichen eine schnelle zielgerichtete oder räumliche Suche.

Die Fachplanungen können die Darstellung für eine Versorgungsanalyse und die Bewertung lokaler Versorgungsniveaus nutzen, indem sie die Daten aus dem Sozialmonitoring und die Angebotslandschaft in einer gemeinsamen Karte kombinieren. Für Bürgerinnen und Bürger bietet der Sozialatlas

³ <https://www.rbk-direkt.de/sozialplanung.aspx>

verschiedene Möglichkeiten, sich entweder ganz allgemein über Angebote in der Umgebung zu informieren oder zielgerichtet nach passenden Dienstleistungen zu suchen.

Zum Sozialatlas „Motiv Mensch“ gelangen Sie über folgenden Link: www.sozialatlas-rbk.de

2.2.3. Fachplanungskonferenzen

Die Sozialplanung „Motiv Mensch“ versteht sich als gemeinsamer Planungsansatz verschiedener Fachämter und berücksichtigt bei der Ableitung passgenauer Angebote und Maßnahmen die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Im Anschluss an den Sozialbericht, in dem Wohnplätze mit erhöhtem Handlungsbedarf identifiziert wurden, werden durch die Sozialplanung in den betroffenen Wohnplätzen sogenannte *kommunale Fachplanungskonferenzen* einberufen. Dort wird von einem interdisziplinär besetzten Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Ressorts der Kommune, des Kreises und des Jobcenters Rhein-Berg eine fachliche Bewertung der Indikatoren aus dem Sozialmonitoring für einen Wohnplatz vorgenommen und um zusätzliches Erfahrungswissen der Teilnehmenden sowie regionale Spezifika ergänzt. Anschließend werden gemeinsam Handlungsfelder analysiert, Zielgruppen identifiziert und Handlungsempfehlungen abgeleitet.

Eine besondere Form der Fachplanungskonferenzen stellen die **Impulsgruppen** dar. Während sich die Einberufung der Fachplanungskonferenzen nach den Ausprägungen des Statusindex richtet, sind für die Impulsgruppen die Ergebnisse der kombinierten Auswertung von Status- und Dynamikindex maßgeblich. Befindet sich ein Wohnplatz in der zeithöchsten Statusindex-Kategorie und verzeichnet über die letzten drei Erhebungszeitpunkte eine überdurchschnittlich negative Entwicklung (höchste Kategorie beim Dynamikindex), berät eine an den kommunalen Fachplanungskonferenzen angelehnte, möglichst interdisziplinär besetzte Gruppe von Fachplanerinnen und -planern über die Aufnahme des Wohnplatzes in den Sozialplanungsprozess.

2.2.4. Sozialraumkonferenzen

Die Entwicklung von Maßnahmen und Zielen erfolgt unter Einbezug der Zielgruppe und lokaler Akteurinnen und Akteure, da diese bedeutsame Wissensträgerinnen und -träger hinsichtlich spezifischer Lebenszusammenhänge sind und über konkrete Vorstellungen verfügen, wie ihr sozialer Raum im Interesse der anvisierten Entwicklung zu überdenken ist. Dabei können verschiedene partizipative Methoden zum Einsatz kommen, die im Rahmen dieses Prozesses unter dem Begriff der Sozialraumkonferenz subsummiert werden. Für die Durchführung der Sozialraumkonferenzen sind die jeweiligen Kommunen federführend verantwortlich. Als Unterstützung bei der Konzeption und Umsetzung von Quartiersprojekten stand den Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis im Zeitraum von Anfang 2023 bis Ende 2024 die *Fachstelle strategische Quartiersentwicklung* beratend zur Seite. Die Fachstelle war Bestandteil des Förderprogramms „[Zusammen im Quartier – Sozialplanung initiieren, weiterentwickeln und fördern](#)“⁴ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen. Über die Entwicklung in den Wohnplätzen und die erarbeiteten Maßnahmen wird regelmäßig im Rahmen der Sozialberichterstattung berichtet.

⁴ <https://www.mags.nrw/armutsbekaempfung-und-sozialplanung>

2.3. Übersicht über Berichtswesen der Fachplanungen als Elemente der Sozialplanung

Der integrative Charakter der Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis bedeutet nicht, dass die themenspezifischen Fachplanungen wegfallen. Die Sozialplanung fördert vielmehr die Verbindung und Verzahnung der unterschiedlichen Fachplanungsprozesse und liefert mit dem Sozialmonitoring und der Sozialberichterstattung eine wertvolle und einheitliche Planungsgrundlage.

Folgende Berichte wurden zuletzt im Rahmen des Sozialplanungsprozesses im Dezernat für Soziales, Arbeit und Inklusion, Gesundheit, Familie und Jugend veröffentlicht:

- **Seniorenbericht:** Der erste Seniorenbericht für den Rheinisch-Bergischen Kreis konnte im September 2024 veröffentlicht werden. Beim „*Seniorenbericht 2023/2024 – Bericht über die Lebenslagen älterer Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis*“ handelt es sich um einen umfänglichen Basisbericht, der verschiedenen Themen des Altwerdens und Altseins beleuchtet. Es steht die vorpflegerische, präventive Perspektive auf das Leben im Alter im Fokus. Ein Herzstück des Seniorenberichts ist die umfassende Seniorenbefragung, die im April/Mai 2023 durchgeführt wurde (7.263 Personen der Altersgruppe 65+ wurden postalisch angeschrieben, 3.157 Personen haben geantwortet; 43 % Rücklauf). Es wurde in 32 Fragen insgesamt sechs Themenfelder abgefragt, darunter unter anderem Wohnen, soziale Teilhabe, Digitalisierung und Mobilität. Das zweite Herzstück sind die aus den Ergebnissen abgeleiteten Handlungsempfehlungen, die die kommunale Seniorenplanung und Seniorenarbeit in den nächsten Jahren als Handlungsgrundlage und Arbeitswerkzeug begleiten sollen. Der Seniorenbericht ist auf der Seite der Seniorenplanung zu finden: <https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=5388>
- **Pflegebericht:** Der Pflegebericht 2023 (Örtliche Planung des Rheinisch-Bergischen Kreises für die Jahre 2023-2026) erfüllt den gesetzlichen Auftrag des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen (APG NRW), das eine Bestandsaufnahme der Pflegeangebote, die Prüfung der Bedarfsdeckung und die Betrachtung notwendiger Maßnahmen vorschreibt. Er analysiert demografische Trends, zeigt die erwartete Pflegebedarfsentwicklung und beleuchtet den Fachkräftemangel. Es werden konkrete Bedarfszahlen auf kommunaler und Kreisebene genannt und Verteilungen auf die Wohnplätze der Sozialplanung dargestellt. Handlungsempfehlungen fokussieren auf die Gewinnung von Pflegekräften sowie den Ausbau von Versorgungs- und Präventionsstrukturen. Der Bericht dient Kommunen und Akteurinnen und Akteuren als Leitfaden zur strategischen Weiterentwicklung der Pflegeangebote. Der Pflegebericht ist unter folgendem Link zu erreichen: <https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=3397>
- **Gesundheitsbericht:** Die kommunale Gesundheitsberichterstattung ist eine Kernaufgabe der unteren Gesundheitsbehörde und im Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW) verankert. Die Gesundheitsberichterstattung wurde 2024 im Rheinisch-Bergischen Kreis neu konzipiert. Der Fokus des neuen Basisberichtes liegt auf der visuellen Aufbereitung und deskriptiven Beschreibung der Daten, um die Lesbarkeit und Interpretierbarkeit auch für fachfremde Leserinnen und Leser zu erleichtern. Der Basisgesundheitsbericht 2024 beinhaltet ausgewählte Indikatoren der gesundheitlichen Lage Erwachsener, die zukünftig fortgeschrieben und erweitert werden können. Die Daten werden auf Kreisebene und im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen dargestellt. Die Abschnitte zu relevanten sozio-ökonomischen Daten erfolgten in

Zusammenarbeit und Absprache mit der Sozialplanung. Der „Gesundheitskompass für den Rheinisch-Bergischen Kreis. Basisgesundheitsbericht 2024“ wird im Ausschuss für Gesundheit, Rettungswesen und Verbraucherschutz (GRV) vom 20.11.2024 veröffentlicht. Für die Erstellung möglicher aus den Daten resultierender Handlungsoptionen wird unter Wahrung des ÖGDG NRW eine Unter-Arbeitsgruppe der Kommunalen Gesundheitskonferenz einberufen.

Der Basisgesundheitsbericht 2024 ist unter folgendem Link einsehbar: <https://t1p.de/akgj2>.

- Kinder- und Jugendförderplan: Das Kinder- und Jugendfördergesetz verpflichtet den öffentlichen Jugendhilfeträger zur Aufstellung eines Kinder- und Jugendförderplanes für die Handlungsfelder der Jugendförderung (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz). Hierin werden die notwendigen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen und Ziele zur Förderung junger Menschen festgelegt. Der Plan hat immer Gültigkeit für die Laufzeit für einer Wahlperiode. Dem Kinder- und Jugendförderplan ist im Prozess der Jugendhilfeplanung der Strukturdatenbericht vorgeschaltet. Der vierte Strukturdatenbericht (<https://www.rbk-direkt.de/Dienstleistung.aspx?dlid=496>) aus 2020 betrachtet neben allgemeinen statistischen Daten, Ergebnisse der Sozialberichterstattung „Motiv Mensch“, die Berichte der geförderten Träger, Erkenntnisse aus Jahresgesprächen, Qualitätsdialogen und den Ergebnissen von regelmäßig stattfindenden Arbeitskreis- und Planungsgruppensitzungen der zeigt Tendenzen und Bedarfe auf und gibt Empfehlungen für die Schwerpunktsetzung des Kinder- und Jugendförderplans 2021-2026 (<https://www.rbk-direkt.de/Dienstleistung.aspx?dlid=496>). Die Laufzeit des aktuellen Kinder- und Jugendförderplans endet am 31.12.2026. Aktuell wird die Erstellung des fünften Strukturdatenberichtes 2020-2024 und des Kinder- und Jugendförderplans ab 2027 vorbereitet.

3. Kreisportrait

Der Rheinisch-Bergische Kreis (RBK) liegt im südlichen Nordrhein-Westfalen und bildet die Nahtstelle zwischen dem Rheinland und dem Bergischen Land. Im Westen grenzt er an die Metropole Köln, im Nordwesten beziehungsweise Norden an den Ballungskern Leverkusen, den Kreis Mettmann sowie das Bergische Städtedreieck (Solingen- Remscheid – Wuppertal), im Osten an den Oberbergischen Kreis und im Süden an den Rhein-Sieg-Kreis.

Der Rheinisch-Bergische Kreis umfasst eine Fläche von ungefähr 437 km², die sich auf acht Kommunen verteilt. Im Kreisgebiet leben knapp 290.000 Personen, von denen rund 113.000 auf die zentral gelegene Stadt Bergisch Gladbach entfallen. Bei den übrigen Kommunen Leichlingen, Burscheid und Wermelskirchen im Norden, Kürten und Odenthal in der Mitte und Overath und Rösrath im Süden des Kreisgebiets beträgt die Einwohnerzahl zwischen 15.000 (Odenthal) und 35.000 (Wermelskirchen).

Die verkehrstechnisch günstige Lage an der Städteteachse Köln-Bonn-Düsseldorf mit guten Anbindung an die Ballungsräume Rhein-Ruhr und Rhein-Main und dem nahegelegenen Flughafen Köln-Bonn in Kombination mit der idyllischen Landschaft des Naturparks Bergisches Land machen den Kreis zu einem attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die Wirtschaft ist von Klein- und Mittelbetrieben geprägt und ein verhältnismäßig hoher Anteil der Beschäftigten pendelt in nahegelegene in die umliegenden Großstädte und Industriebetriebe.

Bei knapp einem Fünftel der Gesamtfläche des Rheinisch-Bergischen Kreises handelt es sich um Siedlungsfläche. Dazu zählen sowohl Wohnbauflächen, als auch Industrie-/Gewerbeflächen sowie Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Mehr als 70 % des Kreisgebiets ist Vegetationsfläche, von der wiederum knapp die Hälfte für landwirtschaftliche Zwecke genutzt wird. Etwas unter 2 % wird von Gewässern eingenommen. Die verbleibenden gut 6 % entfallen auf Verkehrsflächen.

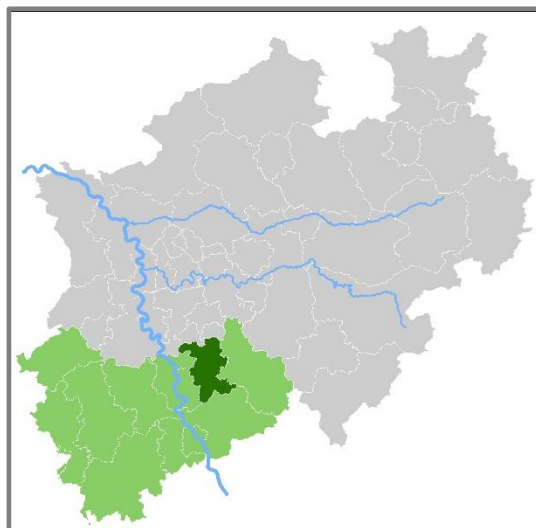


ABBILDUNG 1: Lage des Rheinisch-Bergischen Kreises in Nordrhein-Westfalen

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geobasis NRW.



ABBILDUNG 2: Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis.



ABBILDUNG 3: Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis; Lage, Einwohnerzahl und Fläche (Stand:31.12.2023)

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

3.1. Bevölkerungsstand und -entwicklung

In den acht kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Rheinisch-Bergischen Kreises waren zum Stichtag 31.12.2023 nach Angaben von IT.NRW insgesamt 286.778 Personen gemeldet. Das entspricht einem Anstieg von 3 % seit dem Jahr 2013, zu dem die Flüchtlingsbewegung in den letzten Jahren einen großen Beitrag geleistet hat. Die Bevölkerungsvorausschätzung von IT.NRW – die auf Daten vom 01.01.2021 beruht und somit die Zuwanderung insbesondere aufgrund des Angriffskrieges auf die Ukraine noch nicht berücksichtigt – prognostiziert, dass sich die Bevölkerungszahl in den nächsten zehn Jahren in einem Bereich knapp unter 284.000 bewegen wird (-1,1 %) (vgl. Abbildung 4 und Tabelle 1).

Die Stadt Bergisch Gladbach ist mit ihren 112.600 Einwohnerinnen und Einwohnern (EW) – diese entsprechen einem Anteil von knapp 40 % der Gesamtbevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises – die größte der kreisangehörigen Kommunen (vgl. Tabelle 1). Es folgen mit deutlichem Abstand Wermelskirchen (34.673 EW), Rösrath (29.206 EW), Leichlingen (28.2302 EW), Overath (27.489 EW), Kürten (20.158 EW), Burscheid (19.005 EW) und Odenthal (15.385 EW).

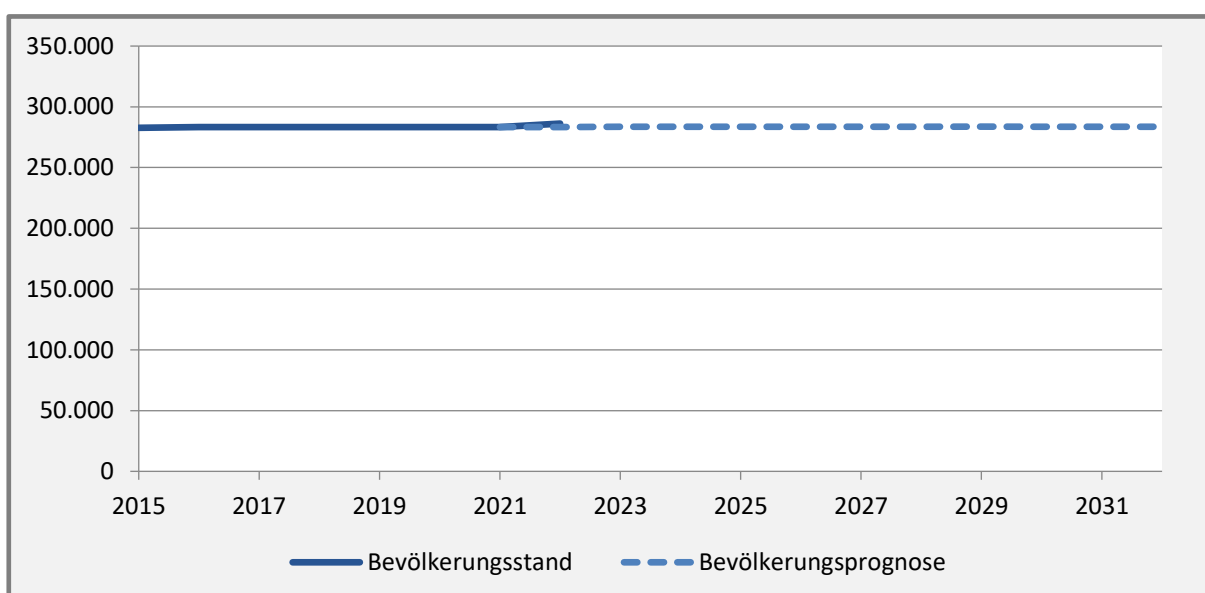


ABBILDUNG 4: Bevölkerungsstand und -prognose für den Rheinisch-Bergischen Kreis
 QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

Alle Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis weisen für den Zeitraum zwischen 2013 und 2023 eine Bevölkerungszunahme auf (vgl. Tabelle 1). Mit Anstieg von nur 0,6 % ist die Bevölkerung der Stadt Wermelskirchen im Vergleich zu den anderen Kommunen deutlich geringer angewachsen. Die höchsten Zuwächse erzielten die Städte Rösrath (+5,1 %) und Burscheid (5,0 %). Für die nächsten zehn Jahre wird ausgehend vom Bevölkerungsstand am 31.12.2023 ein deutlicher Rückgang dieses Trends prognostiziert. Mit Ausnahme der Stadt Wermelskirchen (0,8 %) erwartet alle Kommunen sogar einen Bevölkerungsrückgang. Insgesamt steht der Rheinisch-Bergische Kreis mit einem prognostizierten Rückgang von 1,1 % im landesweiten Vergleich (-1,6 %) noch positiv dar.

	Bevölkerungsstand 31.12.2023	Bevölkerungsentwicklung	
		2013-2023 (in %)	Prognose 2023-2033 (in %)
NRW	18.190.422	3,5	-1,9
RBK	286.778	3,0	-1,1
Bergisch Gladbach	112.660	3,0	-0,8
Burscheid	19.005	5,0	-0,8
Kürten	20.158	3,6	-3,6
Leichlingen	28.202	2,0	-0,9
Odenthal	15.385	4,5	-4,8
Overath	27.489	2,5	-1,4
Rösrath	29.206	5,1	-1,0
Wermelskirchen	34.673	0,6	0,8

TABELLE 1: Bevölkerungsstand und -prognose für den Rheinisch-Bergischen Kreis und die kreisangehörigen Kommunen
 QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

3.2. Bevölkerungssalden

Um einen starken Bevölkerungsrückgang zu verhindern, ist der Rheinisch-Bergische Kreis aufgrund des deutlichen Geburtendefizits auf kontinuierliche Zuwanderung aus anderen Regionen angewiesen. So zeigt ein Blick auf die Bevölkerungssalden der Kommunen für die Jahren 2013 bis 2023, dass die positive Bevölkerungsentwicklung ausschließlich aus dem positiven Wanderungssaldo resultiert, d.h. es ziehen mehr Personen in diese Städte als aus ihnen weg (vgl. Abbildung 5). Die Wanderungsgewinne kompensierten dabei mit Ausnahme der Stadt Wermelskirchen das negative Geburten-/ Sterbesaldo.

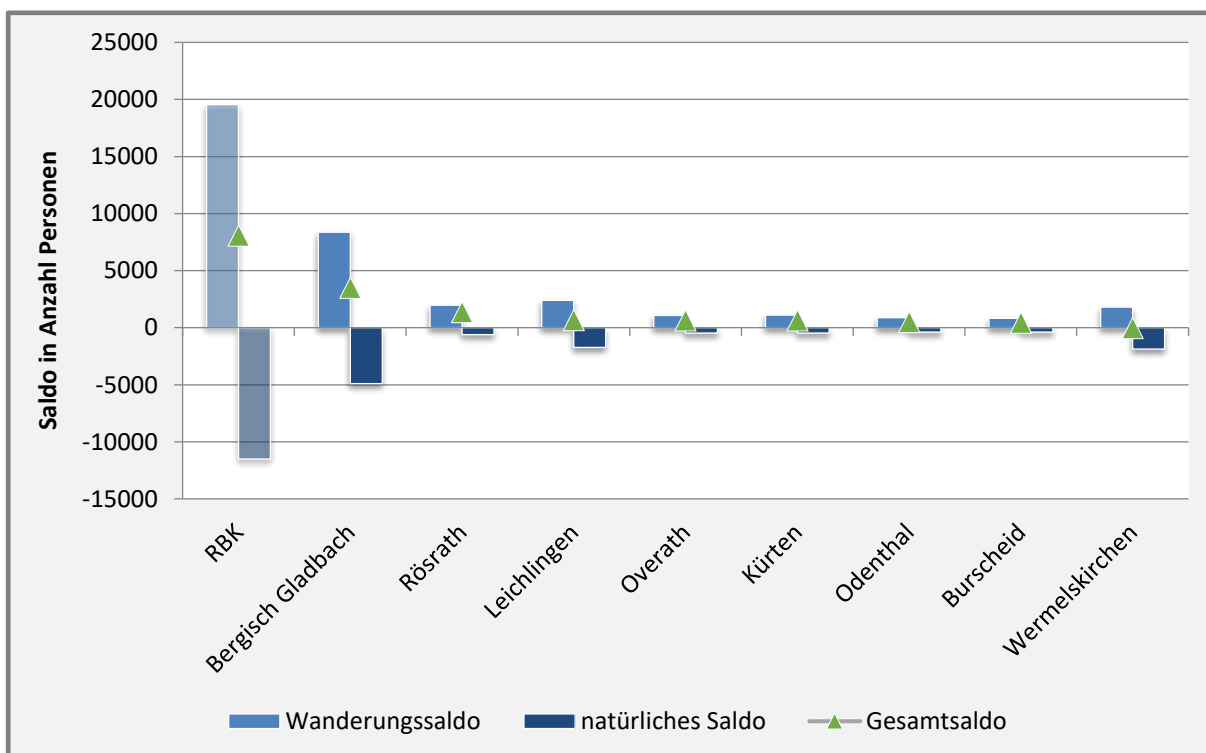


ABBILDUNG 5: Bevölkerungssalden der Kommunen zwischen 2013 und 2023
 QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

3.3. Altersstruktur

Bei der Altersverteilung im Rheinisch-Bergischen Kreis fällt ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten der Altersgruppen zwischen 50 und 65 Jahren auf (vgl. Abbildung 6). Diese geburtenstarken Jahrgänge 1957 bis 1972 umfassen zusammen fast 72.000 Personen und repräsentieren ungefähr ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Fast jede zweite Person im Rheinisch-Bergischen Kreis ist 50 Jahre und älter, jede vierte Person 65 Jahre und älter.

Frauen haben dabei ein leicht höheres Durchschnittsalter sowie eine höhere Lebenserwartung (vgl. Abbildung 6). Unter den hochaltrigen Bewohnerinnen und Bewohnern (80 Jahre und älter) sind 60 % Frauen. Bei den 90-Jährigen und Älteren sind es sogar knapp 70 %.

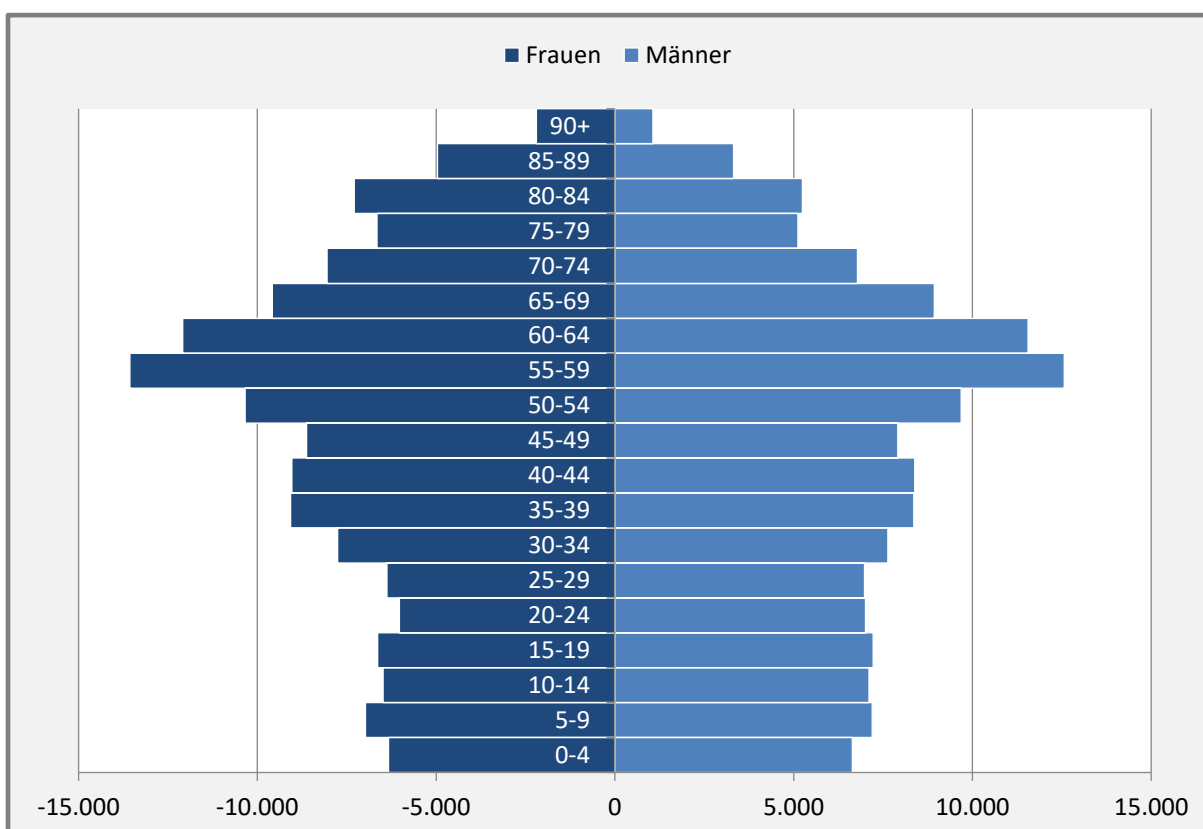


ABBILDUNG 6: Altersstruktur im Rheinisch-Bergischen Kreis (Stand 31.12.2023), differenziert nach Geschlecht

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

Für die kommenden zehn Jahre ist nach Angaben von IT.NRW mit einer zunehmenden Alterung der Bevölkerung im Rheinisch-Bergischen Kreis zu rechnen (vgl. Abbildung 7). Während die Altersgruppe der 50- bis unter 65-Jährigen starke prozentuale Rückgänge verzeichnen wird, nimmt die Gruppe der 65- bis unter 80-Jährigen in ähnlicher Größenordnung zu.

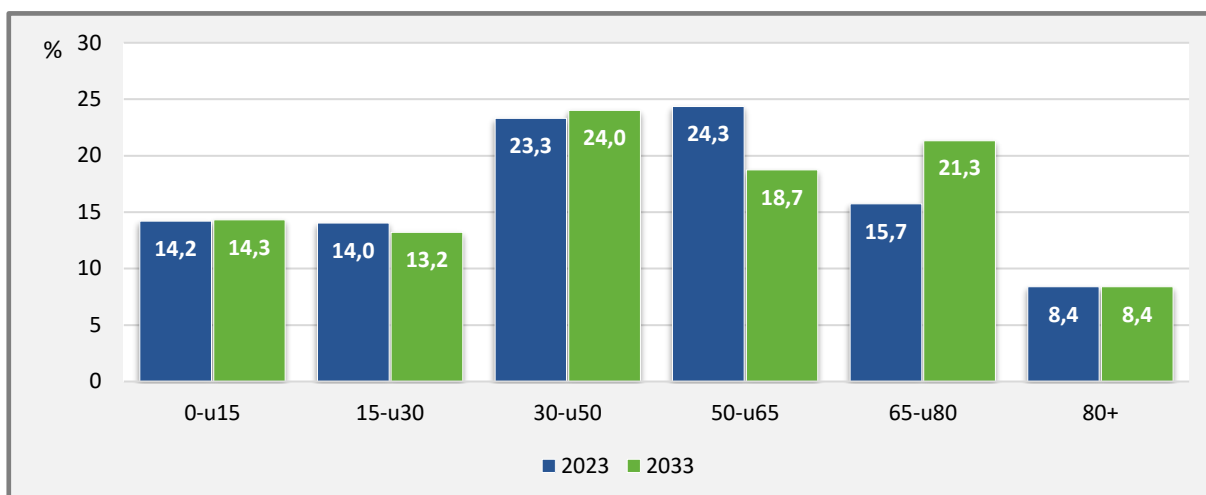


ABBILDUNG 7: Entwicklung der Altersstruktur im RBK zwischen 2023 und 2033 (in %)
 QUELLE: IT.NRW; Gemeindemodellrechnung - Basis; eigene Darstellung.

Die Altersstruktur zwischen den Kommunen variiert geringfügig (vgl. Abbildung 8). Den niedrigsten Anteil unter 30-Jähriger gibt es in der Stadt Leichlingen und der Gemeinde Odenthal, bei den über 65-Jährigen weisen die Städte Burscheid und Rösrath die niedrigsten Werte auf. Den höchsten Anteil Seniorinnen und Senioren (65 Jahre und älter) haben die Städte Bergisch Gladbach und Leichlingen.

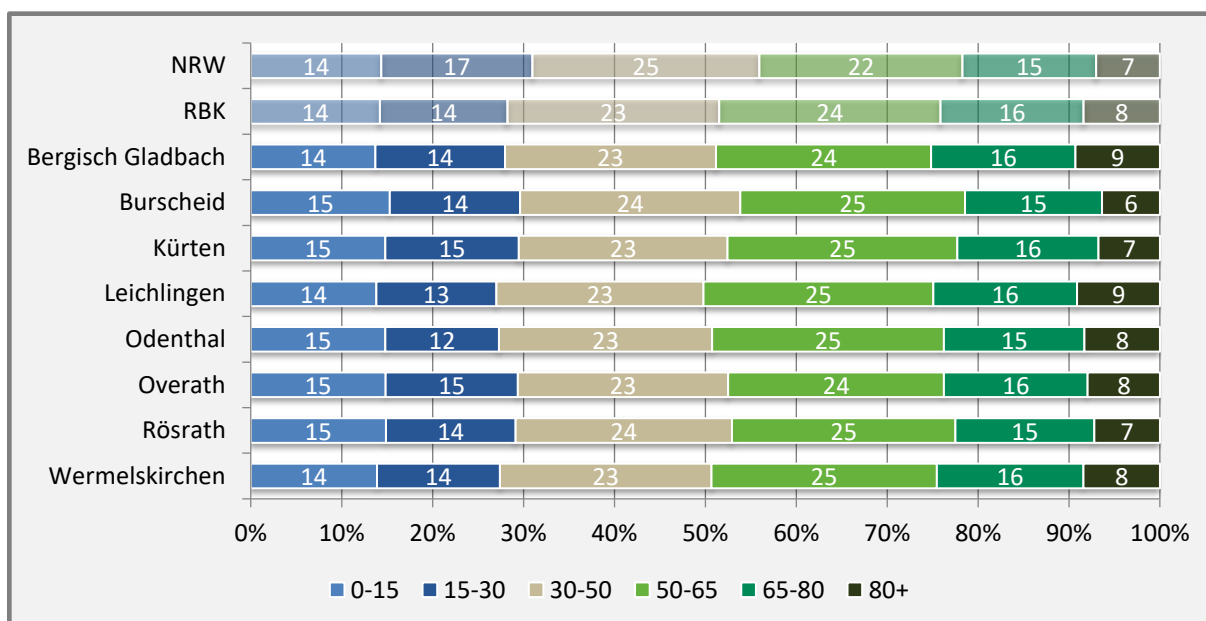


ABBILDUNG 8: Altersstruktur in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: 31.12.2023)
 QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

3.4. Haushaltsstruktur

Die Anzahl Haushalte im Rheinisch-Bergischen Kreis ist zwischen den beiden Zensus-Erhebungen 2011 und 2022 um knapp 7 % von 125.191 auf 133.438 angewachsen. Die häufigste Haushaltsform stellt dabei der Einpersonenhaushalt dar. 2022 lebte in knapp 40 % der Haushalte im Rheinisch-Bergischen Kreis nur eine Person (vgl. Abbildung 9). Im Vergleich zur Zensus-Erhebung aus dem Jahr 2011 ist dieser Anteil um sieben Prozentpunkte angestiegen. Deutliche Rückgänge gab es hingegen bei dem Anteil an Paaren mit mindestens einem Kind (-4 Prozentpunkte im Vergleich zum Zensus 2011). Mehr als zwei Drittel der Haushalte waren kinderlos. Im kommunalen Vergleich wiesen insbesondere die Städte Bergisch Gladbach, Leichlingen und Wermelskirchen einen verhältnismäßig hohen Anteil kinderloser Haushalte auf. Der Anteil alleinerziehender Elternteile ist im Vergleich zur Erhebung aus 2011 leicht gesunken und liegt ziemlich gleich verteilt über alle Kommunen bei ungefähr 6 bis 7 %.

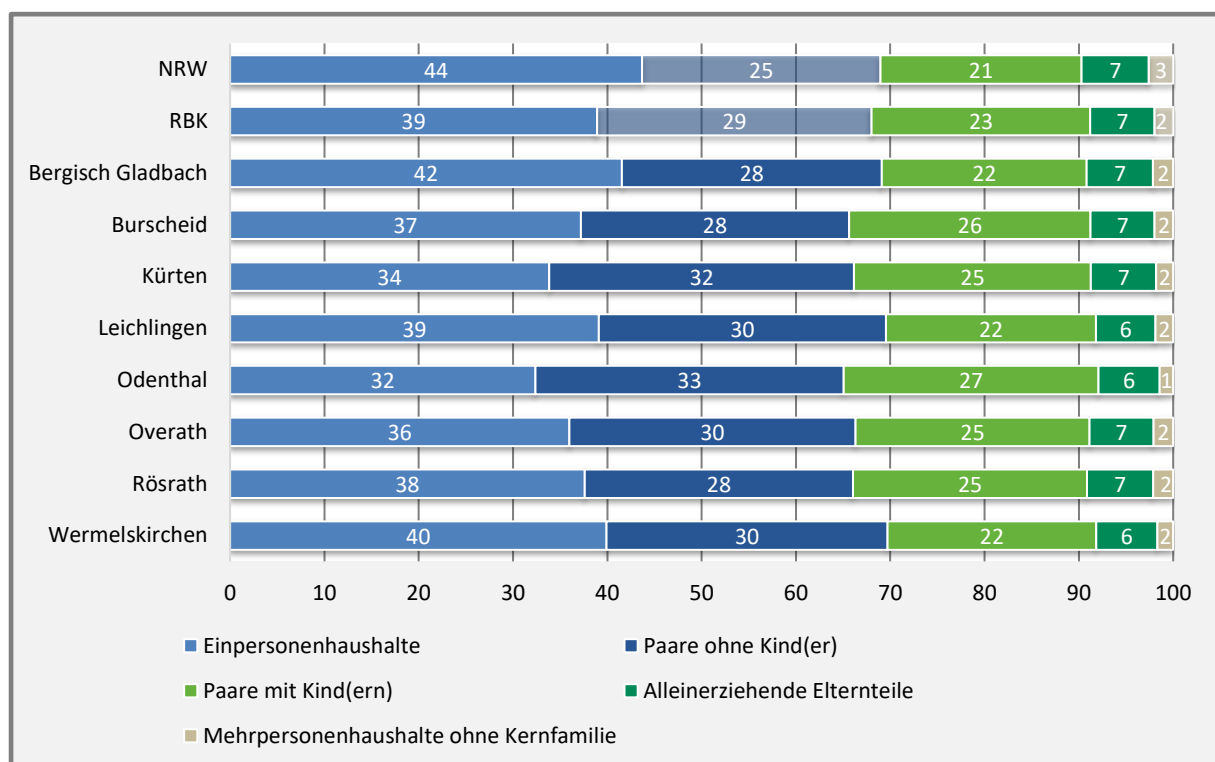


ABBILDUNG 9: Haushaltsstruktur in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises im Jahr 2022

QUELLE: Zensus 2022; eigene Darstellung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis gehört in Nordrhein-Westfalen zu den Kreisen mit dem höchsten prozentualen Anteil älterer Personen (zum Beispiel zweithöchster Anteil 75-Jähriger und älterer an der Bevölkerung). In etwa 27 % aller Haushalte lebten zum Stichtag des Zensus 2022 nur Personen im Alter von 65 Jahren und älter. Davon handelte es sich in circa 60 % der Fälle um Singlehaushalte (vgl. Tabelle 2). Den höchsten Anteil an reinen Seniorenhaushalten hatte die Stadt Bergisch Gladbach mit knapp 29 %, den niedrigsten die Stadt Burscheid mit etwas über 23 %. Dafür war der Anteil Singlehaushalte an den Seniorenhaushalten in Burscheid mit ungefähr 61 % der höchste im Kreisgebiet. Der niedrigste Wert konnte in dieser Kategorie für die Gemeinde Odenthal verzeichnet werden (54 %).

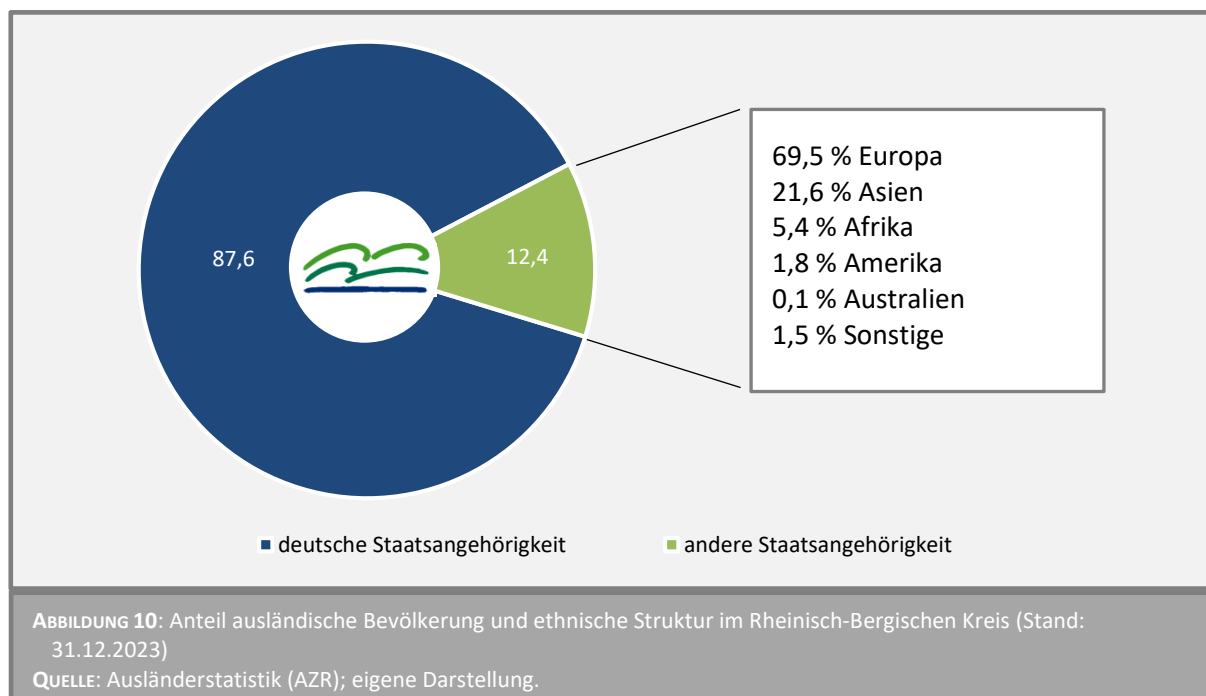
	Anteil Haushalte mit ausschließlich Seniorinnen und Senioren (in %)	davon Anteil Singlehaushalte mit Seniorin oder Senior (in %)
RBK	27,14	58,85
Bergisch Gladbach	28,67	60,17
Burscheid	23,20	61,07
Kürten	24,96	54,89
Leichlingen	28,15	58,70
Odenthal	26,33	54,06
Overath	26,08	55,47
Rösrath	25,48	58,23
Wermelskirchen	27,05	60,26

TABELLE 2: Seniorenhaushalte in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises im Jahr 2022

QUELLE: Zensus 2022; eigene Darstellung.

3.5. Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

Nach Angaben des Ausländerzentralregisters besitzt gut 12 % der Bevölkerung im Rheinisch-Bergischen Kreis keine deutsche Staatsangehörigkeit (vgl. Abbildung 10). Circa 70 % dieser Bevölkerungsgruppe stammt aus einem europäischen Herkunftsland, etwas mehr als 20 % aus Asien. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen mit knapp 16 % auf einem deutlich höheren Niveau (vgl. Abbildung 11).



Einen überdurchschnittlich hohen Anteil der ausländischen Bevölkerung haben die Städte Burscheid (14,0 %) und Bergisch Gladbach (13,2 %) (vgl. Abbildung 11). Mit etwas Abstand folgt die Stadt Rösrath (11,6 %) und mit weiterem Abstand die Städte Overath, Wermelskirchen und Leichlingen mit jeweils ungefähr 10 %. Einen deutlich unterdurchschnittlichen Ausländeranteil registrieren die beiden Gemeinden Kürten und Odenthal mit etwas mehr als 8 beziehungsweise 7 %.

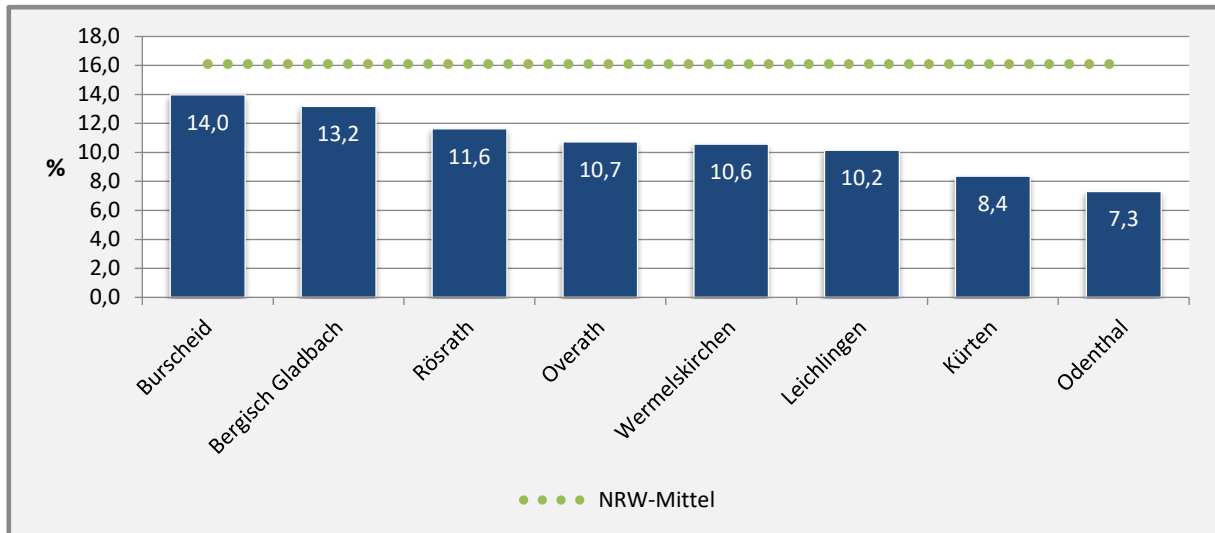


ABBILDUNG 11: Anteil Ausländerinnen und Ausländer in den Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

Nach Angaben des Zensus 2022 haben etwa 16 % der Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis eine direkte Einwanderungsgeschichte (vgl. Abbildung 12). Das sind gut 4 Prozentpunkte weniger als im landesweiten Durchschnitt. Den höchsten Anteil Eingewanderter haben die Städte Burscheid (19,2 %) und Bergisch Gladbach (18,7 %). Den geringsten Anteil weisen die Gemeinden Odenthal (11,5 %) und Kürten (11,0 %) auf.

Auch beim Anteil an Personen, deren beide Eltern nach Deutschland eingewandert sind, liegt der Rheinisch-Bergische Kreis unter dem landesweiten Durchschnitt (2,6 % im Vergleich zu 3,9 %) (vgl. Abbildung 12). Im Vergleich der kreisangehörigen Kommunen leben überdurchschnittlich viele einwanderte Personen der 2. Generation in den Städten Burscheid (3,4 %), Bergisch Gladbach (3,0 %) und Overath (2,7 %). Die niedrigsten Anteile entfallen erneut auf die Gemeinden Kürten (1,8 %) und Odenthal (1,3 %).

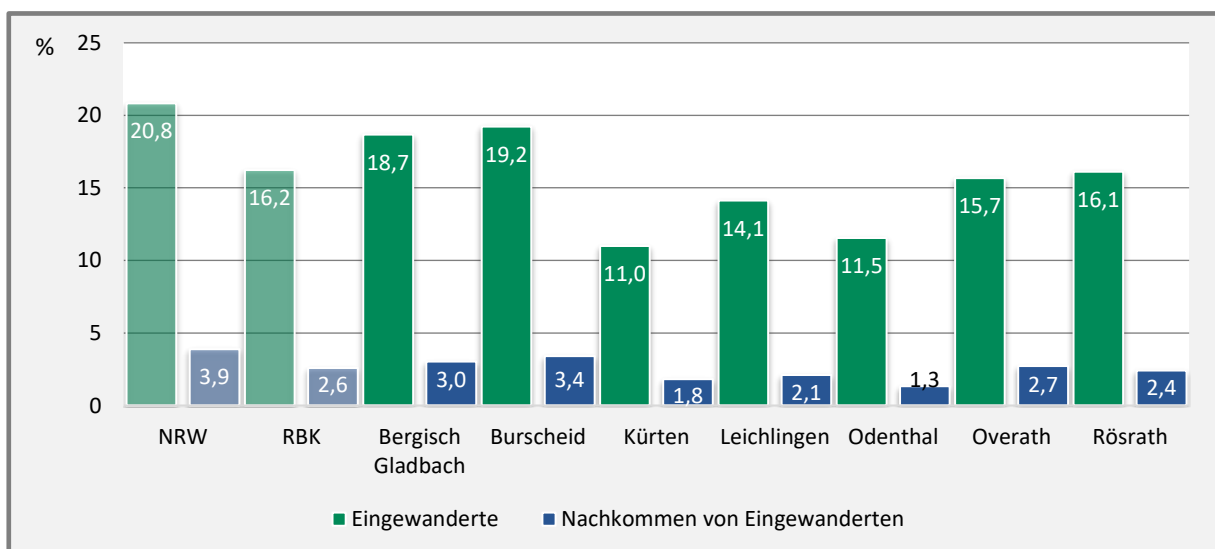
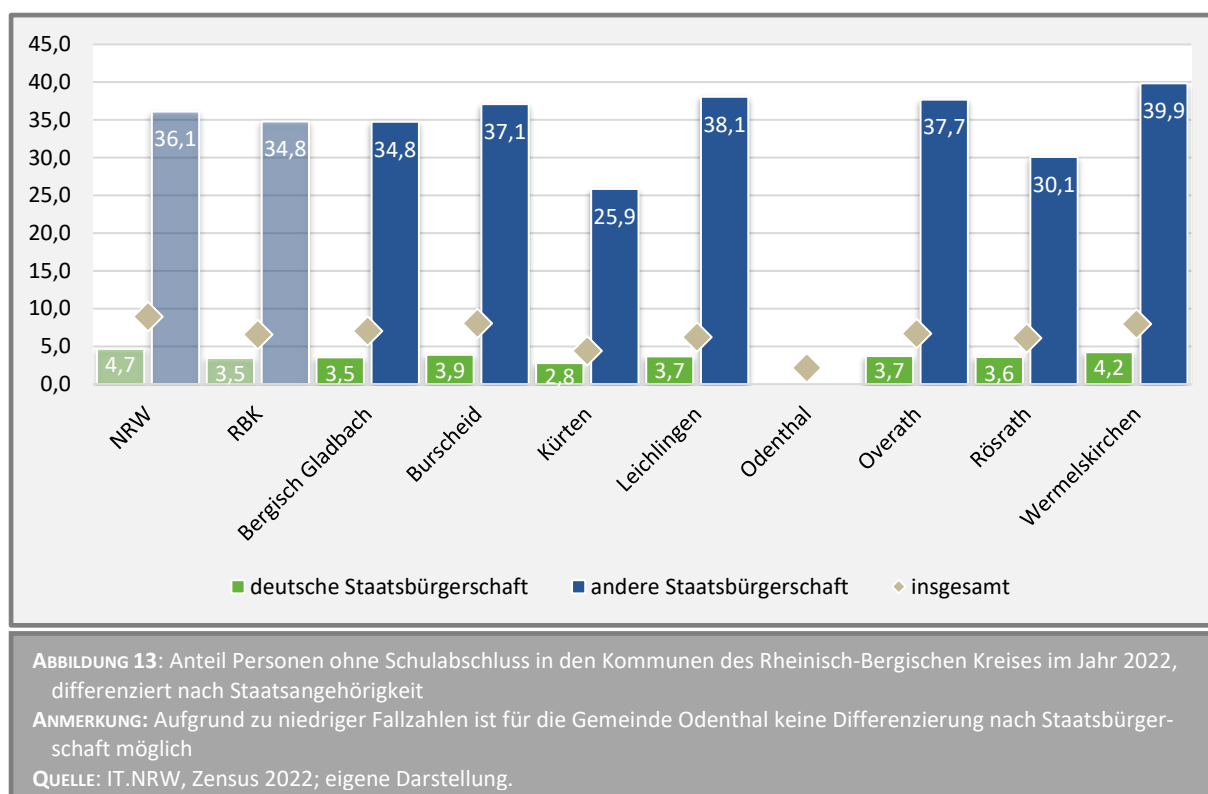


ABBILDUNG 12: Eingewanderte sowie Nachkommen von eingewanderten Personen in den Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis (Stand: 15.05.2022)

QUELLE: Zensus 2022; eigene Darstellung.

3.6. Bildungsabschlüsse

Da nicht jede Kommune über alle Schulformen verfügt, geben die von den Schulen an IT.NRW gemeldeten Abschlüsse keine realistische Auskunft über die Verteilung von Bildungsabschlüssen in den Kommunen. Um einen Eindruck über die Bildungsverteilung zu erlangen, kann nur auf Daten des Zensus 2022 zurückgegriffen werden. Die Darstellung beschränkt sich dabei auf den Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern ohne Schulabschluss beziehungsweise allgemeiner (Fach-) Hochschulreife und differenziert dabei nach Staatsangehörigkeit der Befragten.



In NRW waren 2022 knapp 9 % der Bevölkerung ab 15 Jahren ohne Schulabschluss (vgl. Abbildung 13). Dieser Wert wird von den Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis zum Teil deutlich unterschritten. Kreisweit haben annähernd 6,5 % der Personen über 15 Jahren die Schule ohne Abschluss verlassen. Den höchsten Anteil an Personen ohne Schulabschluss verzeichnet die Stadt Burscheid mit 8 %, den niedrigsten die Gemeinde Odenthal mit etwas über 2 %.

Auffällig hoch ist der Anteil an Personen ohne Schulabschluss bei den Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in den kreisangehörigen Kommunen. Vier der acht Kommunen (Burscheid, Leichlingen, Overath, Wermelskirchen) liegen über dem landesweiten Durchschnitt von 36,1 %. Die Werte liegen in einer Spannweite knapp 40 % (Wermelskirchen) und 26 % (Kürten). Für die Gemeinde Odenthal wird aufgrund zu geringer Fallzahlen keine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit vorgenommen.

Der Anteil an Personen mit allgemeiner (Fach-) Hochschulreife lag 2022 in NRW bei 38,4 %, unter den Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei 31,2 % (vgl. Abbildung 14). Für den Rheinisch-Bergischen Kreis können in beiden Kategorien höhere Werte verzeichnet werden. Nur in der Städten Burscheid und Wermelskirchen sowie in der Gemeinde Kürten liegt der Anteil der Personen mit (Fach-) Hochschulreife knapp unter dem landesweiten Mittelwert. Einen besonders hohen Anteil verzeichnen hingegen die Stadt Bergisch Gladbach sowie die Gemeinde Odenthal.

Deutlich überdurchschnittlich im landesweiten Vergleich ist der Anteil an Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mit (Fach-) Hochschulreife im Rheinisch-Bergischen Kreis insgesamt. Es zeigen sich jedoch Unterschiede zwischen den kreisangehörigen Kommunen: Leicht unterdurchschnittliche Werte zeigen sich für die Städte Burscheid, Leichlingen und Wermelskirchen. Den mit Abstand höchsten Wert weist die Gemeinde Odenthal auf. Hier besitzt die Hälfte der Personen über 15 Jahren eine (Fach-) Hochschulreife, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

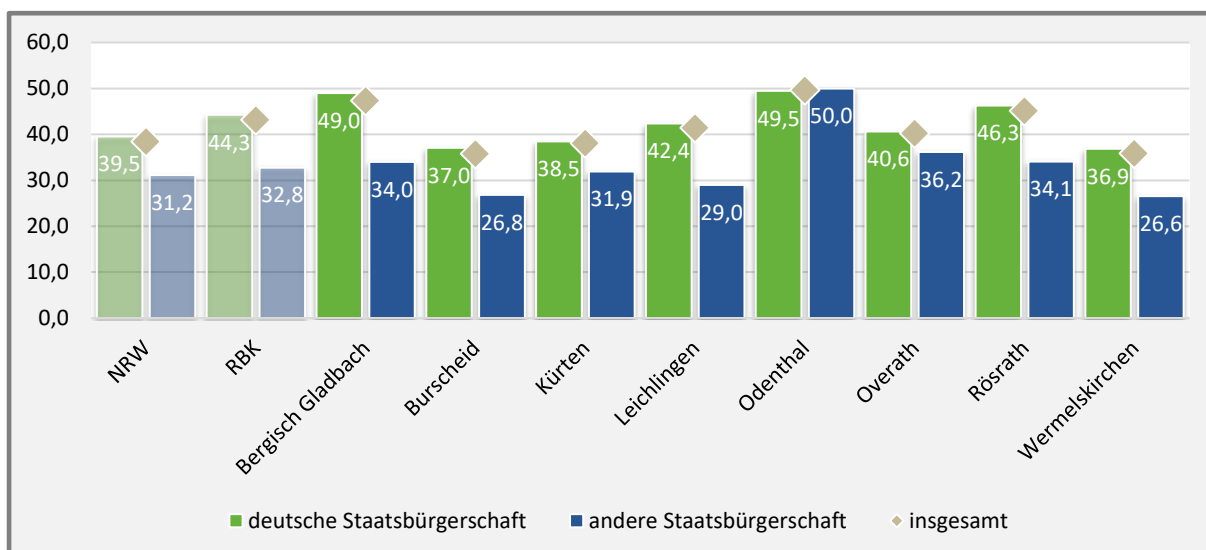


ABBILDUNG 14: Anteil Personen mit allgemeiner Hochschulreife in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises im Jahr 2011, differenziert nach Staatsangehörigkeit
 QUELLE: IT.NRW, Zensus 2011; eigene Darstellung.

3.7. Einkommen und Erwerbstätigkeit

Jedem Haushalt im Rheinisch-Bergischen Kreis stand im Jahr 2021 im Schnitt ein Einkommen von 27.984 € pro Jahr zur Verfügung⁵ (vgl. Tabelle 3). Damit liegt der Kreis insgesamt deutlich über dem landesweiten Durchschnitt und auch im Vergleich zu 2018 haben die durchschnittlich verfügbaren Einkommen zugenommen. Innerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreises gibt es allerdings relativ hohe Einkommensunterschiede zwischen den Haushalten der Kommunen. So liegt beispielsweise das durchschnittliche Haushaltseinkommen in der Gemeinde Odenthal im Durchschnitt 23 % über dem der Gemeinde Kürten.

⁵ Unter dem verfügbaren Einkommen wird die Einkommenssumme (Arbeitnehmerentgelt und Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Vermögen) verstanden, die den privaten Haushalten nach der sog. Einkommensumverteilung, also abzüglich Steuern und Sozialabgaben und zuzüglich empfangener Sozialleistungen, durchschnittlich für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Es ist als Indikator für die finanziellen Verhältnisse der Bevölkerung zu verstehen und ermöglicht mittelbar Aussagen zur lokalen Kaufkraft.

	2021	Veränderung 2021-2018	
		in €	in %
NRW	23.812 €	1.322	5,78
RBK	27.984 €	1.529	5,88
Odenthal	32.092 €	1.528	5,00
Rösrath	29.224 €	2.131	7,87
Burscheid	28.475 €	4.131	16,97
Leichlingen	28.398 €	1.693	6,34
Bergisch Gladbach	27.938 €	1.057	3,93
Wermelskirchen	27.169 €	1.237	4,77
Overath	26.293 €	1.419	5,70
Kürten	26.012 €	1.349	5,47

TABELLE 3: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in € im Jahr
QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

Die SGB-II-Quote lag im Jahr 2022 im gesamten Kreisgebiet deutlich unter dem landesweiten Mittel und ist im Vergleich zu 2017 konstant geblieben (vgl. Abbildung 15). Die höchste SGB-II-Quote im Kreisvergleich hat die Stadt Bergisch Gladbach (10,3 %), die niedrigste die Gemeinde Odenthal (3,4 %). Für fünf Kommunen lässt sich ein Rückgang der SGB-II-Quote seit 2017 registrieren, am stärksten in der Stadt Leichlingen (-1 Prozentpunkt).

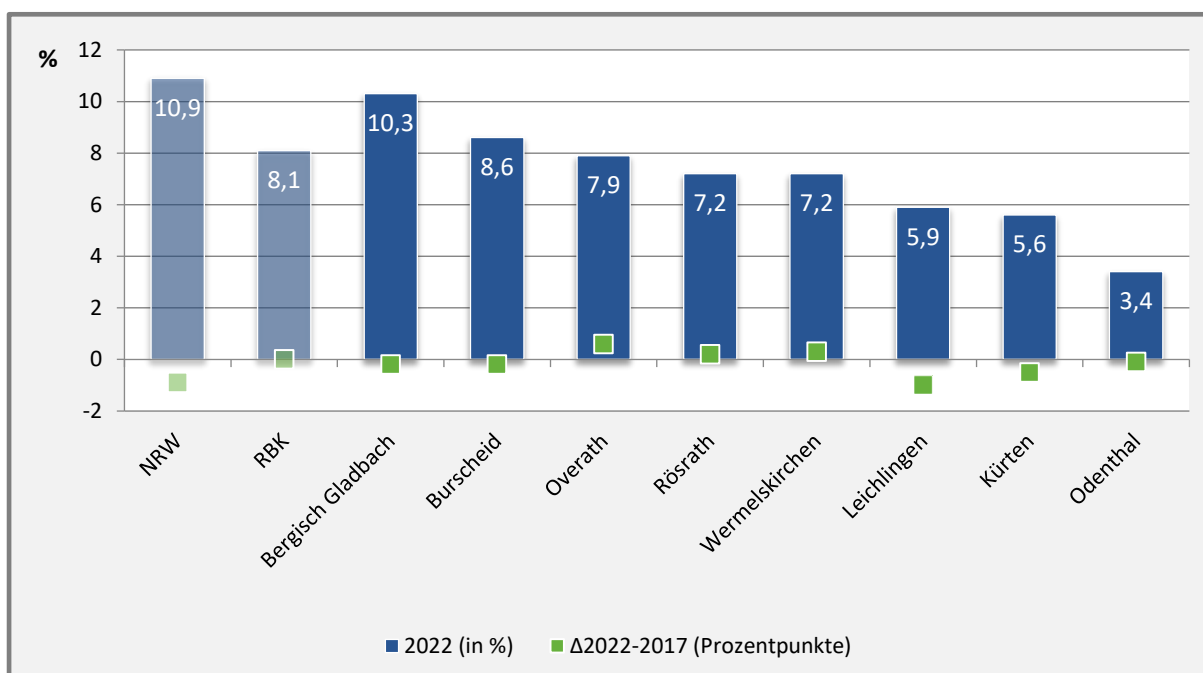


ABBILDUNG 15: SGB-II-Quote in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: Dezember 2022)
QUELLE: Kommunale Daten der Bertelsmann Stiftung; eigene Darstellung.

Im Folgenden wird das Verhältnis der gemeldeten Arbeitslosen zu den Einwohnern zwischen 15 und 65 Jahren der jeweiligen Kommune betrachtet (vgl. Abbildung 16). Den höchsten Wert weist die Stadt Burscheid auf. Mit einem Wert von 5,5 % liegt sie dabei unterhalb des landesweiten Mittelwerts und 0,8 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Wert für den Rheinisch-Bergischen Kreis. Einen ebenfalls überdurchschnittlichen Anteil Arbeitsloser verzeichnet die Stadt Bergisch Gladbach (5,3 %). Die

Kommunen Rösrath, Leichlingen, Wermelskirchen und Overath folgen mit etwas Abstand und Werten zwischen 4,6 % und 4,3 %. Die niedrigsten Anteilswerte haben die Gemeinden Kürten (3,8 %) und Odenthal (3,1 %).

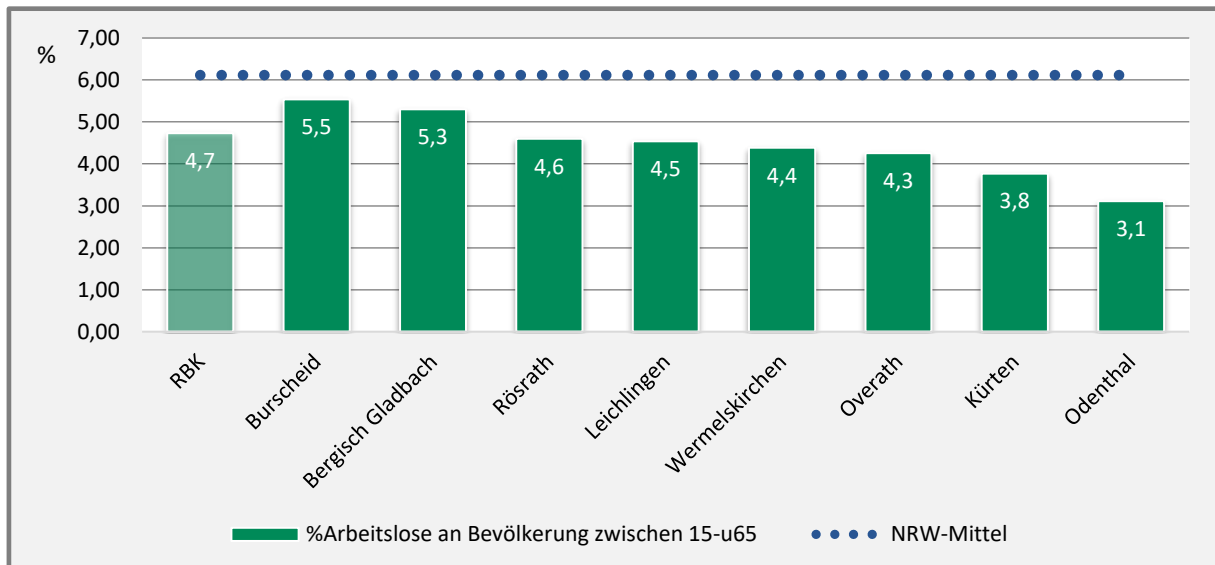


ABBILDUNG 16: Anteil Arbeitsloser an den Einwohnern zwischen 15 und unter 65 Jahren in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: Dezember 2023)

QUELLE: Bundesagentur für Arbeit und IT.NRW; eigene Darstellung.

Differenziert man die Arbeitslosen nach Alter, so fällt auf, dass der Anteil Arbeitsloser an der Altersklasse der 55- bis 65-Jährigen sowie an den unter 25-Jährigen im Rheinisch-Bergischen Kreis unter dem NRW-Durchschnitt liegt (vgl. Abbildung 17). In der Stadt Burscheid sind 5,8 % der Personen zwischen 55 und 65 Jahren arbeitslos gemeldet und damit etwa genauso viele wie im landesweiten Mittel. Am

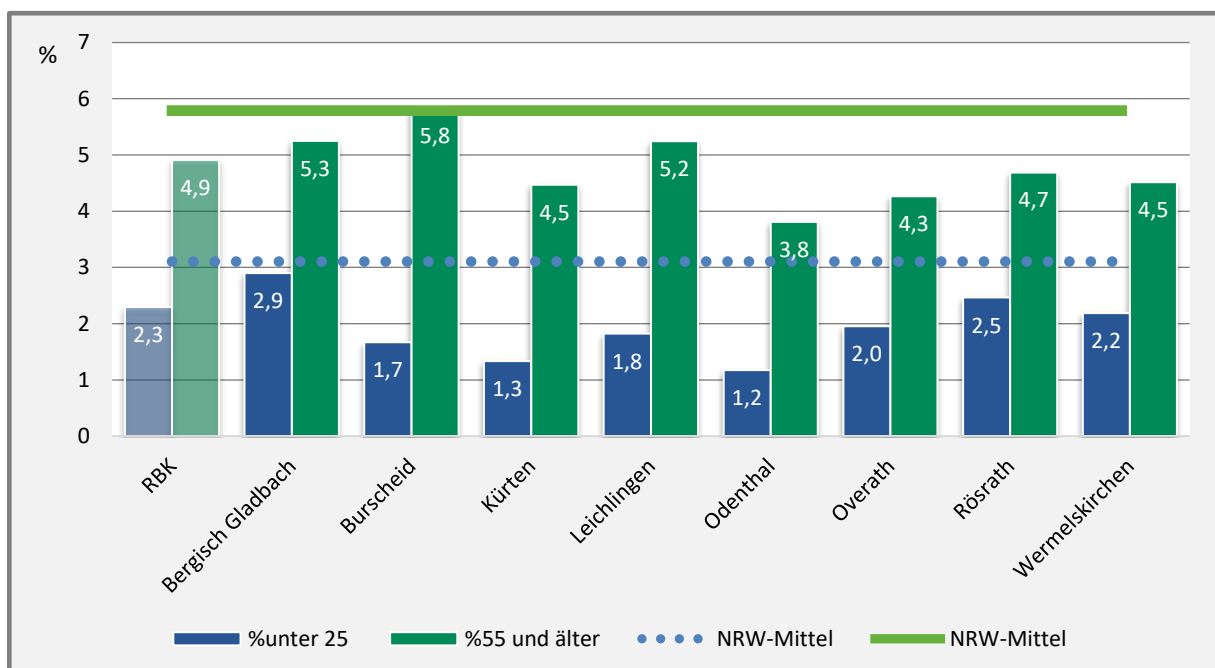


ABBILDUNG 17: Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersklasse in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

geringsten ist der Anteil in Odenthal mit knapp 3,8%. Den höchsten Anteil arbeitsloser Personen zwischen 15 und 25 Jahren hat die Stadt Bergisch Gladbach mit 2,9 %. Damit liegt sie über dem kreisweiten (2,3 %) und unter dem landesweiten Mittel (3,1 %). Den niedrigsten Anteil hat die Gemeinde Odenthal (1,2 %), gefolgt von der Gemeinde Kürten (1,3 %).

Abbildung 18 differenziert die Arbeitslosen ebenfalls nach Altersklassen, verwendet als Grundgesamtheit jedoch nur die Arbeitslosen einer Kommune. Beispielsweise sind 7,4 % der Arbeitslosen im Rheinisch-Bergischen Kreis zwischen 15 und 25 Jahre und 29,2 % zwischen 55 und 65 Jahre alt. Einen überdurchschnittlich hohen Anteil Arbeitsloser unter 25 Jahren haben die Kommunen Bergisch Gladbach (8,5 %) und Rösrath (8,2 %). Einen verhältnismäßig hohen Anteil älterer Personen unter den Arbeitslosen lässt sich für die Kommunen Odenthal (36,4 %), Kürten (34,3 %) und Leichlingen (34,6 %) registrieren.

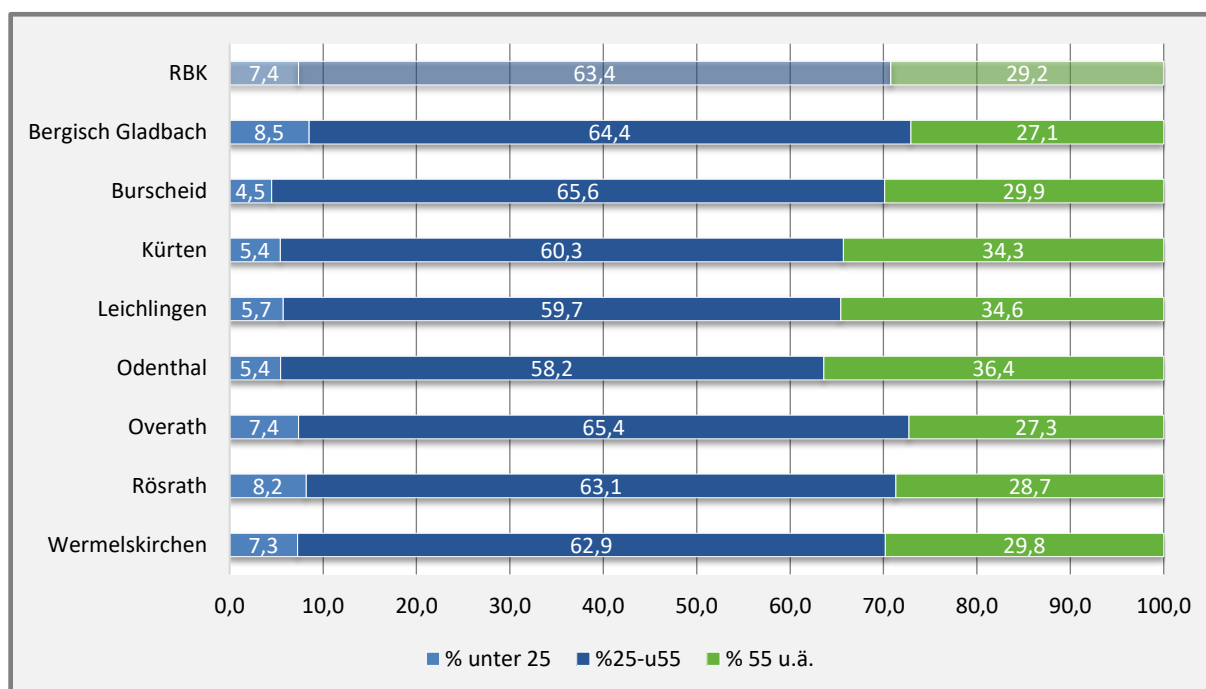


ABBILDUNG 18: Altersverteilung der Arbeitslosen in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

Durchschnittlich 12,3 % der Ausländerinnen und Ausländer im Rheinisch-Bergischen Kreis sind arbeitslos (vgl. Abbildung 19). Die Stadt Leichlingen liegt mit 13,1 % sowohl über dem kreisweiten als auch knapp über dem landesweiten Mittelwert (13,0 %). Die Kommunen Bergisch Gladbach (12,7 %), Overath (12,6 %) und Burscheid (12,5 %) liegen ebenfalls über dem kreisweiten Mittel. Die niedrigste Arbeitslosigkeit unter den Ausländerinnen und Ausländern weisen die Kommunen Wermelskirchen (10,9 %) und Odenthal (10,1 %) auf.

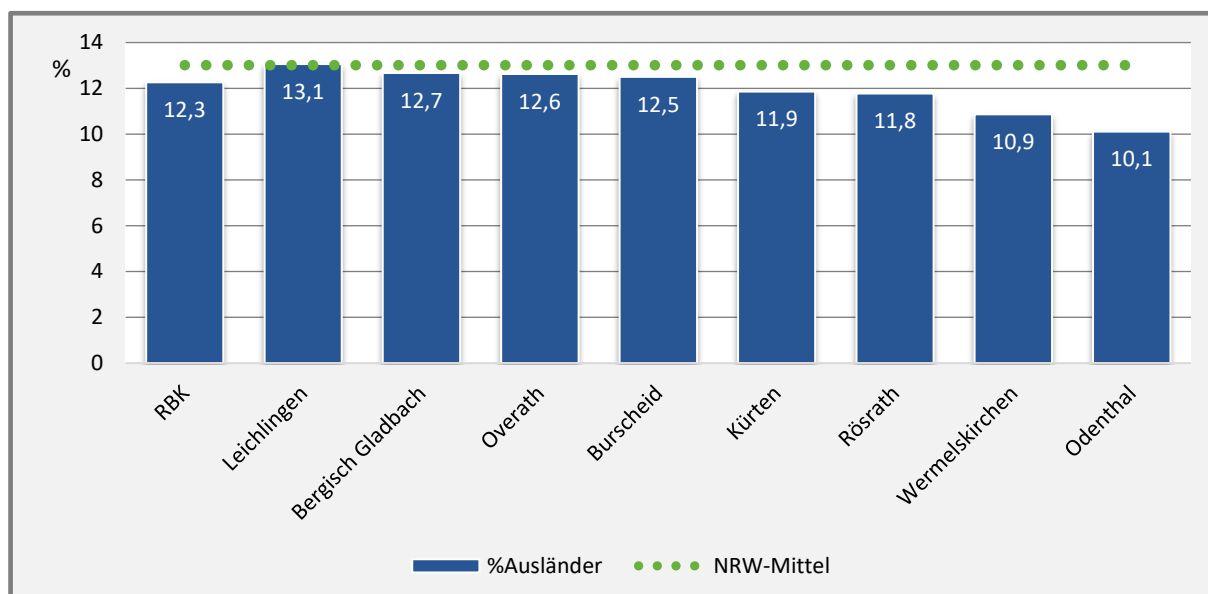


ABBILDUNG 19: Anteil arbeitsloser Ausländerinnen und Ausländer in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

Hinsichtlich des Anteils an Beziehenden einer Mindestsicherung (SGB II, Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Asylbewerberleistungen) liegen der Rheinisch-Bergischen Kreis und die kreisangehörigen Kommunen zum Teil sehr deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt (vgl. Abbildung 20). Zwischen den Kommunen gibt es jedoch deutliche Unterschiede: Beispielsweise beträgt die Mindestsicherungsquote der Stadt Bergisch Gladbach (9,5 %) mehr als das Doppelte des Wertes der Gemeinde Odenthal (4,1 %).

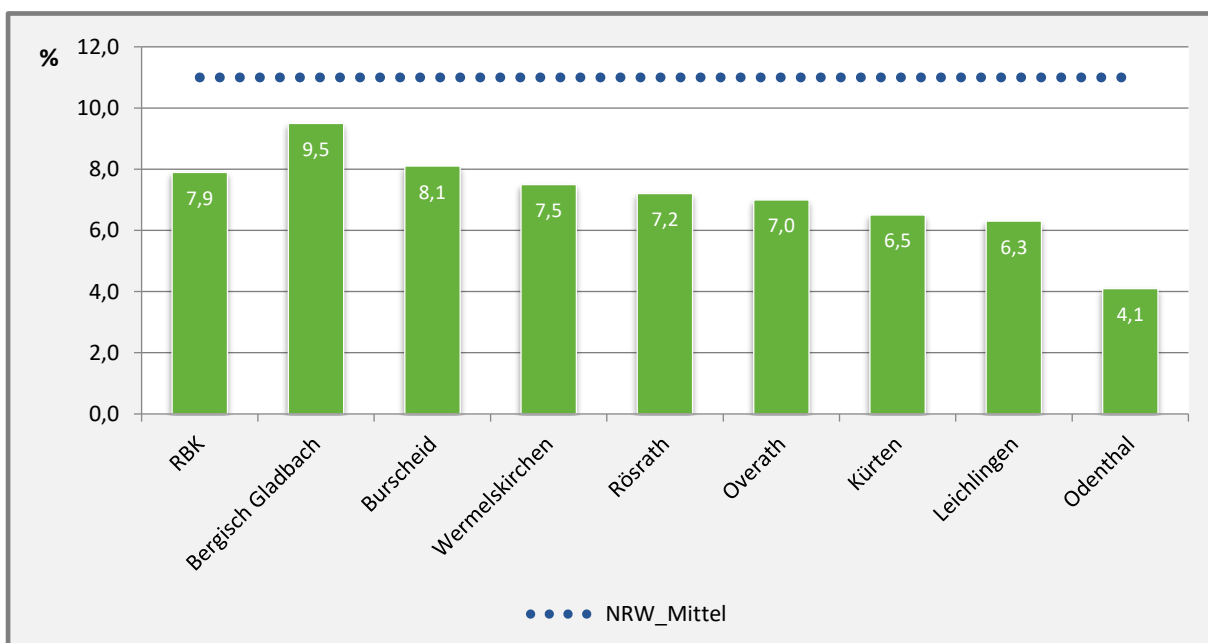


ABBILDUNG 20: Anteil Beziehender von Mindestsicherungsleistungen in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

3.8. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung im Rheinisch-Bergischen Kreis bei der Bundestagswahl 2025 lag über dem landesweiten Mittelwert (vgl. Abbildung 21). Im Schnitt gaben 86,0 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger im Rheinisch-Bergischen Kreis ihre Stimme ab, in NRW waren es 82,2 %. Überdurchschnittlich hoch war die Wahlbeteiligung in der Gemeinde Odenthal mit 89,8 %. Unter dem kreisweiten Durchschnitt lagen die Städte Bergisch Gladbach (85,0 %), Burscheid (84,6 %) und Wermelskirchen (85,4 %).

Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2020 im Rheinisch-Bergischen Kreis (56,8 %) lag zwar jeweils unter der der Bundestagswahl, allerdings über dem NRW-Durchschnitt. Die höchste Wahlbeteiligung hatte die Gemeinde Odenthal (67,3 %), gefolgt von der Stadt Leichlingen (60,3 %) und der Gemeinde Kürten (60,2 %). Eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung kann für die Städte Bergisch Gladbach (54,2 %) und Burscheid (52,7 %) festgestellt werden.

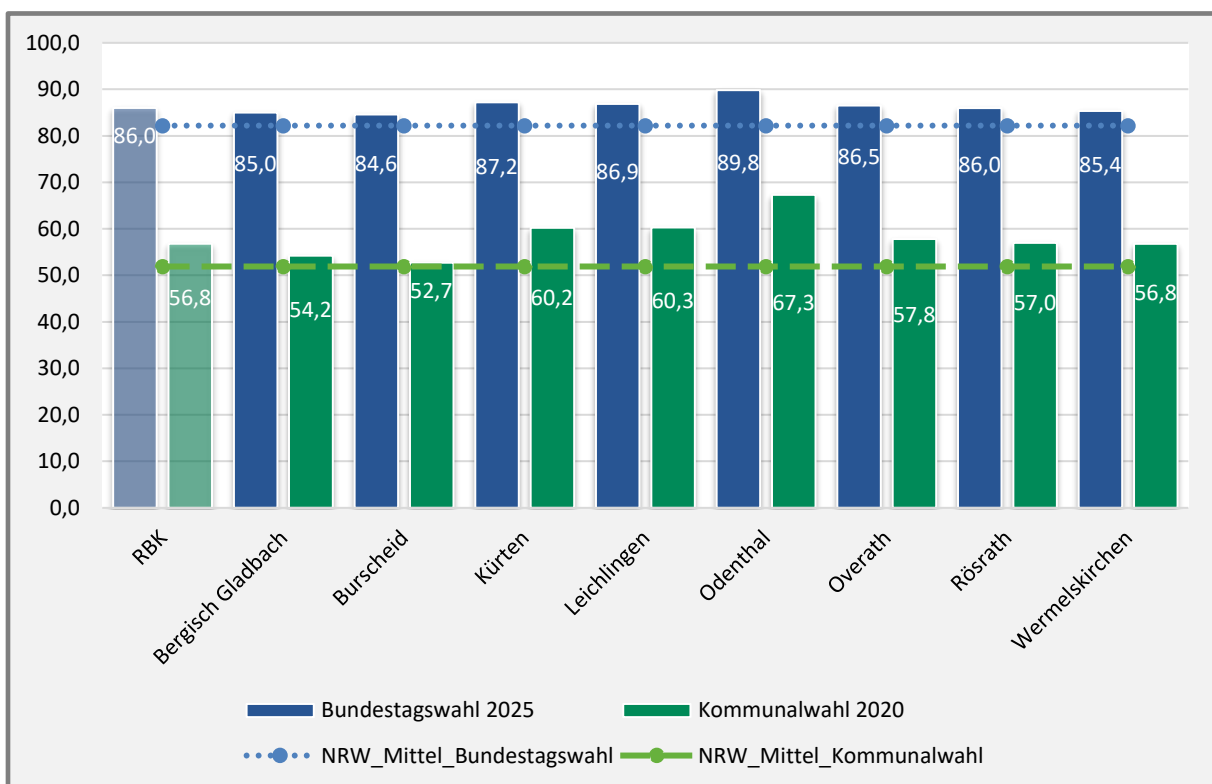
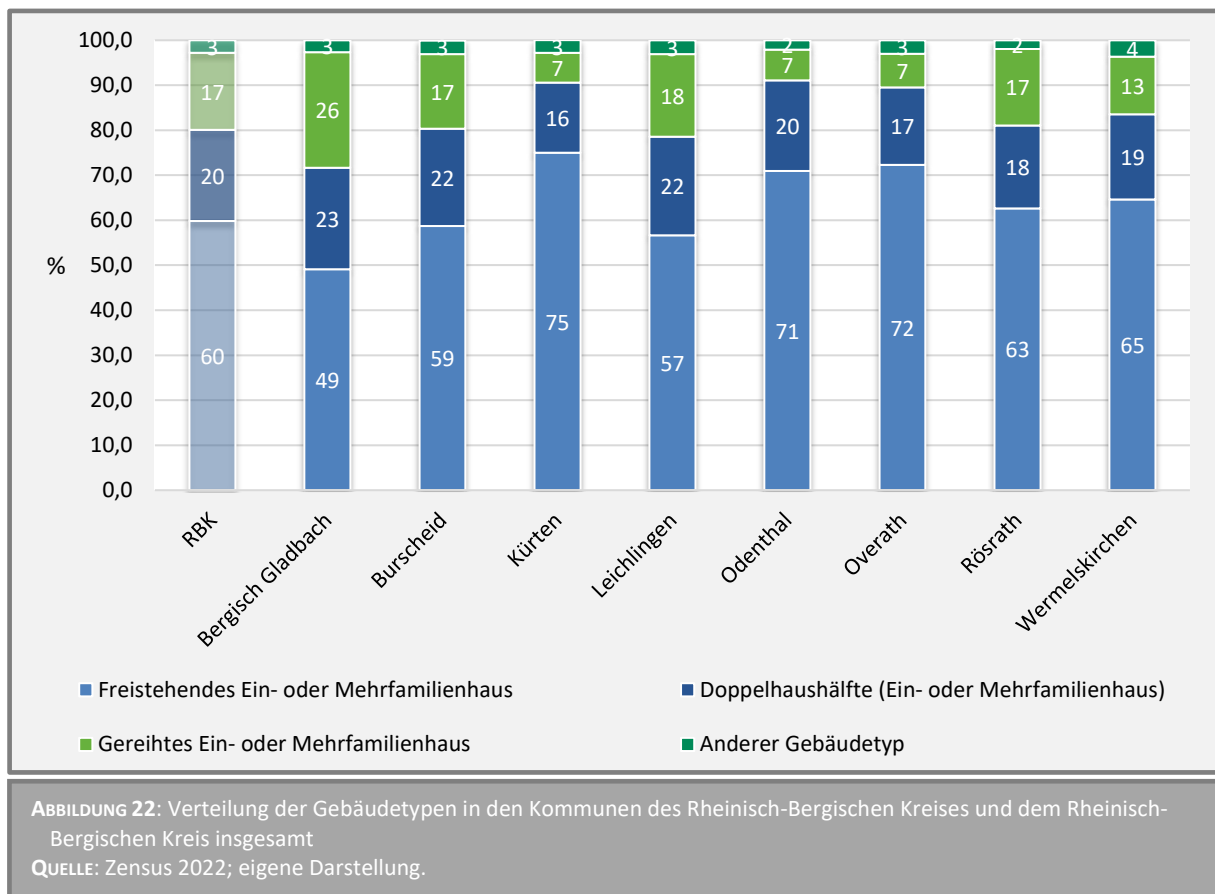


ABBILDUNG 21: Wahlbeteiligung in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises bei den Bundestagswahlen am 23.02.2025 sowie der Kommunalwahl am 13.09.2020
 QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

3.9. Wohnen

Die Wohnbebauung im Rheinisch-Bergischen Kreis ist überwiegend von alleinstehenden Ein- und Mehrfamilienhäusern geprägt (s. Abbildung 22). Kreisweit entfallen 60 % auf diesen Gebäudetyp. Innerhalb der Kommunen schwankt dieser Anteil zwischen 49 % in der eher städtisch geprägten Kreisstadt Bergisch Gladbach und 75 % in der ländlichen Gemeinde Kürten. Bei weiteren 16 % (Kürten) bis 23 % (Bergisch Gladbach) der Wohngebäude handelt es sich um Doppelhaushälften. Gereichte Ein- und Mehrfamilienhäuser gibt es prozentual am häufigsten in Bergisch Gladbach (26 %), mit deutlichem Abstand folgen Leichlingen (18 %), Burscheid und Rösrath (jeweils 17 %) sowie Wermelskirchen (13 %). Die Gemeinden Kürten und Odenthal sowie die Stadt Overath haben mit jeweils 7 % den prozentual niedrigsten Anteil.



In Abbildung 23 ist dargestellt, in welche Mietpreisspannen (in €/m²) sich die Mietswohnungen in den Kommunen im RBK bewegen. Hier zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen. Während beispielsweise in Bergisch Gladbach nur etwa die Hälfte der Mietswohnungen einen Quadratmeterpreis von unter 8 € aufweist, sind es in Wermelskirchen 86 %. 10 € und mehr pro m² zahlt man in Bergisch Gladbach für 16 % und in Leichlingen für 12 % der Wohnungen. In Kürten und Wermelskirchen fallen nur 4 % der Wohnungen in diese Preiskategorie.

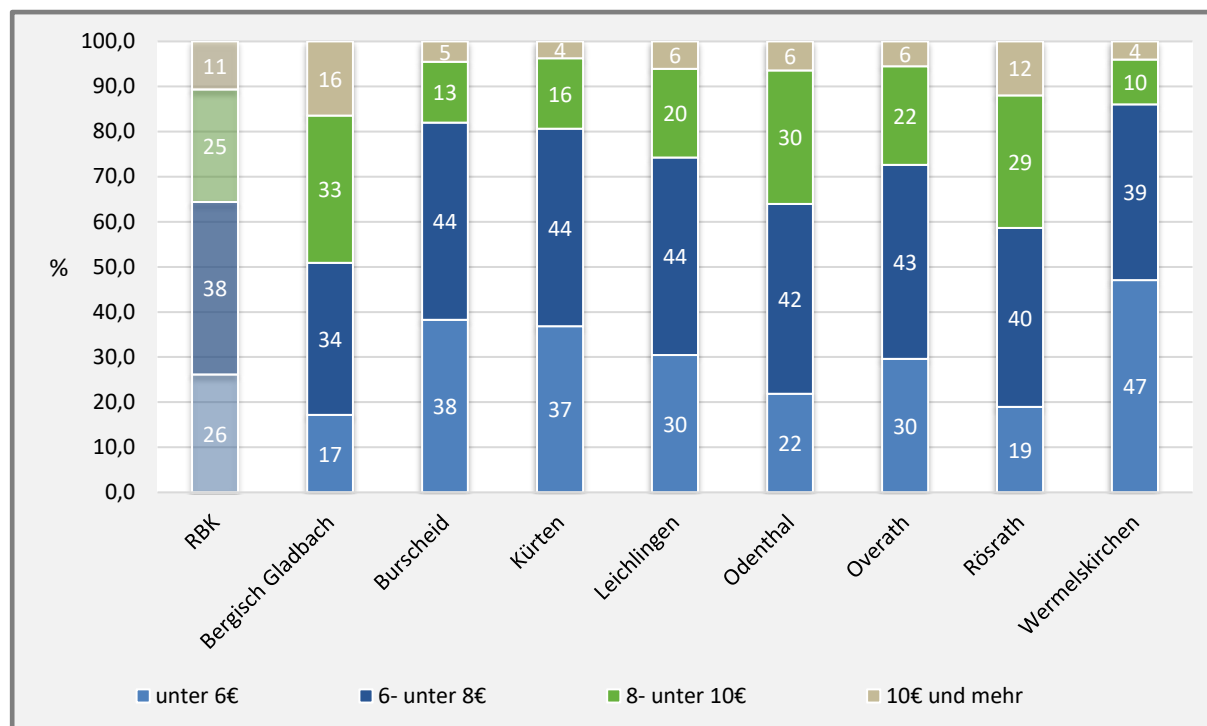


ABBILDUNG 23: Mietpreisverteilung in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises und dem Rheinisch-Bergischen Kreis insgesamt

QUELLE: Zensus 2022; eigene Darstellung.

4. Exkurs: Fachkraft gesucht – Ein Überblick zu den Herausforderungen in der Arbeitskräftesicherung und möglichen Handlungsstrategien

Seit dem Ende der Finanzkrise 2008 erleben wir in Deutschland ein erstaunliches Wachstum der Beschäftigung. Auch im Rheinisch-Bergischen Kreis hat die Zahl der Erwerbstätigen ein neues historisches Niveau erreicht. So stieg die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter⁶ allein zwischen 2013 und 2023 um 15 % auf 111.732 Personen (Statistik der Bundesagentur für Arbeit).

Dies stimmt einen auf den ersten Blick optimistisch, denn für die Erwirtschaftung und Sicherung des Wohlstands, für ein nachhaltiges Funktionieren der sozialen Sicherungssysteme, für mehr Klimaschutz, für die Gestaltung des digitalen Wandels und für die Bewältigung der Herausforderungen in einer immer älter werdenden Gesellschaft benötigen wir viele und gut qualifizierte Fachkräfte.

„Fachkräftesicherung ist eine Schicksalsfrage für unser Land, für unseren Wohlstand und somit auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Hubertus Heil, Bundesarbeitsminister⁷

4.1. Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt und die Auswirkungen auf die Fachkräftesicherung

Der Arbeitsmarkt durchläuft einen langfristigen und tiefgreifenden Transformationsprozess, der vor allen von drei Entwicklungen (sogenannten „Megatrends“) getrieben wird:

- Demografischer Wandel: Die deutsche Gesellschaft altert und folglich schrumpft auch die Zahl der Menschen, die dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung stehen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis sank die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 2000 und 2022 von circa 183.000 (66 % der Gesamtbevölkerung) auf ungefähr 177.000 (62 %). Mit dem Austritt der Babyboomer-Jahrgänge⁸ aus dem Erwerbsleben wird sich dieser Trend weiter verschärfen, so dass bis zum Jahr 2050 mit einem weiteren Rückgang auf 159.000 Personen (57 %) zu rechnen ist (vgl. Abbildung 24). Die demografischen Veränderungen wirken dabei doppelt: Zum einen können die vakant werdenden Arbeitsplätze nicht mehr mit ausreichend vielen Nachwuchskräften nachbesetzt werden. Zum anderen werden aufgrund einer immer älter und pflegebedürftiger werdenden Gesellschaft Fachkräfte insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales benötigt und damit in Branchen, die bereits heute von Engpässen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sind.

⁶ Angaben beziehen sich auf den Wohnort der Beschäftigten. Betrachtet man die Entwicklung am Arbeitsort Rheinisch-Bergischer Kreis, dann kam es zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im genannten Zeitraum um 12 % auf 77.071.

⁷ dpa-infocom, dpa:221012-99-103454/2

⁸ Der Begriff der Babyboomer ist nicht eindeutig definiert. Je nach Land und Forschungsfrage werden zu den Babyboomern teilweise unterschiedliche Jahrgänge gezählt. Oft wird die Abgrenzung des Census Bureau für die Vereinigten Staaten zitiert, die sich auf die Jahrgänge von 1946 bis 1964 erstreckt. Auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik begann ein deutlicher Geburtenanstieg etwas später als im angelsächsischen Raum. So definiert das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung den Zeitraum des Babybooms in Deutschland von Mitte der 1950er- bis Ende der 1960er-Jahre.

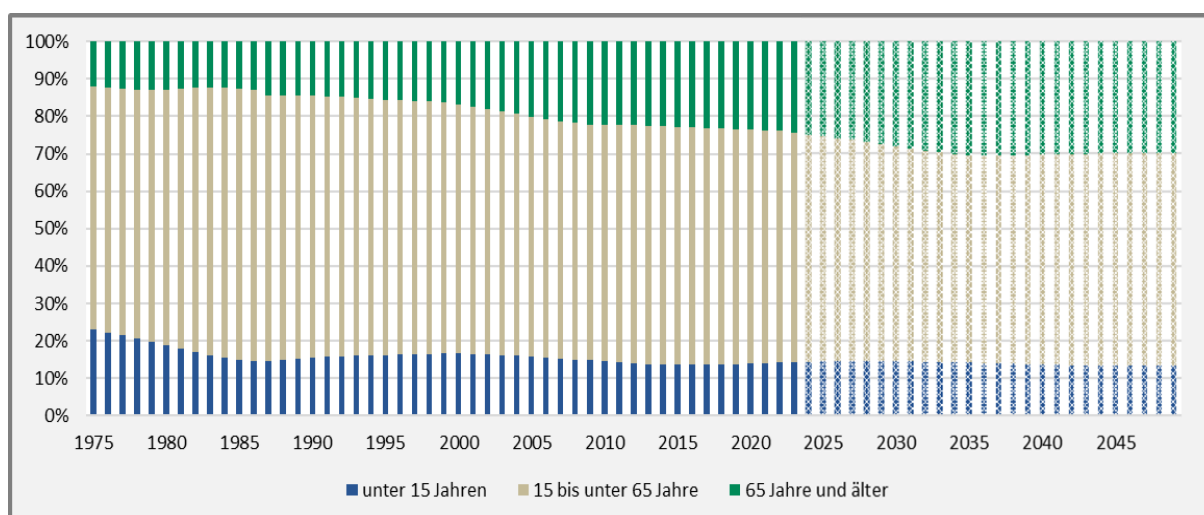


ABBILDUNG 24: Bevölkerungsstand und -prognose für den Rheinisch-Bergischen Kreis, differenziert nach drei Altersklassen

QUELLE: IT.NRW; eigene Darstellung.

- **Digitalisierung:** Nicht nur die privaten Haushalte richten ihren Konsum zunehmend auf digitale Dienstleistungen und die dafür erforderlichen Geräte aus. Auch die Unternehmen setzen den zunehmenden Einsatz digitaler Dienstleistungen und den Einsatz digitaler Geräte weiter fort (Maier et al. 2022). Die von wissenschaftlicher Seite getätigten Aussagen zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt sind allerdings eher ambivalent und eindeutige Befunde zu den voraussichtlichen Gesamtwirkungen liegen noch nicht vor. Es zeichnet sich jedoch ab, dass Digitalisierung und Automatisierung einerseits zum Wegfall von Tätigkeiten und damit zum Teil auch zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Andererseits führen digitale Technologien und der Aufbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur aber auch zu neuen Kompetenzbedarfen sowie dem Aufbau von Arbeitsplätzen und verursachen damit neue Fachkräfteengpässe. Grienberger et al. (2024) untersuchten die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz (KI) auf den deutschen Arbeitsmarkt und generierten dafür den Begriff „Substituierbarkeitspotenzial“. Dieser beziffert den Anteil an Kerntätigkeiten in einem Beruf, der potenziell durch den Einsatz von Computern oder computergesteuerten Maschinen vollautomatisch erledigt werden könnte. Am höchsten ist das Substituierbarkeitspotenzial in Helfer- und Fachkraftberufen (57 beziehungsweise 62 %). Die stärksten Zuwächse gab es in den letzten Jahren allerdings mit fast zehn Prozentpunkten im den Expertenberufen. Der Anteil aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Berufen mit hohem Substituierbarkeitspotenzial arbeiten, ist von 34 % (11,34 Millionen) im Jahr 2019 auf 38 % (13,03 Millionen) im Jahr 2022 gestiegen.

Substituierbarkeitspotenzial = Anteil an Kerntätigkeiten in einem Beruf, der potenziell durch den Einsatz von Computern oder computergesteuerten Maschinen vollautomatisch erledigt werden könnte.



- **Klimawandel/ Dekarbonisierung/ Energiewende:** Unter „Energiewende“ werden der Ausbau der erneuerbaren Energien, der allmähliche Umstieg der Industrie auf alternative Energieträger, der Umbau der Heizungssysteme und die Investitionen in Energiespeichereinrichtungen subsummiert (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2023). Die Energiewende gewinnt im Vergleich zu den letzten Jahren an Dynamik und wird vom Klimaschutz und der nicht mehr gewünschten Abhängigkeit von

fossilen Rohstoffen befördert (Maier et al. 2022). Notwendige Veränderungsprozesse hin zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise gehen mit technologischen Neuerungen einher und schaffen nicht nur neue Beschäftigungsfelder, sondern verändern zudem viele etablierte Berufsfelder mit zum Teil neuen Kompetenzprofilen. Verstärkend kommt hinzu, dass gerade in diesen Berufen viele Erwerbstätige in den kommenden Jahren in Rente gehen werden.

Neben den mittel- bis langfristigen Transformationen bestimmen auch unvorhergesehene Ereignisse die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Obwohl nicht von Dauer, wirken sie sich teils massiv auf einzelne Regionen, Branchen und die globale Wirtschaft aus (Herdin et al. 2023).

- Covid-19-Pandemie: Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 führte uns die Unsicherheiten einer globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt vor Augen (Maier et al. 2022). Die Pandemie bewirkte eine Reallokation von Arbeitnehmenden von stark durch die Schutzmaßnahmen betroffenen Branchen hin zu Tätigkeiten, die während der Pandemie besonders nachgefragt waren. Die veränderten Verhaltes- und Konsummuster im Zuge der Covid-19-Pandemie werden auch noch in den kommenden Jahren zu einem veränderten Arbeitskräftebedarf führen. So hat sich beispielsweise die Nachfrage nach Arbeitskräften in Berufen der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsaufsicht erhöht. Weiter gestiegen ist zudem der Bedarf an Psychologinnen und Psychologen.
- Ukraine-Krieg: Der Angriffskrieg Russlands hat zu einer „Zeitenwende“ in der deutschen und europäischen Geo-, Sicherheits- und Energiepolitik (Maier et al. 2022) sowie einer hochdynamischen Fluchtmigration insbesondere in die großstädtischen Räume geführt. Der hohe Kinderanteil unter den ukrainischen Geflüchteten, die Neuausrichtung der Verteidigungspolitik sowie der humanitären Hilfen für Geflüchtete bewirken einen verstärkten Fachkräftebedarf in verschiedenen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und Verteidigung sowie in den Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen. Belastbare Prognosen sind aufgrund der erheblichen Unsicherheit über den weiteren Verlauf des Krieges jedoch nur sehr eingeschränkt möglich.

4.2. Aktuelle Fachkräftesituation

Bei einem genauen Blick auf die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt stößt man auf ein scheinbares Paradoxon: Die Beschäftigung erreicht ein Rekordniveau und allerorten wird händeringend nach Personal gesucht, aber gleichzeitig sind immer noch mehr als 2,5 Millionen (RBK: 8.368) Menschen arbeitslos. Es wird vermutet, dass dieses Fachkräfteparadoxon in Zukunft noch weiter zunehmen wird.

4.2.1. Berufsfachliches Ungleichgewicht („Berufsfachlicher Mismatch“)

Hinter dem Fachkräfte-Paradoxon auf dem deutschen Arbeitsmarkt, d.h. zunehmende Arbeitskräfteknappheit bei gleichzeitigem Arbeitskräfteüberschuss, steckt ein erschwelter Arbeitsmarktausgleich aufgrund eines erheblichen Ungleichgewichts. Dieses lässt sich statistisch vor allem aus qualifikatorischer, beruflicher oder auch regionaler Sicht beschreiben: Arbeitssuchende und Arbeitsplätze befinden sich nicht am gleichen Ort, die Qualifikationen oder die Berufswünsche der Arbeitssuchenden passen nicht zu den offenen Stellen oder die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der offenen Stellen sind nicht attraktiv genug. Eine weitere Erklärung wäre, dass Arbeitssuchende und Betriebe aufgrund fehlender Markttransparenz nicht zusammenkommen. Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass über die Hälfte der Arbeitslosen eine Beschäftigung auf Helferniveau sucht (Bundesagentur für Arbeit 2024c). Allerdings richten sich fast 80 % der gemeldeten Stellen an Fachleute. Während auf Ebene der Helferinnen und Helfer rein rechnerisch rund neun Arbeitslose auf eine offene Stelle kommen, liegt die Relation bei qualifiziertem Fachpersonal bei knapp 2:1 (vgl. Abbildung 25). Prognosen gehen davon aus, dass aufgrund der steigenden Tätigkeitsanforderungen und einer zunehmenden Komplexität der Arbeitswelt in den kommenden Jahren voraussichtlich zwei von fünf neuen Stellen auf dem höchsten Anforderungsniveau (Expertinnen und Experten) entstehen. Nur jeder zehnte neu entstehende Arbeitsplatz erfordert keine oder nur geringe spezifische Fachkenntnisse (Helferinnen- und Helfertätigkeit).

Helfer*in: keine berufliche Ausbildung oder eine einjährige Berufsausbildung

Fachkräfte: eine mind. Zweijährige Berufsausbildung oder ein berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfach- oder Kollegscheule

Spezialist*in: Meister- oder Techniker Ausbildung beziehungsweise weiterführender Fachschul- oder Bachelorabschluss

Expert*in: ein mindestens vierjähriges abgeschlossenes Hochschulstudium

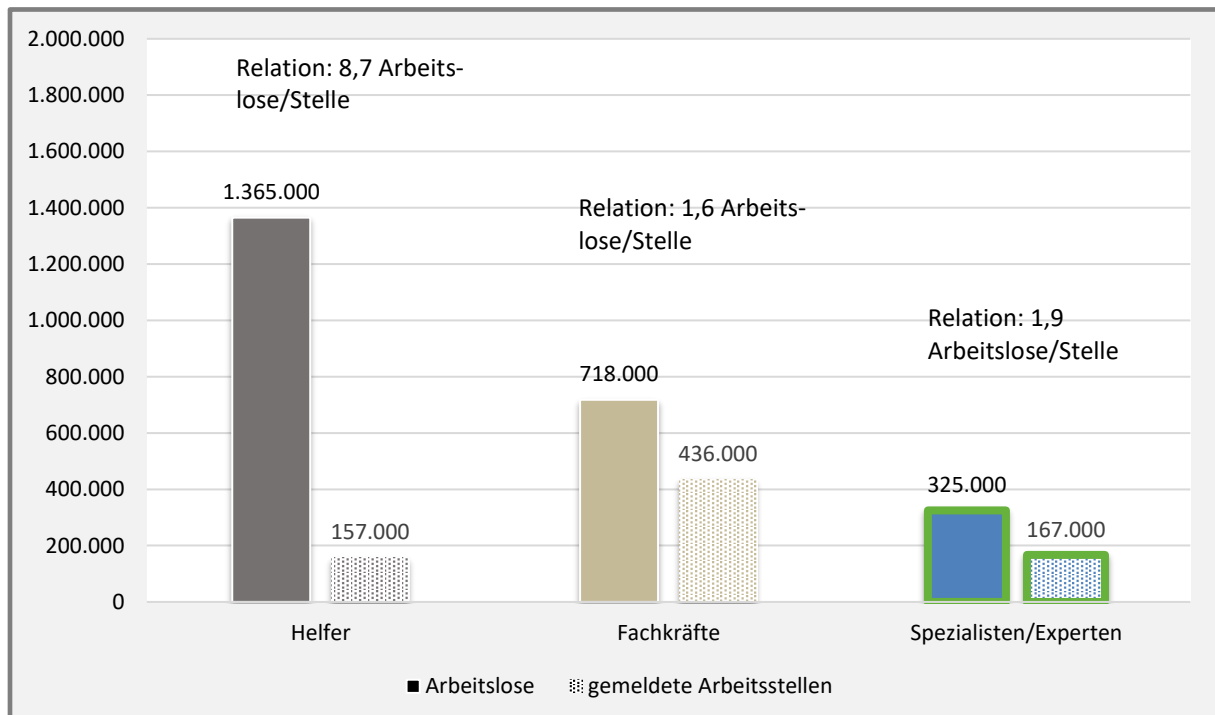


ABBILDUNG 25: Verhältnis Arbeitslose und gemeldete Arbeitsstellen nach Anforderungsniveau
 QUELLE: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

4.2.2. Fachkräftesituation nach Branchen und Anforderungsniveau

In vielen Regionen und Berufsfeldern ist eine deutliche Knappheit an verfügbaren Fachkräften zu beobachten. Die Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit (2024c) bewertet anhand von sechs Engpassindikatoren⁹, ob in Berufen Engpässe vorliegen oder nicht. Während sich die Zahl der Engpassberufe während der Covid-19-Pandemie deutlich reduzierte, begann die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften mit dem Auslaufen der Schutzmaßnahmen wieder zu steigen und die Zahl der Engpassberufe nahm wieder zu (vgl. Abbildung 26). Bei etwas über der Hälfte der Engpassberufe handelt es sich um Tätigkeiten für Fachkräfte.

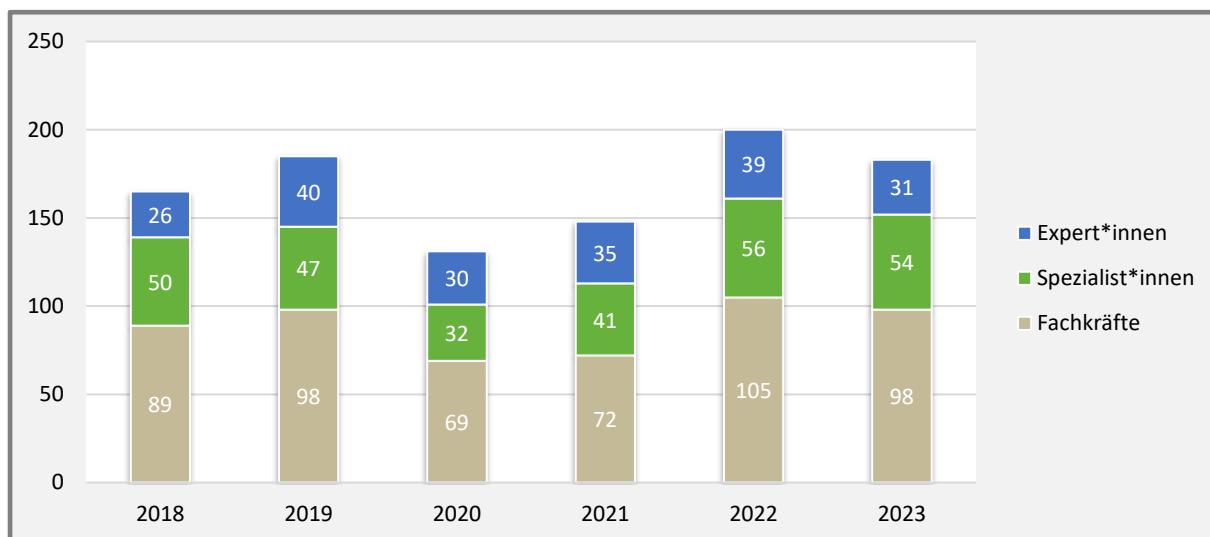


ABBILDUNG 26: Anzahl der Engpassberufe nach Anforderungsniveau
 QUELLE: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Eine Projektion des Bundesinstituts für Berufsbildung gelangt zu dem Ergebnis, dass bis zum Jahr 2040 in jeder vierten Berufs(haupt)gruppe die Zahl der zur Verfügung stehenden Erwerbspersonen nicht ausreicht, um die Nachfrage nach Erwerbstätigen zu befriedigen (Maier et al. 2022). War Fachpersonal vor Jahren bereits in Pflegeberufen Mangelware, so verzeichnen insbesondere medizinische Berufe, Bau- und Handwerksberufe, IT-Berufe oder auch solche im Bereich Erziehung inzwischen ebenfalls stärkere Engpässe (Bundesagentur für Arbeit 2024c) (vgl. Abbildung 27).

Die Stellenüberhangsquote ist ein Maß für die Intensität des Fachkräftemangels. Sie setzt die Zahl der offenen Stellen, für die rechnerisch keine entsprechend qualifizierten Arbeitslosen zur Verfügung stehen, ins Verhältnis zur Gesamtzahl der offenen Stellen. Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) berichtet im Jahresrückblick für das Jahr 2023 Stellenüberhangsquoten in Höhe von 38,9 % im Bereich der Fachkräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung, 48,2 % bei Spezialistinnen und 55,8 % bei Expertinnen und Experten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen leichten Rückgang über alle Anforderungsniveaus hinweg. Am angespanntesten ist die Fachkräftesituation im Berufsbereich

Stellenüberhangsquote = Zahl der offenen Stellen, für die rechnerisch keine entsprechend qualifizierten Arbeitslosen zur Verfügung stehen, im Verhältnis zur Gesamtzahl der offenen Stellen.



⁹ Folgende sechs Indikatoren werden berücksichtigt: Vakanzzeit, Arbeitssuchenden-Stellen-Relation, Berufsspezifische Arbeitslosenquote, Veränderung des Anteils sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Ausländern, Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit, Entwicklung der mittleren Entgelte

Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung (Tiedemann et al. 2024) (vgl. Abbildung 28 und Tabelle D.1 im Anhang D).

Fachkräfte	Spezialist*innen	Expert*innen
• Pflege • Medizinische Fachangestellte • Zahnmedizinische Fachangestellte • Berufskraftverkehr LKW • Kraftfahrzeugtechnik • Verkauf Lebensmittel • Bau- und Ausbauberufe • Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik • Hochbau • Tiefbau	• Kindererziehung • Pflege • Bauelektrik • Aufsicht Hochbau • Aufsicht Tiefbau • Bauplanung • Softwareentwicklung • Physiotherapie • Ergotherapie • Fachkrankenpflege • Elektrotechnik	• Softwareentwicklung • Medizin • Lehrkräfte Sekundarstufe • Architektur, Bauleitung • Apotheke, Pharmazie • Rechtsberatung • Steuerberatung

ABBILDUNG 27: Engpassberufe nach Anforderungsniveau
 QUELLE: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

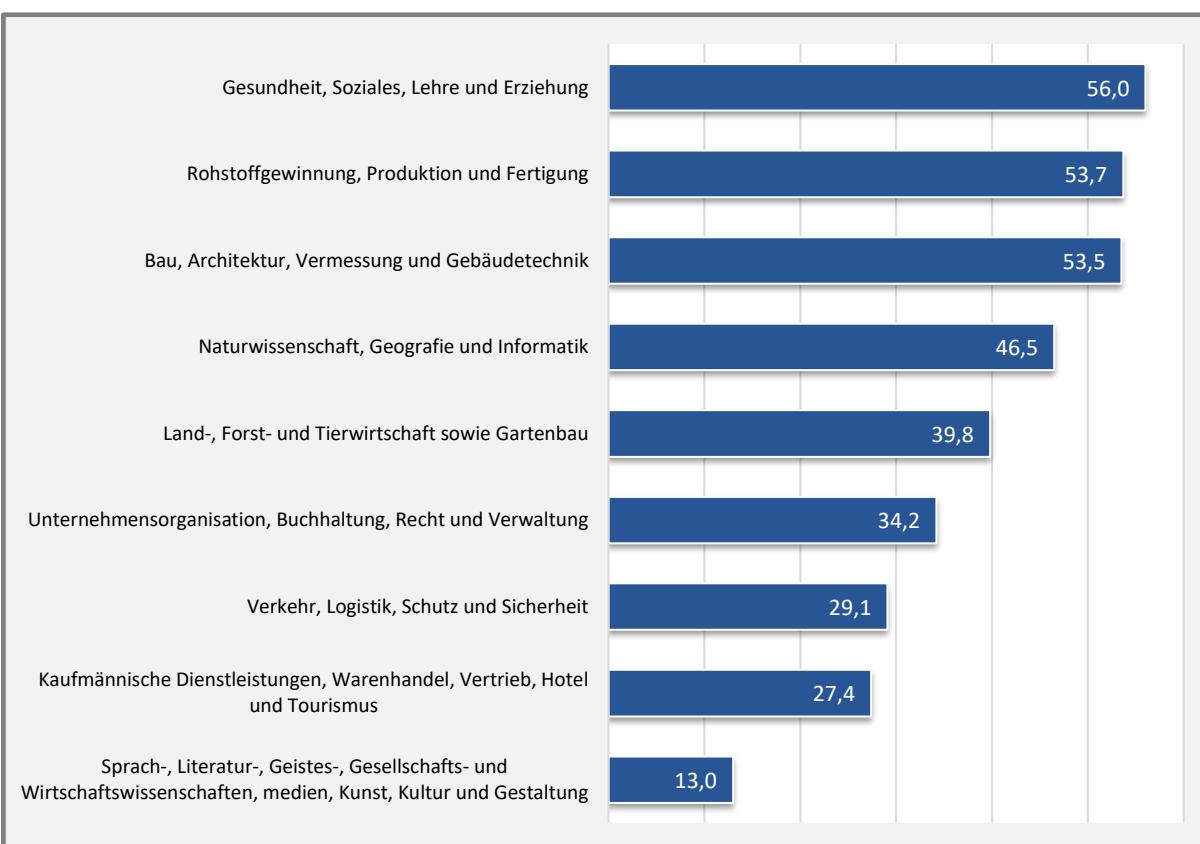


ABBILDUNG 28: Stellenüberhangsquote nach Berufsbereichen für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: KOFA-Berechnungen; eigene Darstellung.

Als weiteren Indikator für die Fachkräftesituation greift das Bundesinstitut für Berufsbildung (Maier et al. 2022) in seinen Qualifikations- und Berufsprojektionen auf die adjustierten Suchdauern zurück. Dahinter verbirgt sich die Anzahl an Tagen, die es benötigt, um für die Besetzung einer ausgeschriebenen Stelle eine geeignete Person zu finden. Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen in diesem Kontext, dass schon ein Anstieg der Suchdauer um ein Prozent das Risiko eines erfolglosen Suchabbruchs nahezu verdreifacht. Ab einer Suchdauer von 90 Tagen wird davon ausgegangen, dass das Risiko, die Stelle nicht mehr zu besetzen, höher ist als die Chance einer erfolgreichen Suche (vgl. Maier et al. 2000). In zehn von 36 Berufshauptgruppen wurde 2021 diese Grenze von 90 Tagen überschritten. Durchschnittlich betrug die adjustierte Suchdauer im Jahr 2021 über alle Berufshauptgruppen hinweg 79 Tage. Zu den Berufsgruppen mit den längsten Suchdauern zählen „Energietechnik“, „Softwareentwicklung und -programmierung“, „Altenpflege“ (jeweils 110 Tage), „Mechatronik und Automatisierungstechnik“, „Elektrotechnik“ (jeweils 106 Tage), „Bauplanungs-, Architektur- und Vermessungsberufe“ (103 Tage) sowie „Informatik, Informations- und Kommunikationstechnologien“ (101 Tage). Bis zum Jahr 2040 wird ein Anstieg der mittleren Suchdauer um weitere vier Tage prognostiziert, wobei die Hauptgruppen „Medizinische Gesundheitsberufe“, „Lebensmittelherstellung und -verarbeitung“ (jeweils +11 Tage) und „Kunststoffherstellung und -aufbereitung, Holzbe- und -verarbeitung“ (+ 10 Tage) besonders stark betroffen sein werden.

Adjustierte Suchdauer = Anzahl an Tagen, die es benötigt, um für die Besetzung einer ausgeschriebenen Stelle eine geeignete Person zu finden.



4.2.3. Fachkräftesituation in ländlichen Räumen

Die Versorgung mit Fachkräften variiert nicht nur zwischen den verschiedenen Branchen und Berufsfeldern, sondern auch auf regionaler Ebene. Einen signifikanten Einfluss auf den regionalen Fachkräftengpass haben laut einer Studie von Buch et al. (2024) Arbeitsmarktfaktoren wie die örtliche Arbeitslosenquote, das Beschäftigungswachstum und das Lohnniveau. Des Weiteren wirken sich die Berufs- und Betriebsgrößenstruktur sowie die Altersstruktur der Bevölkerung auf die Verfügbarkeit von Fachkräften aus. Als Indikator für den Fachkräftengpass diente dabei die Vakanzrate, d.h. der Anteil offener Stellen an der gesamten betrieblichen Personalnachfrage. Bundesweit betrug die Vakanzrate im ersten Quartal 2023 3,7 %. Im Vergleich der Vakanzraten der Jahre 2013-2022 zwischen ländlichen und städtischen Regionen wird deutlich, dass die Engpässe in ländlichen Regionen im Durchschnitt höher sind als in städtischen Regionen und der Unterschied zwischen den Vakanzraten etwa 25 % beträgt. Auch frühere Befunde von Hickmann et al. (2021) und Bossler und Popp (2023) zeigen, dass ländliche Regionen stärker von Fachkräftengpässen betroffen sind als städtische Arbeitsmärkte. Die stärkere Betroffenheit ländlicher Räume hängt vor allem mit der vielfach weiter fortgeschrittenen demografischen Alterung zusammen und wird sich daher in den nächsten Jahren noch verschärfen. Ländliche Räume würden daher von einer Steigerung der Erwerbsbeteiligung Älterer besonders profitieren. Zudem sind ländliche Regionen vor allem kleinere und mittlere Unternehmen angesiedelt, deren finanzielle und personelle Mittel für Weiterbildungs- und Personalgewinnungsmaßnahmen in der Regel deutlich geringer ausfallen.

Vakanzrate = Anteil offener Stellen an der gesamten betrieblichen Personalnachfrage



4.3. Fachkräftesituation in ausgewählten Berufsfeldern

Neben dem Handel trägt das Sozial- und Gesundheitswesen die Beschäftigung im Rheinisch-Bergischen Kreis. Ungefähr ein Viertel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung entfällt auf diese Branchen¹⁰ (Bundesagentur für Arbeit). Gleichzeitig zählen viele Berufe aus diesen Branchen zu den ausgewiesenen Engpassberufen (vgl. Kapitel 4.2.2.). Im Folgenden wird daher die Beschäftigungssituation im Bereich der (Alten-) Pflege, der Kinderbetreuung und der ambulanten ärztlichen Versorgung genauer beleuchtet.

4.3.1. (Alten-)Pflege

Der demografische Wandel und der medizinische Fortschritt führen zu einem steigenden Bedarf an Pflegepersonal in der (Alten-)Pflege. In Folge der Alterung der Gesellschaft und unter Annahme einer weitgehend konstanten Pflegefallwahrscheinlichkeit wird sich diese Entwicklung auch weiter fortsetzen. Die Auswertungen des [Pflegeberichts 2023](#)¹¹ für den Rheinisch-Bergischen Kreis sagen einen Anstieg der Pflegebedürftigen im Kreisgebiet um gut 150 % bis zum Jahr 2049 voraus. Die Zuwächse beim Pflegebedarf stellen eine Herausforderung für die künftige Fachkräftesicherung dar, insbesondere da bereits jetzt ein bundesweiter Fachkräftemangel bei examinierten Pflegefachleuten herrscht.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der Pflege ist lange Zeit stärker gewachsen als die Beschäftigung insgesamt (11 % im Vergleich zu 7 %) (Bundesagentur für Arbeit 2023a). Seit 2022 hat der Beschäftigungsaufbau in der Pflege spürbar an Dynamik verloren (+1 % im Vergleich zum Vorjahr), der rückläufige Trend bei der Arbeitslosigkeit von Pflegerinnen und Pflegern setzt sich jedoch weiter fort (Berufsspezifische Arbeitslosenquote von Pflegefachkräften 2022: 2,5 %). Nahezu alle Indikatoren der Engpassanalyse deuten auf deutliche bestehende Fachkräfteengpässe hin. Nach Angaben des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (2024) kamen zwischen Januar und Dezember 2023 im Arbeitsagenturbezirk Bergisch Gladbach¹² auf 145 offene Stellen 39 arbeitslose Fachkräfte in der Altenpflege (Fachkräftelücke=106).

Beschäftigte in der Altenpflege im RBK:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 1.730

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auszubildende: 90

Geringfügig Beschäftigte: 220

Ausschließlich geringfügig Beschäftigte: 100

Geringfügig Beschäftigte im Nebenjob: 130

Stichtag: September 2023

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Aufgrund des geringen Substituierbarkeitspotenzials und der Entwicklung des Anteils älterer Beschäftigter (in den kommenden zehn Jahren werden bundesweit etwa 370.000 Pflegekräfte altersbedingt aus dem Berufsleben ausscheiden) ist von keiner Entspannung der Fachkräftesituation auszugehen (Bundesagentur für Arbeit 2023a). Fortschreibungen der Anzahl Pflegebedürftiger und Pflegefachkräften auf Basis des Mikrozensus 2019 deuten an, dass selbst bei einer vorsichtigen Schätzung in den nächsten zehn Jahren deutschlandweit 90.000 Pflegekräfte fehlen werden, bis zum Jahr 2049 erhöht sich die Zahl auf 280.000. Sollten sich die bei der Berechnung berücksichtigten positiven Entwicklungen

¹⁰ Es handelt sich um die Branchen Heime und Sozialwesen (10,9 %), Gesundheitswesen (10,9 %) sowie Erziehung und Unterricht (3,9 %)

¹¹ <https://rbk4.rbkdv.de/>: Drucksachennummer ASP-10/0045

¹² Zu dem Arbeitsagenturbezirk Bergisch Gladbach zählender Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis sowie die Stadt Leverkusen

bei der Erwerbstätigkeit weiblicher Pflegekräfte in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre und Männern insgesamt jedoch nicht fortsetzen, stiege der Bedarf sogar auf 350.000 bis 690.000 Pflegekräfte (Statistisches Bundesamt 2024). Die Situation bei den Pflegehelferinnen und -helfern stellt sich genau umgekehrt dar: Hier liegt die Anzahl gemeldeter Stellen unter dem vorhandenen Arbeitspotenzial (Arbeitslosenquote von Pflegehilfskräften 2022: 6,5 %). Dementsprechend unterscheidet sich die Nachfragestruktur zum Teil deutlich von der Struktur der Arbeitslosen: Während sich 65 % der Stellenangebote an examinierte Pflegefachkräfte richten, verfügen aber nur 18 % der Arbeitslosen über die geforderte Qualifikation (ebd.).

Die Beschäftigungsstruktur ist von einem hohen Teilzeit- und Frauenanteil geprägt. Durch die Anstrengungen zur Fachkräftesicherung und insgesamt steigender Migrationszahlen wächst der Anteil nicht-deutscher Beschäftigter merklich – auch wenn die Sprachbarriere sowie die Berufsanerkennung zum Teil große Hürden darstellen. Die meisten ausländischen Pflegekräfte kommen aus Polen, Bosnien und Herzegowina, Türkei, Rumänien und Kroatien. Das Anforderungsniveau der Beschäftigten unterscheidet sich zwischen Deutschen und Ausländern deutlich: Während bei den Deutschen knapp zwei Drittel Pflegefachkräfte sind, ist es bei den ausländischen Beschäftigten nur die Hälfte (ebd.). Aufgrund der hohen Nachfrage nach Pflegekräften hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im Rahmen eines Leiharbeitsverhältnisses tätig sind, in den letzten Jahren zugenommen und sich auf einem Niveau von gut 2 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten etabliert (ebd.).

Im Rahmen des Pflegeberichts 2023 unternimmt der Rheinisch-Bergische Kreis eine Schätzung des Pflegefachkräftebedarfs für die Region. Auf Basis der amtlichen Pflegestatistik für den Rheinisch-Bergischen Kreis, einer Befragung der Pflegedienste und -einrichtungen sowie unter Berücksichtigung der demografisch bedingten Nachfragesteigerung wird dabei für das Jahr 2029 von einer Fachkräftelücke in Höhe von 1.112 Pflegefachkräften ausgegangen. Um diese Lücke zu schließen, müssten jährlich mindestens 111 Fachkräfte ausgebildet oder anderweitig rekrutiert werden. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im September 2023 allerdings nur 90 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auszubildende in der Kranken- und Altenpflege im Rheinisch-Bergischen Kreis insgesamt gemeldet, von denen auch nur ein Anteil der Absolventen später in der Altenpflege tätig sein wird.

Der Mangel an Fachkräften kann schnell zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der stationären Pflegeeinrichtungen führen. Kommt es beispielsweise aufgrund fehlender Pflegefachkräfte zu einem Belegungsstopp und einer Auslastung von unter 98 %, ist der Betrieb nicht mehr wirtschaftlich und eine Schließung droht.

Die Mehrheit der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland (4,17 von 5,0 Millionen) wird in der eigenen Häuslichkeit versorgt. Davon werden wiederum 2,55 Millionen ausschließlich durch Angehörige – zumeist Frauen – ohne professionellen Pflegedienst betreut. Da die häusliche Pflege oft von mehreren Personen ausgeübt wird, kann von drei bis fünf Millionen pflegenden Angehörigen ausgegangen werden (Kuhlmey & Budnick 2023). Ein Großteil dieser Personen befindet sich im erwerbsfähigen Alter. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) im Jahr 2023 ergab, dass pflegende Angehörige im Mittel 49 Stunden pro Woche für pflegende Tätigkeiten aufbringen. 46 % der befragten Pflegepersonen im erwerbsfähigen Alter sind in Vollzeit beschäftigt und 37 % in Teilzeit. Bei circa der Hälfte der Teilzeitbeschäftigten erfolgte die Reduzierung aufgrund der Pflegetätigkeit. 28 % der nicht-erwerbstätigen pflegenden Angehörigen gaben an, vor der Übernahme der Pflege erwerbstätig gewesen zu sein (Schwinger & Zok 2024). Die privat organisierte häusliche Pflege bindet somit ein hohes Fachkräftepotenzial, das dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht.

4.3.2. Kinderbetreuung und -erziehung

Der Fachkräftemangel bei der Kinderbetreuung ist hoch und wird zunehmend zum Risikofaktor für die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Herausforderungen wie verkürzte Öffnungszeiten, Gruppenschließungen oder Betreuungsausfälle in Kitas beschäftigen Familien, Arbeitgebende und Träger von Betreuungseinrichtungen zunehmend. Ohne ausreichend Fachkräfte ist es weder möglich, das Erwerbspotenzial von Eltern, insbesondere von Frauen, zu nutzen noch Kinder in ihrer sozialen, emotionalen und geistigen Entwicklung zu fördern.

Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen hat in den letzten zehn Jahren zu einer erheblichen Steigerung der Beschäftigungszahlen in Kindertageseinrichtungen geführt. Im Vergleich zum Vorjahr waren 2023 bundesweit drei Prozent mehr Betreuungskräfte in Kindertageseinrichtungen tätig. Gegenüber 2013 erhöhte sich das Betreuungspersonal sogar um mehr als die Hälfte. In den letzten Jahren hat sich auch die Anzahl der Absolventinnen und Absolventen einer Ausbildung als Erzieherinnen, Erzieher, Kinderpflegerin oder Kinderpfleger erhöht und hat 2023 einen neuen Höchststand erreicht (Bundesagentur für Arbeit 2024b). Im Rheinisch-Bergischen Kreis kam es zwischen 2012 und 2022 zu einem Anstieg des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen um gut ein Drittel (vgl. Abbildung 29).

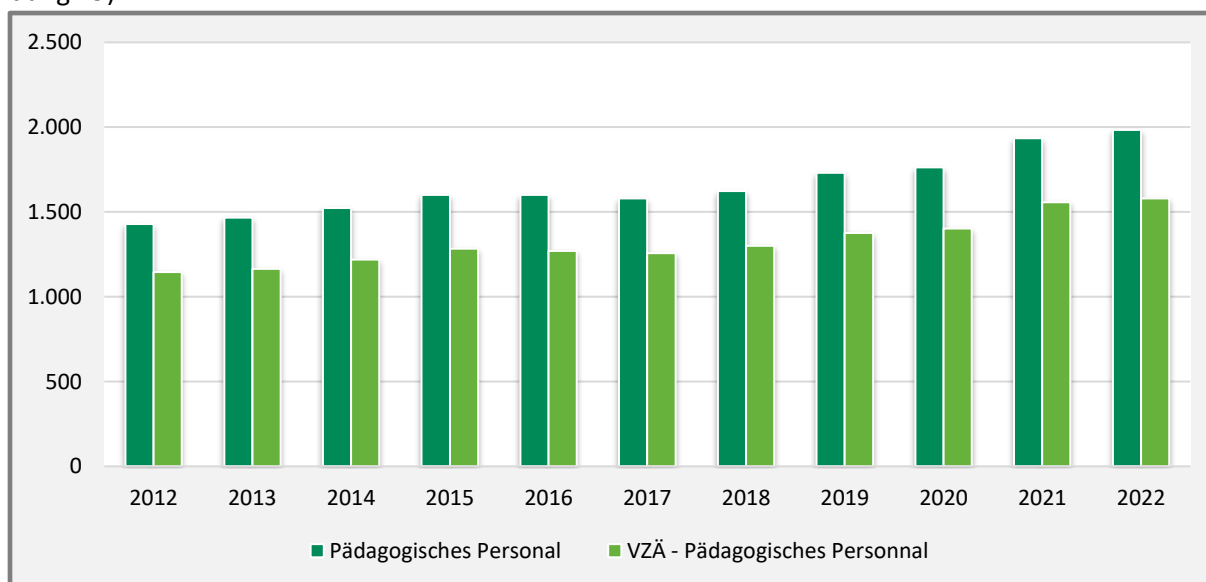


ABBILDUNG 29: Entwicklung pädagogisches Personal in Kindertageseinrichtungen im Rheinisch-Bergischen Kreis insgesamt und in rechnerischen Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalenten (VZÄ))

QUELLE: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

Im Unterschied zu den meisten anderen Berufsfeldern gibt es in der professionellen Kinderbetreuung bundesweit mehr Teilzeit- als Vollzeitbeschäftigte (62 %), in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil mit 49 % am geringsten. Eine Online-Befragung des Deutschen Jugendinstituts und der evangelischen Hochschule Dresden im Herbst 2023 unter dem pädagogischen Personal an Kitas in vier Bundesländern kam zu dem Ergebnis, dass unter Beibehaltung der gegebenen Arbeitsbedingungen nur sieben Prozent der Befragten eine Aufstockung ihrer Arbeitszeit in Betracht ziehen würden (Weimann-Sandig & Kalicki 2024). 45 % wünschen sich sogar eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit. Um Vollzeitkarrieren attraktiver zu machen und somit Potenziale zur Gewinnung von Arbeitskraft durch Aufstockung zu genießen, fehle es laut Studie angesichts der hohen Arbeitsbelastung an ausreichend Karriereanreizen und Flexibilität bei Vergütungsstrukturen. Wichtig sei daher die Sicherung der verbliebenen Stundenkontingente und die Vermeidung weiterer Stundenreduzierungen, etwa über gesunde Arbeitsbedingungen (ebd.).

Zudem ist die Kinderbetreuung nach wie vor eine Frauendomäne: 2023 waren 92 % des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten Frauen. Zwei Drittel verfügt über eine Qualifikation als Erzieherin oder Erzieher, zehn Prozent über den Abschluss als Kinderpflegerin oder -pfleger (ebd.).

Nach einem kontinuierlichen Abwärtstrend bis zum Jahr 2019 verzeichnen die Arbeitslosenzahlen in Berufen der Kinderbetreuung beziehungsweise -erziehung wieder einen deutlichen Anstieg. Im Vergleich zum Jahr 2013 zeigt sich bis 2023 ein Aufbau der Arbeitslosenzahl von Erzieherinnen und Erziehern um 14 %, bei Kindertagespflegerinnen und -pflegern hingegen ein deutlicher Abbau um 29 %. Gegenüber 2022 ist die Arbeitslosigkeit bei Erzieherinnen und Erziehern um 18 % gestiegen, bei Kinderpflegerinnen und -pflegern um sechs Prozent. Weil gleichzeitig auch die Zahl der Beschäftigten zugenommen hat, bleibt die Arbeitslosenquote trotz des Anstiegs der Arbeitslosenzahl mit 1,6 % auf einem sehr niedrigen Niveau. Die Chancen arbeitsloser Erzieherinnen und Erziehern, schnell die Arbeitslosigkeit zu beenden, stehen sehr gut. Zwei Drittel waren 2023 weniger als sechs Monate arbeitslos gemeldet.

Indikatoren Engpassanalyse für Berufe in der Kinderbetreuung/-erziehung im RBK:

- Arbeitslose (Jahresdurchschnitt): 35
- Gemeldete Arbeitsstellen (Jahresdurchschnitt): 70
- Vakanzzeit: 123 Tage

Stichtag: Berichtsjahr 2023

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Bei der Betrachtung der Zu- und Abgänge von Stellenmeldungen im Laufe des Jahres wird die hohe Dynamik in diesem Beschäftigungssegment deutlich. 2023 wurden 31.700 Stellenangebote neu gemeldet und 31.800 abgemeldet. Rechnerisch „erneuert“ sich der Stellenbestand alle 4,5 Monate neu (ebd.).

Die von der Bundesagentur für Arbeit diagnostizierten Engpässe in dem Arbeitsbereich konzentrieren sich vorwiegend auf die Suche von Erzieherinnen und Erziehern. In der Kindertagespflege steht hingegen ein ausreichendes Angebot an Fachkräften zur Verfügung. Bei der Einschätzung der Höhe des zukünftig benötigten Personals spielen verschiedene Faktoren (zum Beispiel Absolventenzahlen, Altersstruktur der Beschäftigten, Geburtenzahlen, Zuwanderung, gewünschter Betreuungsumfang, Betreuungsschlüssel) eine Rolle. Je nach getätigten Annahmen kommen verschiedene Studien auf eine Personallücke in Westdeutschland für die kommenden fünf bis zehn Jahre von 20.000 bis 252.000 Fachkräfte (ebd.).

4.3.3. Ambulante ärztliche Versorgung

Der demografische Wandel trifft die medizinische Versorgung in zweierlei Hinsicht: Zum einen führt er zu einem alterungsbedingten Mehrbedarf von Gesundheitsdienstleistungen, denn im Laufe einer Biografie steigt in der Regel auch der medizinische Versorgungsbedarf. Neben einer Steigerung der Arztkontakte im Alter nimmt auch die Intensität der Arztbesuche aufgrund komplexerer Fälle, Multimorbidität und chronischen Erkrankungen zu. Nach Auswertungen im Rahmen der [Quaestio-Studie](#)¹³ „Analyse und Konzept zur Weiterentwicklung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen Rheinland“¹⁴ aus dem Jahr 2023 kommt es bis zum Jahr 2050 zu einem Anstieg der Arztkontakte um 4,1 % bei einem gleichzeitigen Rückgang der Bevölkerung um 3,4 %.

Zum anderen gehören viele der aktuell praktizierenden Ärztinnen und Ärzte der Baby-Boomer-Generation an und gehen kurz- bis mittelfristig in den Ruhestand. In den meisten Städten der Region sind

¹³ <https://rbk4.rbkdv.de/>: Drucksachennummer GRV-10/0049

¹⁴ Zu der Gebietskulisse des Bergischen Rheinlands zählen der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis sowie der östliche Teil des Rhein-Sieg-Kreis

30 bis 40 % der Hausärztinnen und -ärzte älter als 60 Jahre. Das Durchschnittsalter der Ärztinnen und Ärzte im Rheinisch-Bergischen Kreis aus hausärztlichen Fachrichtungen betrug im Jahr 2023 nach Angaben des Bundesarztregisters¹⁵ 54 Jahre. Bei den Fachärzten sind es je nach Fachrichtung 15 bis 44 % der Ärzte über 60 Jahre alt. Hinzu kommen sich verändernde Präferenzen junger Ärztinnen und Ärzte, die oft Angestelltenverhältnisse, Teilzeitarbeit und größere Praxisstrukturen bevorzugen. Durch die Zunahme von Angestelltenverhältnissen (+150 % in den letzten zehn Jahren) und den Trend zur Teilzeitbeschäftigung (Rückgang der Vollzeitbeschäftigung¹⁶ um 16 % in den letzten zehn Jahren) kommt es indirekt zu einer Verringerung der ärztlichen Kapazitäten, so dass Ersatzbedarfe für ausscheidende Medizinerinnen und Mediziner mit dem Faktor 1,5 multipliziert werden müsste, um die momentanen ärztlichen Kapazitäten aufrechtzuerhalten. Die Aufrechterhaltung der momentanen Kapazitäten wird allerdings aufgrund der geschilderten Entwicklungen im Zuge des demografischen Wandels den Bedarf nicht decken können. Eine angespannte Fachkräftesituation kann dabei mit Einschränkungen der Versorgungsqualität und einer Gefährdung der Patientensicherheit sowie mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Personal einhergehen.

Die Ärztekammer Nordrhein (2024) berichtet, dass der Anteil ausländischer Ärztinnen und Ärzte in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Waren 2013 noch etwas über 5.000 ausländische Ärztinnen und Ärzte in Nordrhein¹⁷ beschäftigt, stieg die Zahl bis Ende 2023 um circa 170 % auf knapp 8.700. Davon stammen rund 5.100 Ärztinnen und Ärzte aus Ländern der Europäischen Union (allen voran Griechenland (686 Personen)), Syrien (624), Rumänien (494), Türkei (430) und Iran (375). Die meisten ausländischen Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Krankenhäusern und Kliniken fernab der Ballungsräume und werden dringend benötigt, um dem fortschreitenden Ärztemangel vor allem in ländlichen Gebieten entgegenzuwirken. Andererseits warten bundesweit mehr als 1.400 aus der Ukraine geflohene Ärztinnen und Ärzte auf die Bearbeitung ihrer Approbationsanträge durch die deutschen Behörden¹⁸.

Der hausärztliche Sektor ist etwas stärker vom Fachkräftemangel bedroht als der fachärztliche, da in der nachrückenden Generation der Ärztinnen und Ärzte die Präferenz zur Spezialisierung stärker ausgeprägt ist. Modellhafte Berechnungen für den haus- und fachärztlichen Bereich führen zu einem Nachbesetzungsbedarf von mindestens 163 Haus- und Fachärztinnen und -ärzte bis 2026 beziehungsweise 479 bis 2033 im Bergischen Rheinland. An Nachwuchs fehlt es jedoch, da die nachrückenden Jahrgänge deutlich schwächer besetzt sind und die Universitäten beziehungsweise Länder das Studienplatzangebot nicht rechtzeitig vergrößert haben (Quaestio 2023).

4.4. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Aus wirtschaftlicher Perspektive gibt es viele Möglichkeiten, Fachkräftemangel und den daraus resultierenden volkswirtschaftlichen Schaden entgegenzuwirken:

- **Weitere Qualifizierung:** Die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Jahrgänge weisen zunehmend einen höheren formalen Qualifikationsabschluss auf (Maier et al. 2022). Die überwiegende Zahl der Menschen, die im Jahr 2040 erwerbstätig sein werden, ist heute schon in Arbeit. Wegen des raschen Strukturwandels ist die gezielte Weiterbildung notwendig. Quereinstiege und Höherqualifizierung-

¹⁵ <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php>

¹⁶ Eine Auswertung von Kögel et al. (2024) ergab, dass die Vollzeittätigkeit einer freiberuflichen Ärztin beziehungsweise eines freiberuflichen Arztes im Schnitt 48,8 Stunden/ Woche beträgt.

¹⁷ Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf

¹⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/gefluechtete-aerzte-zulassung-100.html> (Abruf: 15.08.2024)

gen stellen dabei ein großes Potenzial dar (Köhne-Finster et al. 2023). Eine Analyse des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) (Arndt et al. 2023) kommt zu dem Schluss, dass sich beispielsweise in Gesundheits- und Sozialberufen ein großer Arbeitslosenüberhang auf Helferinnen- und Helferniveau findet, aus dem durch Qualifizierung zahlreiche Fachkräfte gewonnen werden könnten. Allein in der Altenhilfe seien zum Zeitpunkt der Studie 17.787 Helferinnen und Helfer ohne Beschäftigung, in der Kinderbetreuung und -erziehung 12.549.

- **Qualifizierte Einwanderung:** Fachkräfte aus dem Ausland sind schon seit vielen Jahrzehnten unverzichtbar für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zunehmend auch für die Sicherung der sozialen Sicherungssysteme. So wurde das für 2023 registrierte Beschäftigungswachstum in Deutschland ausschließlich von Ausländerinnen und Ausländern getragen (Bundesagentur für Arbeit 2024a). Im Rheinisch-Bergischen Kreis stieg die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (SvB) zwischen 2018 und 2022 um 2.385 Personen (vgl. Abbildung 30). Differenziert man nach Staatsangehörigkeit, kann man bei den SvB mit deutscher Staatsangehörigkeit eine Zunahme um 207 Personen und bei den SvB ohne deutsche Staatsbürgerschaft um 2.248 Personen registrieren. Die Beschäftigung von Bürgerinnen und Bürgern aus EU-Staaten trägt seit 2010 erheblich zur Verbesserung der Fachkräftesituation bei, allerdings sind die Wanderungsströme in hohem Maße volatil und viele EU-Länder erleben einen ähnlichen, teilweise noch stärkeren demographischen Wandel als Deutschland, so dass die Anzahl junger, einwanderungswilliger Erwerbspersonen innerhalb der EU in Zukunft noch merklich zurückgehen dürfte und die Konkurrenz um qualifiziertes Personal steigen wird (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2022). Seit 2018 ist der Beitrag aller Drittstaatenangehörigen zum Beschäftigungswachstum höher als der von Ausländerinnen und Ausländern aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Schweiz. Während dieser Beitrag damals zu großen Teilen von Staatsangehörigen aus Asylherkunftsländer und des Westbalkans getragen wurde, leisteten Drittstaatsangehörige 2023 selbst bei Herausrechnung dieser Staatsangehörigen den größten Beitrag zum Beschäftigungswachstum in Deutschland. Allgemein betrachtet

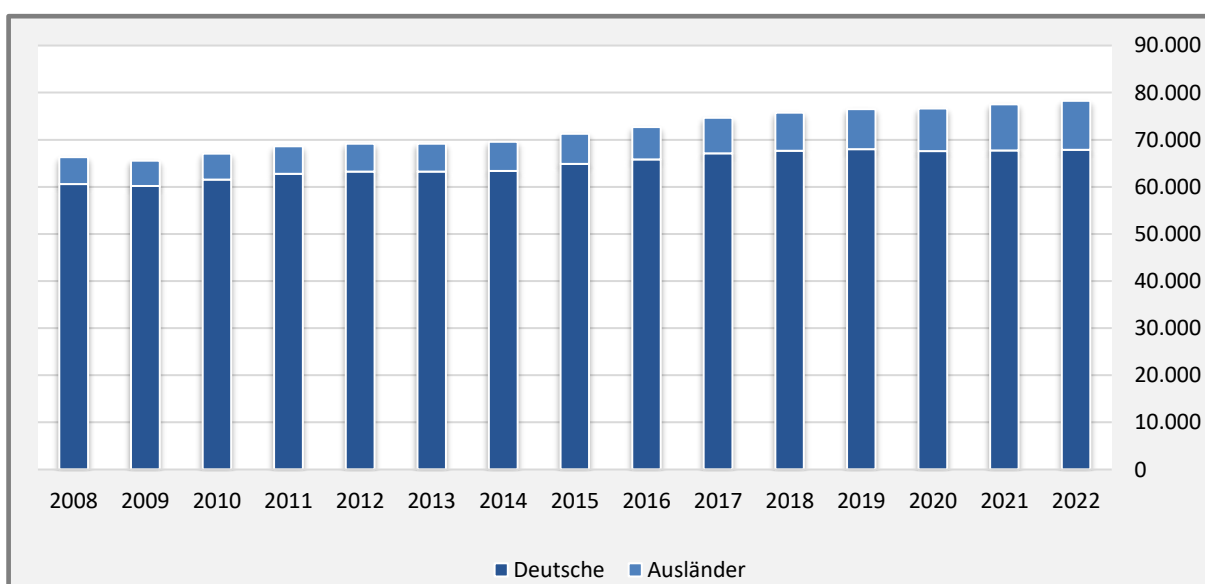


ABBILDUNG 30: Entwicklung sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Rheinisch-Bergischen Kreis zwischen 2008 und 2022 nach Nationalität

QUELLE: Bundesagentur für Arbeit; eigene Darstellung.

haben Beschäftigte mit einem ausländischen Pass schlechtere (formale) Qualifikationen als deutsche Staatsangehörige und ein Helferinnen- und Helferjob stellt daher zumeist den Einstieg in den Arbeitsmarkt dar. Im Vergleich zu Ausländerinnen und Ausländer aus dem EWR und der Schweiz sind SvBs aus Drittstaaten (ohne die acht wichtigsten Herkunftsländer, Westbalkan und die Ukraine) etwas besser qualifiziert. Insbesondere der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter liegt nur leicht unter dem Niveau von deutschen Staatsangehörigen (Bundesagentur für Arbeit 2024a).

Auch im Ausbildungsbereich zeigt sich ein positiver Effekt durch Zuwanderung (Pierenkemper & Semsarha 2024). Die Zahl ausländischer Auszubildender hat sich bundesweit seit 2009 fast verdoppelt. Dadurch konnte knappe ein Viertel des Rückgangs der deutschen Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger durch nicht-deutsche Auszubildende kompensiert werden (ebd.). Da sie häufiger als deutsche Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger eine Ausbildung in Engpassberufen beginnen, übernehmen sie eine wesentliche Rolle bei der nachhaltigen Fachkräftesicherung. Die häufigsten Nationalitäten unter den ausländischen Ausbildungsanfängerinnen und -empfänger sind Syrien, Afghanistan, Irak und Türkei. Angesichts dieses großen Potenzials gilt es kritisch zu bewerten, dass ausländische Jugendliche bei der Ausbildungssuche nach wie vor weniger erfolgreich sind als deutsche Jugendliche. Nur 37 % der gemeldeten ausländischen Bewerberinnen und Bewerber fanden im Jahr 2023 einen Ausbildungsplatz, bei den deutschen Bewerbenden sind es hingegen 50 % (ebd.). Es ist somit wichtig, politische und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung erleichtern.

- Verhinderung von Abwanderung: Um qualifiziertes (Fach-) Personal halten zu können, sind neben finanziellen Anreizen eine gute Arbeitsqualität, sichere, gesunde und gute Arbeitsbedingungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten sowie eine mitarbeiterorientierte Arbeitskultur zentrale Kriterien.
- Steigerung der Produktivität und Ausbau der Digitalisierung: Angesichts der steigenden Knappheiten steigen die Herausforderungen im Umbau der Volkswirtschaft hin zu einer effizienteren Produktionsweise. Es werden erhebliche Investitionen sowohl im Bau, bei Ausrüstungen als auch hinsichtlich Forschung, Entwicklung und geistiges Eigentum anfallen (Maier et al. 2022). In einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey & Company (2024) wurden rund 2.100 unterschiedliche Arbeitstätigkeiten im öffentlichen Dienst sowie die dafür erforderlichen Fähigkeiten analysiert. Davon ausgehend ließen sich die Automatisierungs- und Produktivitätspotenziale für rund 850 Berufe ermitteln. Während bisher nur annähernd 20 % der Aufgaben bei Tätigkeiten, die die Anwendung komplexen Fachwissens erfordern, ein Automatisierungspotenzial aufwiesen, könnte sich dieser Anteil durch den Einsatz künstlicher Intelligenz auf 55 % erhöhen. Dadurch könnte die bundesweite Fachkräftelücke im öffentlichen Dienst in Höhe von 550.000 Vollzeitkräften um bis zu einem Drittel reduziert werden.
- Steigerung der Arbeitsmarktbeteiligung: Der strukturelle Wandel von Industrie- zu Dienstleistungsarbeitsplätzen sowie die sukzessive Auflösung einer tradierten geschlechtsspezifischen Arbeits- und Rollenverteilung begünstigen die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Inzwischen ist die Erwerbsarbeit für viele Frauen ökonomisch notwendig und selbstverständlicher Bestandteil des eigenen Lebensentwurfs (Läpple 2019). Obwohl die Erwerbsquote von Frauen in den letzten Jahren gestiegen ist, liegt sie in manchen Altersgruppen noch unter der Erwerbsquote von Männern. Im Rheinisch-Bergischen Kreis betrug die Differenz im Juni 2023 sieben Prozentpunkte (Bundesagentur für Arbeit 2023b). Auch bei der Erwerbsquote Älterer gilt, dass trotz eines Anstiegs in den letzten

Jahren die Erwerbsquoten weiterhin unter derjenigen der jüngeren Arbeitnehmenden liegt. Anhand von Prognosen wurde berechnet, dass alleine durch die Erhöhung der Erwerbsquoten von Frauen und Älteren in Deutschland im Jahr 2035 insgesamt 3,4 Millionen zusätzliche Erwerbspersonen für den Arbeitsmarkt aktiviert und die Knappheit damit reduziert werden könnte (Hellwagner et al. 2022). Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erstellte Studie (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2024) verfeinert diese Studie und kommt zu dem Ergebnis, dass bei einer Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit um 10 % und einem Anstieg der Erwerbstätigkeit Älterer¹⁹ innerhalb der nächsten fünf Jahre rund 430.000 beziehungsweise 460.000 Personen dem Arbeitsmarkt zusätzlich zur Verfügung stünden. Eine Angleichung der Erwerbsquote von Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigen an die der deutschen Staatsangehörigen erhöhe das Arbeitskräftepotenzial um zusätzliche 380.000 Personen. Während sich die positiven Effekte der Erwerbssteigerung von Frauen und Älterer u.a. aufgrund der demografischen Entwicklung reduzieren, steigt das Arbeitskräftepotenzial durch die verstärkte Einbindung nicht-deutscher Staatsangehöriger, da der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe zunimmt und die Personengruppe vergleichsweise jung ist. Die Beschäftigungsquote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ohne deutsche Staatsbürgerschaft liegt im Rheinisch-Bergischen Kreis zehn Prozentpunkte unter der der deutschen Staatsbürger (52,1 % beziehungsweise 62,5 %) (Bundesagentur für Arbeit 2023b). Inwiefern das zusätzliche Arbeitskräftepotenzial zu einer tatsächlichen Entschärfung des Arbeitskräftemangels führt, hängt jedoch auch von der Passung zwischen den individuellen und den am Arbeitsmarkt nachgefragten Fähigkeiten sowie regionaler Passungsprobleme zwischen Wohnort und Ort der angebotenen Stelle ab. So könnte beispielsweise die Steigerung der Frauenerwerbsquote den Engpass im Gesundheits- und Erziehungsberufen verringern, während er in Produktions- und IT-Berufen verschärft wird (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2024).

- Verbesserung des Berufsimage: Die sinkende Zahl junger Menschen auf dem Ausbildungsmarkt stellt Betriebe vor große (Zukunfts-)Probleme. Bereits jetzt gibt es Berufe, in denen Ausbildungsstellen nicht besetzt werden können. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen hat sich von knapp 20.000 im Jahr 2009 auf rund 69.000 im Jahr 2022 mehr als verdreifacht. Zum Stichtag am 30.09.2023 blieben deutschlandweit rund 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt, was etwa 14 % aller gemeldeten Ausbildungsstellen entspricht (Pierenkemper & Semsarha 2024).

Andererseits stehen ihnen Ausbildungsberufe gegenüber, die mehr Bewerberinnen und Bewerber anziehen als Stellen zur Verfügung stehen²⁰. Dieses Ungleichgewicht ist das Resultat der Berufswahlkriterien Jugendlicher (Eberhard et al. 2009). Für junge Menschen ist bei ihrer Berufswahl nicht nur die Übereinstimmung der Tätigkeiten mit ihren Interessen und Fähigkeiten von Bedeutung. Ausbildungsberufe und ihre Bezeichnung sind auch wichtige Signalträger für das soziale Umfeld. Gelangen junge Menschen zu dem Schluss, dass die vermuteten Fremdurteile gegenüber dem anvisierten Ausbildungsberuf ungünstig ausfallen, werden sie zurückhaltender und nehmen eventuell sogar Abstand von der Berufswahl. Dabei sind auch geschlechterspezifische Einflüsse erkennbar. So werden beispielsweise typisch weibliche Berufe von Mädchen positiver in Hinblick auf Prestige und gesellschaftlichem Nutzen eingestuft als von Jungen. Eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbil-

¹⁹ In diesem Szenario wird die Erwerbsquote der 55- bis 60-Jährigen und 60- bis 65-Jährigen auf die Erwerbsquote der jeweils vorangehenden Altersgruppe (50- bis 55-Jährige beziehungsweise 55- bis 60-Jährige) angehoben.

²⁰ Zu den beliebtesten Ausbildungsberufen zählten im August 2024 bundes- sowie kreisweit die Ausbildungen Kaufmann/-frau Büromanagement, KFZ-Mechatronikerin und -Mechatroniker und Verkäuferin und Verkäufer (Statistik der Bundesagentur für Arbeit: <https://tinyurl.com/5sj5tckb> (Abruf: 02.09.2024))

dung (BiBB) aus dem Jahr 2005 kam zu dem Ergebnis, dass die Eigenschaften „intelligent“, „gebildet“, „reich“ und „ehrgeizig“ maßgeblich für das Ansehen einer Person sind (ebd.). Berufsfelder, deren Mitarbeitenden mit diesen Eigenschaften assoziiert werden, sind somit attraktiver für Jugendliche. Die Merkmale „geschickt“, „körperlich fit“, „fleißig“, „kontaktfreudig“ und „selbstlos“ fördern dagegen kaum das Prestige und fördern somit auch nicht die Neigung, entsprechende Berufe zu ergreifen. Eine Studie aus der Schweiz (Wolter & Zöllner 2024) untersucht anhand eines Befragungsexperiments mit rund 6.000 Erwachsenen, inwieweit Geschlechterstereotype bei der elterlichen Empfehlung zur Berufswahl eine Rolle spielen. Dabei wurden den Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip jeweils ein männlich und ein weiblich dominiertes Berufsfeld und Wahl gestellt und sie sollten ihrem hypothetischen Kind zu einem der zwei Ausbildungsberufe raten. Während Töchter insgesamt eher ausgeglichene Empfehlungen erhielten, rieten die Befragten ihren hypothetischen Söhnen mit höherer Wahrscheinlichkeit zu einem traditionell männerdominierten Beruf.

Das Berufsimagen haften dabei häufig noch veraltete Vorurteile an. In der Erhebung „Bewertung von Berufen“ des Koordinierungsbüros Übergang Schule-Beruf des Rheinisch-Bergischen Kreises aus dem Sommer 2023 wurden 2.700 Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen zu ihrer Meinung zu 25 verschiedenen Berufen befragt (Rücklaufquote 63 %). Die Attraktivität des Berufs „Altenpflegerin/Altenpfleger“ wurde dabei beispielsweise als sehr gering bewertet und erfährt keine hohe Wertschätzung. In einem Ranking von 25 Ausbildungsberufen landet dieser auf dem 22. Rang. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen jedoch auch, dass die Vorstellungen der Schülerinnen und Schüler insbesondere in den Kategorien Einkommen und potentielle Berufsperspektive deutlich von der Realität abweichen. Bei der Schätzung des Einkommens landet die Altenpflege auf dem letzten Platz und weist dabei mit Abstand die höchste Differenz zwischen geschätztem und tatsächlichem Verdienst auf. Denn wie eine Auswertung von IT.NRW (2024) für das Jahr 2023 ergab, ist die durchschnittliche Vergütung für Auszubildende in Pflegeberufen im ersten Jahr der Ausbildung die höchste in Nordrhein-Westfalen. Dieses Phänomen bestätigt auch eine Studie im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Högner 2024): Je attraktiver/weniger attraktiv junge Erwachsene ein Berufsbild einschätzen, umso häufiger überschätzen/unterschätzen sie die Gehalts- und Arbeitsmarktaussichten in dem Berufsfeld.

Zur Imageförderung werden zum Teil erfolgreich sprachkosmetische Veränderungen bei der Berufsbezeichnung eingesetzt (zum Beispiel „Medienkaufmann/-frau Digital und Print“ statt „Verlagskaufmann/-frau“; Pflegefachmann/-frau statt Gesundheits- und Krankenpflegerin/-pfleger). Langfristigeren Erfolg versprechen allerdings die Ansätze, die Berufsinhalte möglichst interessant zu gestalten, Ausbildungsbedingungen zu verbessern und durch das Angebot von Zusatz- und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten die Bildungschancen hervorzuheben. Nicht zuletzt kann auch eine Steigerung der Verdienstmöglichkeiten zu einer Imageverbesserung beitragen (Eberhard et al. 2009).

4.5. Best-Practice-Beispiele aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis

4.5.1. (Alten-) Pflege

Die Verwaltung ist in Kooperation mit verschiedenen Netzwerkpartnerinnen und -partnern seit vielen Jahren in der konzeptionellen Planung und Entwicklung von Maßnahmen zur Pflegefachkraftgewinnung aktiv. Eine Übersicht über alle geplanten Maßnahmen zum Thema Pflegefachkraftgewinnung und

-sicherung des Amtes für Soziales und Inklusion des Rheinisch-Bergischen Kreises kann im [Handlungskonzept „Inklusiv leben und wohnen, aktiv altern und versorgt sein im Rheinisch-Bergischen Kreis“](#)²¹ und im Kreistagsinformationssystem eingesehen werden (Drucksachennummer [APK-10/0027](#)²²).

- **Care4future®:** Das Programm „care4future“® soll auf regionaler Ebene allgemeinbildende Schulen mit Pflegefachschulen und Unternehmen der pflegerischen Versorgung vernetzen. Gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern werden Curricula entwickelt, wie die Themen rund um die Pflege und der Pflegeberufe im Unterricht aufgegriffen werden können. Die Kurse werden u.a. von den Auszubildenden der Pflege selbst durchgeführt und ermöglichen so den Schülerinnen und Schülern einen authentischen Einblick in die sozialen Berufe. Pilothaft wird das Programm als Teil des Profulfachkurses der Sekundarschule Leichlingen allen Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse angeboten. Nach der Evaluation des Pilotprojekts in Leichlingen ist eine Ausweitung in den Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises geplant. Ermöglicht wird das Projekt durch den Rheinisch Bergischen Kreis. Beteiligt sind außerdem: die Rheinische Gesellschaft der Diakonie gGmbH, die Evangelische Pflegeakademie „Hasensprungmühle“ Leichlingen, das Evangelische Altenzentrum Hasensprungmühle, das Diakoniewerk Weltersbach der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden im Landesverband NRW e.V. und die Sekundarschule Leichlingen. Weitere Informationen können der [Pressemitteilung](#)²³ des Rheinisch-Bergischen Kreises vom 16.05.2024 entnommen werden.
- **Fachkräftekampagne „Kluge Köpfe arbeiten hier – Pflege“:** Ziel des Personalgewinnungskonzepts ist es, das Image des Pflegeberufs in der Wahrnehmung zu verändern und für die Zielgruppe der Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen, deren Eltern sowie Quer- und Seiteneinsteigern attraktiver zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW) wurden für die Fachkräftekampagne vier verschiedene Aktionsbereiche definiert:
 - 1) *Unterstützung der Arbeitgebenden, Führungskräfte und Mitarbeitenden:* Durch Workshop-Angebote sowie individuelle Beratung der Arbeitgebenden sollen diese vorwiegend in den Themenfeldern Arbeitgebendenmarke und Social-Media-Recruiting sowie Mitarbeitendenbindung und Integration unterstützt und begleitet werden,
 - 2) *Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit schaffen durch eine Kampagne, die Fachkräfte in den Blick nimmt:* Mit Hilfe einer Imagekampagne für den Pflegeberuf wird über Themen wie Ausbildung, Studium, Weiterbildung, Gehalt und Karrierewege informiert und bestehende Vorurteile abgebaut. Dazu wurde eine Internetpräsenz entwickelt: <https://kluge-koepfe-pflege.de/>
 - 3) *Organisation und Umsetzung von Veranstaltungen und Aktionen:* zum Beispiel After-Work Recruiting Events oder Informationsstände auf Stadtfesten,
 - 4) *Beratung:* Niederschwellige Beratungsmöglichkeiten zur Ausbildung, zum Einstieg und der beruflichen Weiterentwicklung im gesamten Bereich der Pflege.

Das Konzept ist über das Kreistagsinformationssystem²⁴ des Rheinisch-Bergischen Kreises einsehbar (Drucksachennummer [KT-10/0405](#)).

²¹ <https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=4840>

²² https://rbk4.rbkdv.de/tops/?__=UGhVM0hpd2NXNfFcExjZatnvcE_I1LcWkRsmNrp4bs

²³ <https://www.rbk-direkt.de/news/55346/netzwerk-zur-nachwuchsgewinnung-fuer-die-pflege-startet--schuelerinnen-und-schueler-in-leichlingen-erhalten-praxisnahe-einblicke-in-den-pflegeberuf>

²⁴ <https://rbk4.rbkdv.de/>

- Unterstützung der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen bei der Gewinnung internationaler Pflegefachkräfte: Das Projekt „Gewinnung internationaler Pflegefachkräfte“ des Rheinisch-Bergischen Kreises ([Vorlage KT-10/0390 \(rbkdv.de\)](https://rbk4.rbkdv.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNfFcExjZbuUinPnLFoupeWG8ytAO0XdVFdVu3x-3yvgIQufG1/Kreis-tag_KT-10-0390.pdf)²⁵) ist im April 2023 an den Start gegangen. Ein wesentlicher Kooperationspartner ist das Kommunale Integrationszentrum des Rheinisch-Bergischen Kreises, das eng in die Begleitung der Pflegefachkräfte und der künftigen Arbeitgeber der pflegerischen Versorgung eingebunden ist. Die Einrichtungen der pflegerischen Versorgung können eigenständig oder über eine Personalvermittlungsagentur internationale Pflegefachkräfte anwerben. Auch das Deutsche Rote Kreuz als regionale Personalvermittlungsagentur für internationale Pflegekräfte wird vereinzelt von den Einrichtungen der pflegerischen Versorgung angefragt. Beauftragte Personalvermittlungsagenturen sollen das RAL Gütesiegel „Faire Anwerbung Pflege Deutschland“ oder ein vergleichbares besitzen. Sieben Einrichtungen haben bereits die Kooperationsvereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis unterschrieben, die Voraussetzung für eine finanzielle Förderung seitens des Rheinisch-Bergischen Kreises ist.
- Kreisweiter Tag der Pflege: Der kreisweite Tag der Pflege hat zum Ziel, pflegerische Berufe wertzuschätzen, die Pflege in der Öffentlichkeit positiv darzustellen und die Öffentlichkeit für eine Ausbildung beziehungsweise pflegerische Tätigkeit zu interessieren. Viele berufsspezifische Akteurinnen und Akteure beteiligen sich jährlich am 12. Mai unter dem gemeinsamen Motto „Gute Pflege muss gepflegt werden“ mit verschiedenen Aktionen im Kreisgebiet. Nähere Informationen zu den Aktionen werden auf der Homepage des Rheinisch-Bergischen Kreises zur Verfügung gestellt: <https://www.rbk-direkt.de/tag-der-pflege.aspx>.
- Verbesserung der digitalen Ausstattung der Pflegefachschulen: Der Rheinisch-Bergische Kreis fördert die Ausbildung zur Pflegefachassistenz. Ziel ist es, Arbeitskräften mit geringer Qualifikation eine Ausbildung mit Abschluss zu ermöglichen sowie Arbeitskräften, die bereits ohne Qualifikation in der Pflege tätig sind, für eine Ausbildung als Pflegefachassistentin oder -assistent zu gewinnen. Pflegefachassistentinnen und -assistenten entlasten Pflegefachkräfte in ihrem beruflichen Alltag, denn mit der neuen Ausbildung kann ein Teil der Aufgaben der Fachkräfte an die Assistenz übertragen werden. Die einjährige Ausbildung zur Pflegefachassistenz wird von allen drei Gesundheits- und Pflegeschulen im Kreis angeboten. Engagierte und geeignete Absolventinnen und Absolventen der Pflegefachassistentenausbildung haben die Möglichkeit, in die dreijährige Ausbildung zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann einzusteigen und diese um bis zu einem Jahr zu verkürzen. Um die Schülerinnen und Schüler der drei Pflegefachschulen im Rheinisch-Bergischen Kreis zu unterstützen, hat sich der Kreis mit 18.000 Euro an der Anschaffung von Tablets beteiligt. Die Tablets sind wichtige Arbeitsmittel, da viele Ausbildungsinhalte digital unterrichtet werden. Die zugehörige [Pressemitteilung](#)²⁶ vom 11.07.2024 kann hier eingesehen werden.

4.5.2. Kindertagesbetreuung

- Quereinstieg in die Kinderbetreuung („QiK“): Der Rheinisch-Bergische Kreis nimmt gemeinsam mit dem AWO Bildungswerk Rheinberg-Oberberg und in Kooperation mit der Stadt Bergisch Gladbach an einem [Modellprojekt](#)²⁷ des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und

²⁵ https://rbk4.rbkdv.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNfFcExjZbuUinPnLFoupeWG8ytAO0XdVFdVu3x-3yvgIQufG1/Kreis-tag_KT-10-0390.pdf

²⁶ <https://www.rbk-direkt.de/news/56426/rheinisch-bergischer-kreis-foerdert-digitale-ausstattung-der-pflegefachschulen-tablets-fuer-angehende-pflegefachassistentinnen-und-pflegefachassistenten>

²⁷ <https://www.land.nrw/pressemitteilung/neues-modell-fuer-mehr-personal-kitas-qualifizierter-quereinstieg-geht-den-start>

Integration Nordrhein-Westfalen teil, mit dem eine weitere Zielgruppe für den beruflichen Einstieg in die Kindertagesbetreuung angesprochen werden soll. Grundsätzlich richtet sich das Projekt sowohl an Personen, die aktuell noch nicht in der frühkindlichen Bildung arbeiten, aber sich für das Berufsfeld interessieren als auch an diejenigen, die beispielsweise über eine Tätigkeit als Kita-Helferin oder -Helfer bereits einen ersten Einstieg in das System gefunden haben und sich nun pädagogisch weiterqualifizieren wollen.

Die Quereinsteigenden kommen nach einer ersten Anfangsqualifikation (120 Stunden Unterrichtseinheiten) zügig in den Kindertageseinrichtungen zum Einsatz und absolvieren im Anschluss für zwei Jahre berufsbegleitend Fortbildungen. Mittelfristig wird der Qualitätsanspruch in der frühkindlichen Bildung gehalten, da die Teilnehmenden nach dieser Qualifizierungsphase eine verkürzte Ausbildung als staatlich geprüfte Kinderpflegende absolvieren.

Mit QiK möchte der Rheinisch-Bergische Kreis Fachkräfte gewinnen, qualifizieren, fördern und halten und interessierten Quereinsteigenden neue berufliche Perspektiven in einem anspruchsvollen und zukunftssicheren Arbeitsfeld schaffen. Das Projekt soll aber auch die Träger unterstützen, qualifiziertes Personal zu gewinnen, das für eine qualitativ hochwertige Versorgung unserer Kinder notwendig ist und dieses an die Einrichtung zu binden.

- Teilnahme an der Fachkräftekampagne: Die in Punkt 4.5.1. erwähnte Imagekampagne soll voraussichtlich in Kooperation zwischen der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW), dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Bündnis für Familie Rhein-Berg auch zur Fachkräftegewinnung in weiteren Berufen im sozialen Sektor ausgeweitet werden. In einem ersten Schritt werden hier jedoch zunächst die lokalen Bedarfe ermittelt.

4.5.3. Gesundheitliche Versorgung

- Gemeindekrankenschwester: Um Versorgungsdefizite im Pflege- und Gesundheitsbereich aufzufangen, beschäftigt die Stadt Rösrath seit dem 01.01.2024 eine Quartierskrankenschwester. Das Angebot richtet sich an ältere Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Pflegebedarf und hat einen aufsuchenden Charakter.

Die Quartierskrankenschwester erbringt keine Leistungen, die von ambulanten Pflegediensten oder anderen geeigneten Anbietern erbracht und von den Pflegekassen finanziert werden. Zu den Aufgaben der Quartierskrankenschwester zählen sowohl präventiv ausgerichtete Beratung (zum Beispiel gesundheitliche und hauswirtschaftliche Versorgung, Wohnsituation, Mobilität) als auch die Vermittlung von wohnortnahen und gut erreichbaren Teilhabeangeboten (zum Beispiel Seniorentreffs, Bewegungsangebote). Auf Wunsch begleitet die Quartierskrankenschwester zum Beispiel bei einem Probetag in der Tagespflege, Arztbesuchen, Seniorenangeboten und Besuchen im Krankenhaus. Bei Bedarf werden die stationäre Aufnahme sowie die Überleitung aus dem vollstationären Setting in die Häuslichkeit vorbereitet. Während des stationären Aufenthalts wird die persönliche Beziehung durch regelmäßige Besuche aufrechterhalten. In akuten Notlagen und Ausnahmesituationen übernimmt sie die soziale und kurzfristige pflegerische Versorgung als Interimslösung für die geplante Pflegemaßnahme und arbeitet gemeinsam mit den Betroffenen an Bewältigungsstrategien.

Die Quartierskrankenschwester übernimmt eine wichtige Schnittstellenfunktion, indem sie zum einen die Erkenntnisse aus den Hausbesuchen an die Senioren-, Pflege- und/oder Wohnberatung rückkoppelt und zum anderen eng mit den niedergelassenen Haus- und Fachärztinnen und -ärzten,

Wohlfahrtsverbänden und den Sozial- und Entlassungsdiensten der Krankenhäuser zusammenarbeitet. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der Stadt Rösrath: <https://www.roes-rath.de/quartierskrankenschwester>.

4.6. Einschätzungen zur Fachkräftesituation im Rheinisch-Bergischen Kreis

4.6.1. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)

- *Der Fachkräftemangel gilt allgemein als eine der größten Herausforderungen in Deutschland. Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die aktuelle Fachkräftesituation im Rheinisch-Bergischen Kreis dar? Gibt es Branchen, die besonders stark betroffen sind?*

Definitiv ist die Suche nach Fachkräften bereits seit einigen Jahren ein Topthema für fast alle Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis, insbesondere nach den Krisen der letzten Jahre. Wie auch in anderen Regionen ist der Bereich Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung besonders stark betroffen. Doch auch Sektoren wie das Handwerk, die Baubranche oder die Gastronomie verzeichnen einen erhöhten Bedarf an Fachkräften.



Das stellt eine große Herausforderung für die regionale Wirtschaft dar und erfordert gezielte Maßnahmen zur Fachkräftesicherung. Aufgrund des demografischen Wandels – das Ausscheiden älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben bei gleichzeitig geringerem Nachrücken junger Generationen – wird sich diese Herausforderung weiter verschärfen.

- *Was raten Sie Betrieben und Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis, um Fachkräfte zu gewinnen und langfristig an ihr Unternehmen zu binden?*

Um dieser Herausforderung zu begegnen, sind vielfältige Anstrengungen nötig. Das ist glücklicherweise schon sehr vielen Betrieben bewusst und viele haben sich schon auf den Weg gemacht. Im Rheinisch-Bergischen Kreis gibt es zahlreiche positive Beispiele.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Miteinander im Betrieb entscheidend für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften ist. Neben Gehalt, Urlaubstagen und Arbeitszeiten spielen auch andere Faktoren eine wichtige Rolle. Eine positive Unternehmenskultur, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, ein starker Teamgeist und Weiterentwicklungsmöglichkeiten können einen entscheidenden Unterschied machen.

Es gibt viele konkrete Lösungsmöglichkeiten, wo Betriebe ansetzen können, wie zum Beispiel:

- Eine verstärkte Ausbildung von Jugendlichen. Ausbildung sichert den Nachwuchs im eigenen Betrieb und ist gleichzeitig ein wertvoller gesellschaftlicher Beitrag, der sich unter dem Strich für alle auszahlt. Die ganzheitliche Begleitung der jungen Menschen während der Ausbildung, die auch deren Persönlichkeit stärker in den Blick nimmt, gewinnt hierbei an Bedeutung.
- Im Recruiting die Zielgruppen im Blick haben, in denen Potentiale verborgen liegen, wie z. B. bei Müttern, internationalen Fachkräften, Schulabgängerinnen und -abgängern, die vielleicht nicht die besten Zeugnisnoten mitbringen oder auch Menschen mit Behinderung.
- Eine adäquate Ansprache unterschiedlicher Bewerbergruppen kann helfen, Menschen besser zu erreichen. Ein wertschätzender und vertrauensvoller Rekrutierungs- und Onboarding Prozess hilft, dass neue Mitarbeitende länger bleiben.

- Das Thema Vereinbarkeit Beruf und Familie bzw. Pflege zu einer Priorität im Betrieb machen: Ganz vorne stehen flexible Arbeitszeitmodelle, Mobile Office (wo es möglich ist) und das Eingehen auf individuelle Bedürfnisse je nach Lebenssituation. Natürlich sind eine betriebliche KiTa / Großtagespflege oder Betreuungsplätze ein hilfreiches Angebot, doch Vertrauen, Verständnis und Rückhalt gegenüber Eltern, wenn z. B. das Kind krank ist, wiegen schwerer. Dasselbe gilt für Mitarbeitende, die Angehörige pflegen.
- Neue Wege in puncto Führung einschlagen und z. B. deutlich mehr Führung in Teilzeit oder im Jobsharing-Modell ermöglichen.
- Qualifizierung und Weiterentwicklung von Beschäftigten.
- Internationale Fachkräfte rekrutieren.
- Mit den eigenen Mitarbeitenden darüber im Gespräch sein und bleiben, was sie brauchen, um ihren Job gut zu machen. Denn das können andere Punkte sein, als der Arbeitgebende vielleicht glaubt.
- Bei Veränderungen Transparenz schaffen. Die Sorgen, Wünsche und Anregungen von Mitarbeitenden ernst nehmen, Menschen mitnehmen, als Arbeitgeberin oder Arbeitgeber Haltung zeigen. Regelmäßiges Feedback geben, gerade jungen Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen.
- Angebote rund um die physische wie psychische Gesundheit im Betrieb etablieren. Hier hilft es zunächst eine Kultur im Betrieb zu schaffen, die es Menschen erlaubt, Probleme und Herausforderungen anzusprechen. So kann der Betrieb unterstützen, dass geschaffene Angebote auch in Anspruch genommen werden und wirken können.

Das ist eine lange Liste. Das Wichtigste ist anfangen, auch wenn es noch so klein ist. Es gibt nicht den einen „richtigen“ Weg. Arbeitgebende müssen auch keineswegs auf allen Hochzeiten tanzen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis gibt es zahlreiche Beispiele von Betrieben, die ganz unterschiedliche Wege in Sachen Fachkräftesicherung gehen und auf ihrem individuellen Weg erfolgreich sind.

➤ *Welche Unterstützungsleistungen bietet die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW) den Arbeitgebenden im Rheinisch-Bergischen Kreis konkret an?*

Die Fragen, die sich rund um Fachkräfte ranken, sind vielfältig. Als Wirtschaftsförderung kennen wir uns in vielen Themen aus und können Betriebe in ihren individuellen Anliegen und Fragen unterstützen. Gleichzeitig sind wir keine Experten in allen Bereichen. Deswegen haben wir Menschen in unserem Netzwerk, die dann weiterhelfen können.

Ganz konkret vernetzen wir mit unserer Fachkräftekampagne „Kluge Köpfe arbeiten hier“ attraktive Arbeitgeberinnen und -geber und machen sie sichtbarer. Wir als Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW) koordinieren die Kampagne und stehen im engen Austausch mit den Akteurinnen und Akteuren am Arbeitsmarkt sowie den beteiligten Unternehmen. Seit Herbst 2024 liegt ein neuer Schwerpunkt auf dem Bereich der Pflegeberufe.

In unseren vielfältigen Veranstaltungsformaten seien es Workshops oder Austausch-Formate, in Präsenz oder online, bieten wir Arbeitgebenden die Möglichkeit, sich zu informieren, von und mit anderen zu lernen und Erfahrungen auszutauschen. Inhaltlich decken wir dabei eine breite Themenpalette ab, von der Arbeitgebendenmarke bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Aktuell stehen wir in den Startlöchern, um zukünftig die Auszubildenden und Ausbilderinnen sowie Ausbilder in den Unternehmen zu unterstützen.

➤ *Welche Rahmenbedingungen braucht es, um dem Fachkräfteproblem besser zu begegnen?*

Das Thema Fachkräfte ist mit vielen Aspekten eng verwoben, die einander bedingen. Es reicht nicht, das Thema isoliert angehen zu wollen. Diese Herausforderung erfordert ein Zusammenspiel von sehr vielen Rädchen in unserem gesellschaftlichen System.

Es beginnt bereits mit der Sicherstellung einer qualitativ guten Kinderbetreuung, genauso wie mit bezahlbarem Wohnraum, denn Fachkräfte müssen irgendwo wohnen und sind auf verlässliche Betreuung angewiesen, um ihre Arbeit überhaupt erfüllen zu können.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Unternehmen und der öffentlichen Hand ist essenziell, um bedarfsgerechte Angebote zu schaffen und den Übergang in den Beruf zu erleichtern.

Vor allem vor dem Hintergrund des weiter oben erwähnten demografischen Wandels muss es uns ein großes Anliegen sein, junge Generationen möglichst vollständig für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und ihnen Perspektiven zu bieten.

Genauso wichtig ist es, internationale Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt zu bringen, Hürden abzubauen und Integration vor Ort besser zu unterstützen.

In Anbetracht der Transformation unserer Arbeitswelt sowie der Veränderung von Berufsbildern fällt der stetigen Weiterentwicklung von Fachkräften inklusive der Qualifizierung von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit bzw. Menschen mit fehlender Ausbildung eine ebenfalls große Bedeutung zu.

4.6.2. Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach

➤ *Wie bewerten Sie aus Perspektive der Agentur für Arbeit die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt?*

Die aktuellen Zahlen für den Rheinisch-Bergischen Kreis zeigen eine leicht angespannte, aber nicht dramatische Arbeitsmarktsituation. Es gibt klare Anzeichen für eine wirtschaftliche Zurückhaltung, die sich sowohl in der sinkenden Zahl der offenen Stellen als auch in der leicht erhöhten Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr widerspiegelt. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist stark dienstleistungsgeprägt und zeigt sich dadurch weniger krisenanfällig.



Bundesagentur für Arbeit

Agentur für Arbeit
Bergisch Gladbach

Der Arbeitsmarkt ist insgesamt stabil, jedoch geprägt von einer leichten Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr. In der langfristigen Betrachtung ist die Arbeitslosigkeit stabil und unauffällig. Die Unternehmen scheinen bei Neueinstellungen derzeit vorsichtiger zu sein, was auf die aktuell schwächere Konjunktur zurück zu führen ist. Von dem Anstieg der Arbeitslosigkeit waren insbesondere junge Männer betroffen. Auffällig ist der Anstieg bei Personen mit akademischer Ausbildung.

Fazit: Der Arbeitsmarkt ist nicht in einer tiefgreifenden Krise, jedoch sind Herausforderungen in der derzeitigen konjunkturellen schwächeren Phase durchaus spürbar und werden noch länger andauern.

Ausblick: Es ist mit einer anhaltenden langsamen, aber dennoch stabilen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen, mit Chancen auf Verbesserungen, falls positive wirtschaftliche Impulse auftreten.

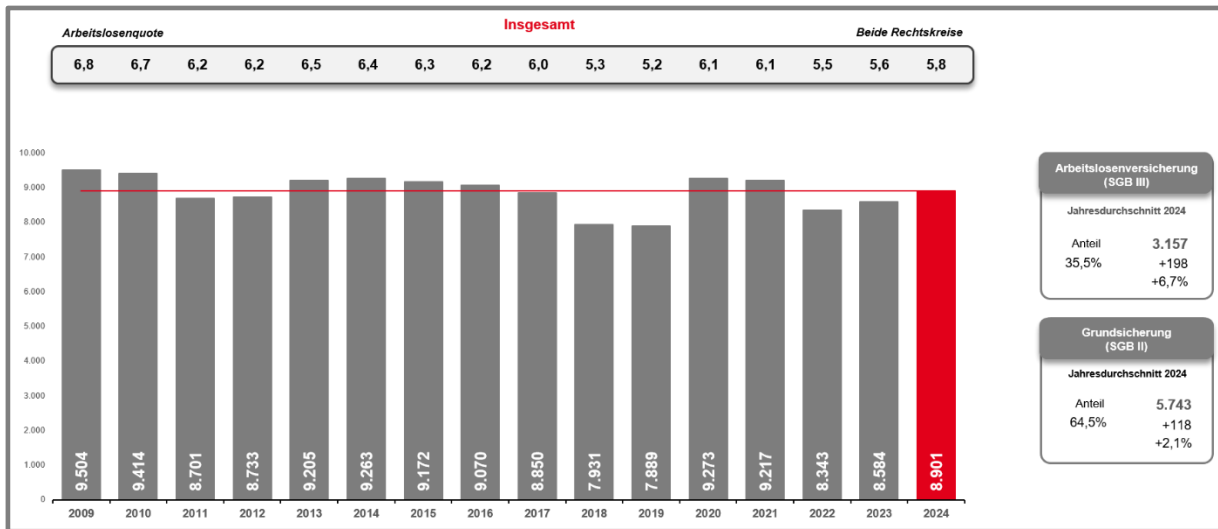


ABBILDUNG 31: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Rheinisch-Bergischen Kreis
 QUELLE: Bundesagentur für Arbeit; Datenstand: Dezember 2024.

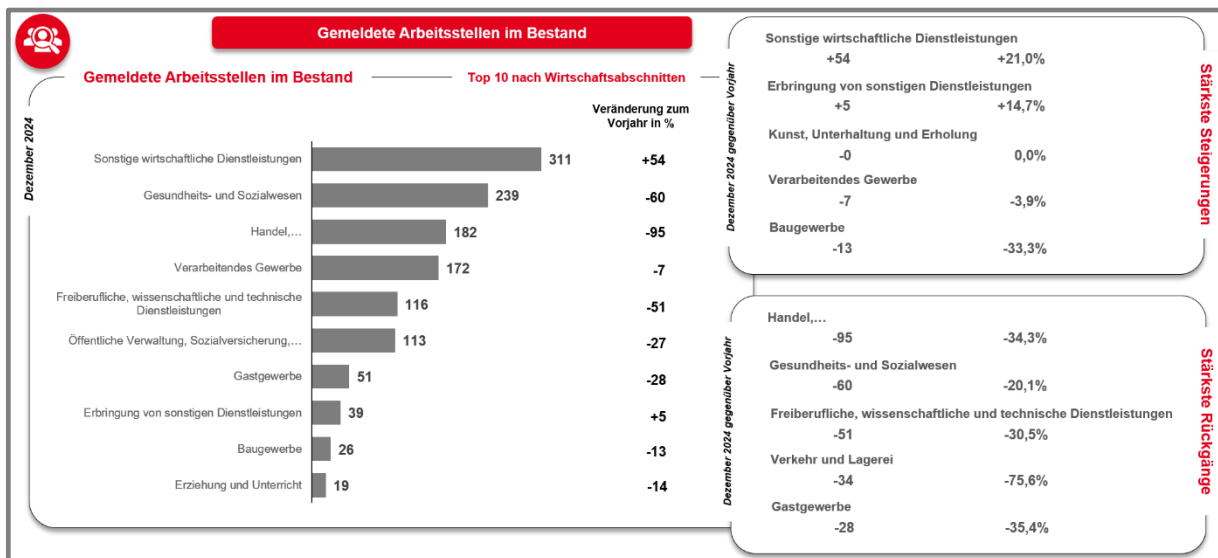
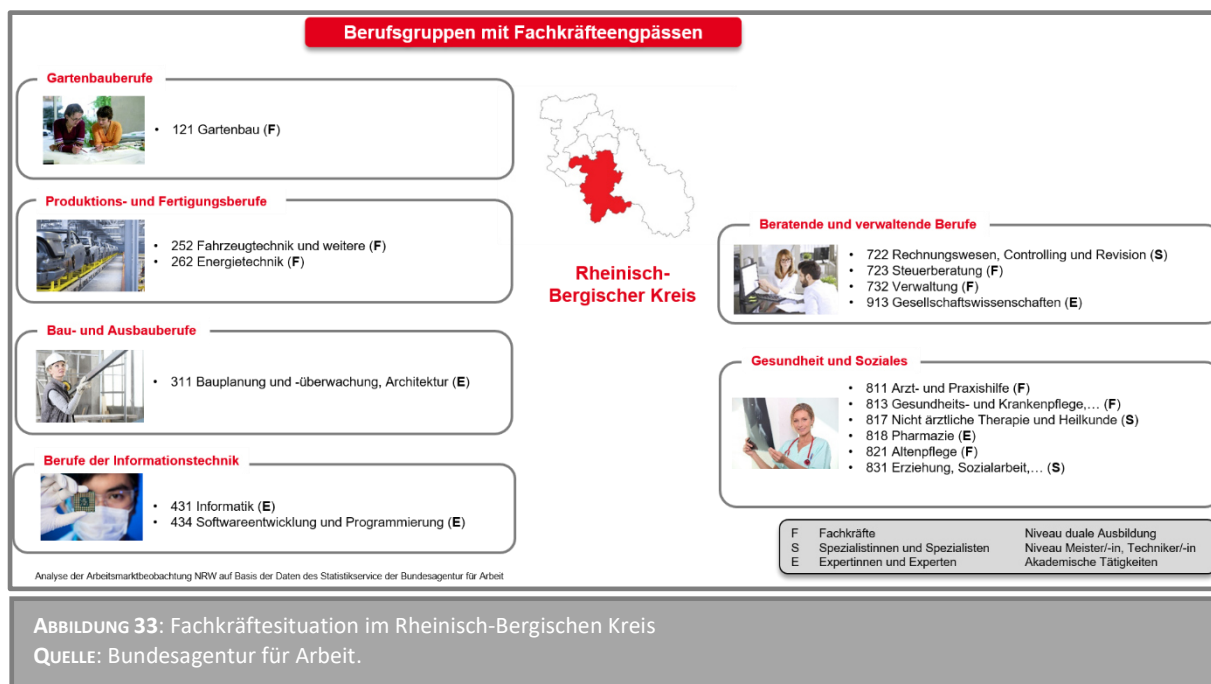


ABBILDUNG 32: Entwicklung der Stellen im Rheinisch-Bergischen Kreis
 QUELLE: Bundesagentur für Arbeit.

➤ In welchen Branchen sehen Sie derzeit den dringendsten Bedarf an Fachkräften?



➤ Wie unterstützt die Arbeitsagentur im Kampf gegen den Fachkräftemangel?

Die Agentur für Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel, indem sie gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote fördert. Dies umfasst sowohl die berufliche Weiterbildung von Arbeitsuchenden als auch die Unterstützung von Unternehmen bei Weiterbildung von ungelernten Kräften zu Fachkräften. Zudem arbeitet sie eng mit regionalen Bildungseinrichtungen, Kammern und Unternehmensverbänden zusammen, um die Ausbildungs- und Arbeitsmarktangebote besser aufeinander abzustimmen. Ein weiteres wichtiges Instrument ist die Förderung von Auslandsrekrutierung sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten und geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus setzt sie sich verstärkt für die Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Frauen ein, um Fachkräftepotenzial aus der sogenannten „stillen Reserve“ in den Arbeitsmarkt zu bringen. Die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt berät zielgerichtet Berufsrückkehrerinnen, um sie bei der Aufnahme einer Beschäftigung zu unterstützen und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

➤ Über die verschiedenen Angebote im Bereich der Berufsberatung haben Sie häufig Kontakt zu (jungen) Berufseinsteigern. Wie haben sich aus Ihrer Sicht deren Ansprüche an ihre Arbeitswelt in den vergangenen Jahren verändert? Welche Erkenntnisse lassen sich daraus für den Kampf gegen den Fachkräftemangel ableiten?

Die Ansprüche junger Berufseinsteigenden haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Neben einer ausgeprägten Work-Life-Balance, flexiblen Arbeitszeiten und der Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, legen viele auch großen Wert auf kurze, stressfreie Arbeitswege. Lange Pendelzeiten werden zunehmend als Verlust an Lebensqualität wahrgenommen und in die Berufswahl einbezogen. Unternehmen, die hybride Arbeitsmodelle und Flexibilität bieten, haben hier einen klaren Vorteil.

Darüber hinaus gewinnen Werteorientierung und Sinnhaftigkeit der Arbeit immer mehr an Bedeutung. Junge Menschen möchten nicht nur wirtschaftliche Ziele erreichen, sondern auch einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen – sei es durch Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung oder Innovation. Sie suchen nach Arbeitgebern, die ihre Werte klar kommunizieren und eine transparente Haltung zur gesellschaftlichen Verantwortung einnehmen. Ein solches Arbeitsumfeld, das den Bedürfnissen und Überzeugungen der neuen Generation entspricht, ist entscheidend für die Gewinnung von Talenten.

Diese veränderten Erwartungen erfordern eine Anpassung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an den Arbeitsmarkt von heute. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen Unternehmen nicht nur attraktive Arbeitsbedingungen bieten, sondern auch ein Arbeitsumfeld schaffen, das den Werten der jungen Generation entspricht und ihre Lebensqualität unterstützt. Die Agentur für Arbeit berät Unternehmen zielgerichtet dazu, welche Maßnahmen dem Fachkräftemangel entgegenwirken können.

- *Welche neuen Wege sehen Sie in der Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen, um Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig für bestimmte Berufe zu begeistern und den Übergang in Ausbildung und Beruf besser zu gestalten?*

Es besteht großes Potenzial in einer engeren Kooperation zwischen der Agentur für Arbeit und den Schulen, um Schülerinnen und Schülern schon frühzeitig für bestimmte Berufsfelder zu begeistern. Dies kann durch praxisorientierte Angebote wie Berufsinformationstage, Betriebsbesichtigungen und Praktika erfolgen. Zudem ist eine intensivere Berufseinstiegsbegleitung durch Mentorinnen und Mentoren und Coaches sinnvoll, um den Übergang von der Schule in die Ausbildung oder den Beruf zu erleichtern. Die Berufsorientierung sollte dabei schon früh ansetzen, um den Jugendlichen ein realistisches Bild von verschiedenen Berufsfeldern zu vermitteln und sie für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zu sensibilisieren. Weiterhin kann der Einsatz digitaler Plattformen zur Berufsorientierung und zur Vernetzung mit Unternehmen und Ausbildern Unternehmerinnen und Unternehmer und Ausbilderinnen und Ausbildern eine wichtige Rolle spielen.

4.6.3. Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege im Rheinisch-Bergischen Kreis



- *Wie sieht die aktuelle Personallage in Ihren Einrichtungen aus? Wie ist Ihre Prognose für die nächsten Jahre?*

Insbesondere in den Einrichtungen der Pflege, der Eingliederungshilfe und der Kinderbetreuung ist die Situation teils sehr angespannt. Um den Fachkräfteschlüssel zu erfüllen, muss notgedrungen Personal aus Zeitarbeitsfirmen eingesetzt werden. Dies führt zum einen zu einer konfliktreichen Ungleichbehandlung innerhalb der Teams (höhere Entlohnung, bessere Arbeitszeiten etc.) und zum anderen zu einer finanziellen Mehrbelastung der Träger, da dieser Mehraufwand nicht durch die Kostenträger finanziert wird.

Hier wären dringend rechtliche Regelungen erforderlich (ähnlich wie in anderen Zeiten reguliert wurde, dass Personal von Zeitarbeitsfirmen nicht minder bezahlt werden darf).

Aufgrund der demographischen Entwicklung und dem dazu diametral steigenden Bedarf besonders in den Bereichen Kitas und Pflege ist nicht zu erwarten, dass die erforderliche Anzahl an Fachkräften nachrücken wird.

Der Abbau der Ausbildungskapazitäten, teils aus finanziellen Gründen (Unterfinanzierung im KiBiZ), ist in diesem Zusammenhang kontraproduktiv.

➤ *Welche Folgen hat der Personalmangel für Sie, Ihre Mitarbeitenden und Ihre Zielgruppen?*

Der organisatorische und monetäre Aufwand für die notwendige Personalakquise nimmt zu. Stellenbesetzungen benötigen längere Zeiträume. Durch längerfristige Stellenvakanzen sind häufig Notlösungen wie Gruppen- oder Bereichszusammenlegungen, im Pflegebereich auch punktuelle Absagen, Teilschließungen in Kitas und in Ausnahmefällen auch Schließungen erforderlich. Der organisatorische Aufwand, zu improvisieren bzw. nachzusteuern, steigt und belastet Leitungskräfte und Mitarbeitende. Vakante Stellen führen zu einer höheren Belastung des vorhandenen Personals, das aufgrund der Mehrbelastung häufiger erkrankt. Zunehmende Unzufriedenheit führt zu steigender Fluktuation bis hin zum endgültigen Ausstieg aus dem Arbeitsfeld, was den Mangel an Fachkräften weiter verschärft.

Für die Zielgruppen bedeutet dies eine eingeschränkte Betreuung bis hin zum zeitlich befristeten Betreuungsausfall (z.B. Notgruppen in Kitas) sowie längere Wartezeiten (z.B. bei der Suche nach Pflegeplätzen) und gegebenenfalls ein zeitlich und qualitativ reduziertes Betreuungsangebot.

➤ *Wie hat sich die Personalsuche in den vergangenen Jahren verändert? Welche (neuen) Wege gehen Sie bei der Rekrutierung von Fachkräften?*

Digitale Stellenveröffentlichungen auf eigenen Websites, auf relevanten Jobportalen und in sozialen Netzwerken haben die klassische Stellenausschreibung im Printbereich ersetzt. Vermehrt wird auf persönliche Ansprache potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten auf Ausbildungs- und Jobmessen und in Schulen und Berufskollegs gesetzt.

Einen immer größeren Stellenwert bekommt die Anwerbung neuer Mitarbeitenden durch vorhandene zufriedene Mitarbeitende. Hier spielen langfristige Strategien der Mitarbeitendenbindung eine wesentliche Rolle (Benefits wie Fahrradleasing, betriebliche Altersvorsorge und Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten etc.).

Diskutiert und vereinzelt schon angewendet werden in diesem Zusammenhang auch Prämien.

➤ *Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten, um Engpässe in der Personalsituation zu überbrücken?*

Ehrenamtliche Tätigkeiten können punktuell unterstützen, ersetzen aber keine Fachkräfte, deren Einsatz gesetzlichen Vorgaben unterliegt. Ehrenamtliche können eine wertvolle Ergänzung sein, beispielsweise bei Freizeitangeboten in Seniorenzentren oder unterstützenden Aufgaben wie Lesepaten in Kitas. Für diese Einsätze braucht es aber auch eine hauptamtliche Koordination und Begleitung.

Um Möglichkeiten des ehrenamtlichen Ehrenamtes weiter auszuloten ist die AG Freie Wohlfahrtspflege im Austausch mit der Freiwilligenagentur und anderen Koordinierungsstellen.

➤ *Welche Veränderungen bräuchte es jetzt konkret, um die aktuellen Probleme anzugehen?*

Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen fortlaufend so angepasst werden, dass tarifgebundene Gehälter gezahlt werden können. Die Fachkräftequote sollte überprüft und gegebenenfalls bedarfsgerecht flexibilisiert werden. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss entbürokratisiert und deutlich beschleunigt werden. Ausbildungsplätze und praxisnahe Qualifizierungsprogramme müssen ausgebaut werden. Eine noch intensivere politische Unterstützung für den sozialen Sektor mit Kampagnen zur Fachkräftegewinnung und zur gesellschaftlichen Wertschätzung der sozialen Berufe wäre wünschenswert.

5. Kleinräumige Analyse: Methodisches Vorgehen

5.1 Räumliche Gliederung: Wohnplätze der Sozialplanung

Um die Lebenslagen und Herausforderungen möglichst wohnortnah erfassen zu können, wurde das Kreisgebiet in 81 sogenannte *Wohnplätze der Sozialplanung* eingeteilt. Diese stellen im Vergleich zu kommunalen oder stadtteilbezogenen Bezugsgrößen kleinere und in sich homogenere Raumeinheiten dar.

Bei der Festlegung der kleinräumigen Gliederung handelt es sich um einen Kompromiss: Auf der einen Seite soll der Raum definiert werden, der den Lebensbezug der Anwohner und deren lokalen Nahraum abbildet. Dabei sind die Menschen in unterschiedlichem Maße mobil und definieren ihren Nahraum

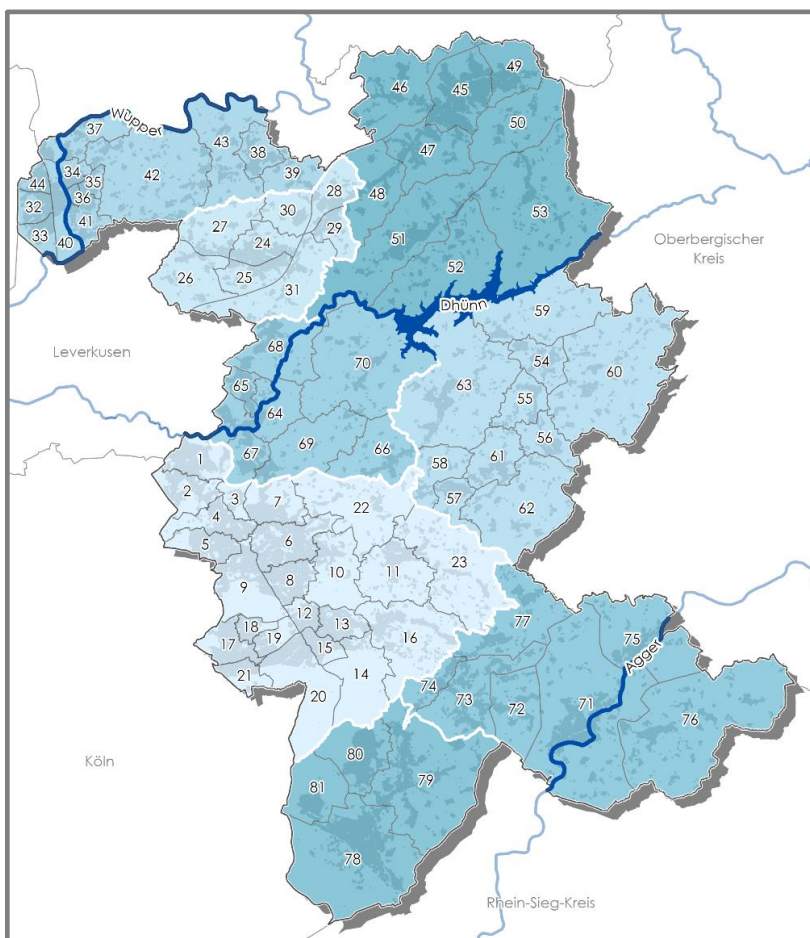


ABBILDUNG 34: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz;
Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

sehr individuell. Andererseits begrenzen gesetzliche und administrative Vorgaben die Möglichkeiten der Raumzuschnitte. Eine notwendige Voraussetzung ist beispielsweise, dass für die gewählte Raumgröße unter Berücksichtigung des Datenschutzes sozialstatistische Daten verfügbar sind oder erhoben werden können. Nur so können Entwicklungen regional eingeordnet werden und planerische Maßnahmen und Strategien räumlich fokussiert und wirtschaftlich effizient gestaltet werden. In der Folge kann dies jedoch dazu führen, dass die gelebten Sozialräume der Menschen nicht immer deckungsgleich mit den Wohnplätzen der Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis sind.

Abbildung 34 gibt einen Überblick über die 81 Wohnplätze der Sozialplanung im gesam-

ten Kreisgebiet. Im Durchschnitt leben rund 3.600 Menschen in einem Wohnplatz. Aufgrund der unterschiedlichen Siedlungsstruktur in den teils städtisch teils ländlich geprägten Räumen variiert die Einwohnerzahl zwischen 15.647 (Wermelskirchen Innenstadt) und 1.020 (Wermelskirchen Südost). Im Folgenden werden die Wohnplätze je Kommune inklusive ihrer Einwohnerzahl nochmal gesondert dargestellt.

Stadt Bergisch Gladbach

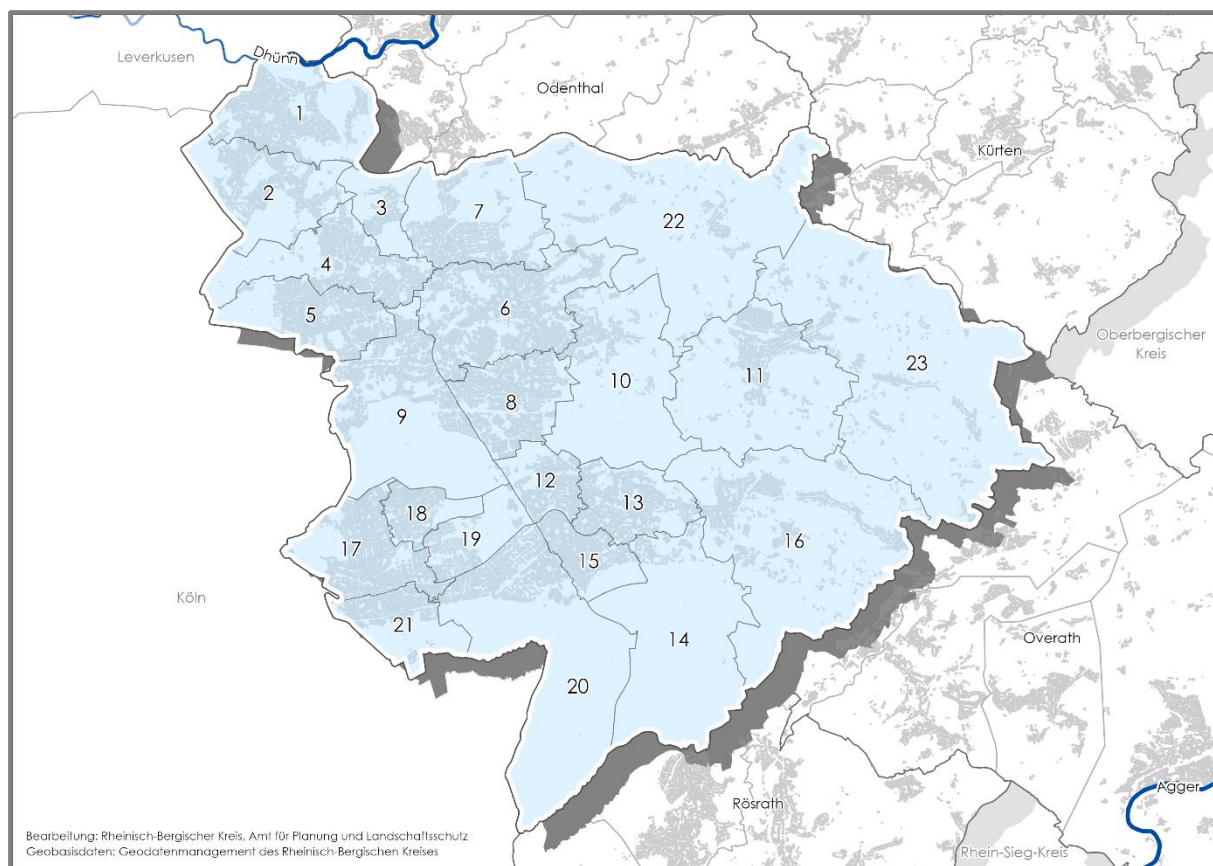


ABBILDUNG 35: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Bergisch Gladbach

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Bergisch Gladbach					WPS: 23
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
1	Schildgen	6.207	13	Bensberg	5.801
2	Katterbach	4.955	14	Bockenberg	3.068
3	Nußbaum	1.093	15	Kaule	3.915
4	Paffrath	7.023	16	Moitzfeld	4.542
5	Hand	8.905	17	Refrath	9.466
6	Stadtmitte	11.495	18	Alt Refrath	3.225
7	Hebborn	5.896	19	Kippekausen	2.430
8	Heidkamp	6.570	20	Frankenforst	5.553
9	Gronau	6.416	21	Lustheide	3.404
10	Sand	2.473	22	Romaney_Herrenstrunden	1.671
11	Herkenrath	3.650	23	Asselborn_Bärbroich	2.173
12	Lückerath	4.109			

TABELLE 4: Wohnplätze der Sozialplanung in Bergisch Gladbach und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Stadt Burscheid

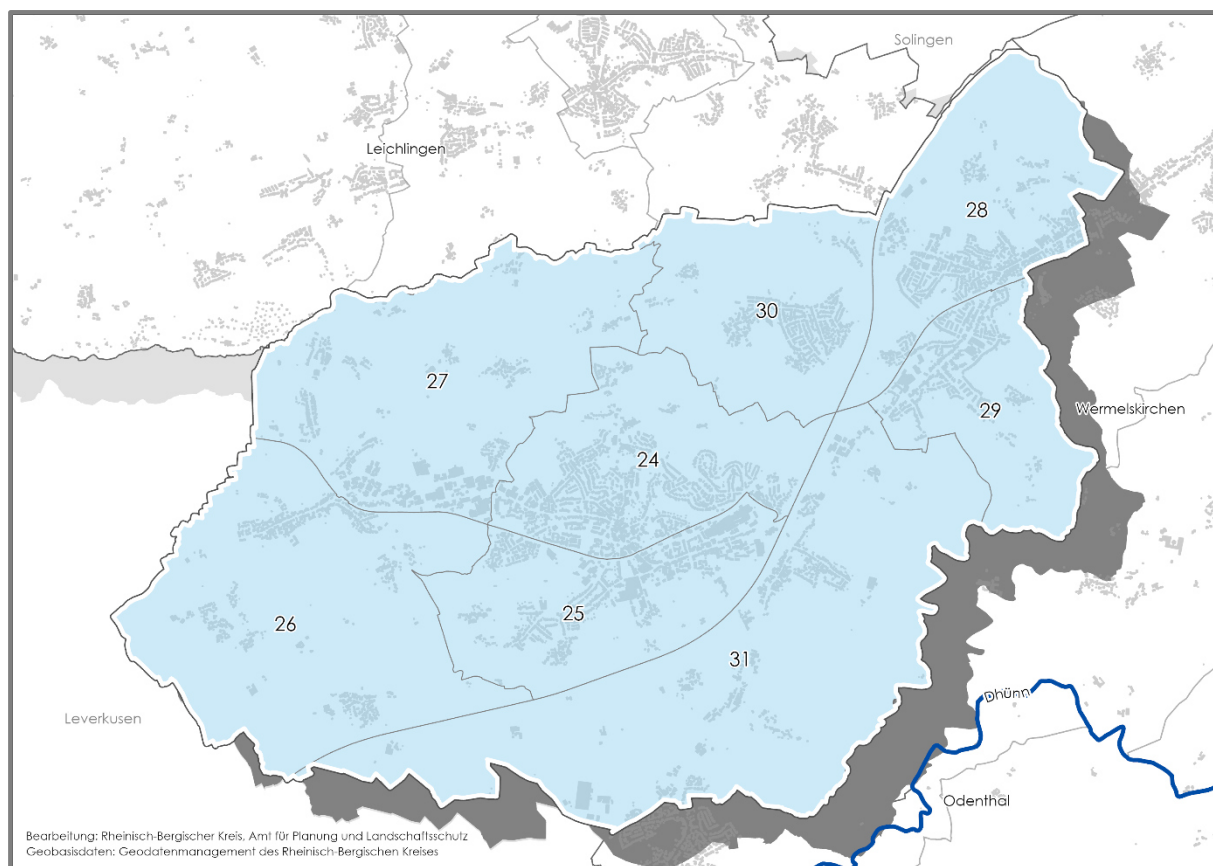


ABBILDUNG 36: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Burscheid

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Burscheid					WPS: 8
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
24	Burscheid Zentrum Nord	6.630	28	Hilgen Nord	2.925
25	Burscheid Zentrum Süd	2.650	29	Hilgen Süd	2.123
26	Dierath/Großhamberg/Reppinghofen/Dürscheid	1.322	30	Hilgen West	1.626
27	Massiefen/Blasberg/Nagelsbaum/Paffenlöh	1.204	31	Hammerweg/Bellinghausen_Straßerhof/Straßchen	1.218

TABELLE 5: Wohnplätze der Sozialplanung in Burscheid und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Gemeinde Kürten

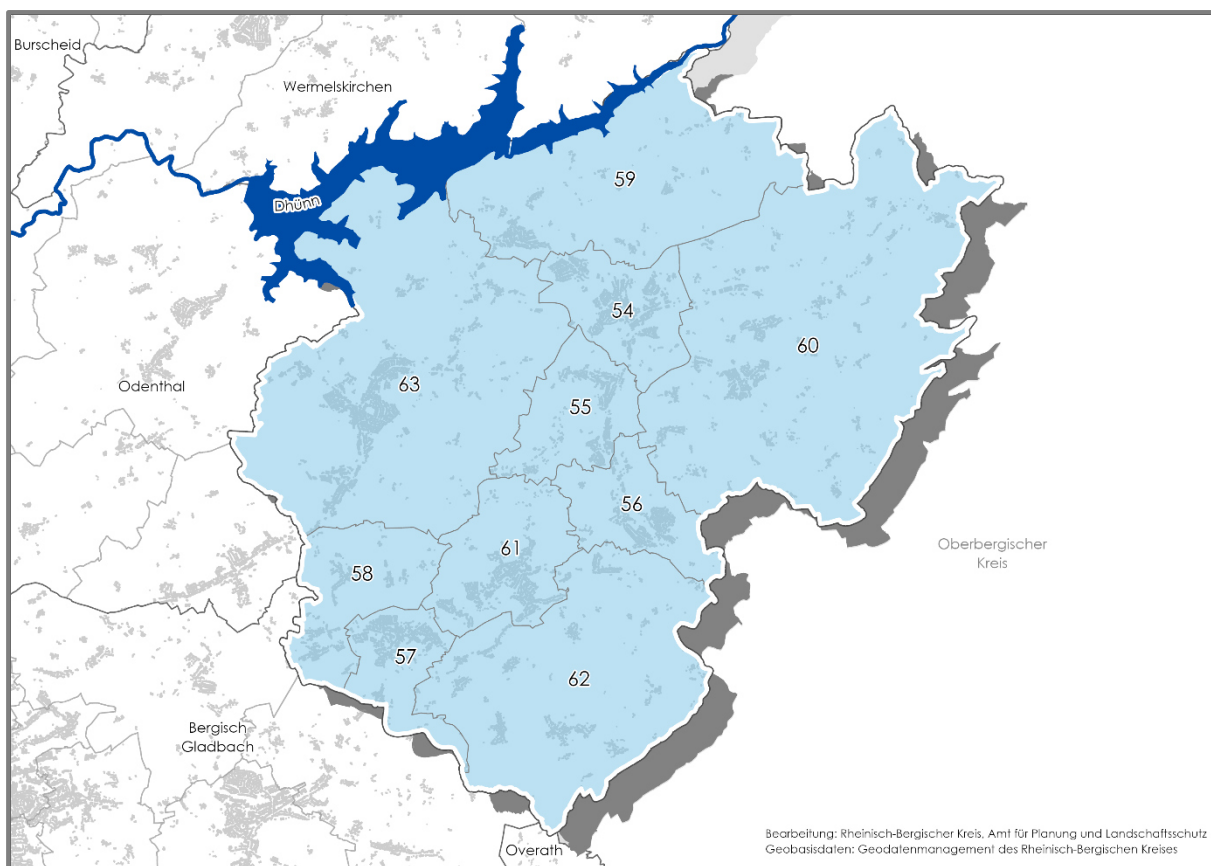


ABBILDUNG 37: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Kürten

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Kürten				WPS: 10	
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
54	Kürten	2.464	59	Weiden_Enkeln	1.247
55	Waldmühle	1.438	60	Junkermühle_Olpe_ Forsten_Bersten_Weier	2.363
56	Eichhof	1.417	61	Biesfeld_Miebach	2.433
57	Dürscheid	2.057	62	Ahlendung_Offermanns- heide_Oberbörsch	1.677
58	Blissenbach	1.096	63	Bechen_Herweg_ Neuensaal_Richerzhagen	4.337

TABELLE 6: Wohnplätze der Sozialplanung in Kürten und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Stadt Leichlingen

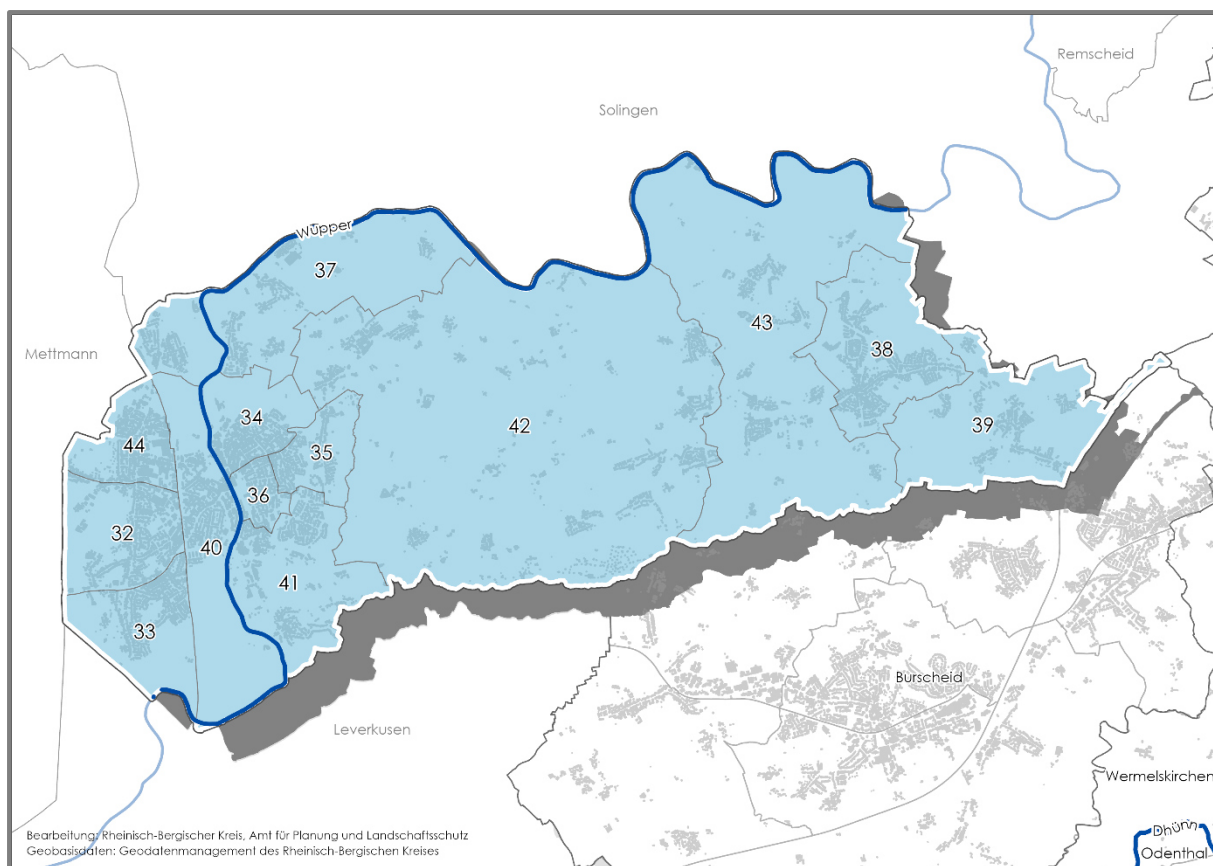


ABBILDUNG 38: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Leichlingen

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Leichlingen					WPS: 13
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
32	Förstchen	2.422	39	Höhscheid	1.169
33	Rothenberg/ Schnugsheide	2.135	40	Brückenstraße/Bahnhof- straße_Forster Wald	3.836
34	Mittelstraße	2.073	41	Balken/Wietsche_ Büscherhofen_ Hüscherath	2.229
35	An der Zie- gelei/Heuland	1.485	42	Oberleichlingen_Junker- holz/Metzholz	3.428
36	Cremers Weiden	2.117	43	Krähwinkel_Orth_ Wolfs- stall	1.363
37	Unterberg	1.064	44	Ziegwebersberg_ Stock- berg/Unterschmitte	2.688
38	Witzhelden/ Flamerscheid	2.730			

TABELLE 7: Wohnplätze der Sozialplanung in Leichlingen und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Gemeinde Odenthal

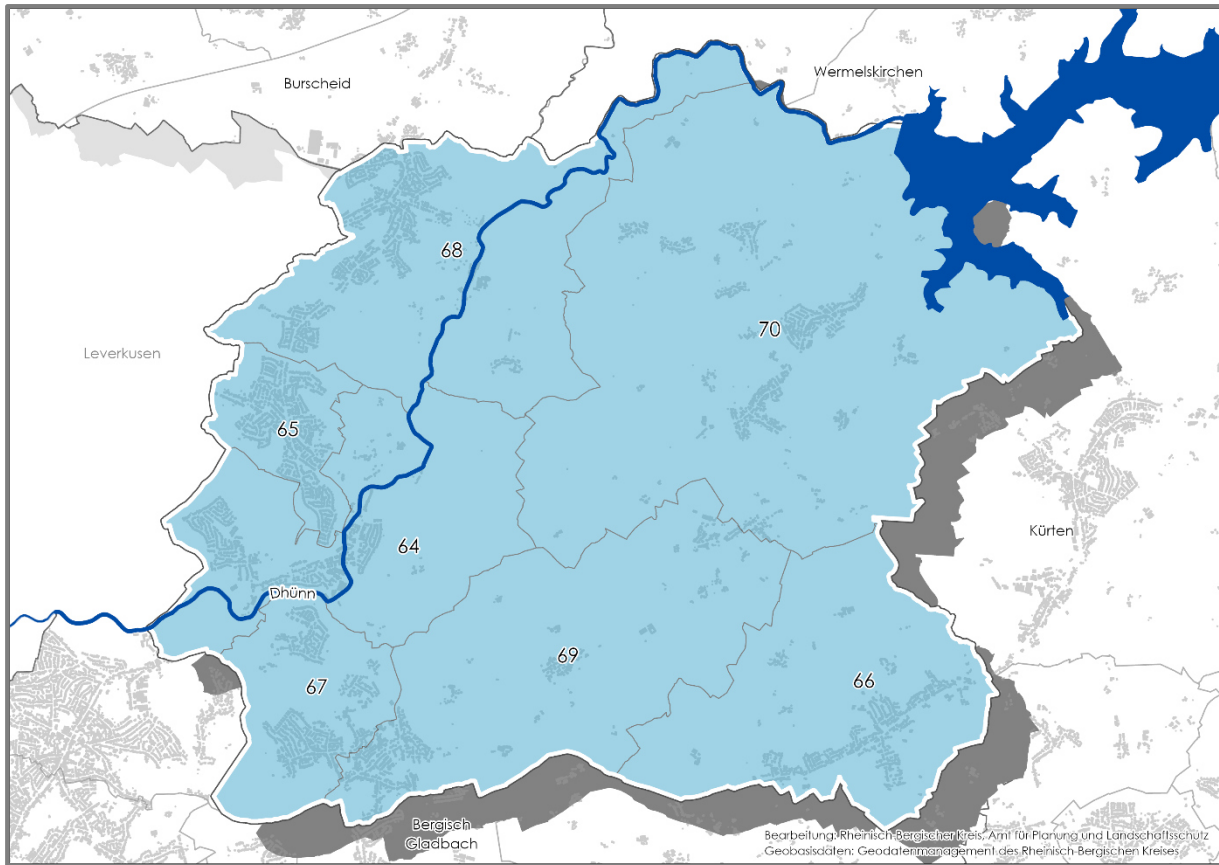


ABBILDUNG 39: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Odenthal

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Odenthal					WPS: 7
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
64	Odenthal	1.978	68	Blecher_Altenberg	3.455
65	Glöbusch/Hahnenberg	2.380	69	Höffe_Voiswinkel	2.027
66	Eikamp	2.268	70	Neschen_Scheuren	2.232
67	Heidberg/Küchenberg	2.451			

TABELLE 8: Wohnplätze der Sozialplanung in Odenthal und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Stadt Overath

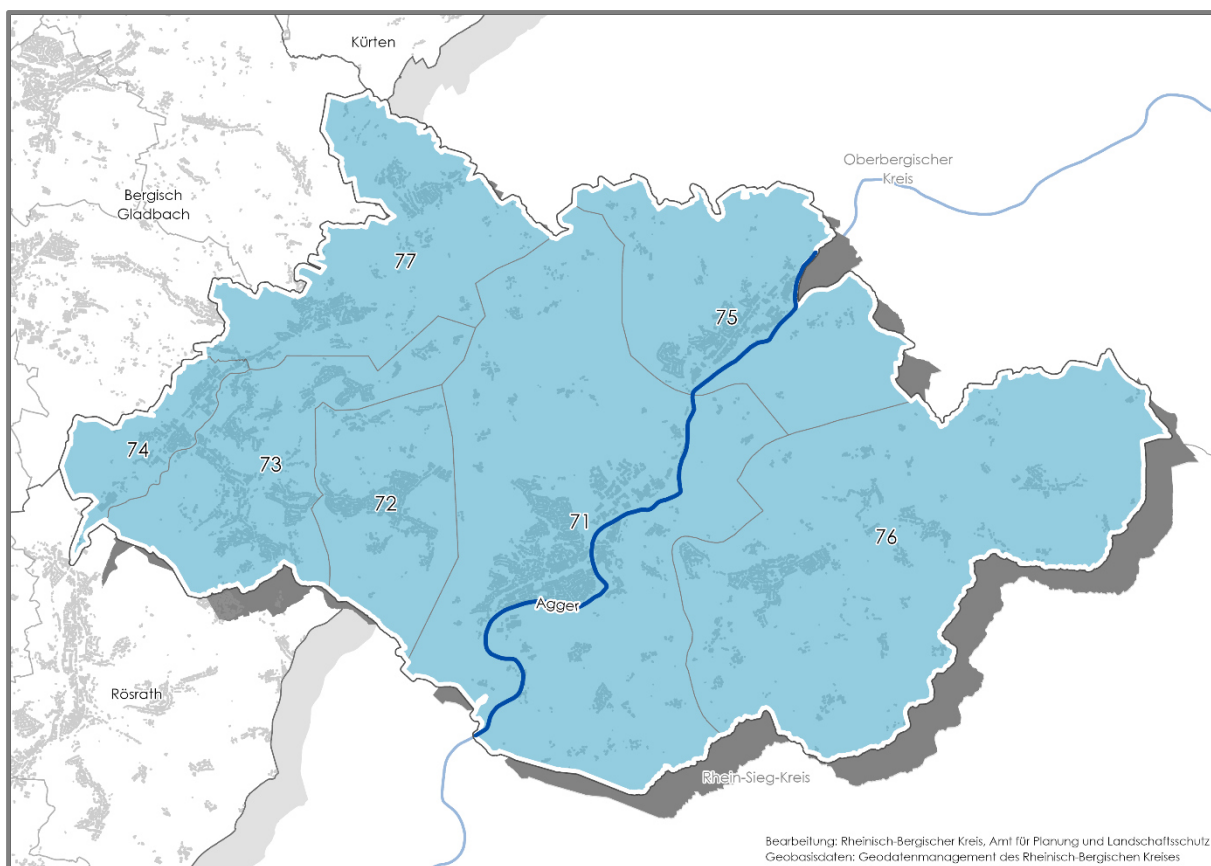


ABBILDUNG 40: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Overath

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Overath					WPS: 7
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
71	Overath	7.414	75	Vilkerath	2.909
72	Heiligenhaus	3.089	76	Marialinden	4.188
73	Steinenbrück	5.663	77	Immekeppel_Brombach	2.950
74	Untereschbach	1.367			

TABELLE 9: Wohnplätze der Sozialplanung in Overath und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Stadt Rösrath

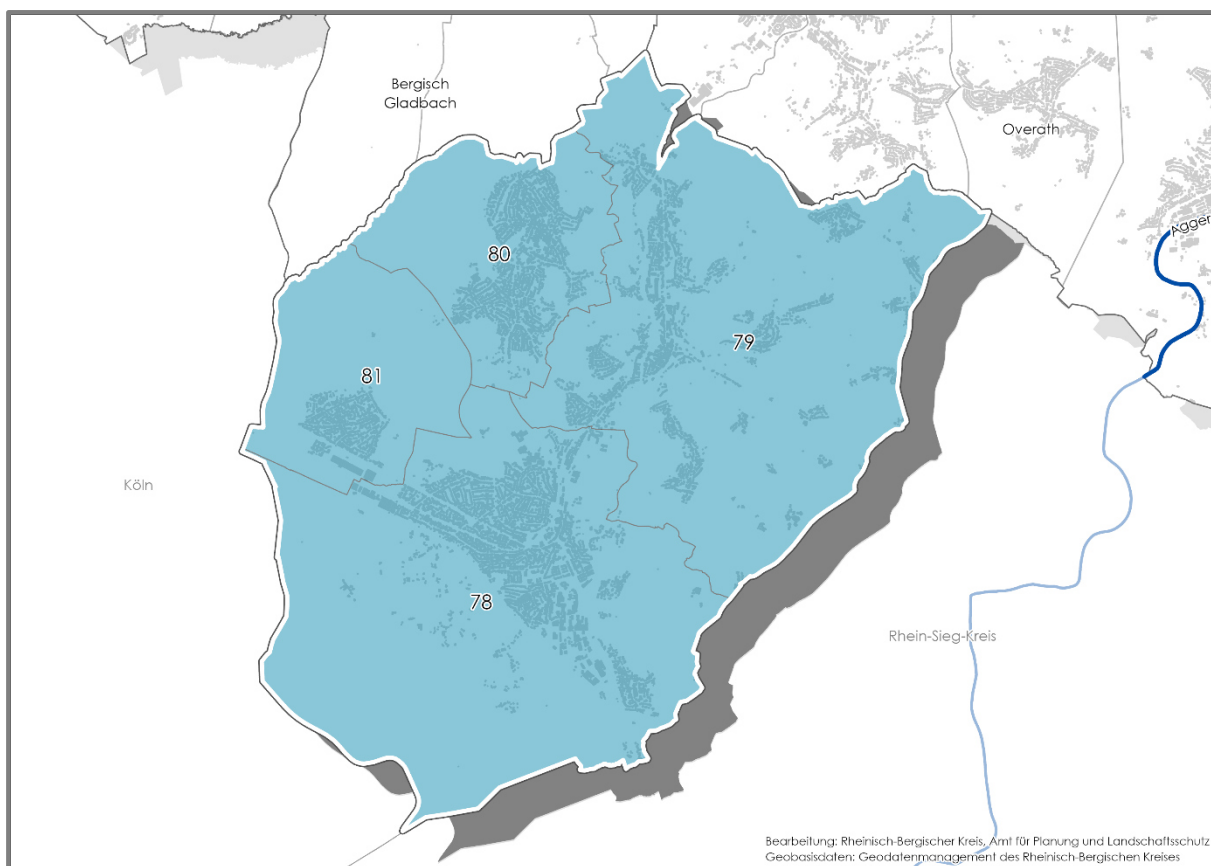


ABBILDUNG 41: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Rösrath

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Rösrath					WPS: 4
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
78	Rösrath	13.378	80	Forsbach	6.345
79	Hoffnungsthal	7.942	81	Kleineichen	1.792

TABELLE 10: Wohnplätze der Sozialplanung in Rösrath und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Stadt Wermelskirchen

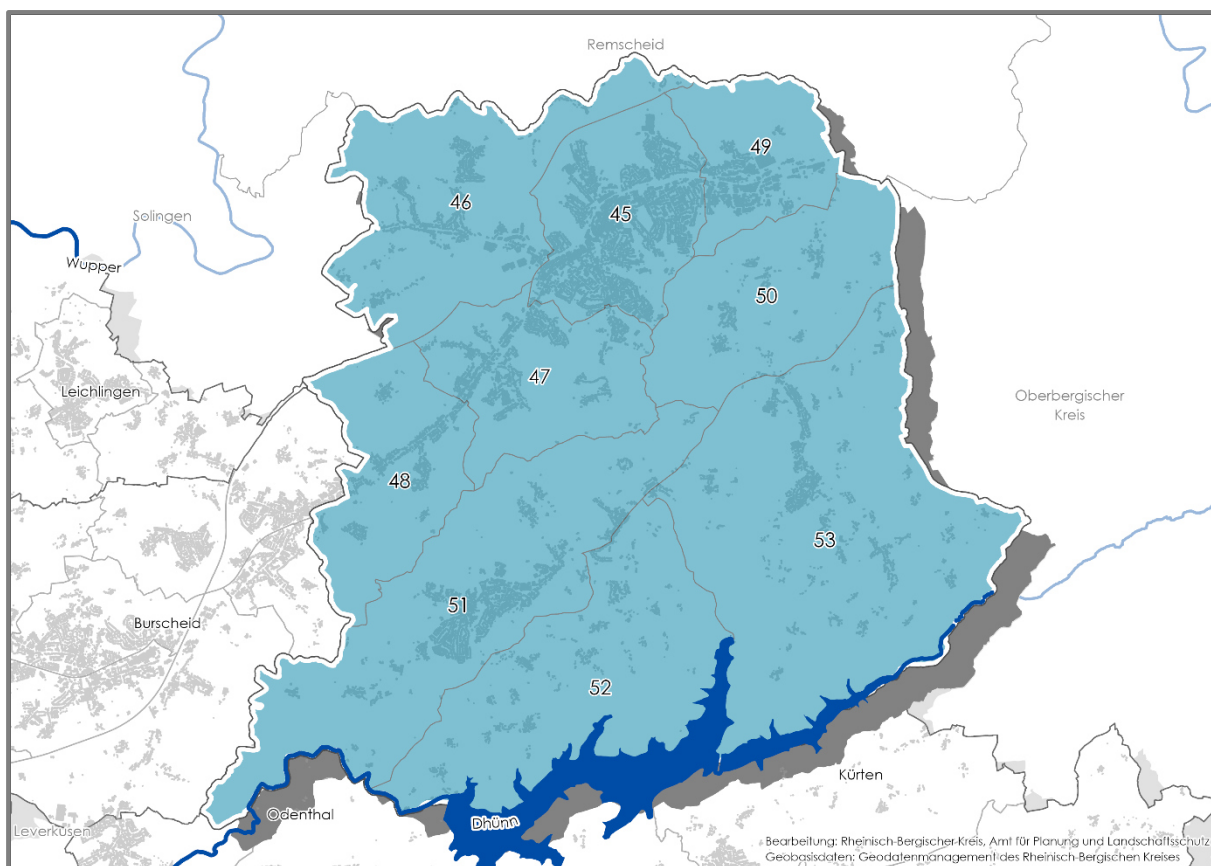


ABBILDUNG 42: Übersicht Wohnplätze der Sozialplanung in Wermelskirchen

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Wermelskirchen					WPS: 9
Nr.	Name	Einwohnerzahl	Nr.	Name	Einwohnerzahl
45	Wermelskirchen Innenstadt	15.647	50	Wermelskirchen Südost	1.020
46	Wermelskirchen West	2.916	51	Dabringhausen Nord	4.649
47	Wermelskirchen Süd	3.206	52	Dabringhausen Süd	1.421
48	Wermelskirchen Südwest	2.272	53	Dhünn	2.998
49	Wermelskirchen Ost	1.373			

TABELLE 11: Wohnplätze der Sozialplanung in Wermelskirchen und ihre Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2023)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

5.2 Zusammensetzung und Berechnung des Indikators

5.2.1 Veränderungen bei den Indikatoren im Vergleich zu früheren Sozialberichten

Um die Validität der im Rahmen des Sozialberichts durchgeführten Analysen zu gewährleisten, werden die verwendeten Indikatoren regelmäßig hinsichtlich möglicher Erhebungs- und Auswertungsfehler überprüft. Zudem wird stetig nach Möglichkeiten gesucht, das Sozialmonitoring um aussagekräftige Indikatoren zu erweitern, so dass die Lebenssituation in den Wohnplätzen möglichst umfassend dargestellt werden kann. Wenn jedoch beispielsweise die Datenqualität nicht mehr ausreichend ist oder veränderte Zuständigkeiten eine kleinräumige Erhebung der Daten nicht mehr ermöglichen, kann es auch vorkommen, dass Kennzahlen aus dem Indikatorenset herausgenommen werden müssen. In der Folge kann es zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit der Berichte kommen.

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung (Indikatoren 3.1 bis 3.4 siehe Anhang B) stellen seit dem ersten Sozialbericht aus dem Jahr 2017 einen zentralen Bestandteil des Themenfelds „Gesundheit“ dar. Bei den Vorbereitungen für die Auswertungen im Rahmen des diesjährigen Sozialberichts sind sowohl methodische Schwächen als auch analytische Fehler bei früheren Auswertungen aufgefallen, die nun behoben wurden.

Konkret handelt es sich um folgende Korrekturen:

- Die als nicht-behandlungsbedürftig deklarierten Befunde werden als nicht-defizitär gewertet.
- Wenn bei einem Kind für eine Untersuchung kein Ergebnis vorliegt, wird das Kind auch nicht bei der Grundgesamtheit berücksichtigt.
- Bei der Auswertung des Indikators 3.4 *Kinder mit einem sprachlichen und/ oder körperlichen Defizit* für die Einschulungsjahrgänge 2018/2019 bis 2022/2023 wurden aufgrund eines Softwarefehlers die Kinder mit einem auffälligen Body-Mass-Index (zu hoch oder zu niedrig) als nicht defizitär gewertet. Zum Teil wurden sie jedoch aufgrund eines weiteren Defizits bei der sprachlichen Entwicklung oder im Bereich der Körperkoordination bei der Auswertung berücksichtigt. Dennoch fehlten pro Auswertung circa 400-500 defizitäre Kinder.

Um die Vergleichbarkeit der Auswertungen über alle Erhebungszeitpunkte zu gewährleisten, wurden alle Auswertungen rückwirkend an die neue Systematik angepasst. Während es dadurch bei den Indikatoren 3.1 – 3.3. nur zu marginalen Veränderungen gekommen ist, weist der Indikator 3.4. zum Teil deutliche Abweichungen auf (vgl. Abbildung 43).

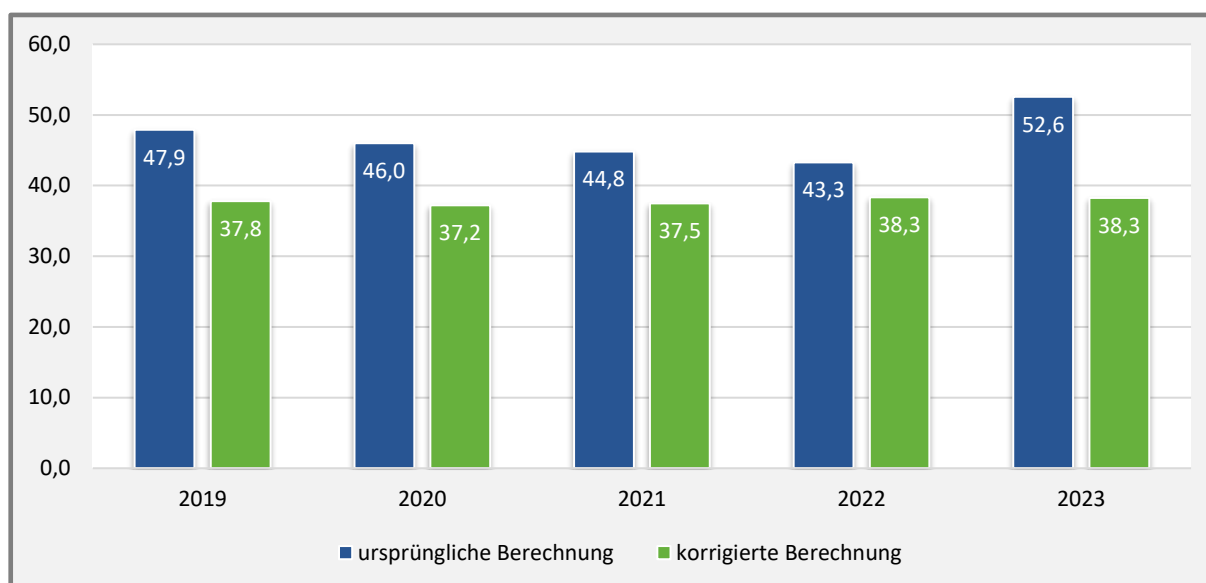


ABBILDUNG 43: Indikator 3.4 aus der Schuleingangsuntersuchung für den Rheinisch-Bergischen Kreis vor und nach der Korrektur für das jeweilige Berichtsjahr
 QUELLE: eigene Darstellung.

5.2.2 Verwendete Indikatoren im Sozialbericht 2024

Für die folgenden kleinräumigen Auswertungen wird ein Index verwendet, der die Bedarfe und Herausforderungen in den Wohnplätzen abbilden soll. Der Index besteht aus 29 Indikatoren verschiedener sozialpolitischer Themenfelder. Detailliertere Informationen zu den Indikatoren können dem Indikatorenkatalog im Anhang B entnommen werden.

1) Ausländische Bevölkerung

- **1.1** Ausländeranteil an der Bevölkerung
- **1.2** Ausländeranteil in der minderjährigen Bevölkerung
- **1.3** Anteil Asylbewerber und geduldeter Personen an der Bevölkerung
- **1.4** Anteil Asylbewerber und geduldeter Personen an der minderjährigen Bevölkerung

2) Arbeit und Soziales

- **Leistungen nach dem SGB XII**
 - **2.1** Anteil Leistungsbezieher nach dem 3. Kapitel des SGB XII (Hilfen zum Lebensunterhalt) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
 - **2.2** Anteil Leistungsbezieher nach dem 4. Kapitel des SGB XII (Grundsicherung wegen Erwerbsminderung) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
 - **2.3** Anteil Leistungsbezieher nach dem 4. Kapitel des SGB XII (Grundsicherung wegen Alter) an der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter
- **Leistungen nach dem SGB II und SGB III**
 - **2.4** SGB-II-Quote in der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahren)
 - **2.5** SGB-II-Quote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren
 - **2.6** SGB-II-Quote in der Bevölkerung zwischen 15 und 25 Jahren
 - **2.7** SGB-II-Quote in der Bevölkerung zwischen 25 und 35 Jahren
 - **2.8** SGB-II-Quote in der Bevölkerung zwischen 35 und 55 Jahren
 - **2.9** SGB-II-Quote in der Bevölkerung zwischen 55 und 65 Jahren

- **2.10** SGB-II-Quote in der nicht-deutschen erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahren)
- **2.11** SGB-III-Quote in der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahren)

3) Gesundheit

- **3.1** Anteil Einschulungskinder mit Teilnahme an der U8-Untersuchung
- **3.2** Anteil Einschulungskinder mit vorgelegtem Vorsorgeheft
- **3.3** Anteil Einschulungskinder mit vollständiger Masernimpfung
- **3.4** Anteil Einschulungskinder mit einem körperlichen und/oder sprachlichen Defizit

4) Jugendhilfe

- **4.1** Bevölkerungsanteil Minderjährige
- **4.2** Betreuungsquoten unter 3-Jähriger
- **4.3** Betreuungsquoten über 3- bis unter 6-Jähriger
- **4.4** Anteil geleisteter Hilfen zur Erziehung an den Kindern und Jugendlichen bis 21 Jahren
- **4.5** Anteil geleisteter Eingliederungshilfen (§ 35a SGB VIII) an den Kindern und Jugendlichen bis 21 Jahren
- **4.6** Anteil geleisteter Zahlungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz an allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren

5) Pflege und Senioren

- **5.1** Bevölkerungsanteil Hochaltrige
- **5.2** Anteil Leistungsbezieher ambulanter und stationärer Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII
- **5.3** Anteil Personen mit G-Vermerk im Schwerbehindertenausweis
- **5.4** Anteil pflegebedürftige Personen an der Gesamtbevölkerung

5.2.3 Berechnung des Status- und Dynamikindex

Erstmalig werden im Rahmen des Sozialberichts für den Rheinisch-Bergischen Kreis zwei Indizes ausgewiesen. Der aus den vorherigen Berichten bekannte (Status-)Index, der die soziale Lage in den Wohnplätzen zu einem bestimmten Stichtag ausgewertet, wird durch den Dynamikindex ergänzt, der die zeitliche Entwicklung der Indikatoren berücksichtigt und somit als „Frühwarnsystem“ fungiert.

Statusindex

Bei der Berechnung des Statusindex werden nicht die reellen Ausprägungen der Indikatoren verwendet, sondern ihre Abweichung zum Mittelwert auf Kreisebene. Die Abweichungen zum Kreismittelwert werden dann zu einem Gesamtindex aufaddiert, wobei jeder Indikator mit demselben Gewicht in den Index einfließt.

Damit Indikatoren mit unterschiedlichen Verteilungen mit demselben Gewicht in den Index einfließen können, werden die Anteilswerte zuvor standardisiert (z-Transformation). Tiefergreifende Erläuterungen zu der Methode werden im Anhang C bereitgestellt. Durch die z-Transformation werden die Werte der Indikatoren nicht mehr in den Originalmaßeinheiten gemessen, sondern in Vielfachen der Standardabweichung. Eine positive Standardabweichung bedeutet, dass der Indikator einen im Vergleich zur Stichprobe überdurchschnittlichen Anteilswert aufweist. Eine negative Standardabweichung bedeutet umgekehrt, dass der Indikator unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Die Höhe der Standardabweichung gibt einen Hinweis darauf, wie stark der Wert eines Indikators im Verhältnis zu den anderen Werten in der Stichprobe vom Mittelwert abweicht.

Alle Indikatoren wurden im Vorfeld so transformiert, dass eine positive Standardabweichung auf einen möglichen Handlungsbedarf hindeutet. Ein hoher Gesamtindex markiert somit diejenigen Wohnplätze, die über die 29 Indikatoren hinweg häufig oder besonders stark vom Mittelwert abweichen und somit einen besonderen Handlungsbedarf aufweisen.

Der Gesamtindex wurde ebenfalls standardisiert und die Wohnplätze anhand ihrer Standardabweichung in fünf Kategorien eingeteilt (vgl. Tabelle 12).

Farbschema	Summe Abweichungen vom Kreismittelwert	Standardabweichung
	sehr niedrig	-1,5 und mehr
	niedrig	-1,49 bis -0,5
	durchschnittlich	-0,49 bis 0,49
	hoch	0,5 bis 1,49
	sehr hoch	1,5 und mehr

TABELLE 12: Schema zur Klassifizierung der Wohnplätze der Sozialplanung für den Statusindex
QUELLE: eigene Darstellung.

Dynamikindex

Bei der Berechnung des Dynamikindex werden die reellen Ausprägungen der 29 Indikatoren zu zwei Zeitpunkten (T_0 und T_{-2}) miteinander verglichen. Die Differenzen werden analog zum Statusindex z-transformiert, in Standardabweichungen umgerechnet und aufsummiert. Auch hier wurde darauf geachtet, dass positive Werte für eine negative Entwicklung stehen. Der so errechnete Gesamtindex wurde ebenfalls standardisiert und die Wohnplätze anhand ihrer Standardabweichungen in fünf Kategorien eingeteilt (vgl. Tabelle 13).

Farbschema	Summe Entwicklungen $T_0 - T_{-2}$	Standardabweichung
	sehr niedrig	-1,5 und weniger
	niedrig	-1,5 bis unter -0,5
	durchschnittlich	-0,5 bis unter 0,5
	hoch	0,5 bis unter 1,5
	sehr hoch	1,5 und mehr

TABELLE 13: Schema zur Klassifizierung der Wohnplätze der Sozialplanung für den Dynamikindex
QUELLE: eigene Darstellung.

Kombinierte Auswertung Status- und Dynamikindex

Bei der kombinierten Auswertung des Status- und Dynamikindex werden mittels einer Kreuztabelle (vgl. Tabelle 14) Wohnplätze gekennzeichnet, die sich in der zweiten Statuskategorie (hohe Abweichungen vom Mittelwert (**mintgrün**)) und in der ersten Dynamikkategorie (sehr hohe negative Entwicklungen (**dunkelblau**)) befinden. Dadurch sollen Wohnplätze identifiziert werden, die sich in Richtung der höchsten Statuskategorie bewegen (sehr hohe Abweichungen vom Mittelwert (**petrolgrün**)) und bei denen ein frühzeitiges Einbinden in den Sozialplanungsprozess gegebenenfalls sinnvoll wäre. In gesonderten Steckbriefen für diese Wohnplätze sollen diejenigen Indikatoren aufgezeigt werden, bei denen es zu auffälligen Abweichungen zum Kreismittelwert und zu negativen Entwicklungen im Zeitverlauf gibt.

		Statusindex				
Dynamikindex		1	2	3	4	5
	1					
	2					
	3					
	4					
	5					

TABELLE 14: Kreuztabelle für die kombinierte Auswertung von Status- und Dynamikindex

QUELLE: eigene Darstellung.

5.3 Datenschutz

Um die Anonymität der Bewohner des Rheinisch-Bergischen Kreises zu gewährleisten, wurde für die Sozialplanung im Rheinisch-Bergischen Kreis eine Datenschutzrichtlinie erarbeitet, nach der die datenhaltenden Stellen ihre Daten an die Sozialplanung übermitteln dürfen.

Die Datenschutzrichtlinie umfasst folgende Vorgaben:

1. Alle Auswertungen für die Sozialplanung im RBK haben auf der Ebene der Wohnplätze der Sozialplanung (WPS) zu erfolgen.
2. Auswertungen auf der Ebene der Wohnplätze der Sozialplanung (WPS) dürfen dann an die Sozialplanung übermittelt werden, wenn ihnen mindestens 10 Fälle ($N > 9$) zugrunde liegen.
3. Bei geringeren Fallzahlen erscheint eine Auswertung und Übermittlung dann zulässig, wenn ihr Anteil an der Bezugsgröße maximal zwei Prozent ($\leq 2\%$) beträgt.

Wenn die 2. und 3. Vorgabe für einen Indikator nicht erfüllt werden konnte, wurde der Wert des Indikators für diesen Wohnplatz nicht übermittelt.

Bei der Übermittlung der kleinräumigen Arbeitsmarktdaten durch die Bundesagentur für Arbeit gelten nur die beiden ersten Vorgaben, d.h. gibt es für einen Indikator weniger als 10 Fälle in einem Wohnplatz, dann wird der Indikator für den betroffenen Wohnplatz nicht übermittelt.

Damit Gesamtindex über alle Wohnplätze vergleichbar ist, muss er für jeden Wohnplatz auf denselben Indikatoren beruhen. Für die Indikatoren, die in mindestens einem Wohnplatz aufgrund der Daten-

schutzregel keinen validen Wert aufweisen, wurden nachträglich Werte imputiert. Bei einer Imputation werden fehlende Werte durch künstlich erzeugte Werte ersetzt. Die imputierten Werte weichen gegebenenfalls von den Daten der Fachämter ab und werden im Bericht mit einem * markiert.

6. Kleinräumige Analyse: Ergebnisse

6.1 Statusindex

In Abbildung 44 sind die Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene grafisch dargestellt. Anhand des Index konnten im Rheinisch-Bergischen Kreis sieben Wohnplätze identifiziert werden, bei denen die einzelnen Indikatoren besonders stark oder besonders häufig vom Kreismittelwert abweichen (vgl. Tabelle 15). Diese sind in der Karte **petrol** eingefärbt.

Summe der Abweichungen	Anzahl der Wohnplätze	Anteil (%)
sehr niedrig	2	2,47
niedrig	26	32,10
durchschnittlich	33	40,74
hoch	13	16,05
sehr hoch	7	8,64
Insgesamt	81	100,00

TABELLE 15: Verteilung der Wohnplätze der Sozialplanung anhand der Summe der Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert (Statusindex).

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Es handelt sich um die Wohnplätze (in alphabetischer Reihenfolge):

Bergisch Gladbach:

- *Bockenberg* (WPS 14)
- *Gronau* (WPS 9)
- *Heidkamp* (WPS 8)
- *Stadtmitte* (WPS 6)

Burscheid:

- *Zentrum Nord* (WPS 24)

Leichlingen:

- *Cremers Weiden* (WPS 36)

Wermelskirchen:

- *Innenstadt* (WPS 45)

Auf den genannten Wohnplätzen liegt der Fokus des Sozialberichts und des Sozialplanungsprozesses. In Kapitel 7 werden die Wohnplätze in sogenannten Wohnplatzsteckbriefen näher beschrieben. Dort werden unter anderem die standardisierten Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert sowie wie ihre realen Anteilswerte dargestellt.

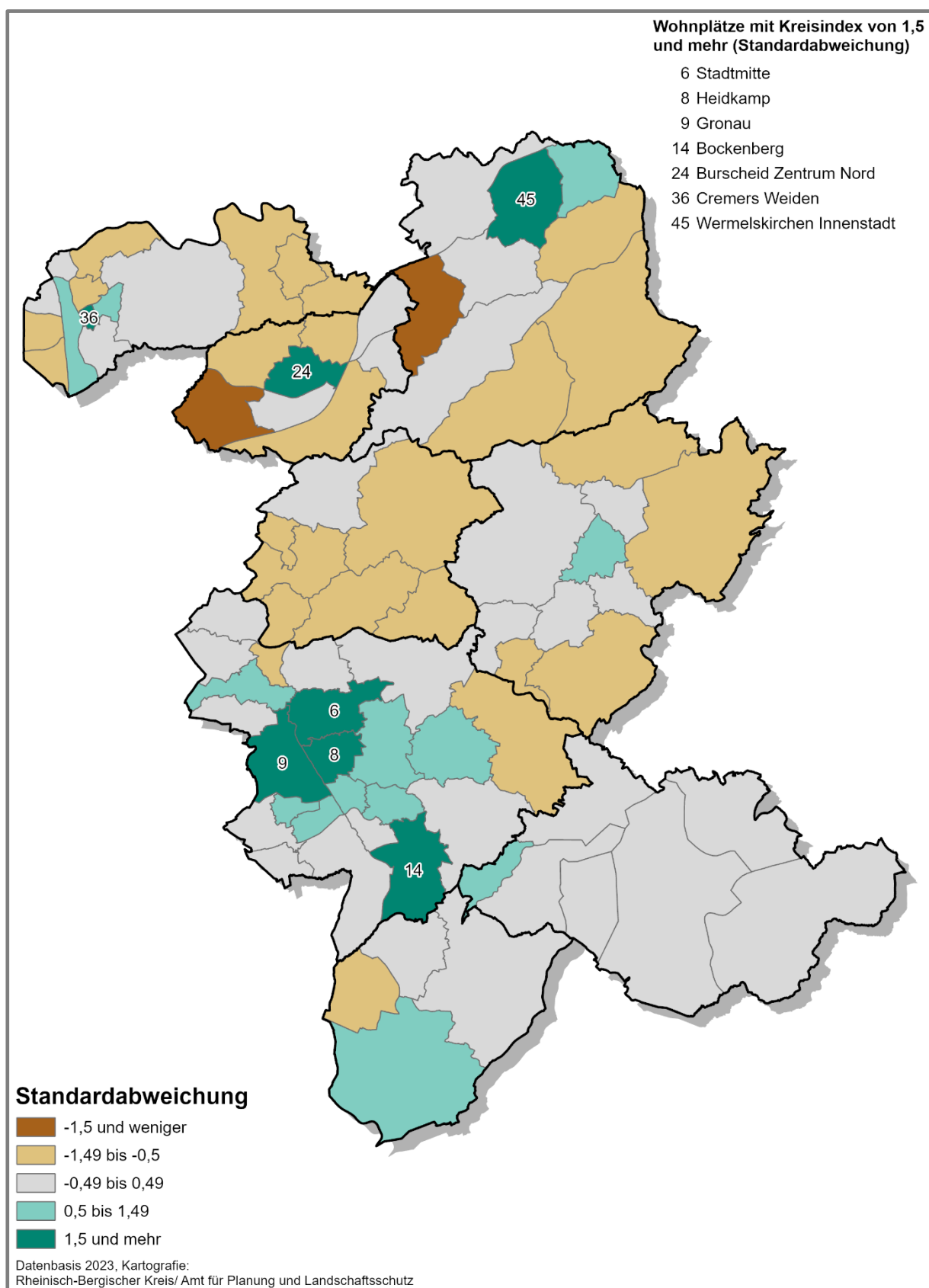


ABBILDUNG 44: Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK

DARSTELLUNG: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

6.2 Dynamikindex

In Abbildung 45 ist die kleinräumige Verteilung des Dynamikindex dargestellt. Anhand des Index konnten im Rheinisch-Bergischen Kreis sechs Wohnplätze identifiziert werden, bei denen es im kreisweiten Vergleich über die 29 Indikatoren zwischen 2021 und 2023 entweder besonders stark oder besonders häufig zu negativen Entwicklungen gekommen ist (vgl. Tabelle 16). Diese sind in der Karte dunkelblau eingefärbt.

Summe der Entwicklungen	Anzahl der Wohnplätze	Anteil (%)
sehr niedrig	2	2,47
niedrig	20	24,69
durchschnittlich	42	51,85
hoch	11	13,58
sehr hoch	6	7,41
Insgesamt	81	100,00

TABELLE 16: Verteilung der Wohnplätze der Sozialplanung anhand der Summe der Entwicklungen der Indikatoren zwischen 2021 und 2023 (Dynamikindex).

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Es handelt sich um die Wohnplätze (in alphabetischer Reihenfolge):

Bergisch Gladbach:

- *Lückerath (WPS 12)*

Burscheid:

- *Zentrum Nord (WPS 24)*

Kürten:

- *Eichhof (WPS 56)*
- *Blissenbach (WPS 58)*

Leichlingen:

- *Oberleichlingen_Junkerholz/Metzholz (WPS 42)*

Overath:

- *Untereschbach (WPS 74)*

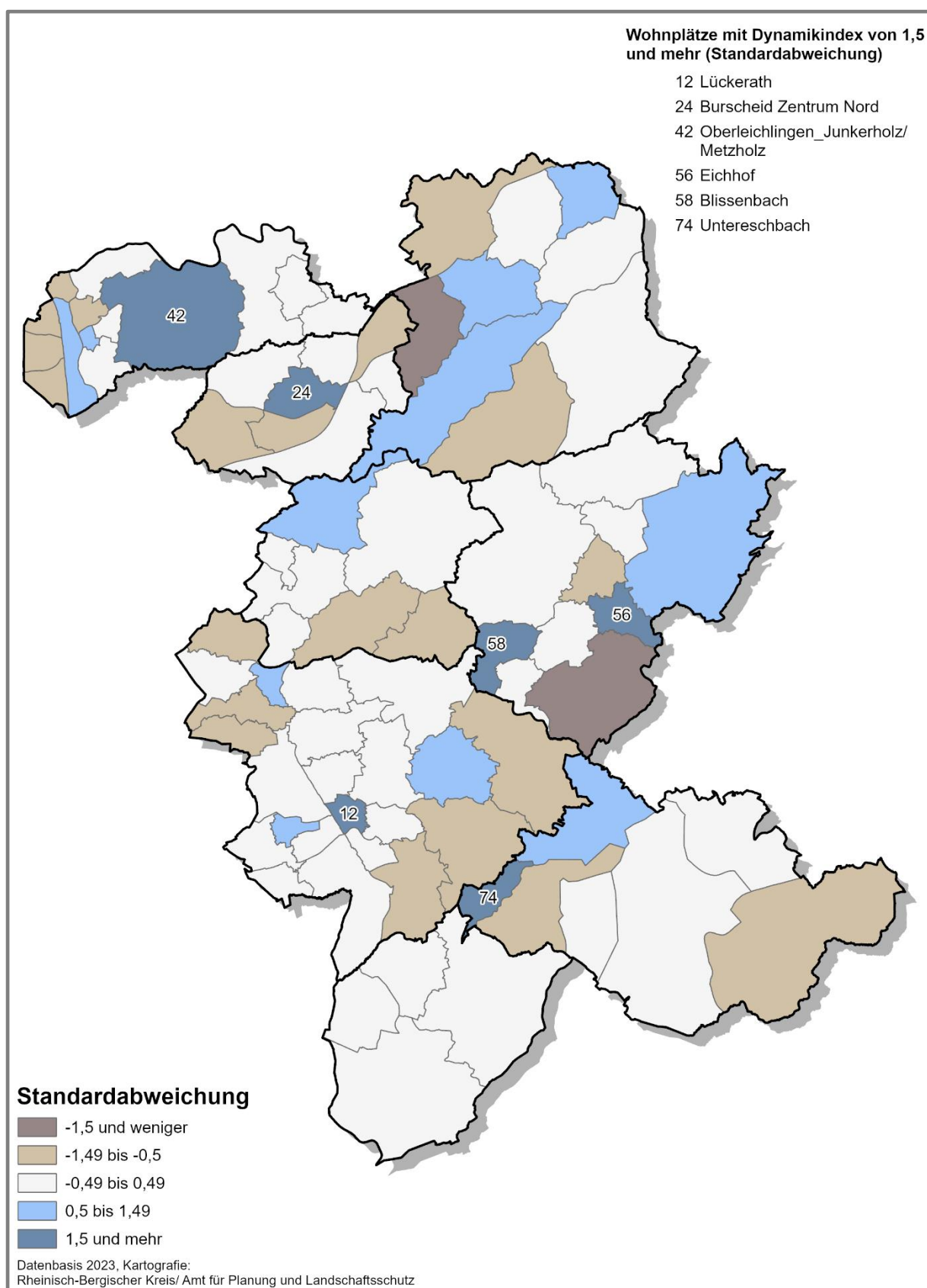


ABBILDUNG 45: Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Dynamikindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK.

DARSTELLUNG: Rheinisch-Bergischer Kreis/ Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

6.3 Kombinierte Auswertung

In der folgenden Kreuztabelle wird die Verteilung der Wohnplätze nach Status- und Dynamikindex dargestellt. Für den weiteren Sozialplanungsprozess sind vor allem diejenigen Wohnplätze relevant, die einen **hohen** Statusindex und einen **sehr hohen** Dynamikindex aufweisen. Kreisweit konnten mit *Lückerath* (WPS 12) und *Untereschbach* (WPS 74) zwei solcher Wohnplätze identifiziert werden (vgl. Tabelle 17). Anhand des Wohnplatzsteckbriefs in Kapitel 7 soll für diesen Wohnplatz dargestellt werden, bei welchen Indikatoren die negativen Entwicklungen auftreten.

		Statusindex				
		sehr hoch	hoch	durchschnittlich	niedrig	sehr niedrig
Dynamikindex	sehr hoch	1	Lückerath (WPS 12) Unteresch- bach (WPS 74)	3	0	0
	hoch	1	4	4	2	0
	durchschnittlich	4	5	17	16	0
	niedrig	1	2	9	7	1
	sehr niedrig	0	0	0	1	1

TABELLE 17: Verteilung der Wohnplätze der Sozialplanung anhand des Status- und Dynamikindex.

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7. Handlungsräume aus der Sozialberichterstattung

7.1. Bockenberg (Bergisch Gladbach)

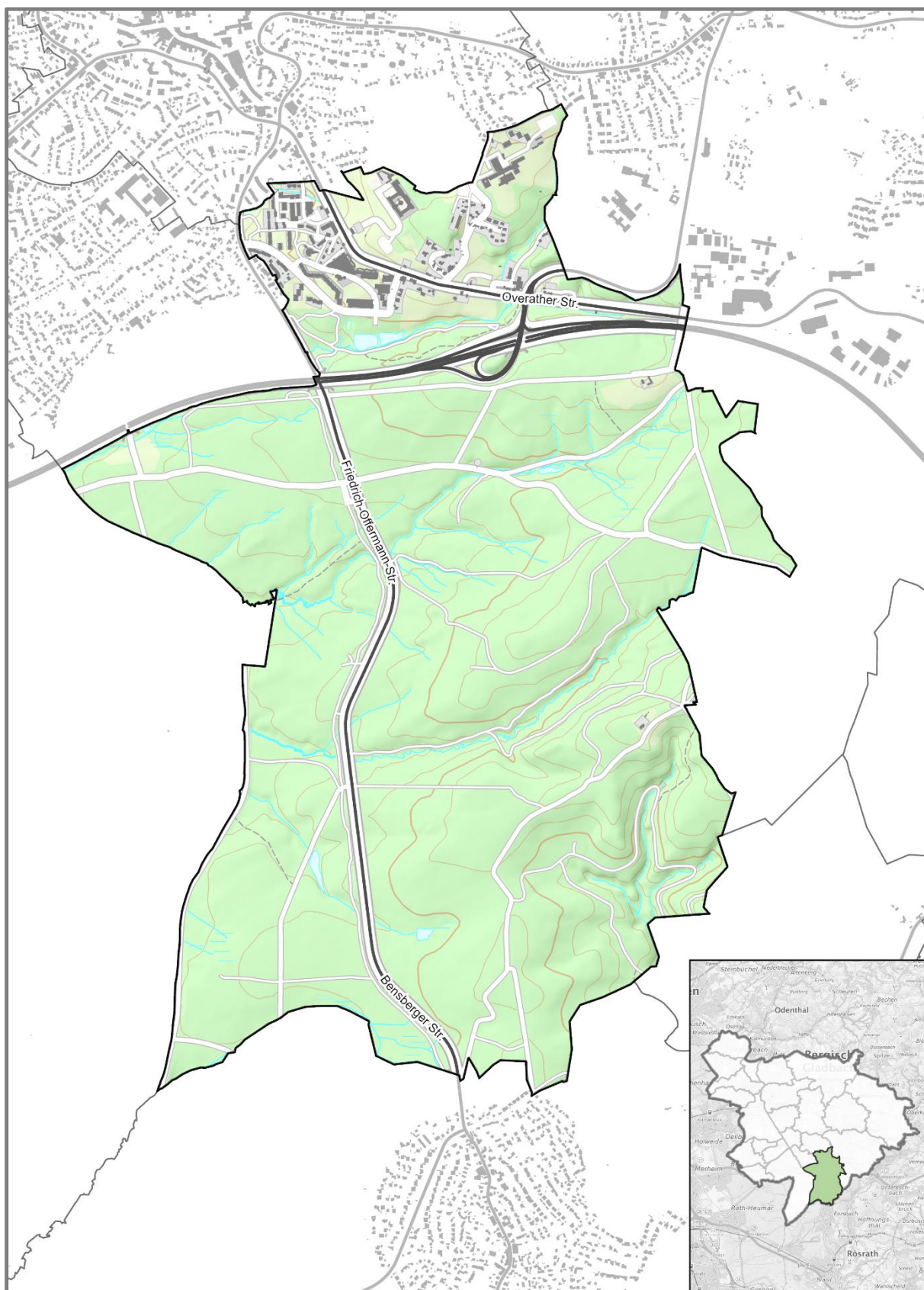


ABBILDUNG 46: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Bockenberg

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.1.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Bergisch Gladbach

Fläche: 5,41 km²

Einwohnerzahl: 3.068 (567 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

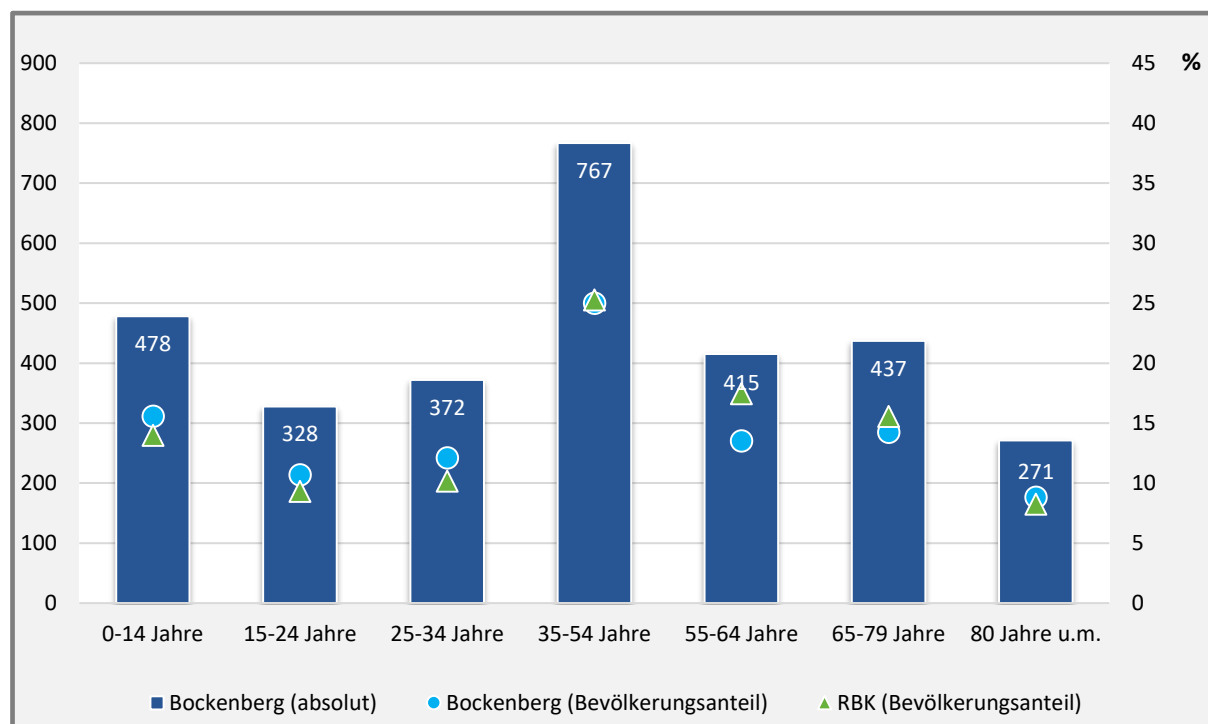


ABBILDUNG 47: Einwohnerzahlen im WPS Bockenberg nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Bockenberg - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Bockenberg erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 59,81 und weicht damit 3,73 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der höchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 48 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

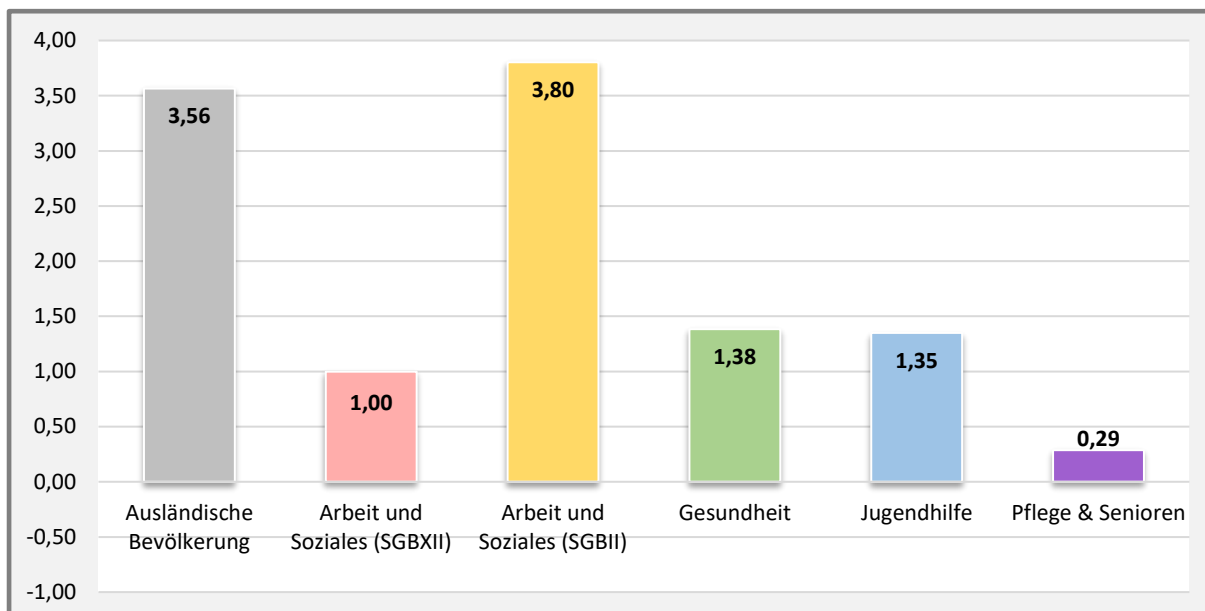


ABBILDUNG 48: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Bockenberg (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 49 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 50 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Bergisch Gladbach sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 51 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

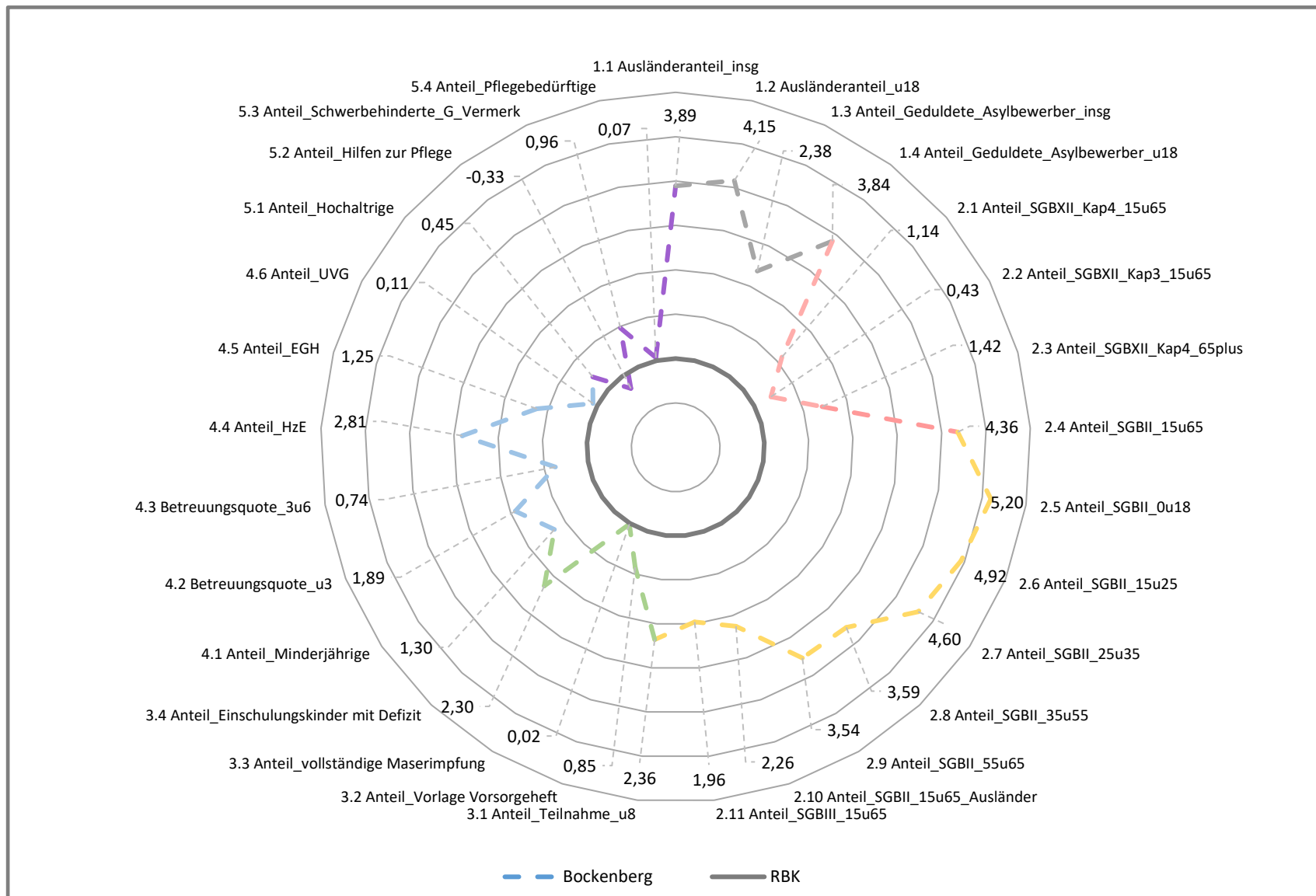


ABBILDUNG 49: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Bockenberg
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

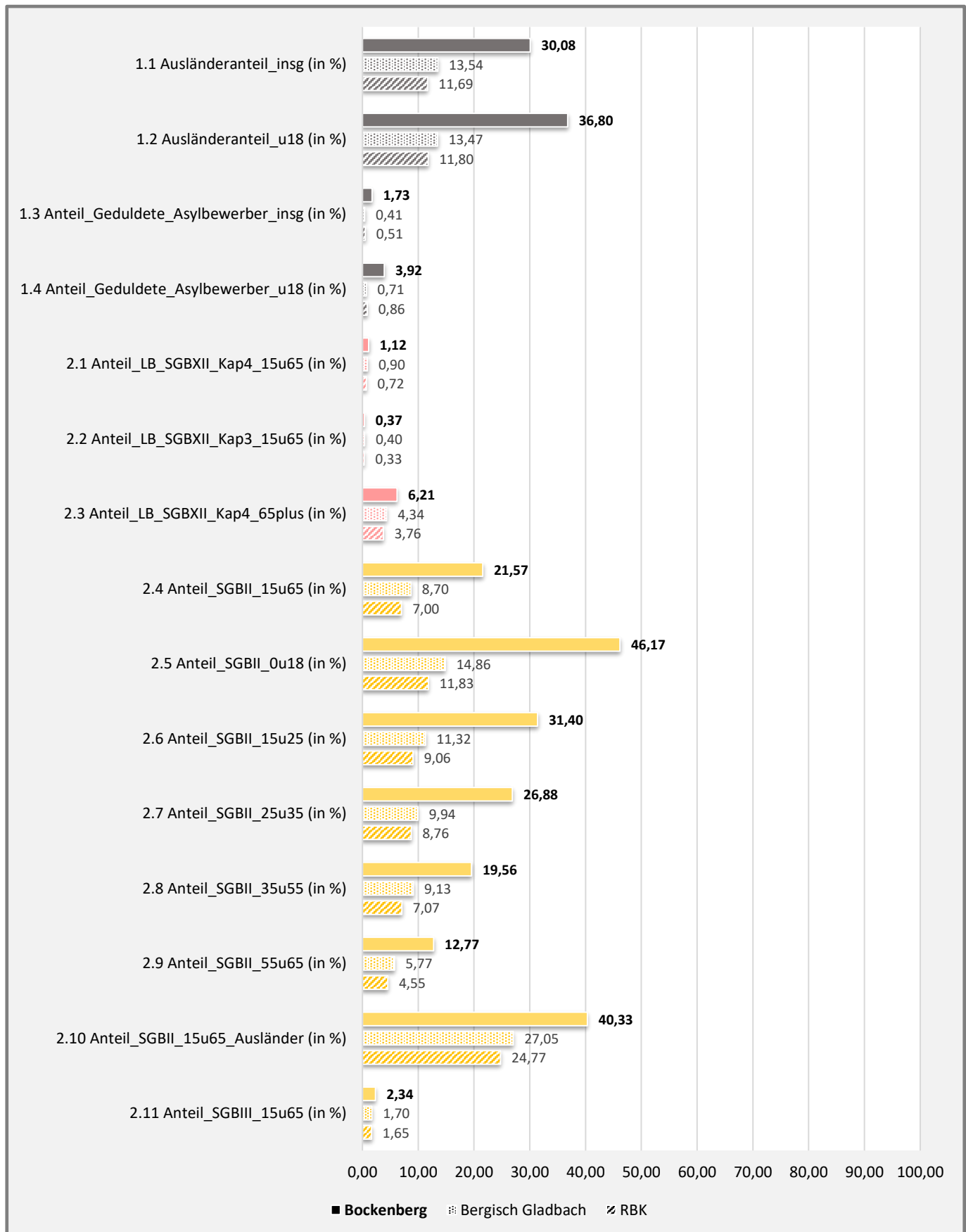


ABBILDUNG 50: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Bockenberg
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

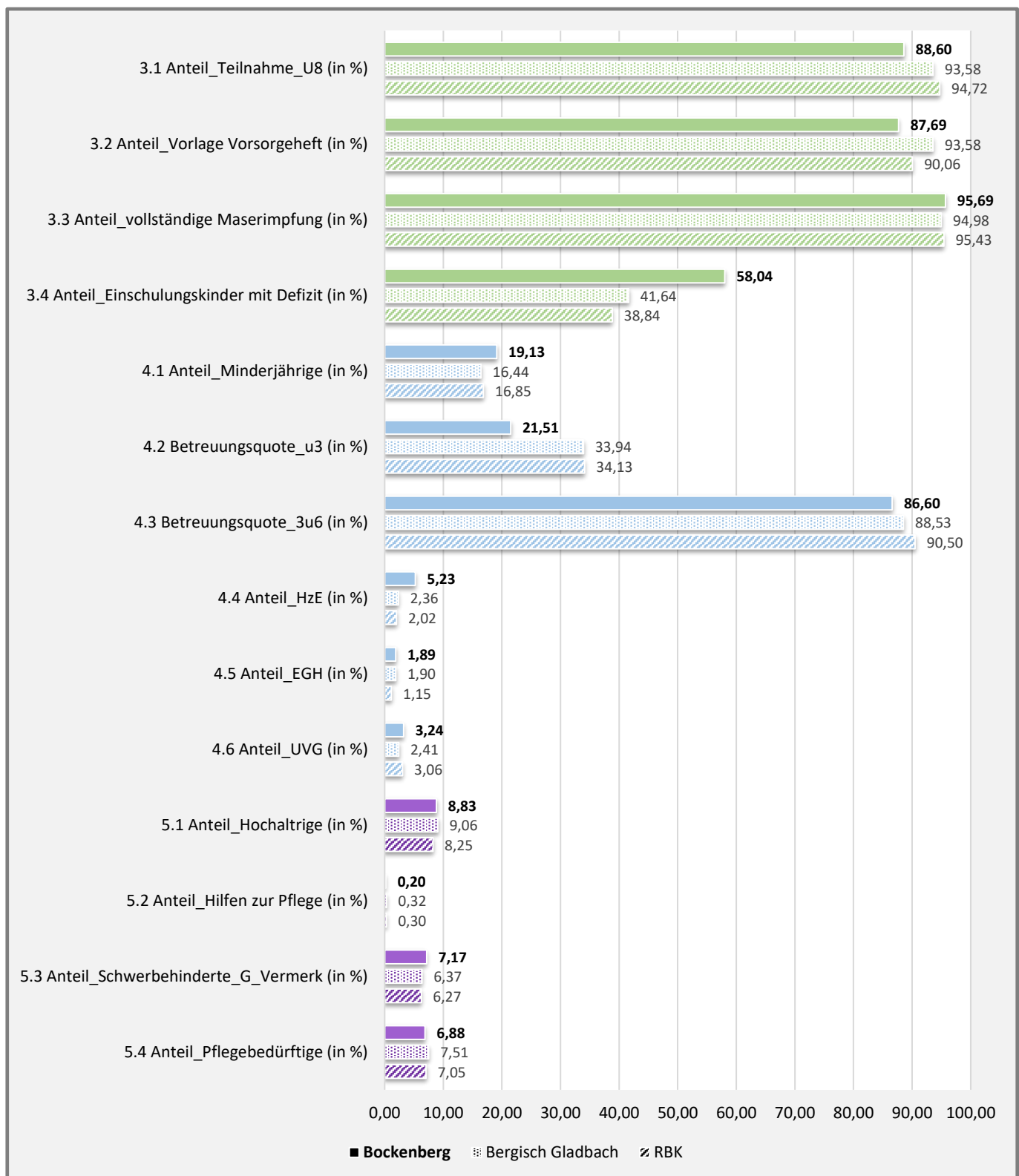


ABBILDUNG 50 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Bockenberg

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

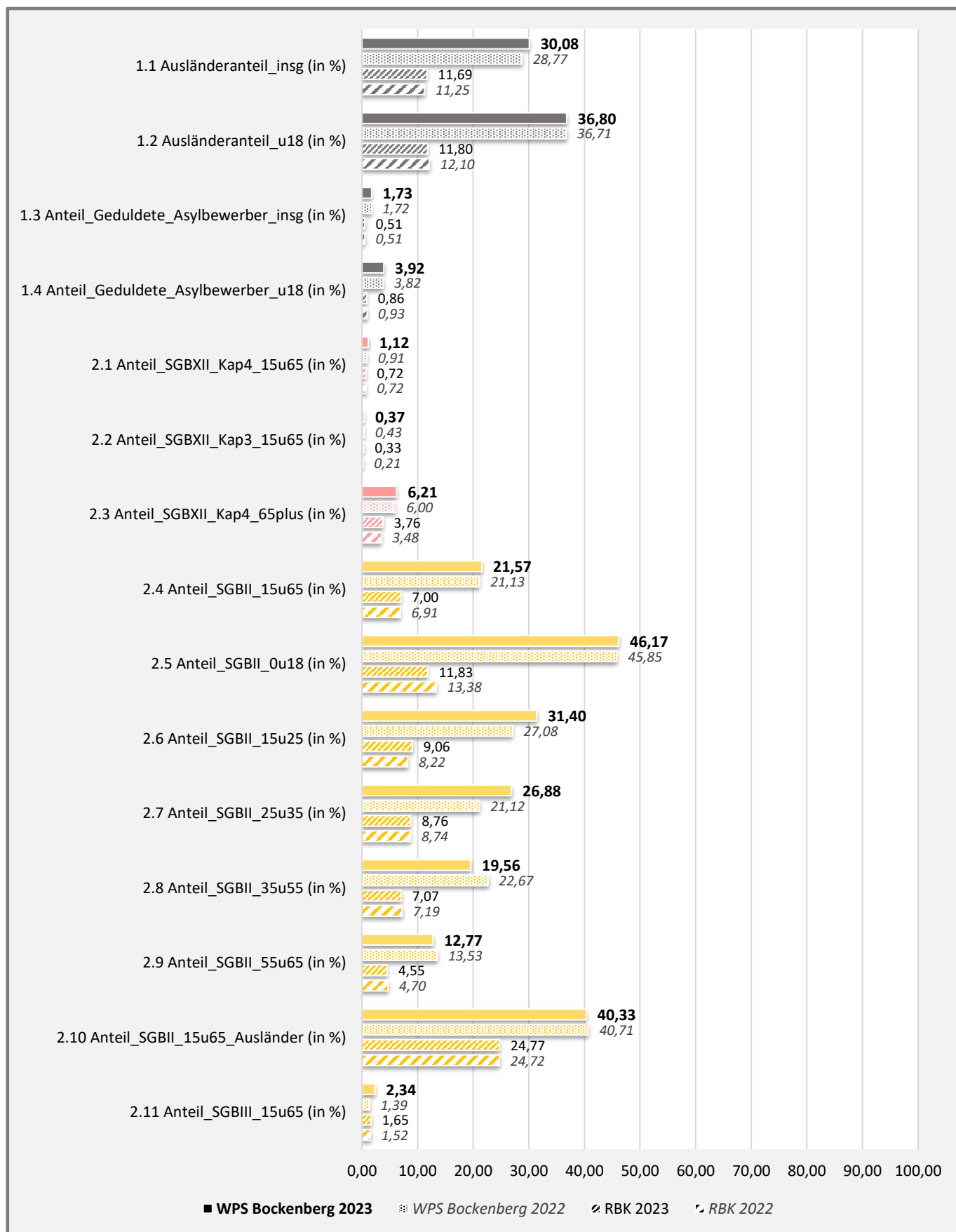


ABBILDUNG 51: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Bockenberg für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

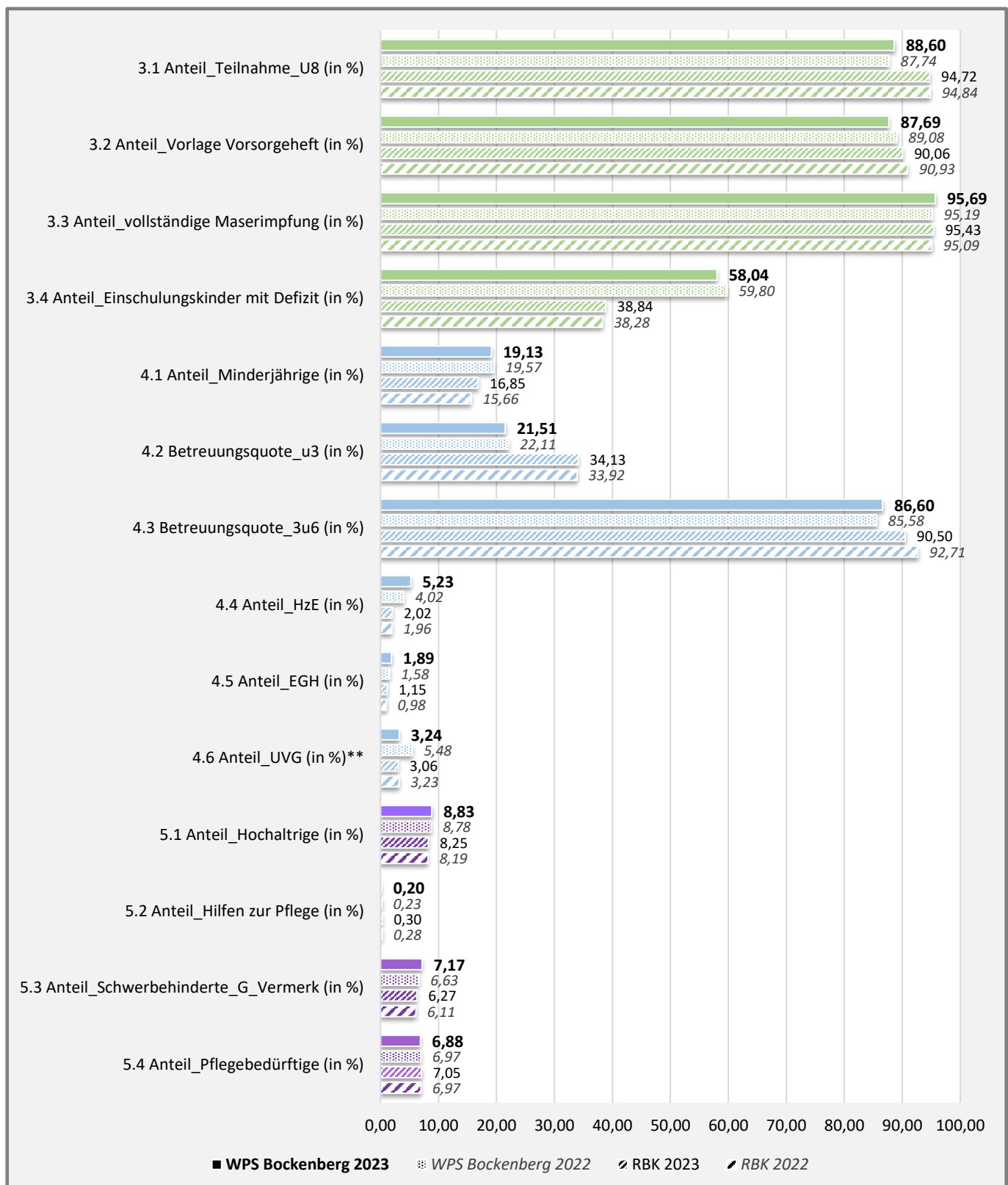


ABBILDUNG 51 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Bockenberg für die Jahre 2022 und 2023.

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.1.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

STARKE VIELFALT IM WOHN PARK

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Der Stadtteil Bockenberg ist die Heimat von knapp 3.100 Menschen. Mehr als zwei Drittel davon leben im sogenannten Wohnpark Bensberg, einer Hochhaussiedlung mit sieben Gebäudekomplexen und knapp 950 Wohnungen aus den frühen 1970er Jahren. Knapp die Hälfte der Wohnungen sind von Eigentümern bewohnt. Für die restlichen Mietwohnungen liegt der Quadratmeterpreis deutlich unterhalb des städtischen Mietniveaus. 15 Wohnungen sind aktuell von der Stadt Bergisch Gladbach zur Unterbringung von bis zu 50 Asylsuchenden angemietet.

40 Nationalitäten leben im Wohnpark. Der Anteil ausländischer Personen entspricht circa 30%, der Anteil an Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund liegt deutlich höher. Die vielen jungen Familien mit Kindern (ein Fünftel der Bevölkerung ist jünger als 18 Jahre) machen den Wohnpark zu einem jungen, dynamischen und multikulturellen Zentrum. Auf der anderen Seite ist der Wohnpark auch von Armut geprägt. Der Anteil der SGB-II-Leistungsbeziehenden (22 %) ist im Vergleich zum städtischen Mittelwert mehr als doppelt so hoch. Von den Leistungsbeziehenden und -bezieherinnen haben ungefähr 65 % nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Fast die Hälfte der Kinder im Wohnpark lebt in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft. Überdurchschnittlich hoch ist zudem der Anteil an Personen über 65 Jahren, die eine Grundsicherungsleistung wegen Alter beziehen und somit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Bei knapp 60 % der in den letzten vier Jahren im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung untersuchten Kinder aus dem Wohnplatz wurde ein körperliches und/oder sprachliches Entwicklungsdefizit festgestellt. Dabei handelt es sich überwiegend um Sprach- oder Sprechstörungen. Der Anteil Kinder mit einem entsprechenden Defizit ist zwischen 2016 und 2020 von knapp 28 % auf circa 42 % angestiegen. Vor allem betroffen sind Kinder, in deren Familie während ihrer ersten vier Lebensjahre nicht deutsch gesprochen wurde. Hier beträgt der Anteil etwas über 50 %, bei den Kindern mit Muttersprache deutsch waren es knapp 25 %. Auch die lokalen Schulen melden vermehrt Probleme aufgrund von Sprachdefiziten bei den Schülerinnen und Schülern mit Flucht- oder Migrationshintergrund. Dies kann auch in einem möglichen Zusammenhang mit den geringen Betreuungsquoten im Wohnplatz liegen. Diese liegen bei den unter 3-Jährigen deutlich unterhalb des städtischen und kreisweiten Mittelwerts. Der Mangel an (Bau-)Flächen auch in den angrenzenden Stadtteilen erschwert jedoch aktuell die Einrichtung weiterer Kita-Plätze. Durch den Neubau einer Kindertagesstätte im benachbarten Stadtteil Bensberg wird voraussichtlich auch ein Teil des offenen Bedarfs in Bockenberg gedeckt werden. Vergleichsweise gering ausgeprägt ist zudem die Teilnahmequote an der U8-Vorsorgeuntersuchung bei den Kindern, die in den letzten vier Jahren eingeschult wurden.

Die Anteile geleisteter Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren sind im Vergleich zum städtischen und kreisweiten Mittelwert lange unauffällig gewesen, verzeichnen seit 2021 jedoch einen deutlichen Anstieg und liegen mittlerweile deutlich über dem städtischen und kommunalen Mittelwert. Eine mögliche Erklärung dafür kann ein gestiegenes Bewusstsein und eine höhere Bekanntheit der Unterstützungsleistungen innerhalb der Gruppe der handelnden Akteurinnen und Akteure sein. Zudem legen bundesweite Studien²⁸ einen Zusammenhang mit der

²⁸ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/153428/Mehr-ADHS-Faelle-bei-Kindern-nach-Corona>

Corona-Pandemie nahe, seit der es beispielsweise zu einem signifikanten Anstieg der Diagnosen von ADHS- und Entwicklungsstörungen gekommen ist.

Ebenso vielfältig wie die sozialen, familiären und kulturellen Unterschiede gestalten sich die daraus entstehenden Schwierigkeiten. In einem umfangreichen sozialen Netzwerk unter Federführung der Stadt kooperieren verschiedene soziale Einrichtungen, Schulen, Kitas, Kirchen, Vereine und Einzelpersonen mit dem Ziel, die Lebensqualität der hier lebenden Familien und vor allem der Kinder zu verbessern. So entstand im Laufe der Zeit vor Ort ein ausdifferenziertes, niederschwelliges und auf die sozialräumlichen Bedingungen abgestimmtes Beratungs- und Hilfesystem vor Ort. Ein Leuchtturmprojekt ist die Kontaktstelle im Wohnpark (KiWo), die im Rahmen ihrer Angebotsgestaltung vielfältige Hilfen anbietet. Im Rahmen der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzepts (inHK) Bensberg, einer geförderten Städtebaumaßnahme, konnte zudem ein weiteres Angebot des Quartiersmanagements, LOKI in der Nachfolge von LokalLeben, angesiedelt werden. Die Fokussierung dieser Maßnahme liegt auf kreativer, künstlerischer Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter der Trägerschaft der Kreativitätsschule e.V. Es besteht eine enge Kooperation mit der KiWo und den anderen vorhandenen Netzwerkstrukturen.

Auch dank dieser guten Strukturen und Kooperationen ist es im Wohnpark geglückt, aus seiner Heterogenität und Vielfalt eine Stärke zu entwickeln. Die Menschen identifizieren sich mit dem Wohnpark, leben dort gerne und engagieren sich bei der Förderung der Wohnqualität des Wohnparks. Die Kriminalitätsrate im Quartier ist im Vergleich zu anderen Stadtgebieten in Bergisch Gladbach unterdurchschnittlich und niedrig. Statt Anonymität und Tristesse hat sich ein harmonisches Miteinander entwickelt, man kennt und schätzt sich.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe: Junge Menschen und ihre Familien, die durch Armutslagen benachteiligt sind

Handlungsempfehlung: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Begegnungsmöglichkeiten und des Ausbaus, der Stärkung, Spezifizierung sowie Verstetigung vorhandener Aktivitäten zu initiieren.

Begründung: Das Ziel der sozialen Netzwerkarbeit am Wohnpark Bensberg ist die Stärkung, Unterstützung und Integration der Anwohnerinnen und Anwohner durch die Bereitstellung eines vielfältigen Angebotes. Insbesondere in Gebieten wie dem Wohnpark Bockenberg, wo viele Menschen mit einer Vielzahl unterschiedlicher sozialer, kultureller und religiöser Hintergründe auf engem Raum leben, haben sich gemeinsame Begegnungsorte und niederschwellige Unterstützungsangebote als wertvolles Mittel der Integration bewährt. Sie fördern nicht nur den Kontaktaufbau und Zusammenhalt unter den Bewohnerinnen und Bewohnern, sondern eröffnen durch die sozialen Netzwerkstrukturen auch Zugänge zu einer Klientel, die sonst vielleicht nicht ansprechbar wäre. Vor allem Kinder und Jugendliche nutzen diese Einrichtungen besonders intensiv. Ein weiterer Ausbau der Angebotsstruktur ist hinsichtlich der Auslastungsquoten und Bedarfslagen wünschenswert.

Die Grünflächen sowie die zum Teil leerstehenden Gewerbeflächen im Erdgeschoss des Wohnparks bieten großes Potenzial bei der Gestaltung attraktiver Begegnungsorte.

Die genannte Maßnahme des inHK „LOKI“ ist mit 36 Monaten Laufzeit zeitlich befristet und endet somit Ende 2026, bevor sie möglicherweise ihre volle Wirkung entfalten konnten. Für eine erfolgreiche Verstetigung ist das rechtzeitige Koppeln an programmunabhängige Ressourcen das entscheidende

Moment. Die im Rahmen einer Verstetigung gewonnenen räumlichen und personellen Optionen ermöglichen eine noch flexiblere und stärker bedarfsorientierte Ausrichtung des Hilfesystems mit unterschiedlichen Zugängen zu der Zielgruppe.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Stadt Bergisch Gladbach FB Jugend & Soziales, Soziale Stadtentwicklung

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- GL Service
- Kreativitätsschule
- Fröbel e.V mit der Kita Luise Ueding und dem angeschlossenen Familienzentrum
- Kath. Und ev. Grundschulen sowie die GGS Moitzfeld
- Flüchtlingsinitiative MoNa
- Seniorenheim Carpe Diem
- Eigentümergemeinschaften im Wohnpark Bensberg

7.1.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

In einer Online-Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnparks aus dem Jahr 2022 äußerten 55 % der Teilnehmenden den Wunsch nach mehr Treff- und Aktivitätspunkten, besonders im Hinblick auf sportliche Angebote, Veranstaltungen und Räumlichkeiten für die Gemeinschaft.

Im Herbst 2023 wurde in Zusammenarbeit mit der Kreativitätsschule in den Räumen des ZAK das **Quartiersmanagement LOKI** (Lokales Handeln, Offenheit, Kreativität, Integration) als eine Maßnahme aus dem integrierten Handlungskonzept für Bensberg initiiert, die den genannten Bedarfen entspricht und somit die bereits bestehende sehr gute soziale Infrastruktur ergänzt. Über das Quartiersmanagement sollen die bereits bestehenden niederschweligen Strukturen und Angebote im Wohnplatz noch stärker vernetzt, koordiniert und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Zusätzlich werden die Bewohnerinnen und Bewohnern durch verschiedene Beteiligungsformate (zum Beispiel ein Nachbarschaftscafé) aktiviert und so ihre Bedarfe noch genauer ermittelt. Aus diesem Ansatz entstanden beispielsweise ein erfolgreiches Nähprojekt, ein Eltern-Kind-Treff für Personen mit afrikanischen Wurzeln und ein Boxangebot. Finanziert wird das Quartiersmanagement (LOKI) aus Mitteln des integrierten Handlungskonzepts bis Ende 2026.



Das Beratungsangebot in der KiWo wurden durch **Sprechstunden des Jobcenters** und der **Frühen Hilfen** des Gesundheitsamts (Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern) für Schwangere und Eltern von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren ergänzt. Die Sprechstunde des Jobcenters musste aufgrund zu geringer Nachfrage wieder eingestellt werden und auch die Elternsprechstunden wurden im ersten Jahr nur sehr vereinzelt in Anspruch genommen. Da der Bedarf für ein solches Beratungsangebot von den Fachexpertinnen und -experten aber durchaus gesehen wird, soll es durch eine stärkere Einbindung in die vorhandenen Strukturen besser beworben werden.

Konnten bereits Auswirkungen der Maßnahmen / des Prozesses festgestellt werden?

Die gute Arbeit der soziale Netzwerkstrukturen schlägt sich nach Ansicht der Fachakteurinnen und -akteure darin nieder, dass sich trotz der sich steigenden Bedarfe sowohl der Zusammenhalt und das

Miteinander der Bewohnerinnen und Bewohnern als auch die subjektive Wahrnehmung der Lebenssituation und Teilhabechancen weiterhin positiv entwickeln.

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Die Angebote von **KiWo** und **LOKI** sollen gemäß der im Rahmen des Quartiersmanagement ermittelten Bedarfe weiter ausgebaut werden. Zusätzlich sind weitere Angebote im Bereich der **Jugendberufshilfe** und der **Sprachförderung** geplant. Zudem setzt sich das Seniorenbüro der Stadt Bergisch Gladbach für eine **stärkere Berücksichtigung seniorenrelevanter Themen** ein. Da die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten begrenzt aber doch auskömmlich sind, könnten einzelne Angebote eventuell in angrenzende Senioreneinrichtungen oder auch Stadtteile verlegt werden.

Das Jobcenter wird regelmäßig Kontakt zum LOKI pflegen, um gezielte Informationen an die Menschen dort weiterzuleiten. Dies soll in Form von Infoveranstaltungen, aber auch mit gelegentlichen Besuchen im Café erfolgen.

7.2. Stadtmitte-Heidkamp (Bergisch Gladbach)

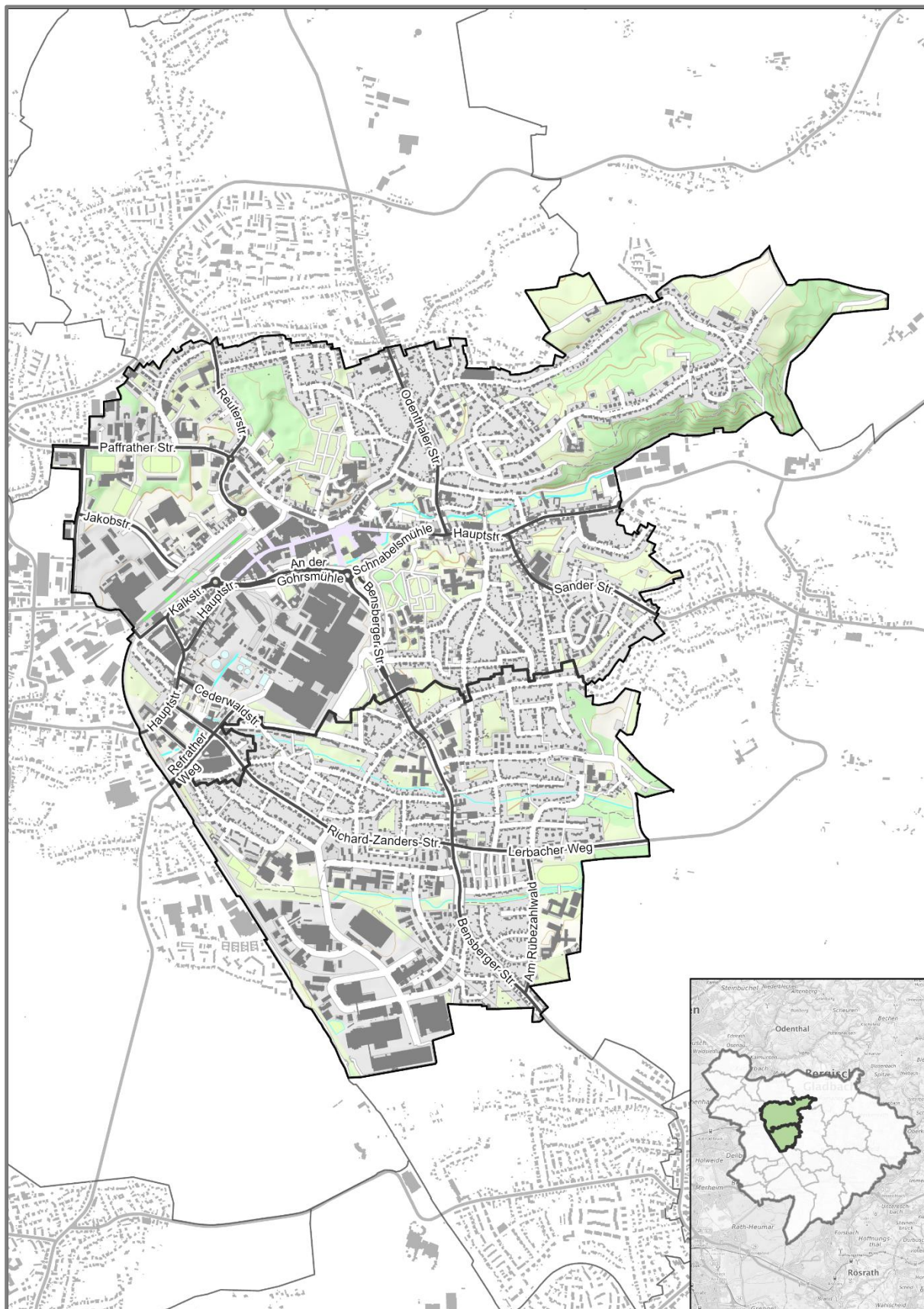


ABBILDUNG 52: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Stadtmitte-Heidkamp

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.2.1. Wohnplatzsteckbrief Stadtmitte

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Bergisch Gladbach

Fläche: 3,94 km²

Einwohnerzahl: 11.495 (2.920 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

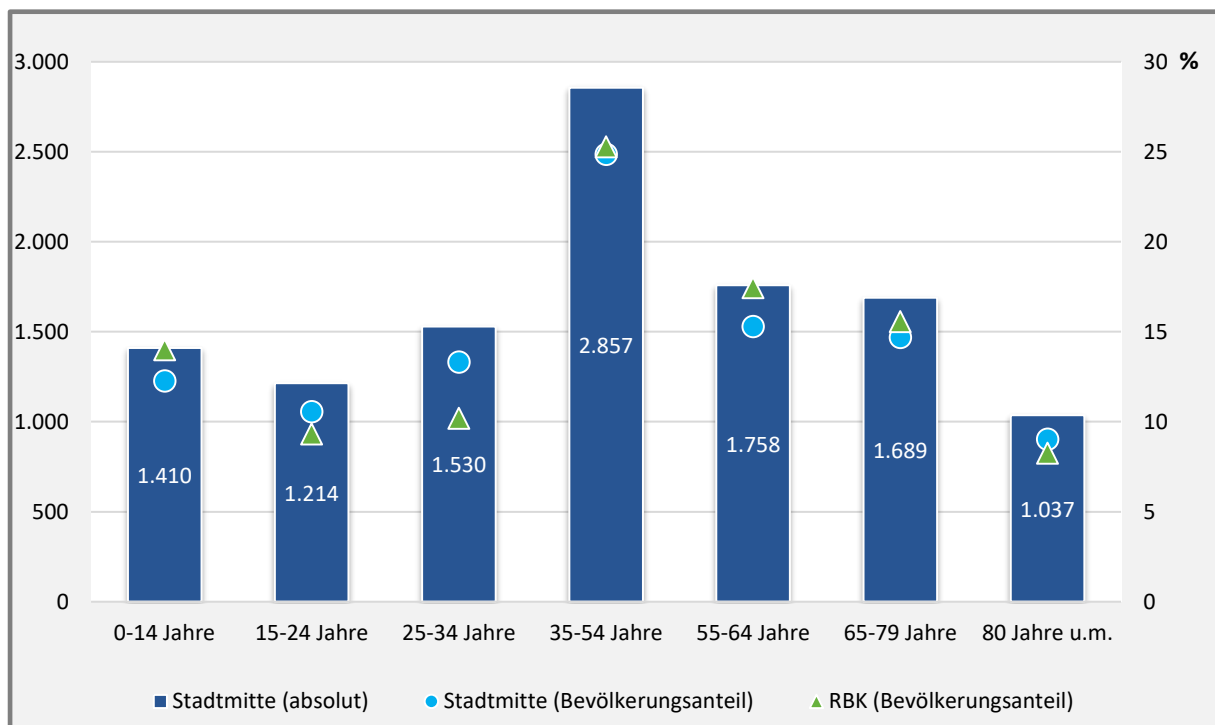


ABBILDUNG 53: Einwohnerzahlen im WPS Stadtmitte nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Stadtmitte - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Stadtmitte erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 37,00 und weicht damit 2,31 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der dritthöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 54 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

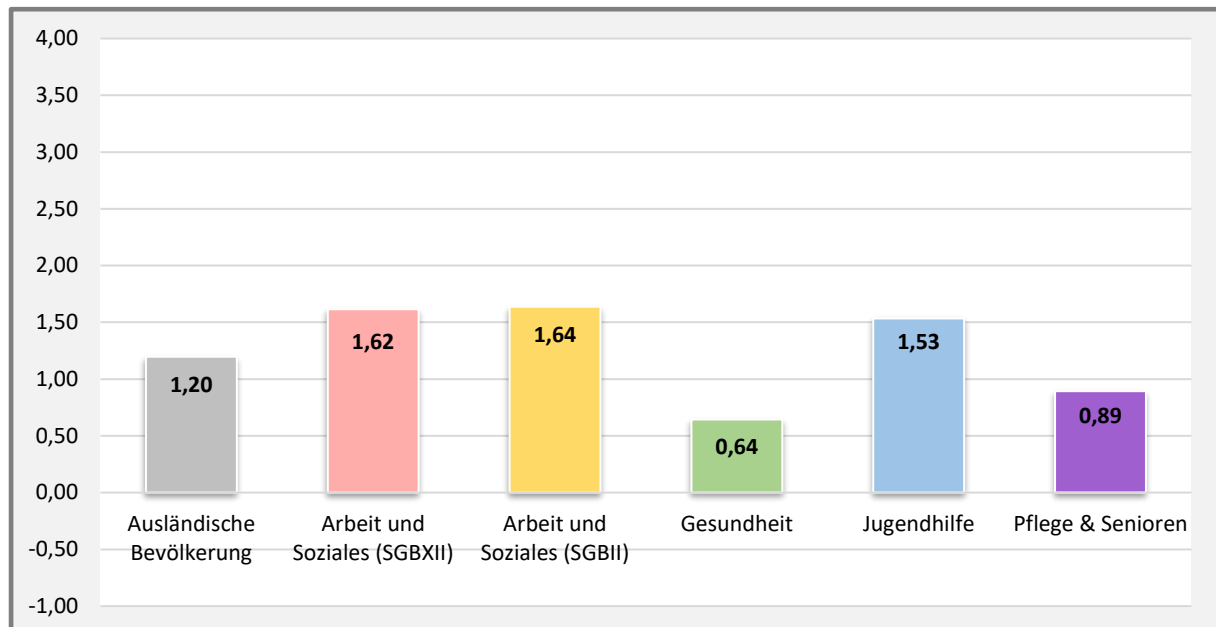


ABBILDUNG 54: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Stadtmitte (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 55 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 56 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Bergisch Gladbach sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 57 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

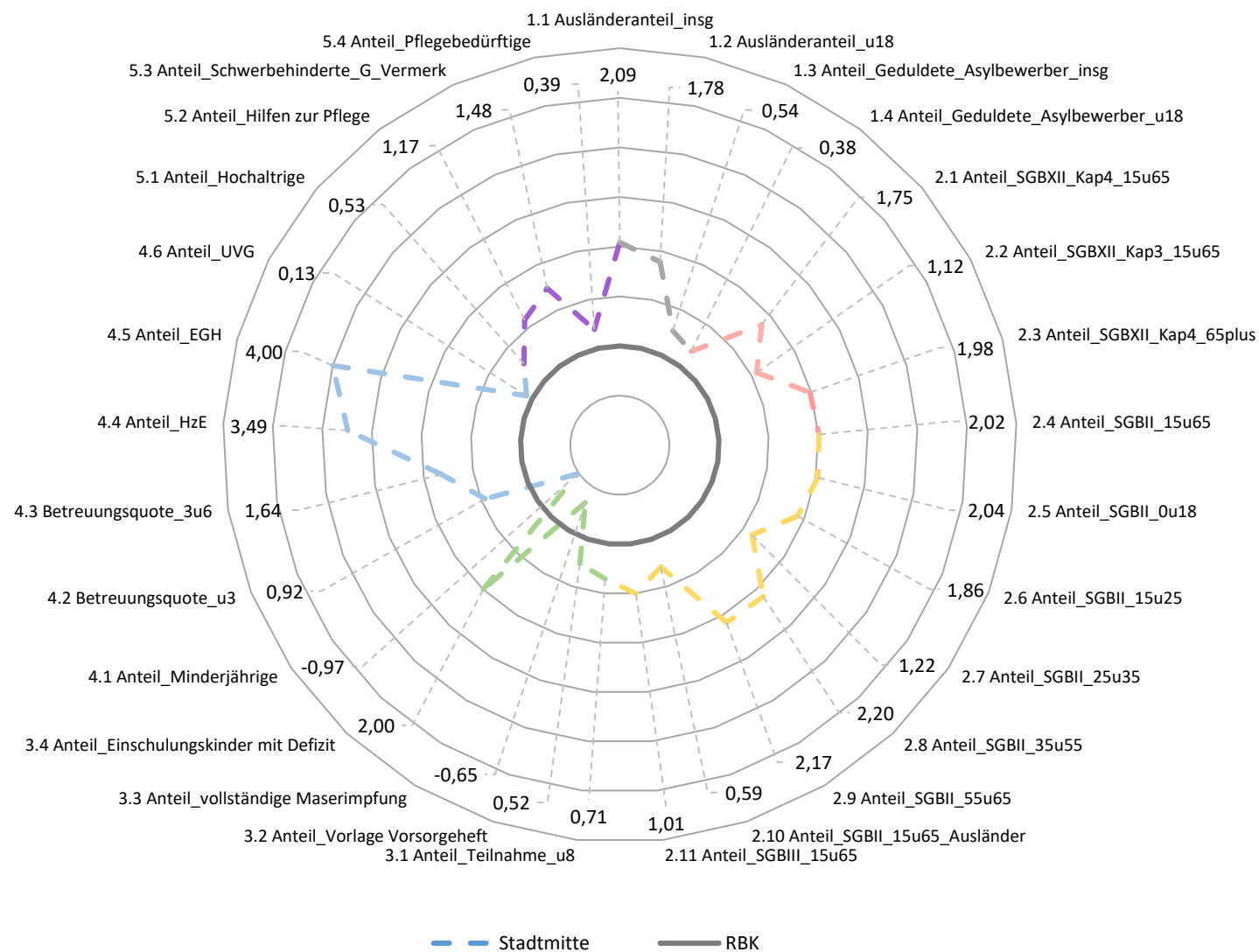


ABBILDUNG 55: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Stadtmitte
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

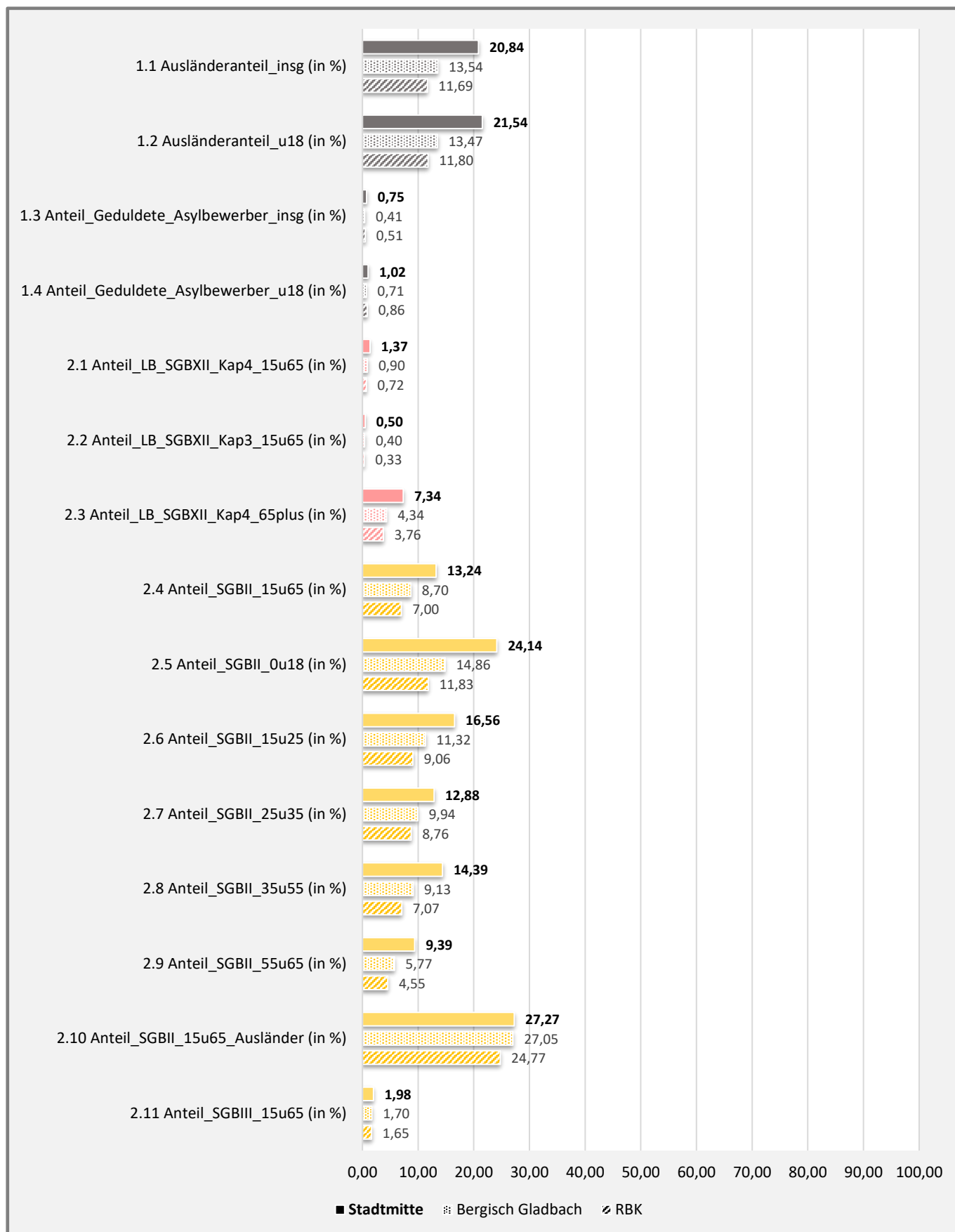


ABBILDUNG 56: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Stadtmitte
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

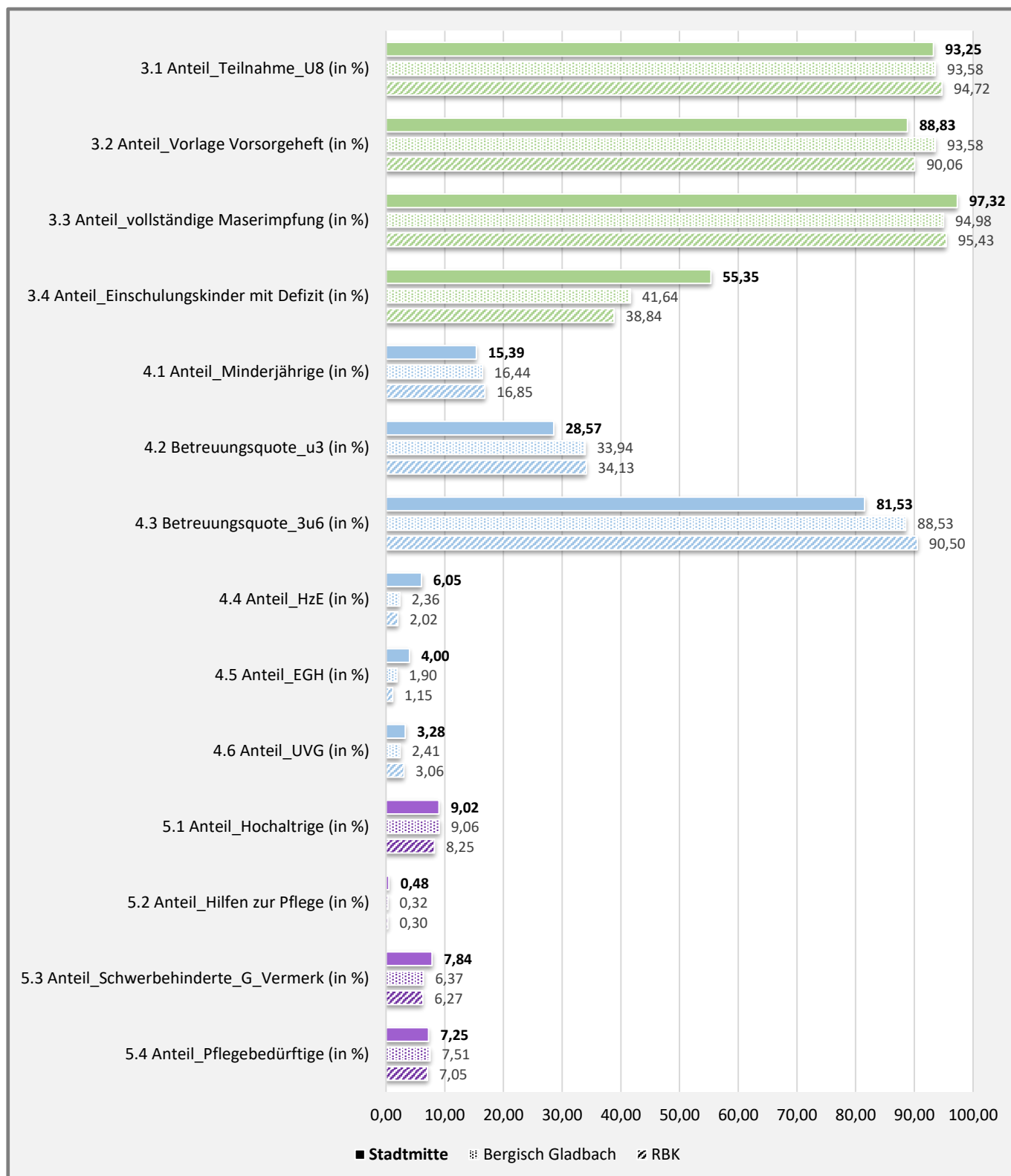


ABBILDUNG 56 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Stadtmitte

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

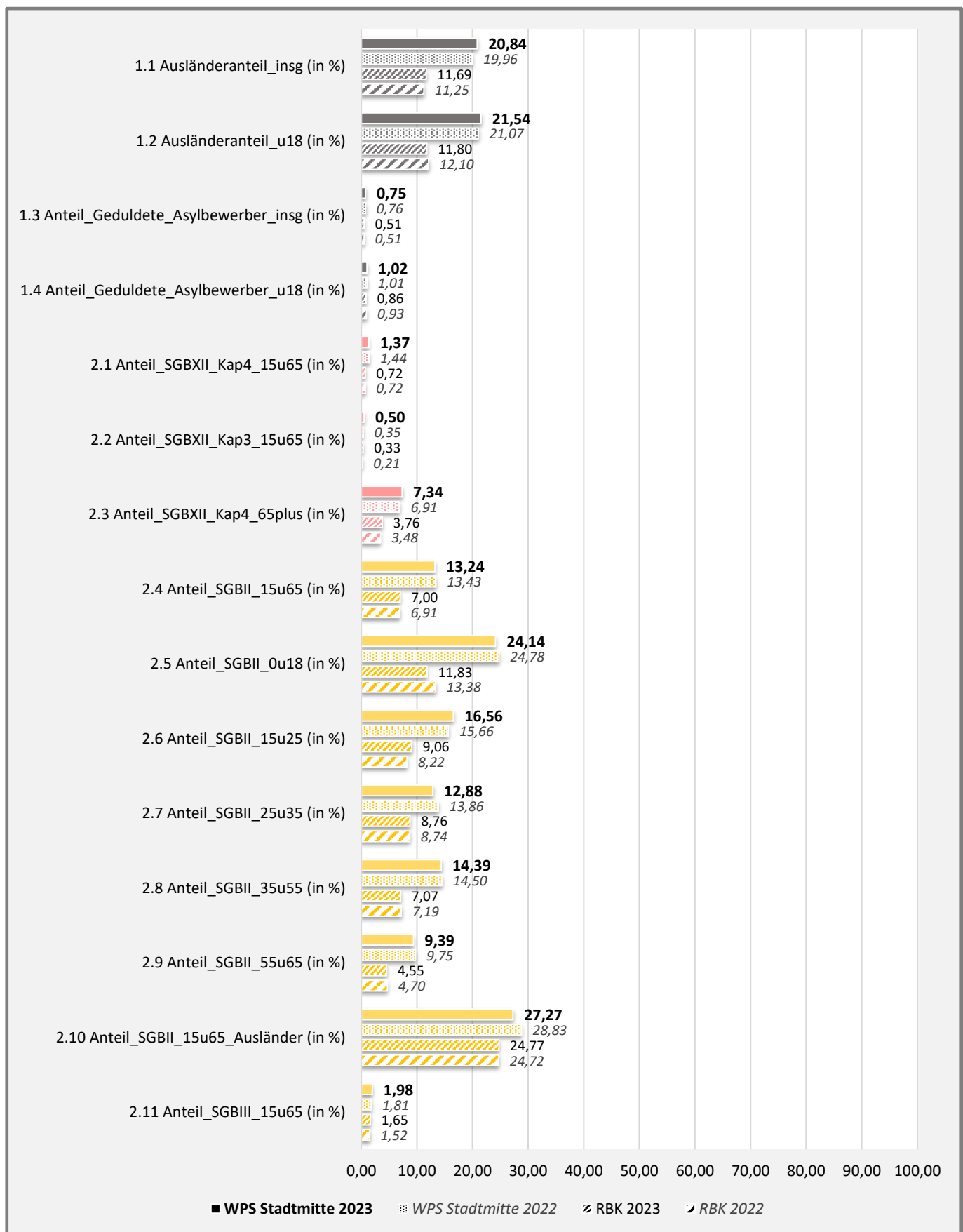


ABBILDUNG 57: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Stadtmitte für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

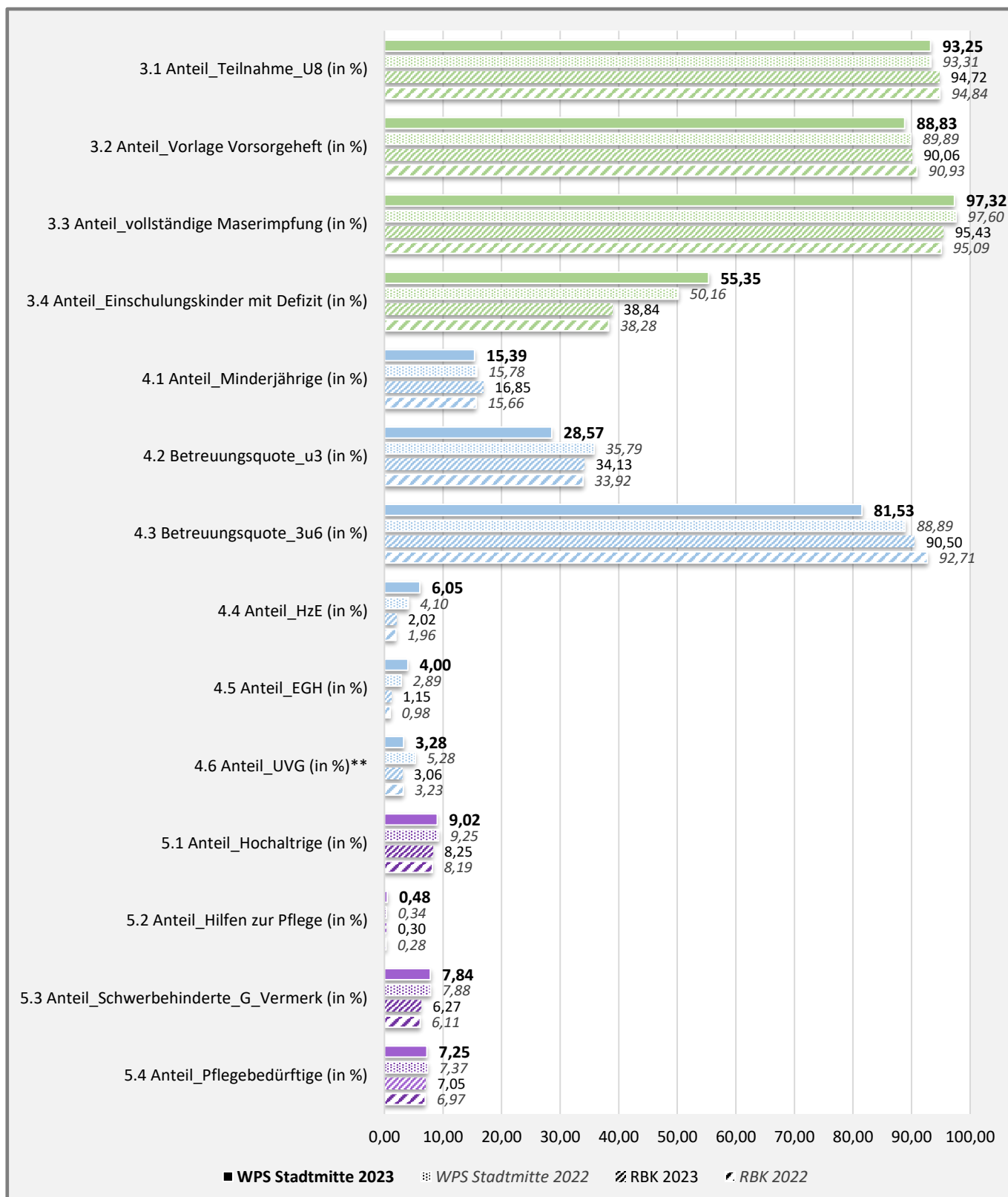


ABBILDUNG 57 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Stadtmitte für die Jahre 2022 und 2023;

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.2.2. Wohnplatzsteckbrief Heidkamp

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Bergisch Gladbach

Fläche: 2,08 km²

Einwohnerzahl: 6.570 (3.165 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

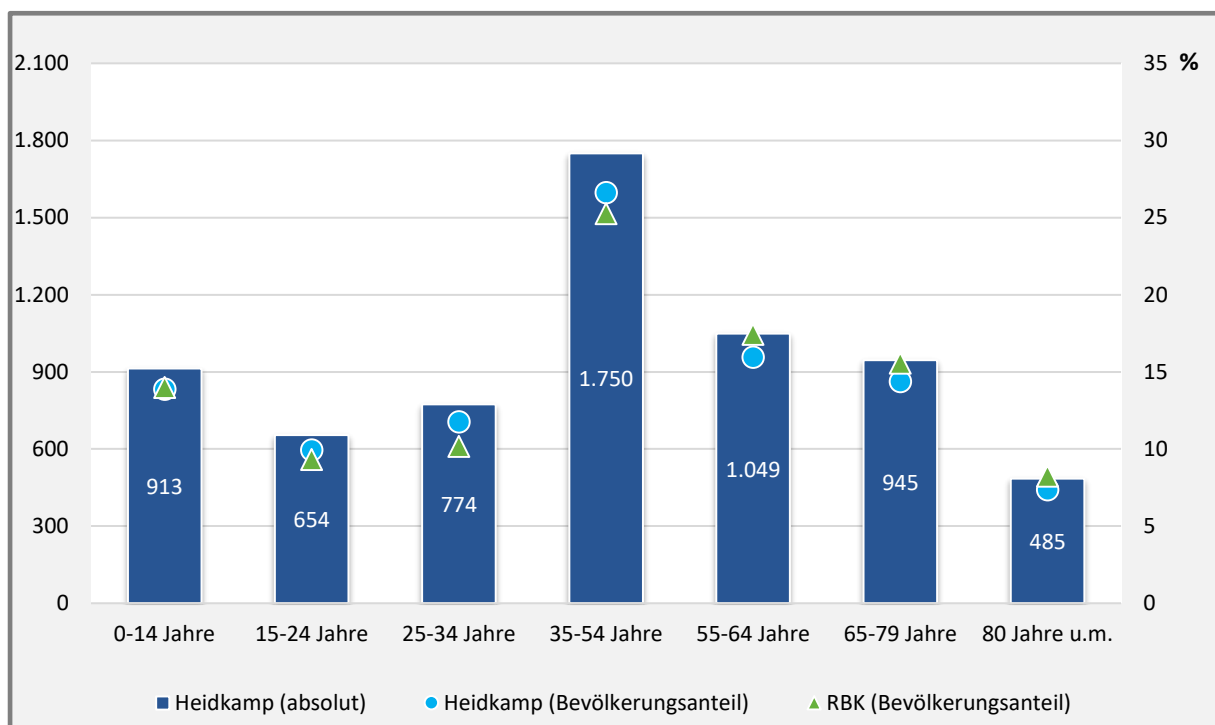


ABBILDUNG 58: Einwohnerzahlen im WPS Heidkamp nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Heidkamp - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Heidkamp erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 34,09 und weicht damit 2,12 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der vierthöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 59 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

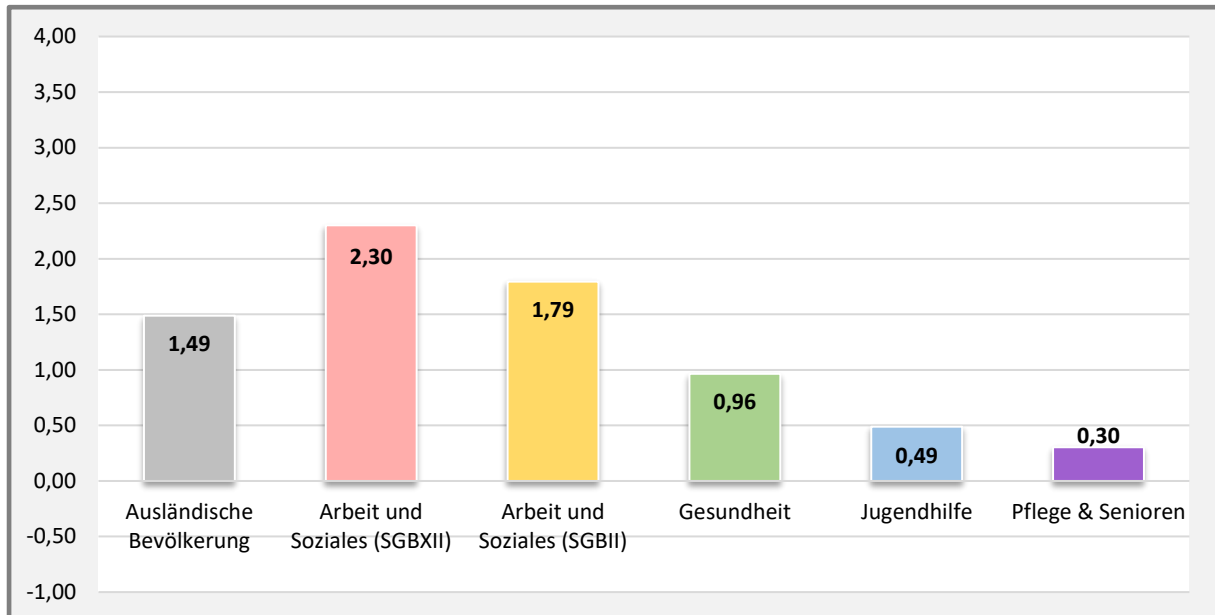


ABBILDUNG 59: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Heidkamp
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 60 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 61 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Bergisch Gladbach sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 62 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

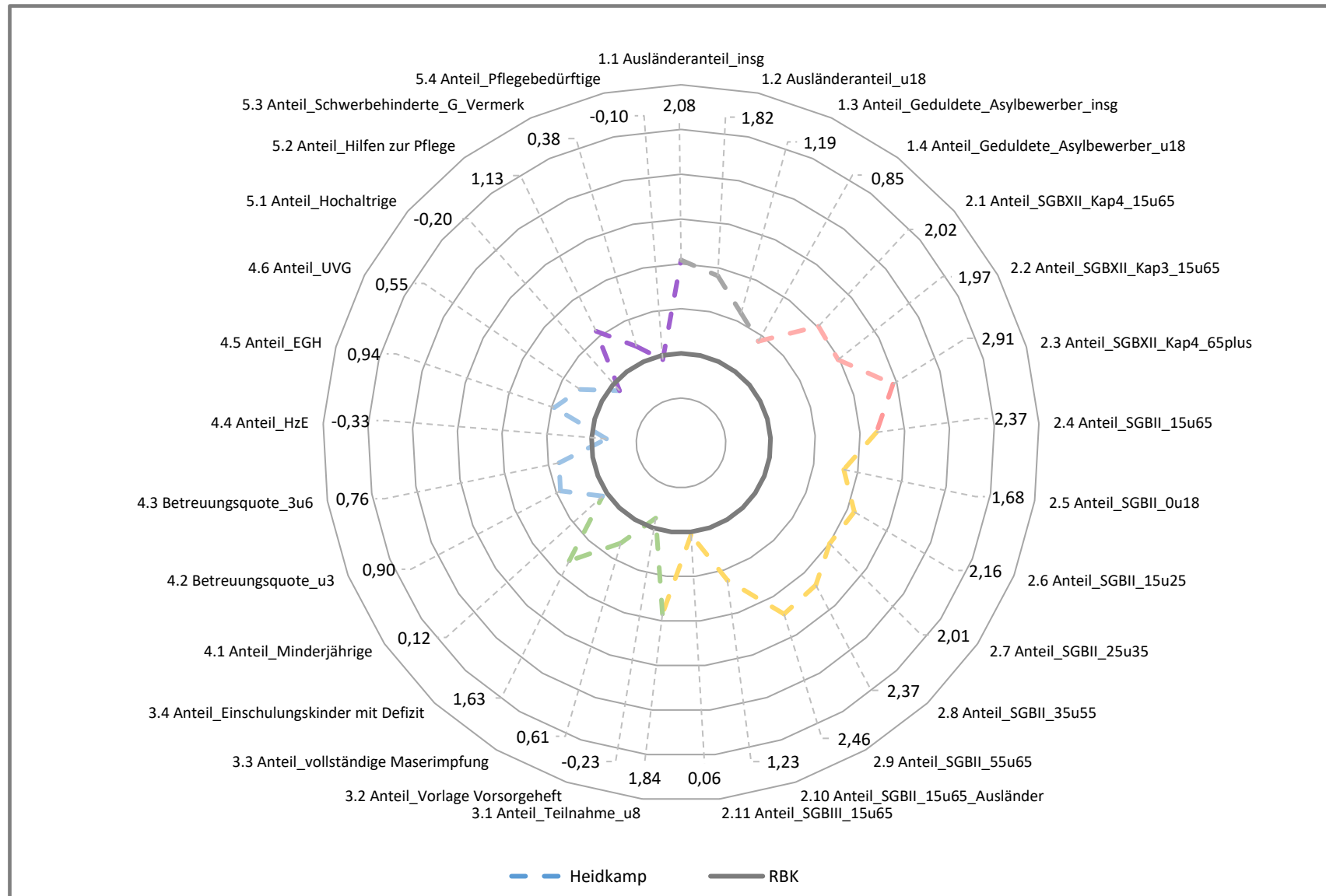


ABBILDUNG 60: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Heidkamp
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

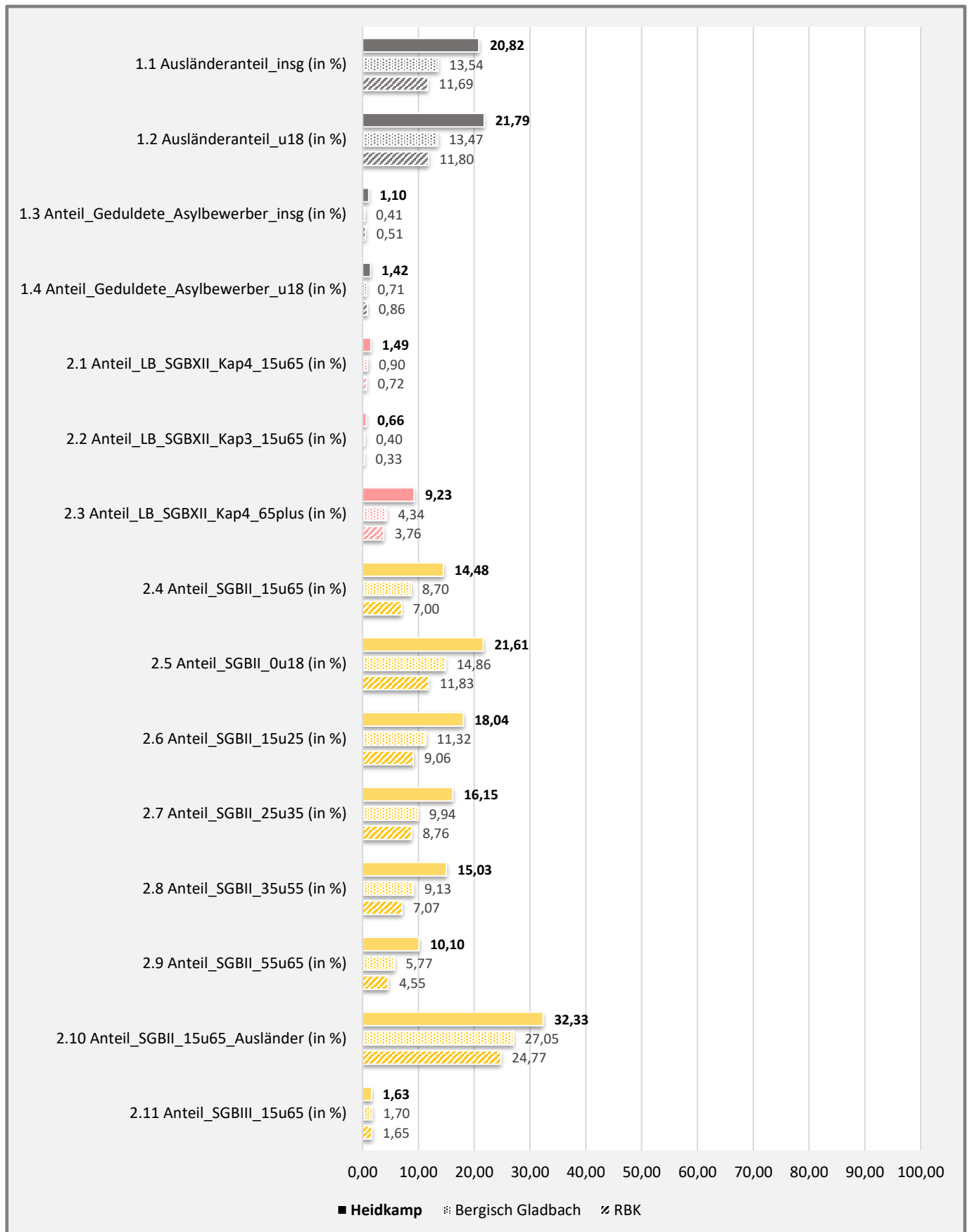


ABBILDUNG 61: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Heidkamp
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

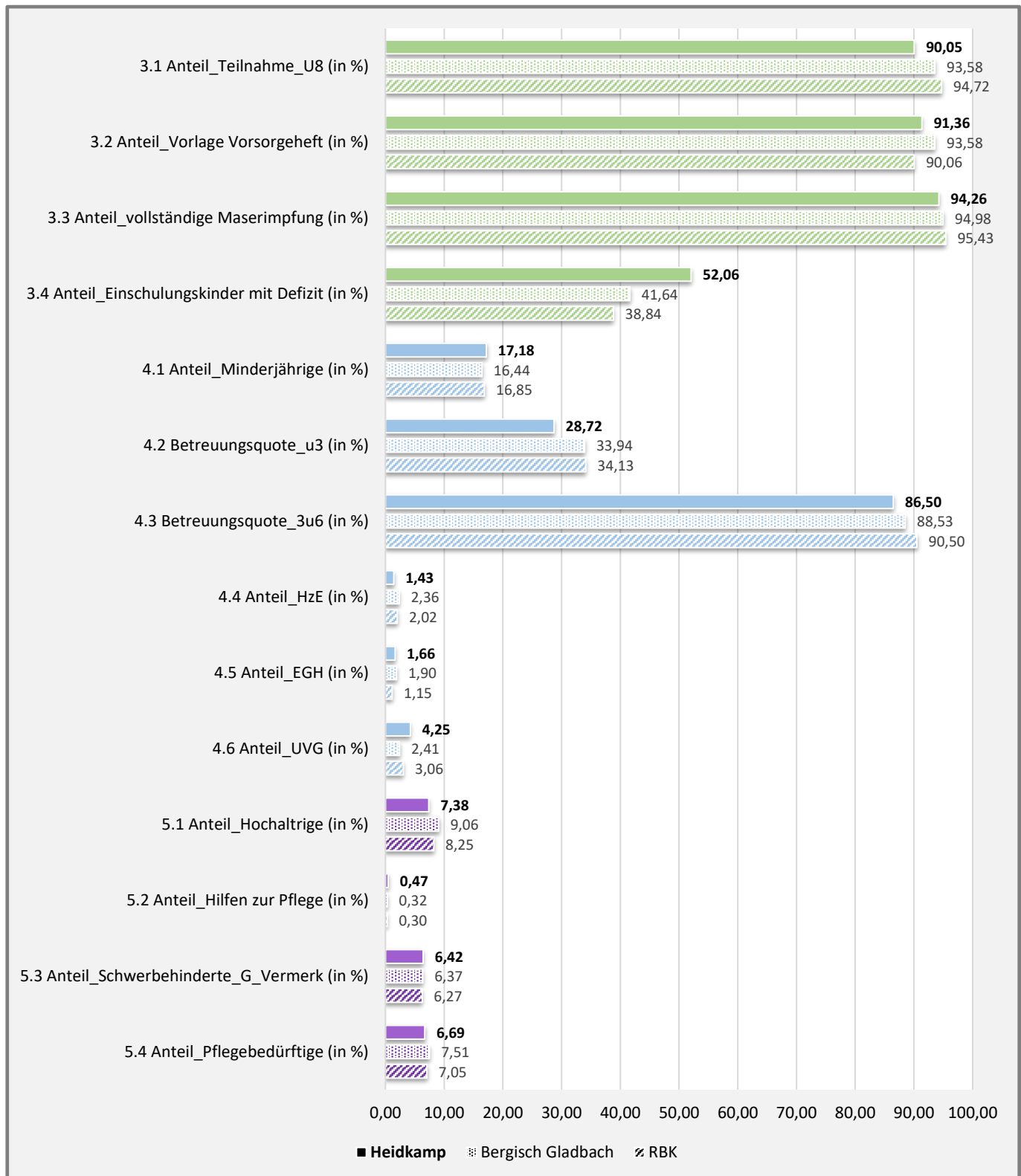


ABBILDUNG 61 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Heidkamp

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

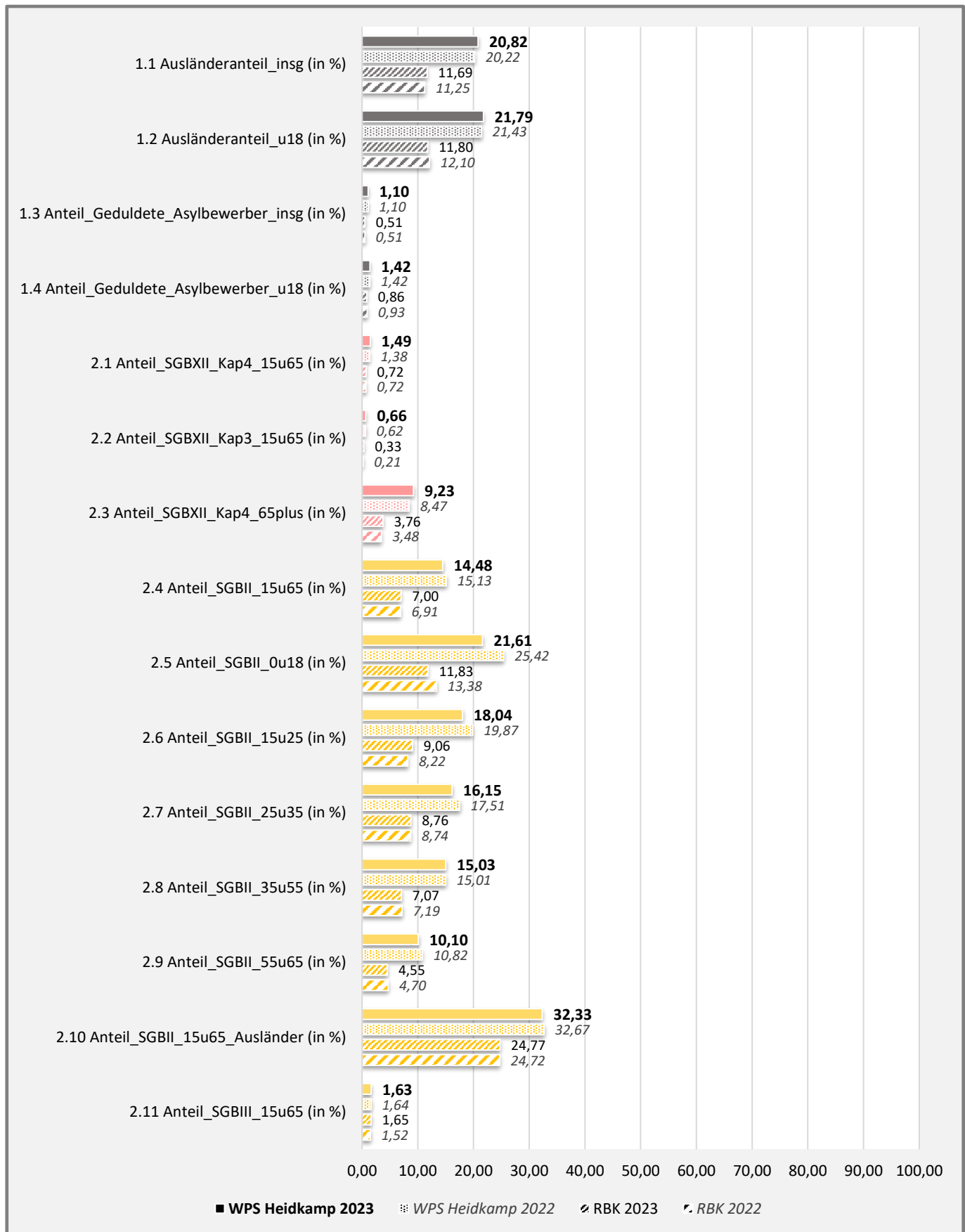


ABBILDUNG 62: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Heidkamp für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

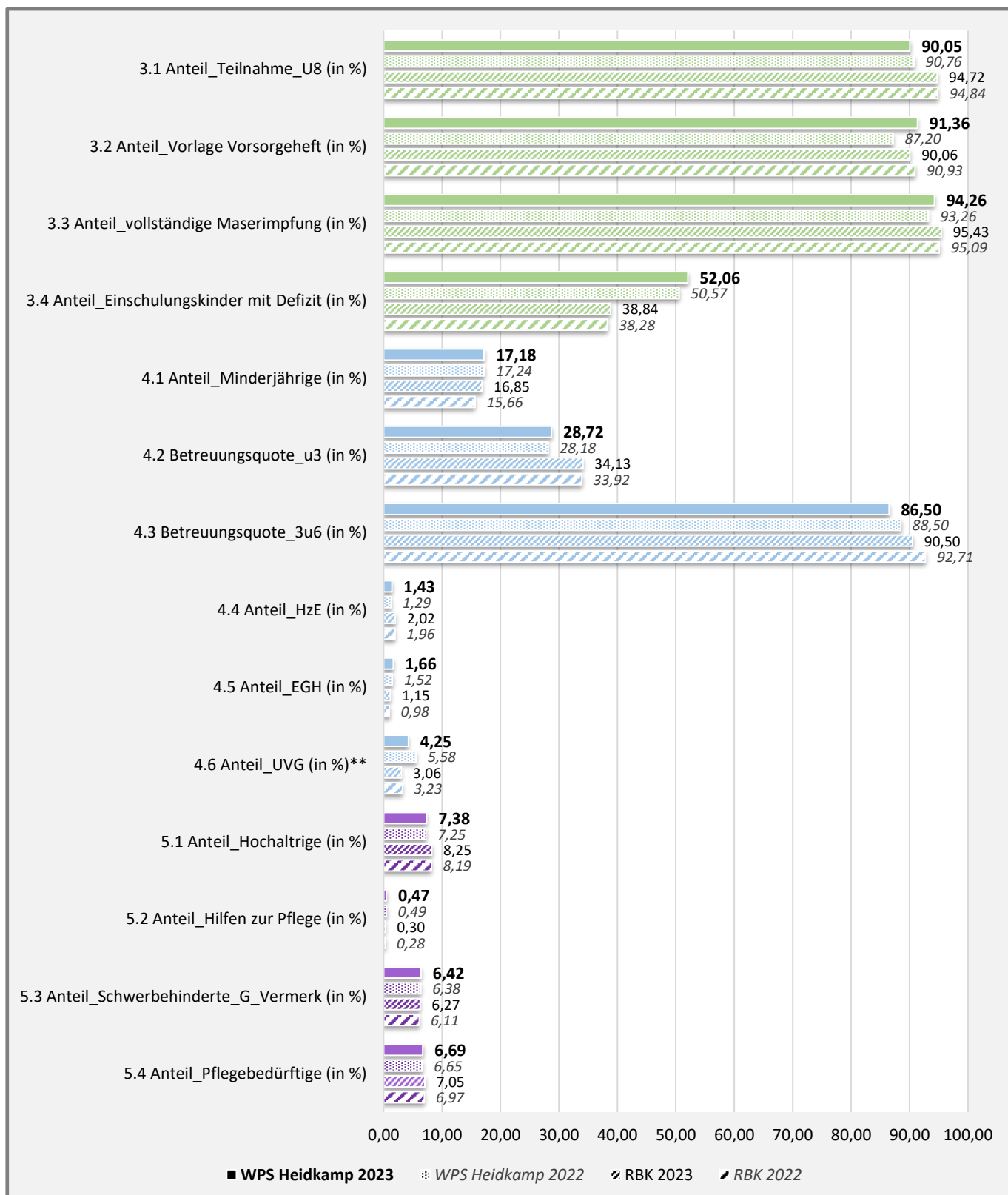


ABBILDUNG 62 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Heidkamp für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.2.3. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

STADTMITTE – SENIORENGERECHT & LEBENSWERT

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Die Stadtmitte ist der bevölkerungsstärkste Stadtteil Bergisch Gladbachs (knapp 11.500 Einwohnerinnen und Einwohner) und ist stark urban geprägt. Unter anderem der Busbahnhof mit den vielen Anbindungen an die nahegelegenen Gemeinden und Städte sowie die angeschlossene S-Bahn-Verbindung Richtung Köln und die von dort aus betrachtet fußläufige Nähe zur Einkaufsstraße mit mehreren Einkaufszentren verleihen dem Stadtteil den Charakter eines Stadtzentrums. Es herrscht insgesamt eine hohe Infrastrukturdichte und die Stadtverwaltung sowie die hier ansässigen Geschäftsstellen der freien Träger bieten viele Unterstützungsangebote für Hilfebedürftige. Der Zentrumscharakter ist jedoch mit einer hohen Verkehrsdichte/-belastung verbunden und die vielen kleineren Verbindungsstraßen führen dazu, dass der Stadtteil zergliedert wirkt. Die Erschließung des ehemaligen Zanders-Areals und die Bauvorhaben im Bereich Jakobstraße (Dauerpflege, Tagespflege und sozialer Wohnungsbau) bedeuten für den Wohnplatz ein großes Entwicklungspotenzial, aber auch eine neue Herausforderung für die Angebotsstruktur, deren Umfang aktuell noch nicht vollständig absehbar ist.

Fast ein Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtmitte sind 65 Jahre und älter. Etwas über 9 % der Bevölkerung befindet sich zudem im Bereich der Hochaltrigkeit (80 Jahre und älter). Im kommunalen und kreisweiten Vergleich überdurchschnittlich hoch ist zudem der Anteil von Personen über 65 Jahren, die eine Grundsicherung im Alter beziehen und somit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Der hohe Anteil an SGB-II-Leistungsbeziehenden über 50 Jahre im Stadtteil deutet an, dass der Anteil älterer Personen in der Grundsicherung noch steigen wird. Viele Personen aus dem Handlungsraum haben darüber hinaus eine Einschränkung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr in ihrem Schwerbehindertenausweis vermerkt (G-Vermerk), wobei davon ausgegangen wird, dass dies insbesondere die ältere Bevölkerung betrifft. Für diese Personengruppe gibt es im Stadtteil Heidkamp kaum Angebote der gesellschaftlichen Teilhabe, die einer Vereinsamung vorbeugen könnten. Die Einrichtung neuer Angebote wird dadurch erschwert, dass der Stadtteil überwiegend dem Wohnen dient und es aufgrund der geringeren Infrastrukturdichte nur wenig Fußverkehr gibt.

Auch in den übrigen Altersklassen und unabhängig von der Nationalität gibt es im Stadtteil Stadtmitte einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Transferleistungsbezieherinnen und -bezieher (SGB XII und SGB II). Eine Folge davon könnten die im kommunalen und kreisweiten Vergleich überdurchschnittliche Anzahl geleisteter Hilfen zur Erziehung (HzE) sowie Eingliederungshilfen (EGH) bei Kindern und Jugendlichen unter 21 Jahren sein, die sich seit 2021 zum Teil verdreifacht haben. Die Betreuungsquoten im Stadtteil sind rückläufig und liegen leicht unter dem Durchschnitt. Viele Eltern sind alleinerziehend und stellen somit eine Armutsrisikogruppe dar. Die angebotenen präventiven Gesundheitsmaßnahmen für Kinder im Vorschulalter (U8-Untersuchung, Maserschutzzimpfung) werden gut angenommen.

Eine Herausforderung für den Stadtteil stellt die Integration des überdurchschnittlich hohen Anteils an Bewohnerinnen und Bewohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft dar. Dies betrifft etwas mehr als 20% der Bevölkerung, der Anteil ist über die letzten Jahre kontinuierlich gestiegen, weil der Ausbau zentraler, größerer Flüchtlingsunterkünfte in diesem Bereich stattgefunden hat.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Von Armut und Vereinsamung (insbesondere vor dem Hintergrund eingeschränkter Mobilität) bedrohte Seniorinnen und Senioren (insbesondere Hochaltrige)

Zielgruppe 2: Kinder und Familien, die von Armut und deren Folgen betroffen sind, unter besonderer Berücksichtigung von Zuwanderungsgeschichten

Handlungsempfehlung: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum eine Verbesserung der (senioren-)relevanten Strukturen zu initiieren. Zentrale Aspekte sollen dabei soziale Teilhabe, (vor-)pflegerische Versorgung, Mobilität (auch barrierefreier Wohnraum und öffentlicher Raum) und gesellschaftliche Integration sein.

Begründung: Ein hoher Anteil der Bevölkerung im Handlungsraum ist über 65 Jahre alt, viele haben bereits die Altersgrenze von 80 Jahren überschritten. Im Zusammenhang mit den hohen Anteilen an Bezieherinnen und Bezieher einer Grundsicherung im Alter sowie mobilitätseingeschränkter Menschen und vor dem Hintergrund des hohen Anteils nicht barrierefreien (Wohn-) Raums droht vielen der älteren Menschen die soziale Isolation. Die Corona-Pandemie hat mit den Kontaktbeschränkungen und der zeitweisen Schließung vieler Angebote die Gefahr der Vereinsamung zusätzlich erhöht. Insbesondere die ungewollte Isolation wird von den Betroffenen als leidvoll empfunden und hat wiederum Auswirkungen auf das physische und psychische Wohlbefinden. Vor allem jüngere Seniorinnen und Senioren stellen zudem ein großes Potential für die Stärkung/Ausweitung ehrenamtlichen Engagements dar, von dem der gesamte Handlungsraum profitieren kann. Eine sinnstiftende Tätigkeit hilft ihnen, den Alltag zu strukturieren und neue Kontakte zu knüpfen.

Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, sind mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Je länger sie in Armut leben, desto negativer sind die Folgen für ihre Entwicklung und ihre Bildungschancen. Die Folgen reichen oftmals bis ins Erwachsenenalter und beeinträchtigen dauerhaft die Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Kinderarmut ist vielschichtig und häufig nicht mit bloßem Auge erkennbar. Niederschwellige Angebote in den Bereichen Freizeit, Sport und kulturelle Bildung können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, gesellschaftliche Teilhabe und (früh-)kindliche Bildung zu sichern.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Abteilung Soziale Stadtentwicklung

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- evangelische Kirchengemeinde
- Begegnungsstätte
- Netzwerk Seniorenarbeit BGL
- Runder Tisch Heidkamp

7.2.4. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Im Stadtteil Heidkamp wurde im Juli 2019 die **interkulturelle Begegnungsstätte PAULA** in der Paulusstraße auf dem Gelände der evangelischen Kirchengemeinde Zum Frieden Gottes eröffnet, die sich mittlerweile etabliert hat. Der Treffpunkt steht für niederschwellige Angebote und Maßnahmen im Bereich der sozialen und kulturellen Integration zur Verfügung und hat sich mittlerweile zu einem Ort

des bürgerlichen Engagements, der Begegnung und der Integration in Bergisch Gladbach entwickelt. Die Räumlichkeiten sind multifunktional eingerichtet und barrierefrei zugänglich. Neben den bereits etablierten Angeboten ist der Treffpunkt zu einem intergenerationalen Ort der Begegnung geworden.

Ebenfalls 2019 wurde in der Stadtmitte das **Atelier KLKS – Kunst | Kultur | Soziales** eröffnet, das Kindern und Jugendlichen einen Erfahrungsraum zum Kreativsein bietet und sich für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche einsetzt. Die Angebote sind kostenfrei, so dass mehr Teilhabe ermöglicht wird. Unterstützt wird diese Arbeit vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt Bergisch Gladbach, dem AWO Kreisverband Rhein-Oberberg e.V. und dem Rotary-Club Bergisch Gladbach.

Als Reaktion auf die steigenden SGB-II-Quoten in der Stadtmitte – auch im Bereich der Altersarbeitslosigkeit – hat das **Jobcenter Rhein-Berg niederschwellige Außensprechstunden** im Gemeindesaal der Evangelischen Kirche sowie in den Räumlichkeiten der Caritas in der Stadtmitte angeboten. Das Angebot musste aber aufgrund fehlender Nachfrage eingestellt werden. Für junge Menschen hat die Stadt Bergisch Gladbach die Angebote im Bereich der Jugendberufshilfe über die Maßnahme ex-Azubi-Treff ausgeweitet und plant noch einen weiteren Ausbau entsprechender Angebote.

Im Herbst 2023 haben mehr als 120 Bürgerinnen und Bürger im Alter von 55 Jahren und älter auf Einladung des Seniorenbüros der Stadt Bergisch Gladbach an sechs **Stadtteilkonferenzen** teilgenommen und über die Bedürfnisse und Bedarfe von älter werdenden Menschen diskutiert. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage für die „Sozialraumkonferenz 23/24 – Lebenswerte und seniorengerechte Stadt Bergisch Gladbach“, die im April 2024 stattgefunden hat. Mehr als 100 Teilnehmende (dazu zählten Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeitende der Verwaltung, Akteurinnen und Akteure der Seniorenarbeit und Vertretungen der Politik) ergänzten und priorisierten für verschiedene Handlungsfelder (Pflege/pflegende Angehörige, Wohnen, Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung, Mobilität, Bildung/ Ehrenamt/ aktives Altern, Mitbestimmung/ politische Teilhabe) die aus den Ergebnissen der Stadtteilkonferenzen extrahierten Maßnahmen und Ziele. Weitere Informationen zur Sozialraumkonferenz und den Stadtteilkonferenzen finden Sie unter: <https://www.bergischgladbach.de/sozialraumkonferenz2024.aspx>

Der **Märchentreff** in einer Siedlung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft in Heidkamp, der so genannten „Märchensiedlung“, bietet nun vermehrt Angebote für Kinder und Jugendliche an. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist die sprachliche Entwicklung, die zum Beispiel durch Vorleseabende gefördert werden sollen. Zudem steht eine Verfahrenslotsin den Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern als Ansprechpartnerin bei Themen rund um ein selbstständiges Leben bei körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen zur Verfügung und vermittelt gegebenenfalls an passende Angebote. Neuzugewanderte können sich dort über eine Beraterin der Stadt Bergisch Gladbach, die mit dem Kommunalen Integrationszentrum kooperiert, zu Herausforderungen wie beispielsweise ausländerrechtliche Fragestellungen, gesellschaftliche und rechtliche Erstorientierung, Integration in Bildung und Arbeit, Wohnen oder Gesundheit beraten lassen.

In Zusammenarbeit mit dem „**Runden Tisch Heidkamp**“ wurden in den letzten Jahren Spiele- und Weihnachtsfeste in Heidkamp organisiert, um in Kontakt mit der Bevölkerung zu kommen, um Bedarfe noch besser zu ermitteln.

Konnten bereits Auswirkungen der Maßnahmen / des Prozesses festgestellt werden?

Die Maßnahmen sind noch nicht so weit entwickelt, als dass sich bereits quantitative Auswirkungen nachweisen ließen. Durch die verstärkte sozialräumliche Netzwerkarbeit konnte jedoch die Schnittstellenarbeit zu den verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern verbessert werden. Es entstehen Synergien, die zum einen die Entwicklung bedarfsgerechter und niederschwelliger Angebote für die Zielgruppe unterstützen und zum anderen die Rückkopplung von Bedarfen aus dem Quartier an die zuständigen Verwaltungsstellen beschleunigen.

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Aufbauend auf den Ergebnissen der Sozialraumkonferenz aus dem Frühjahr 2024 soll im Jahr 2025 ein **Handlungskonzept für die städtische Seniorenarbeit** für den Zeitraum 2026-2030 erarbeitet und veröffentlicht werden. Die darin enthaltenen Maßnahmen und Ziele gilt es schrittweise umzusetzen.

Die Maßnahmen im „**Märchentreff**“ sollen um generationenübergreifende Angebote erweitert werden. Zudem sollen Angebote im Rahmen der Jugendsozialarbeit in der Roten Schule (Träger AWO) in Heidkamp sowie die Seniorenbegegnungsstätte „Mittendrin“ in der Stadtmitte entwickelt werden.

Mit Blick auf den demographischen Wandel und dem hohen Anteil von Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von über 60 Jahren in den Stadtteilen sind Angebote für diese Zielgruppe für die soziale Stadtentwicklung von großer Bedeutung. Eines der größten Risiken im Alter ist die Einsamkeit, die nachgewiesenermaßen Folgeerkrankungen nach sich ziehen kann. Ein gesichertes soziales Netzwerk und die Möglichkeit, kostengünstige Angebote wahrzunehmen, ist für **Seniorinnen und Senioren** von enormer Bedeutung, um einer Vereinsamung entgegen zu wirken. Nicht zuletzt ist die Altersarmut ein Thema, dass auch in Bergisch Gladbach zunimmt und zur sozialen Ausgrenzung führen kann. Durch die kostengünstigen oder sogar kostenfreien Angebote der Begegnungsstätten hat jeder Mensch die Möglichkeit diese wahrzunehmen.

Für das Jahr 2025 ist der Bau der **multifunktionalen Spiel- und Sportfläche „Gleispark“** als Entwicklungsbaustein der Konversion des Zanders-Geländes geplant. Ziel ist die Schaffung eines Begegnungsorts mit Aufenthaltsqualität, einem Sport- und Spielbereich, einer Skater-Anlage, Sitzmöbeln und Radabstellanlagen, mobiles und dauerhaftes Grün sowie Verschattungselementen und Beleuchtungselemente.

Bis zum Jahr 2026 soll die 140 Jahre alte sogenannte **Zentralwerkstatt** auf dem Zanders-Gelände zu einem sozio-kulturellen Zentrum ausgebaut werden. Das Projekt spielt bei der Neugestaltung des Zanders-Areals eine besondere Rolle— als Begegnungs- und Entwicklungsort der angestrebten Veränderungen. Als inklusives und integratives Zentrum soll sich die Zentralwerkstatt neben der projektbezogenen Nutzung als Begegnungsstätte zum zentralen Anlaufpunkt entwickeln und als Impulsgeber für die Gesamtentwicklung des Areals fungieren.

7.3. Gronau-Hand (Bergisch Gladbach)

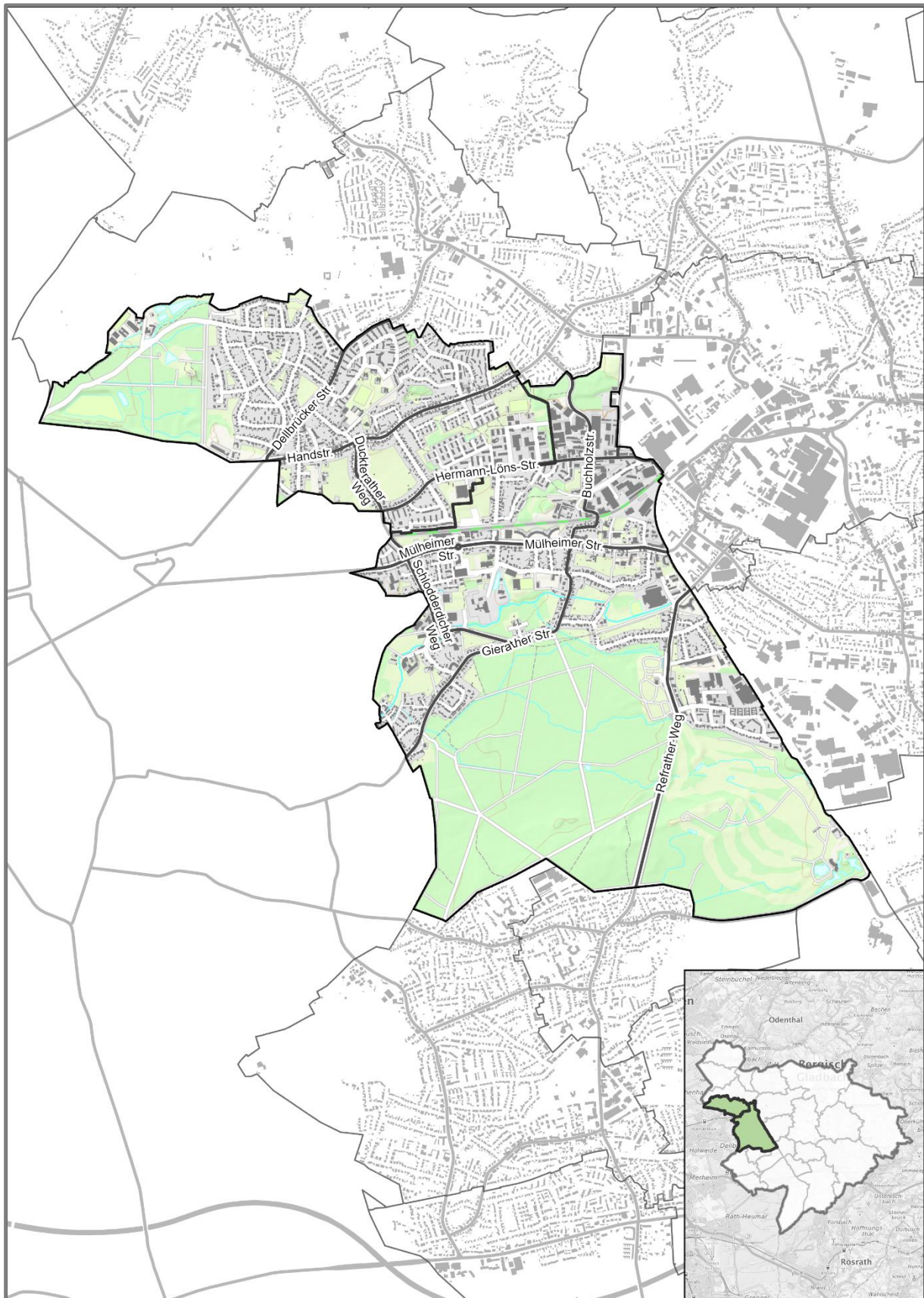


ABBILDUNG 63: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Gronau-Hand

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.3.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Bergisch Gladbach

Fläche: 4,64 km²

Einwohnerzahl: 6.414 (1.384 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

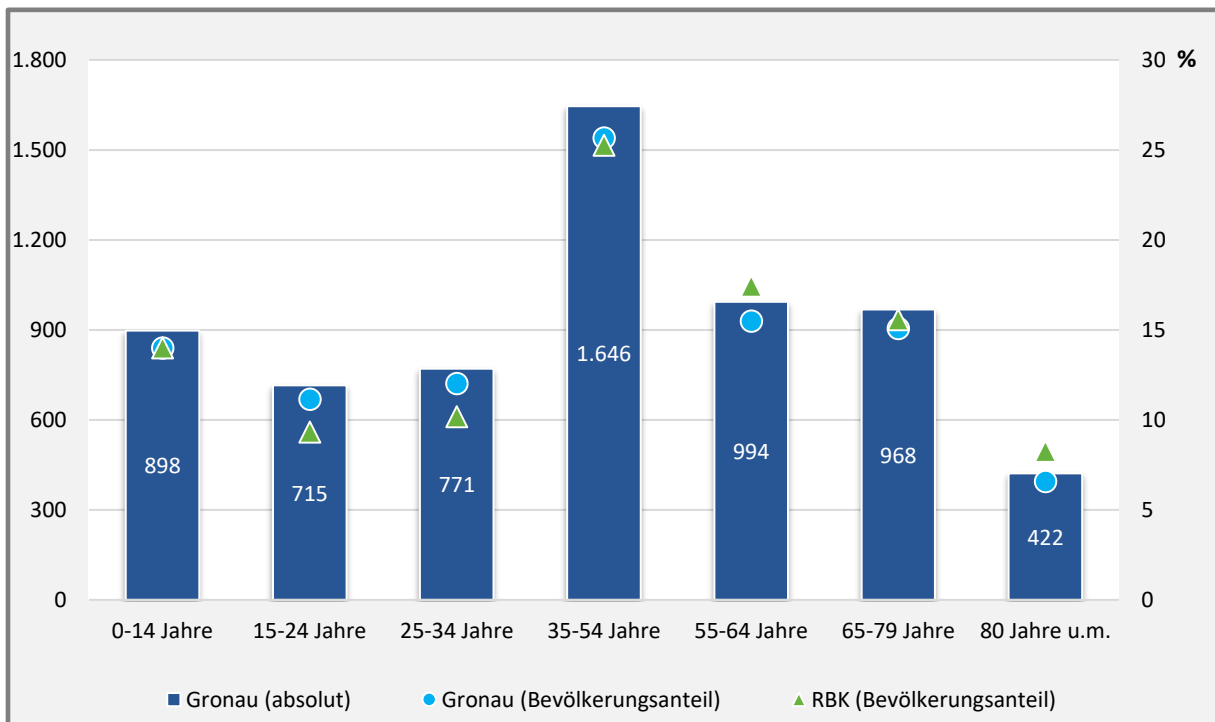


ABBILDUNG 64: Einwohnerzahlen im WPS Gronau nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Gronau - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Gronau erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 33,77 und weicht damit 2,10 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der fünft-höchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 65 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

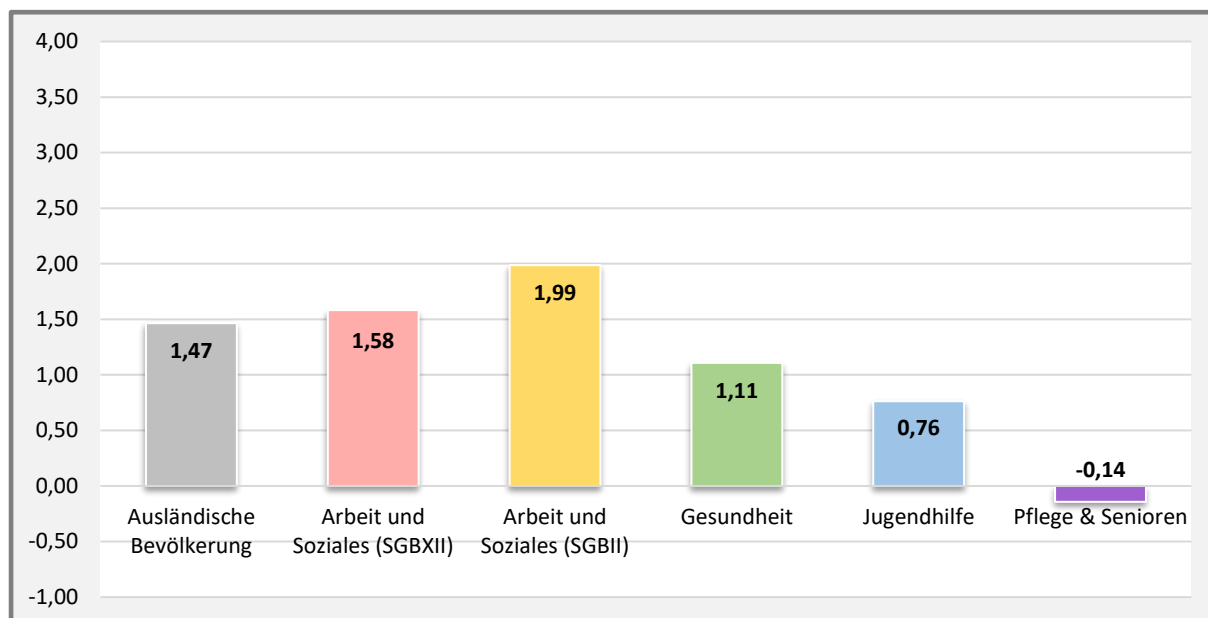


ABBILDUNG 65: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Gronau (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 66 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 67 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Bergisch Gladbach sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 68 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

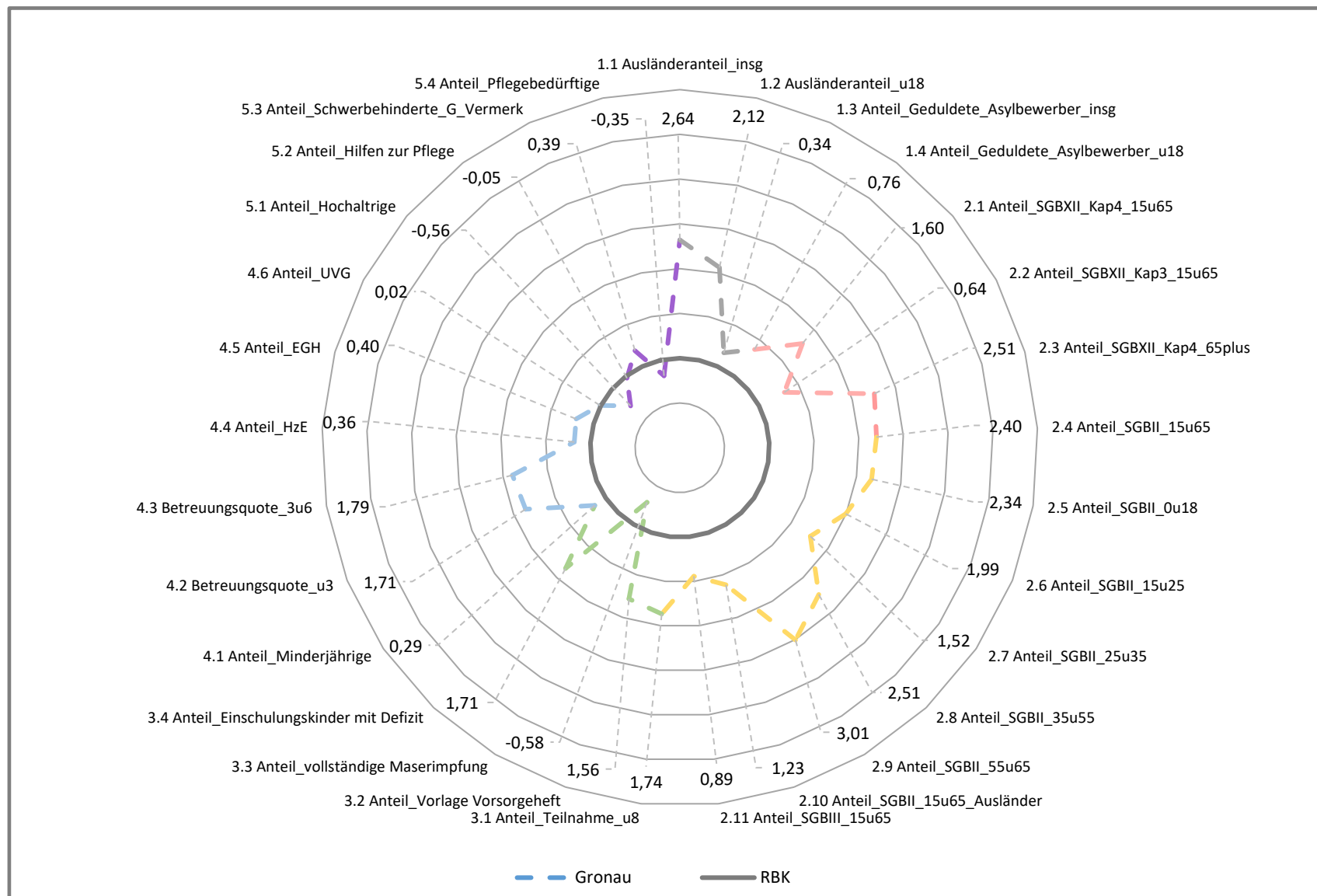


ABBILDUNG 66: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Gronau

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

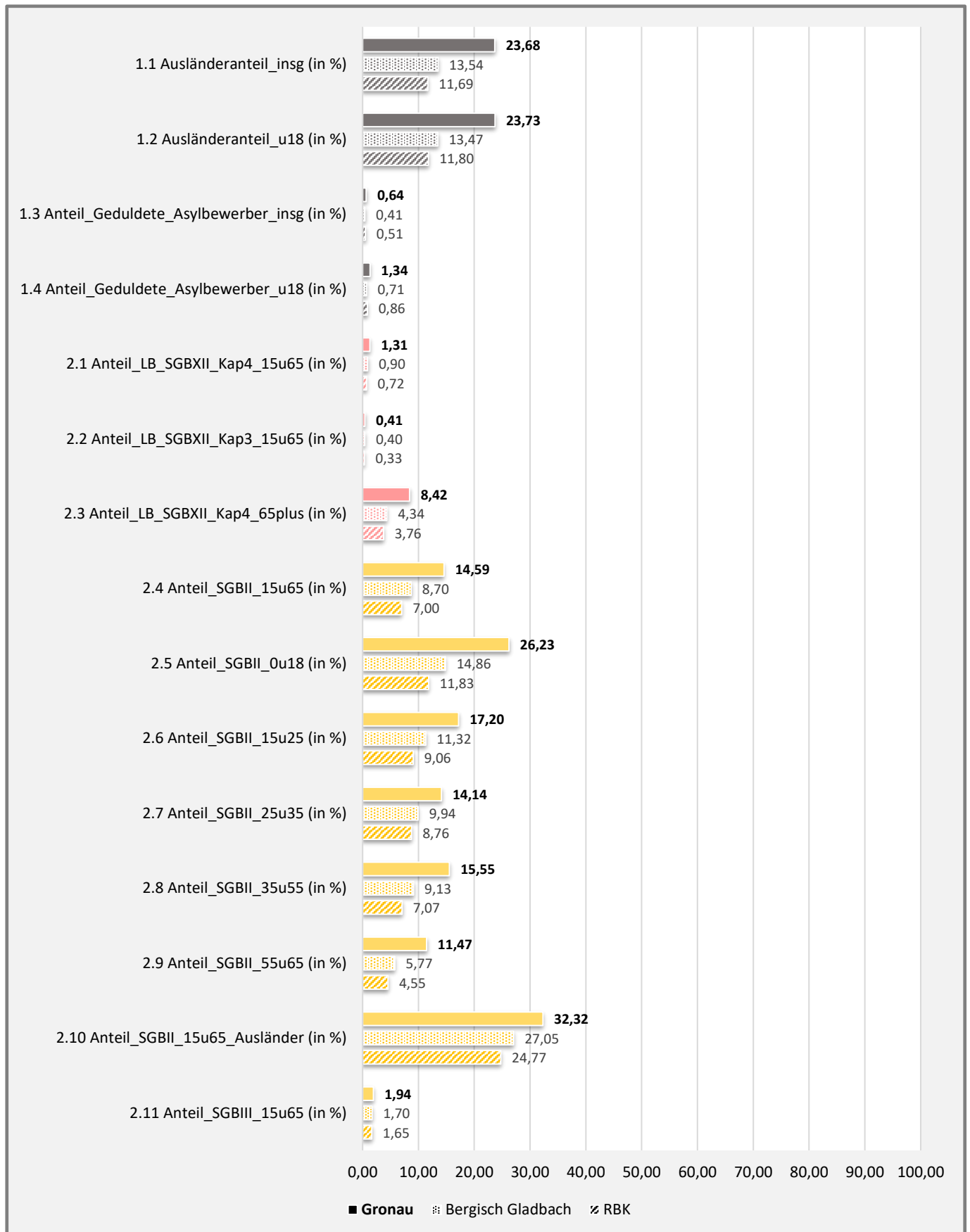


ABBILDUNG 67: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Gronau
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

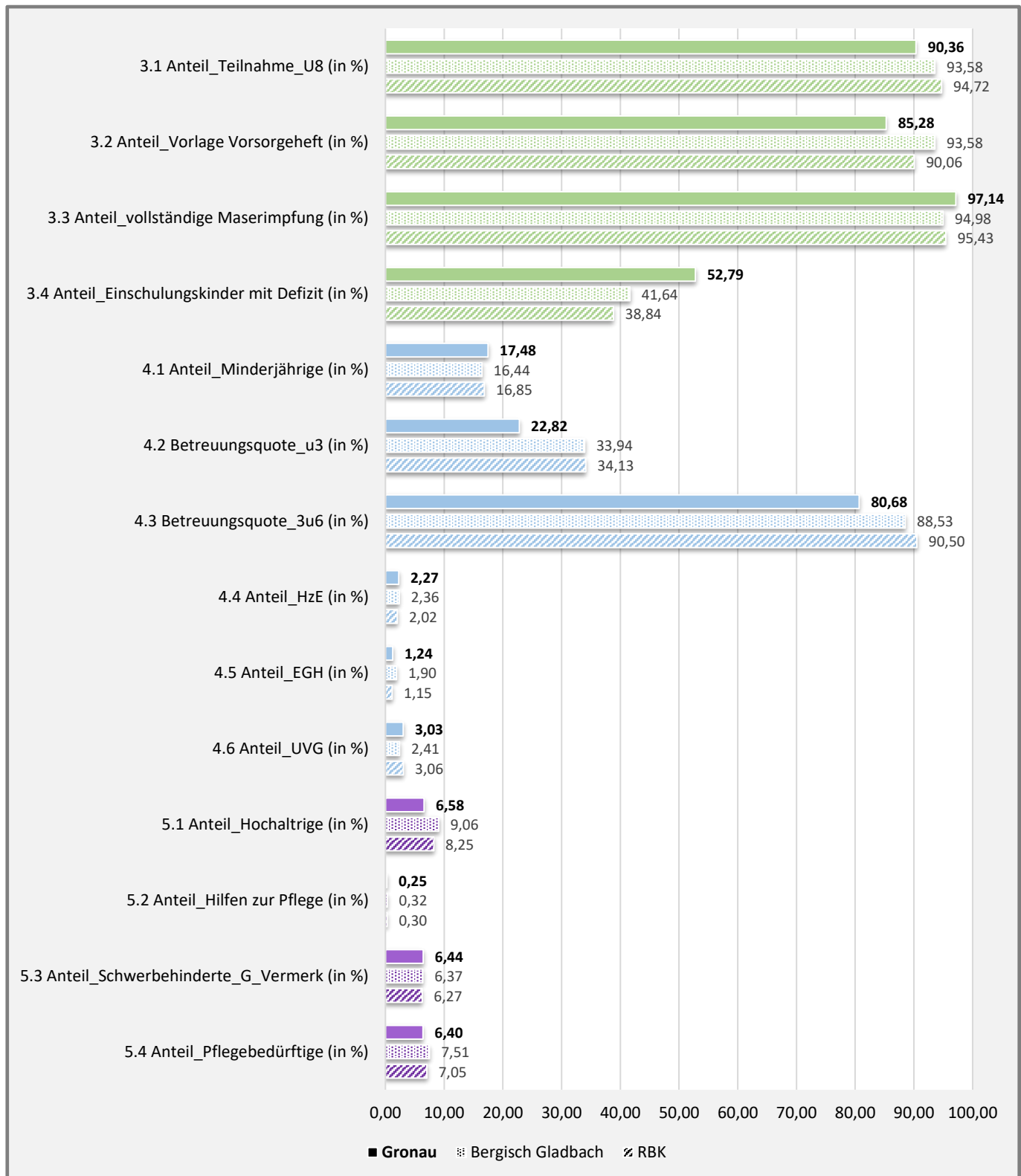


ABBILDUNG 67 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Gronau
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

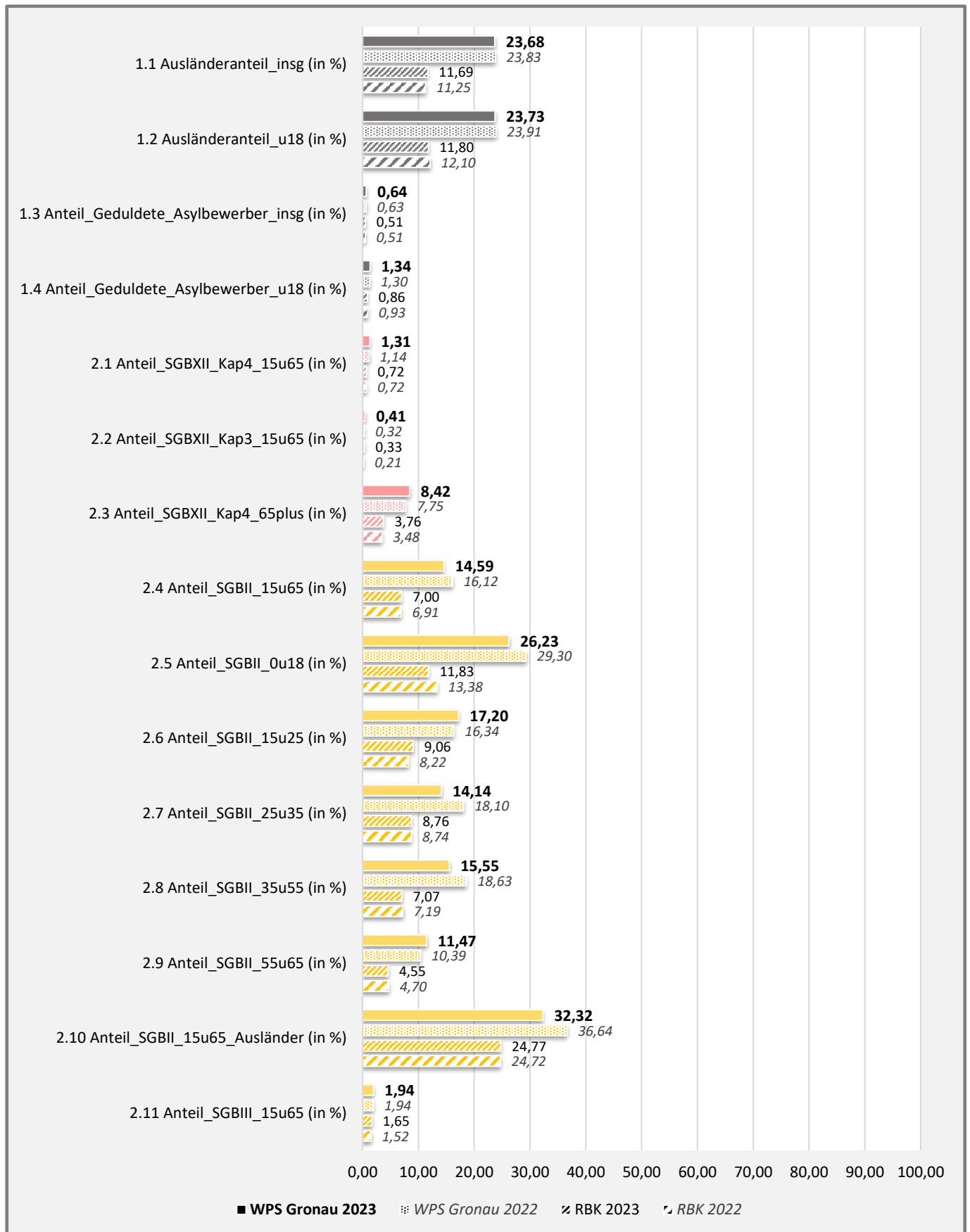


ABBILDUNG 68: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Gronau für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

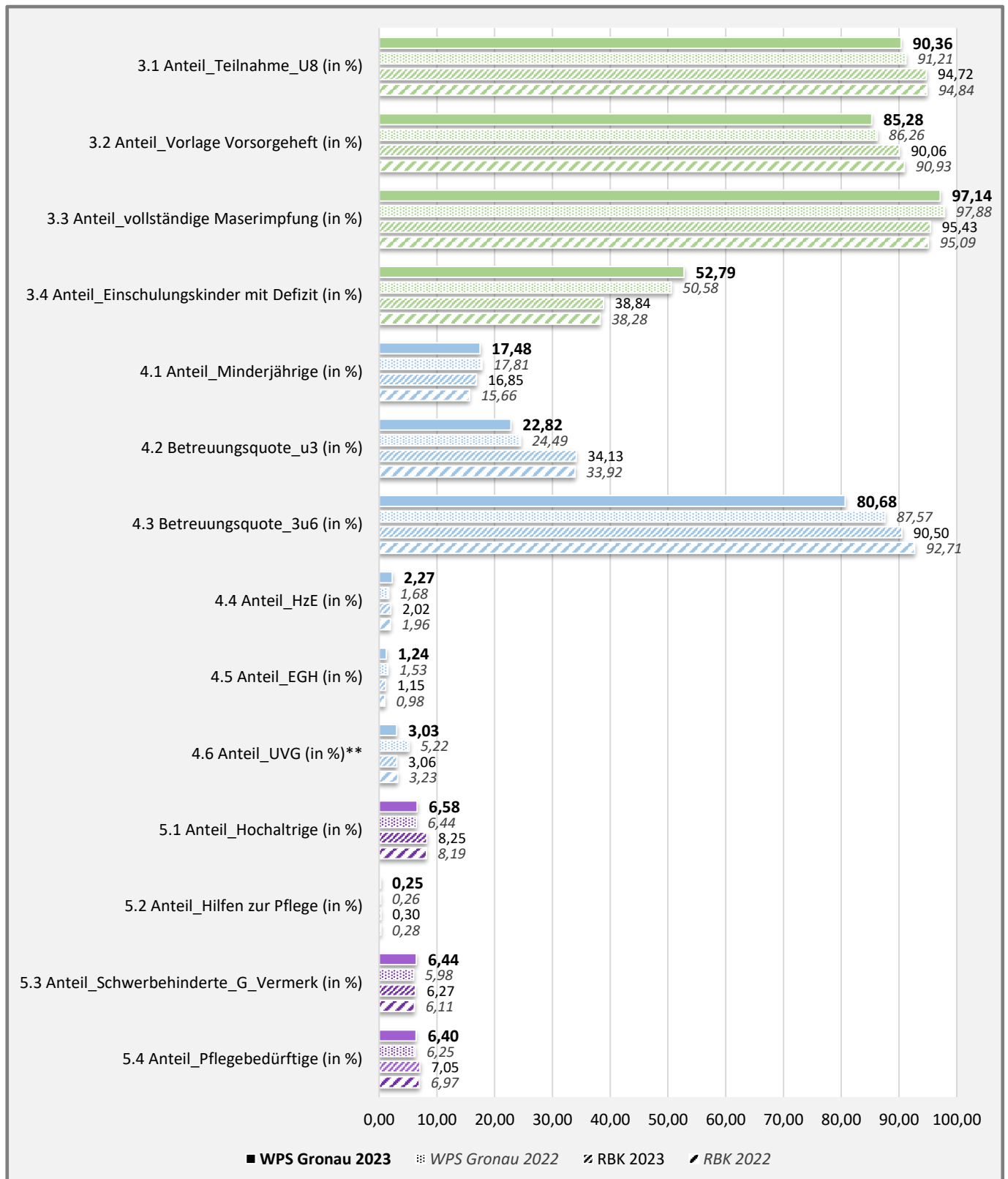


ABBILDUNG 68 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Gronau für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.3.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

GRONAU – HAND IN HAND

KITA UND STADTTEILHAUS FÜR DEN STADTTEIL GRONAU

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Der Stadtteil Gronau weist durchaus berechnete Handlungsbedarfe auf, kann jedoch keinesfalls mit sozialen Brennpunkten, wie man sie zum Beispiel aus Köln oder Ruhrgebietsstädten kennt, verglichen werden.

In Gronau leben knapp 6.300 Menschen. Die Altersstruktur deutet darauf hin, dass vor allem viele junge Menschen und Familien das Bild des Stadtteils prägen. Überwiegend handelt es sich dabei um Familien mit mehreren Kindern. Aufgrund der weiteren Bebauung des Sozialraums im Rahmen des strategischen Handlungskonzepts Gronau (StEK) und dem damit verbundenen Zuzug von Familien ist anzunehmen, dass der Anteil junger Personen im Stadtteil zukünftig noch weiter steigen wird.

Circa ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner Gronaus besitzen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Anteil, der im Zuge der Flüchtlingswelle zugezogenen Ausländerinnen und Ausländer liegt im kommunalen sowie kreisweiten Vergleich im Rahmen und hat nur zu einer leichten Erhöhung des Durchschnitts geführt. Insgesamt muss jedoch von einem hohen Integrationsbedarf im Stadtteil ausgegangen werden.

Städtebaulich wird der Stadtteil durch die Mülheimer Straße in zwei heterogene Teile geteilt. Während der Teil südlich der Mülheimer Straße überwiegend durch eine prosperierende Einfamilienhaus-Bebauung gekennzeichnet ist, erscheint der nördliche Teil dichter besiedelt und beheimatet viele der sozial und wirtschaftlich benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils.

Ein sowohl im kommunalen als auch kreisweiten Vergleich überdurchschnittlich hoher Anteil an Personen in Gronau bezieht eine Grundsicherungsleistung und ist somit einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt. Dieser Anteil ist innerhalb der letzten drei Jahre um fast die Hälfte angestiegen. Als mögliche Erklärungen können der Zuzug der Ukraine-Flüchtlinge sowie die steigenden Inflationsraten herangezogen werden. Die erhobenen SGB-II-Quoten für alle Altersklassen liegen sowohl insgesamt als auch speziell für die ausländische Bevölkerung deutlich über dem kommunalen und kreisweiten Vergleichswert. Der hohe Anteil an Leistungsbezieherinnen und -bezieher einer Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII in Verbindung mit der hohen Altersarbeitslosigkeit lässt vor allem perspektivisch die Altersarmut als Handlungsfeld in den Fokus rücken.

Der hohe Anteil junger Menschen und Familien wird allgemein als großes Potential für den Stadtteil und dessen zukünftige Entwicklung eingeschätzt. Bei den Familien mit mehreren Kindern wird allerdings vermehrt ein höheres Armutsrisiko diagnostiziert, da sich viele dieser Familien im Leistungsbezug befinden. Während die Anzahl geleisteter Hilfen zur Erziehung (HzE) sowie Eingliederungshilfen (EGH) im Stadtteil Gronau verglichen mit allen Wohnplätzen des Rheinisch-Bergischen Kreises eher gering ausfällt, zeigt sich im zeitlichen Vergleich eine Verdopplung des Anteils innerhalb der letzten drei Jahre. Bei den Betreuungsquoten zeigt sich im Wohnplatz Gronau ein Rückgang sowohl im u3- als auch im ü3-Bereich.

Im Stadtteil haben sich im Verlauf der letzten Jahre die traditionell guten ehrenamtlichen Nachbarschafts- und Selbsthilfestrukturen (zum Beispiel Gronauer Fenster) weiter positiv entwickelt. Die kooperative Sozialraummaßnahme „Netzwerk Bergisch Gladbach“ hat zudem in Gronau das Projekt „Gronau Hand in Hand“ initiiert und arbeitet seit längerem mit der Katholischen Jugendagentur (KJA) im Hermann-Löns-Viertel an zielgerichteten Maßnahmen für eine organisierte, familienorientierte Kinder- und Jugendarbeit. Im Mai 2021 wurde zudem das Hermann-Löns-Forum, ein Stadtteilhaus mit angeschlossenem Familienzentrum, eröffnet. Das Stadtteilhaus dient der Bewohnerschaft des Viertels als generationenübergreifendes Begegnungszentrum und bietet darüber hinaus Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die konkrete Ausgestaltung der Angebote erfolgt im Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohner und sozialen Netzwerken.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Kinder und Familien, die von Armut und deren Folgen betroffen sind. Die Zuwanderungsgeschichten in dieser Zielgruppe sollen dabei besonders berücksichtigt werden.

Zielgruppe 2: Von Armut und Vereinsamung bedrohte Seniorinnen und Senioren.

Handlungsempfehlung: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum weitere Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe zu initiieren. Die Maßnahmen sollen insbesondere die Themen Bildung, Beratung, Beschäftigung und Nachbarschaft beinhalten.

Begründung: In den Stadtteilen Gronau und Hand lebt ein hoher Anteil Personen, deren Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe aufgrund ihrer Position am Arbeitsmarkt, ihrer Gesundheit oder ihres Alters beeinträchtigt sind. Vor allem in der älteren Bevölkerung lässt sich zudem eine Tendenz der zunehmenden Vereinsamung feststellen. Diesen Personen müssen Chancen geboten werden, sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Dies kann beispielsweise durch Beratungs- und Bildungsangebote, Beschäftigungsinitiativen oder die Stärkung von Nachbarschaftsnetzwerken erfolgen. Vor allem für Familien im Leistungsbezug ist es wichtig, dass sinnstiftende Alltagsstrukturen für die Nicht-Beschäftigten geschaffen werden, damit langfristig das Schema der vererbten SGB-II-Karrieren durchbrochen wird und die Folgen von Armut, insbesondere der Bildungsarmut, vermindert werden.

Die kommunale Fachplanungskonferenz schlägt vor, auch weiterhin verstärkt Maßnahmen im Hermann-Löns-Forum anzusiedeln. Dort bietet sich durch die angeschlossene Kita und die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten die Möglichkeit einen zentralen Ort der Kommunikation und Begegnung zu etablieren, so dass der Zugang zu Kindern, Jugendlichen und deren Familien aus schwierigen sozialen Milieus erleichtert wird.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Abteilung Soziale Stadtentwicklung

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- Kinder-, Jugend- und Familienförderung
- Diverse Netzwerkpartnerinnen und -partner

7.3.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Ende Mai 2021 konnte das Stadtteilhaus mit der angeschlossenen Kita Windrad im Hermann-Löns-Viertel eröffnet werden (**Hermann-Löns Forum**). Träger des Stadtteilhauses ist die Katholische Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg (KJA LRO). Das sozialräumliche Projekt ist offen, bedarfsorientiert und inklusiv ausgerichtet und basiert auf den vier Säulen Nachbarschaft, Familie, Jugend und Kinder. Das Stadtteilhaus stellt sowohl einen generationenübergreifenden Treffpunkt für Jung und Alt unabhängig von religiöser Orientierung und kultureller Herkunft dar, als auch einen Ort, der Hilfe und Unterstützung bietet. Die KJA LRO und die Stadt Bergisch Gladbach sorgen dafür, dass das Haus unterschiedliche Programme und Angebote für die Anwohnerinnen und Anwohner vorhält. Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern gehören dabei zur Hauptzielgruppe. Aktuell sind beispielsweise der Jugendmigrationsdienst, die Bildungs- und Teilhabeberatung und eine Jugendreferentin als Angebote beziehungsweise Ansprechpartner vor Ort vorhanden.



Das Gesundheitsamt bietet seit 2023 einmal im Monat eine **Sprechstunde der Frühen Hilfen** (Familienhebamme und Kinderkrankenschwester) im Hermann-Löns-Forum für Schwangere und Eltern von Kindern im Alter zwischen 0 und drei Jahren an, die sehr gut angenommen wird. Die **Außensprechstunde des Jobcenters** musste hingegen zeitweise aufgrund zu geringer Nachfrage eingestellt werden. Nach einigen konzeptionellen Anpassungen startet es jedoch in Kürze erneut in eine drei monatige Pilotphase. Die Kindertagesstätte hat mittlerweile die Qualifizierung zum **Familienzentrum** durchlaufen, so dass weitere Angebote für Eltern und Familien vorgehalten werden können. Zudem erfolgte eine Anbindung an das nahegelegene **Jugendzentrum Cross**.

Darüber hinaus wird das Stadtteilhaus von den Anwohnerinnen und Anwohnern zur Begegnung und Kommunikation genutzt. Um den Austausch auch losgelöst von den Öffnungszeiten des Stadtteilhauses zu ermöglichen, wurde im Außenbereich ein **Quartiersplatz** erstellt und eine Verbindung zum angrenzenden Spielplatz geschaffen.

Weitere Informationen zum Stadtteilhaus finden Sie auf der Internetseite des Hermann-Löns-Forums (www.hermann-loens-forum.de).

Die Gemeinschaftsgrundschule Gronau nimmt seit Sommer 2024 am **Startchancen-Programm**²⁹ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teil. Das Programm unterstützt gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler, um den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln und für mehr Chancengerechtigkeit sorgen. Ein besonderer Fokus der Unterstützung liegt auf der Stärkung der Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Ziel ist, die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch verfehlen, bis zum Ende der Programmlaufzeit an den Startchancen-Schulen zu halbieren. Ge-



²⁹ <https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/startchancen/startchancen-programm.html>

gegenstand der Unterstützung ist außerdem die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Das Programm soll die jungen Menschen dabei unterstützen, die nötigen Zukunftskompetenzen zu erwerben, wie zum Beispiel die Befähigung zur demokratischen Teilhabe. Um die Ziele des Startchancen-Programms zu erreichen, werden die Strukturen im Unterricht und im Kollegium an den Startchancen-Schulen entsprechend professionalisiert und weiterentwickelt. Das beinhaltet unter anderem eine stärkere Vernetzung der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Eltern, des pädagogischen Personals und der außerschulischen Akteurinnen und Akteure wie Ausbildungsbetriebe oder Schulnetzwerke. Außerdem wird in eine bessere Infrastruktur und Ausstattung der Schulen investiert.

Konnten bereits Auswirkungen der Maßnahmen / des Prozesses festgestellt werden?

Der rund um das Stadtteilhaus gelebte anwohnerorientierte Ansatz hat zu einer Wiederbelebung und Fortentwicklung des sozialen Netzwerkes als Verbindungselement der Akteurinnen und Akteure vor Ort geführt. Durch die Zusammenarbeit mit dem sozialen Netzwerk (Kitas, Grundschulen, RBS, Siedlungsgemeinschaft Hermann-Löns-Viertel, katholische Arbeitnehmerbewegung, Gronauer Fenster und engagierte Einzelpersonen) entstehen Synergien, die bedarfsgerechte niederschwellige Angebotsstrukturen und direkte Rückkopplung von Bedarfe der Zielgruppe durch Multiplikatoren ermöglichen. Zudem wird durch die Vernetzung die Transparenz der Angebote erhöht und eine schnellere Hilfeleistung gewährleistet. Neben einem besseren Kontakt zur Bewohnerschaft haben die unterschiedlichen Beteiligungsformate auch zu einer stärken Identifikation der Anwohnerinnen und Anwohner mit ihrem Wohnumfeld geführt und ihnen ein Gefühl von Selbstwirksamkeit vermittelt.

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Die Angebote rund um das Hermann-Löns-Forum werden gut angenommen und die Einrichtung hat sich zu einer Institution im Wohnplatz entwickelt. Auch wenn die Angebote überwiegend generationenübergreifend angelegt sind, ist die Zielgruppe der älteren Menschen eher unterrepräsentiert. Eine Ausnahme bildet der Mittagstisch für Seniorinnen und Senioren. Neben den möglicherweise nicht Zielgruppen relevanten Inhalten der Angebote spielt eventuell auch ein räumlicher Aspekt eine Rolle, denn durch die Neubebauung des Hermann-Löns-Viertels leben überwiegend junge Erwachsene und junge Familien im direkten Umfeld des Hermann-Löns-Forums. Die älteren Generationen wohnen hingegen häufig in Richtung der südlichen Teile des Sozialraums, jenseits der Mülheimer Straße. Da die aktuellen Daten aus dem Sozialmonitoring insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Anzahl körperlich beeinträchtigter und/oder von Armut bedrohter älterer Menschen im Wohnplatz auf einen Handlungsbedarf hinweisen, soll in einem ersten Schritt eine **Analyse der Angebote und Netzwerke für ältere und alternde Menschen** in Gronau erfolgen und mögliche Lücken identifiziert werden. Dabei sind die Bauvorhaben am Zanders-Areal (insbesondere soziokulturelles Zentrum in der Zentralwerkstatt) und in Paffrath zu berücksichtigen.

Parallel erfolgt die Erstellung eines **Strategischen Entwicklungskonzepts (StEK)** für den Stadtteil Gronau. Das StEK soll die inhaltlichen und räumlichen Leitlinien für die zukünftige Entwicklung Gronaus vorgeben. Seit Ende 2023 werden die Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungsmitarbeitende sowie politische Vertretungen in Form verschiedener Beteiligungsformate in den Prozess eingebunden. Insgesamt wurden rund 350 Ideen und Hinweise zu den Themenfeldern Erreichbarkeit, Aufenthaltsqualität, Versorgung, soziale Einrichtungen und Treffpunkte gesammelt. Gemeinsam mit dem externen Pla-

nungsbüro werden auf dieser Grundlage thematische Strategiepläne und Maßnahmensteckbriefe erarbeitet, die es in den folgenden Jahren umzusetzen gilt. Aktuelle Informationen zum StEK finden sich auf der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach: <https://www.bergischgladbach.de/stek-gronau.aspx>.

7.4. Lückerath (Bergisch Gladbach)

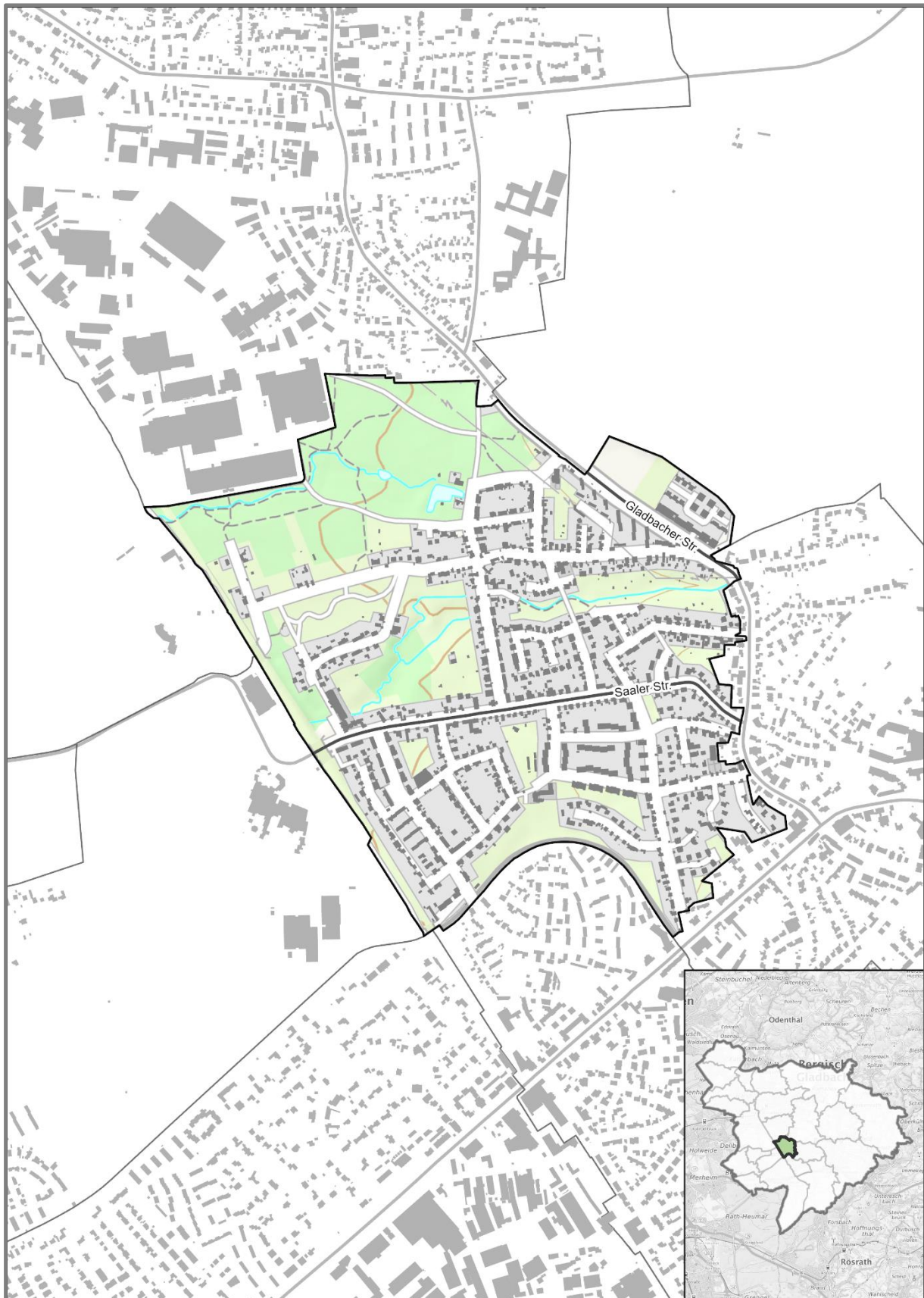


ABBILDUNG 69: Kartografische Darstellung des Wohnplatz Lückerath

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.4.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Bergisch Gladbach

Fläche: 1,10 km²

Einwohnerzahl: 4.109 (3.726 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

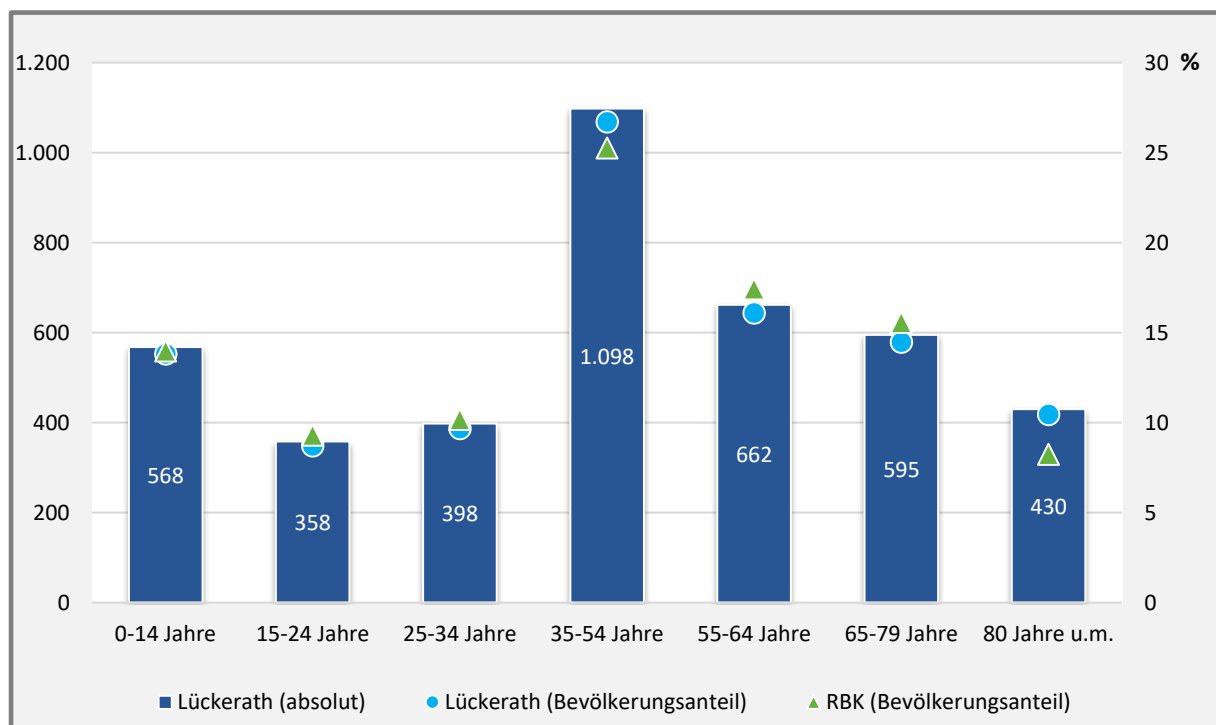


ABBILDUNG 70: Einwohnerzahlen im WPS Lückersath nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Lückerrath - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Lückerrath erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 12,75 und weicht damit 0,79 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der sechzehnt höchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 71 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

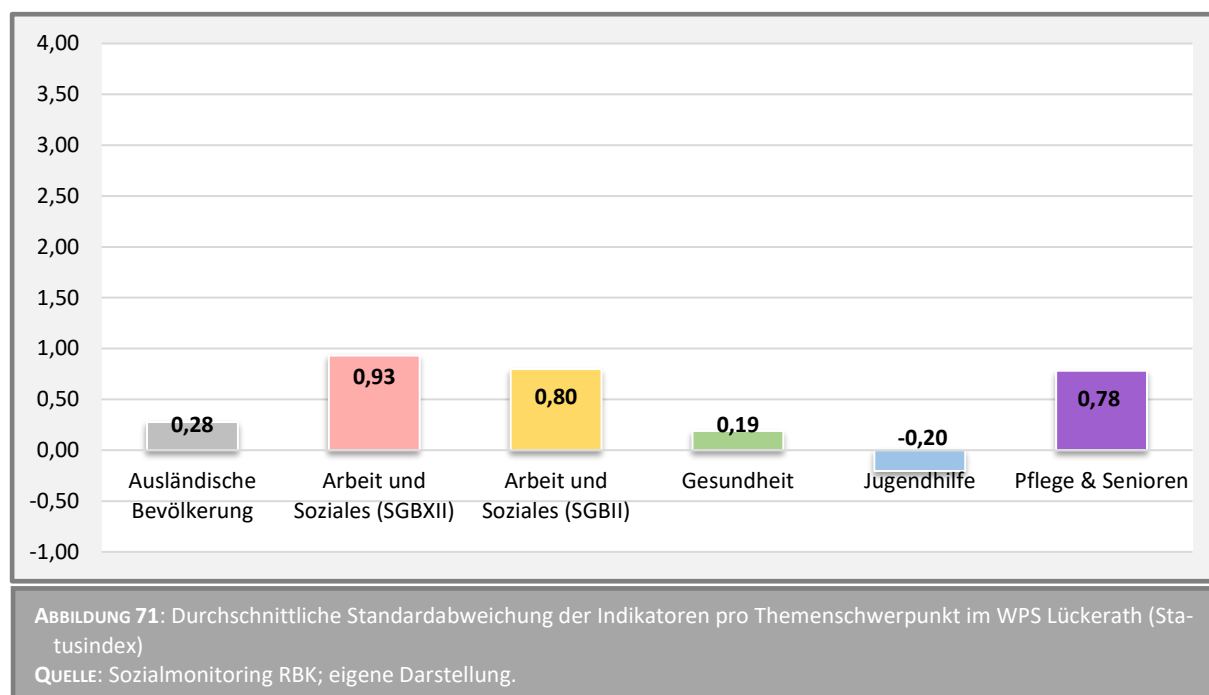


Abbildung 72 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 73 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Bergisch Gladbach sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 74 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

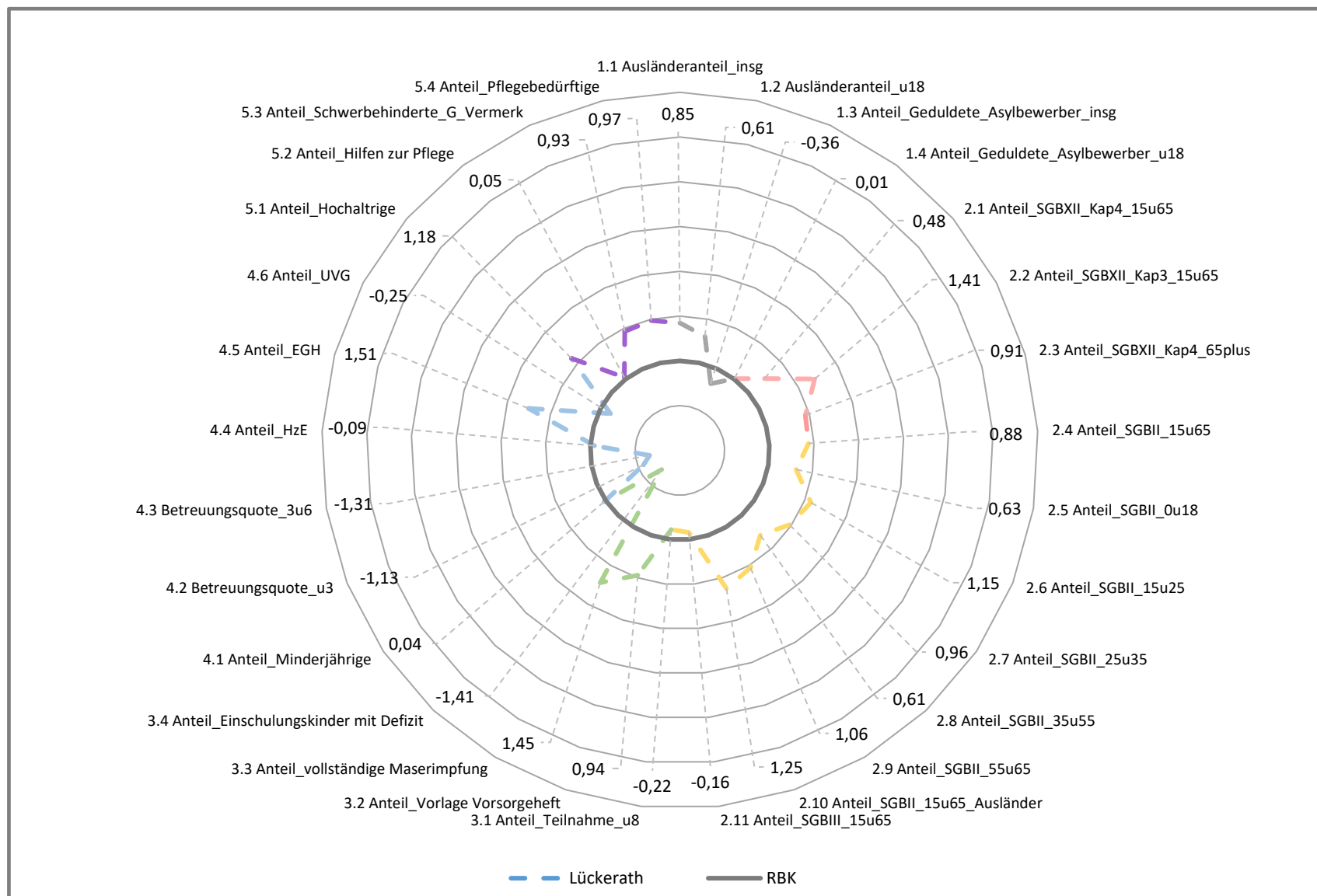


ABBILDUNG 72: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Lückerrath
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

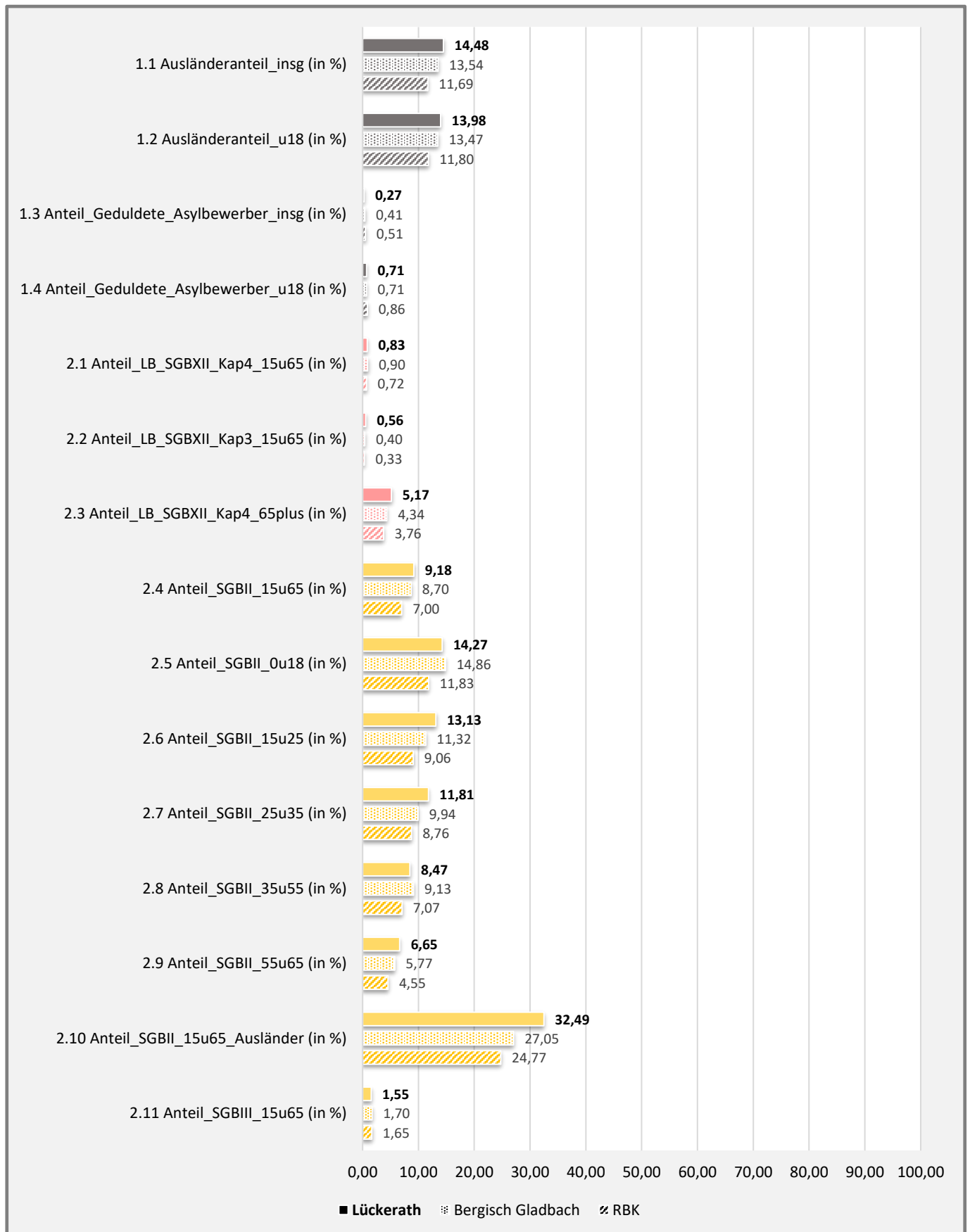


ABBILDUNG 73: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Lückerrath
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

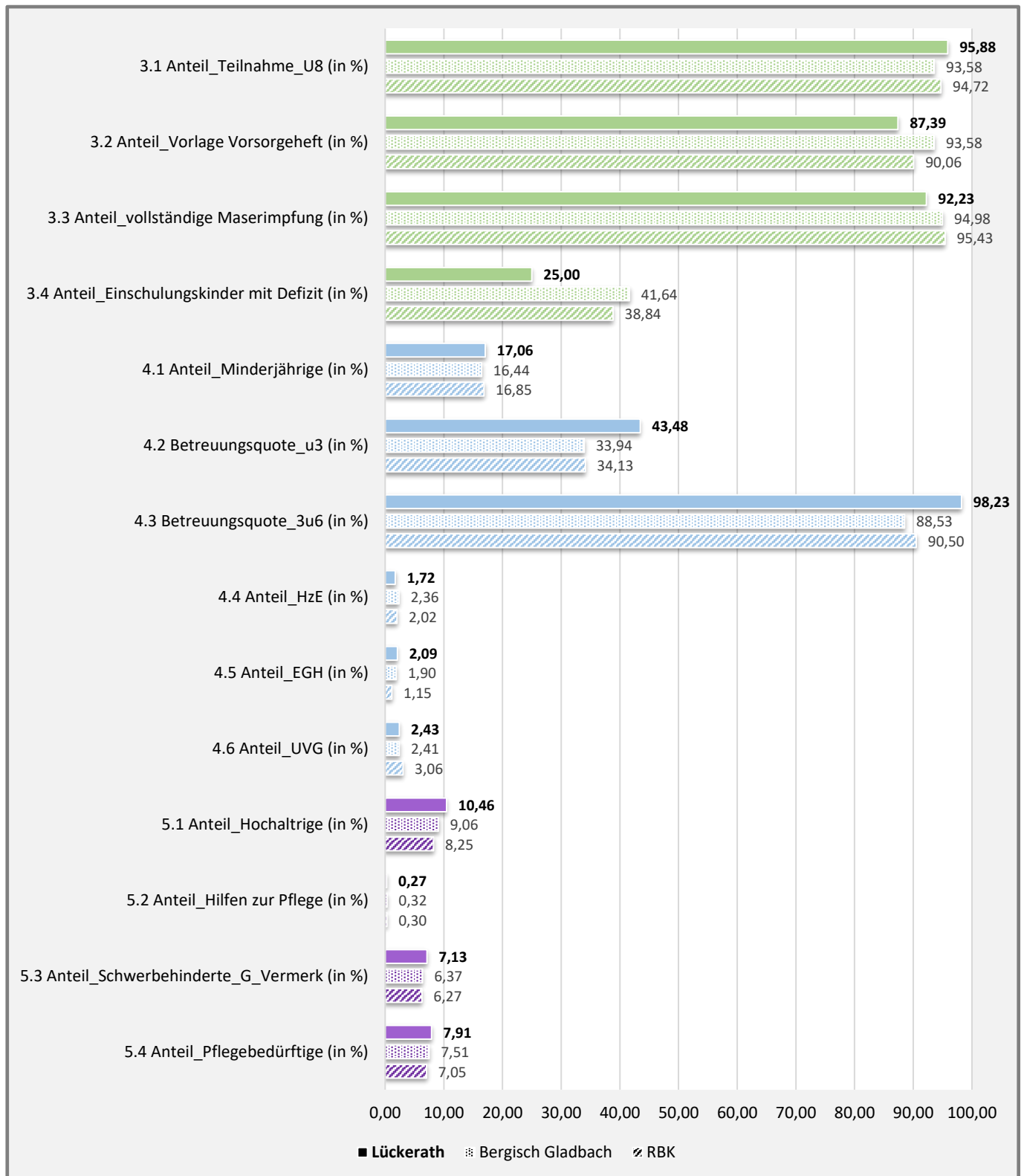


ABBILDUNG 73 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach und WPS Lückerath

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

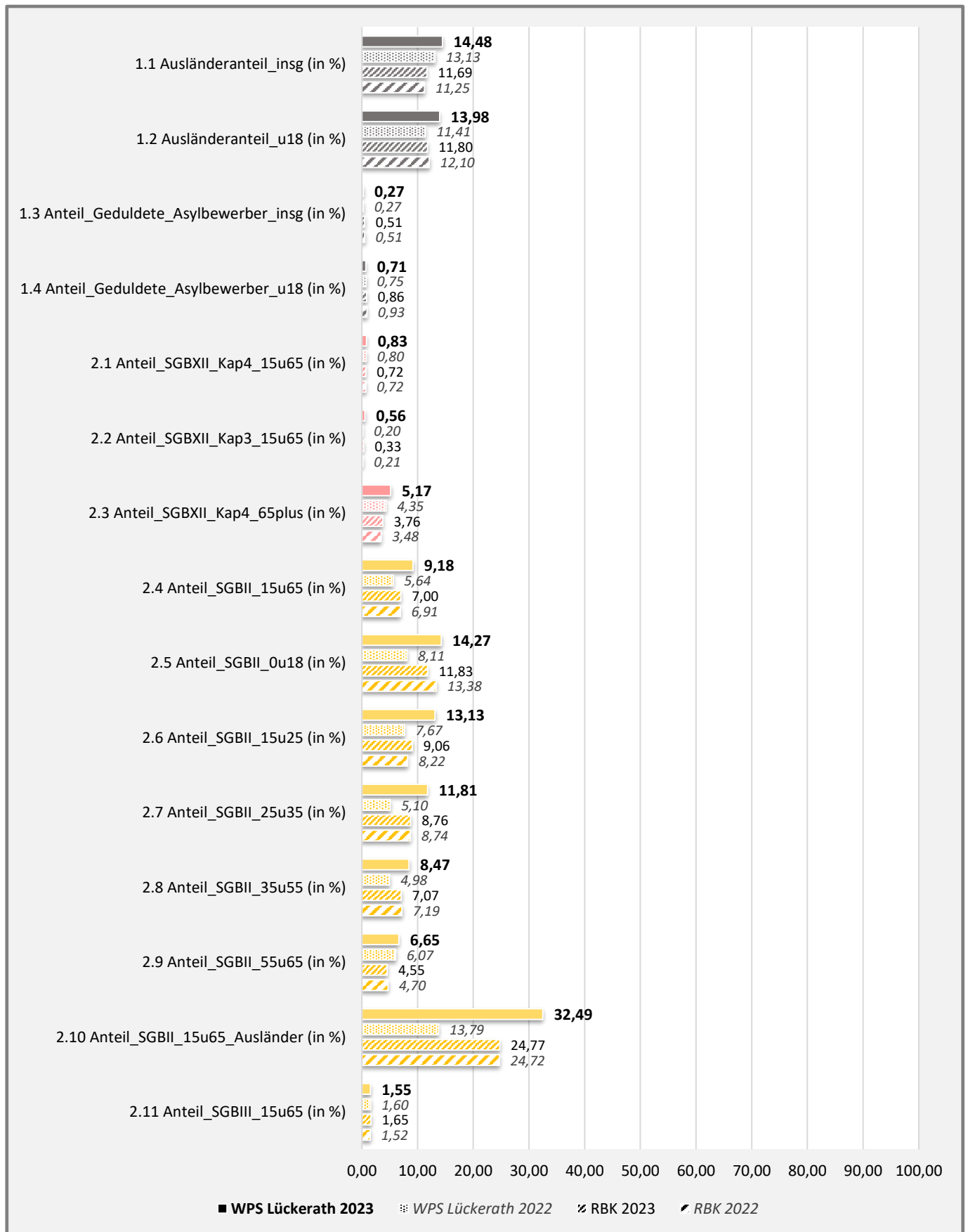


ABBILDUNG 74: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Lückerrath für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

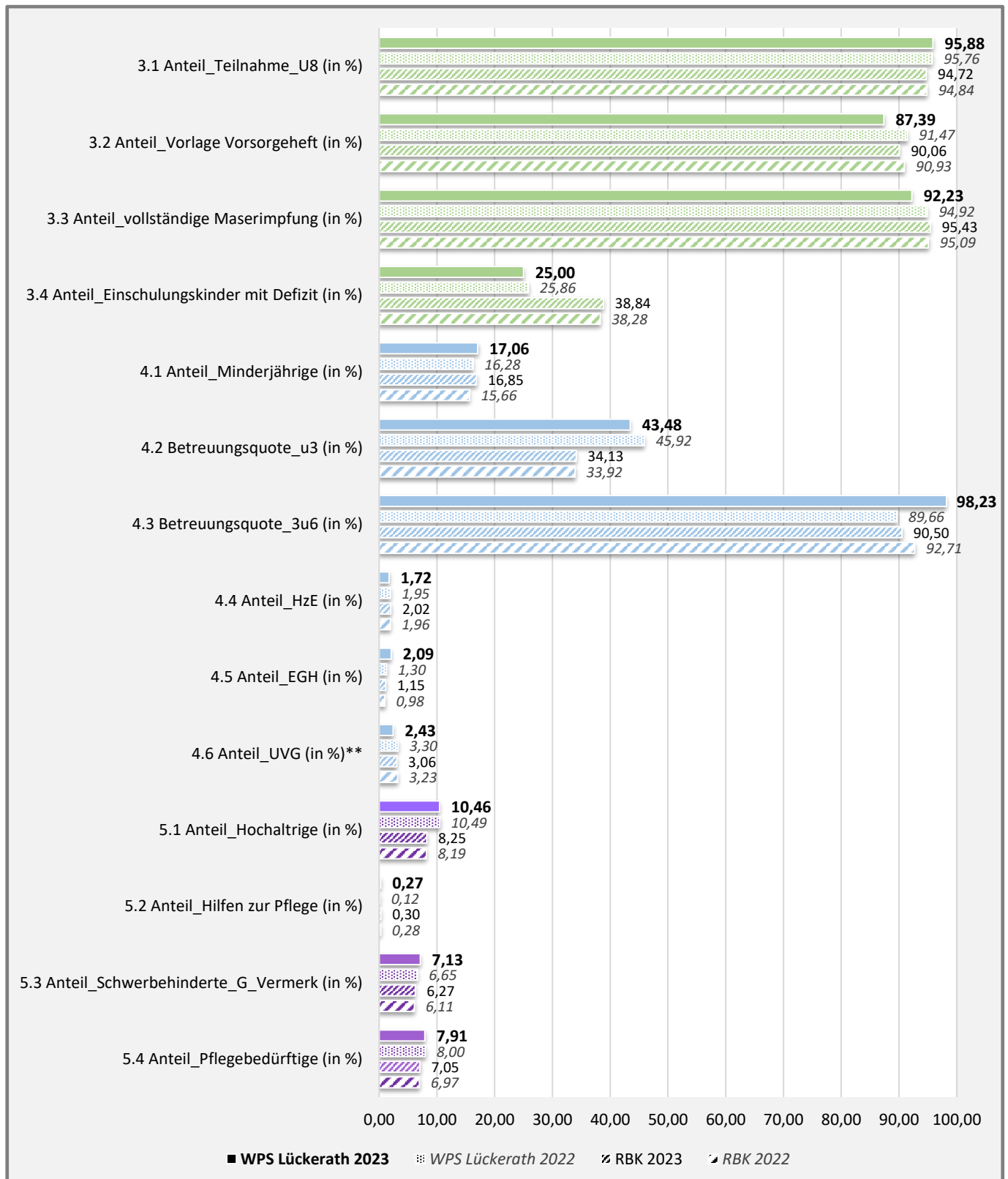


ABBILDUNG 74 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Lückeraht für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösraht die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Auswertung der Entwicklung der Indikatoren für den WPS Lückerrath zwischen den Zeitpunkten 2021 und 2023 (Dynamikindex)

Der Wohnplatz Lückerrath erzielte in der Dynamik-Auswertung einen Indexwert von 26,74 und weicht damit 3,29 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der höchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 75 ist die durchschnittliche Differenz der Indikatoren je Themenschwerpunkt zwischen den Erhebungszeitpunkten 2021 und 2023 dargestellt.

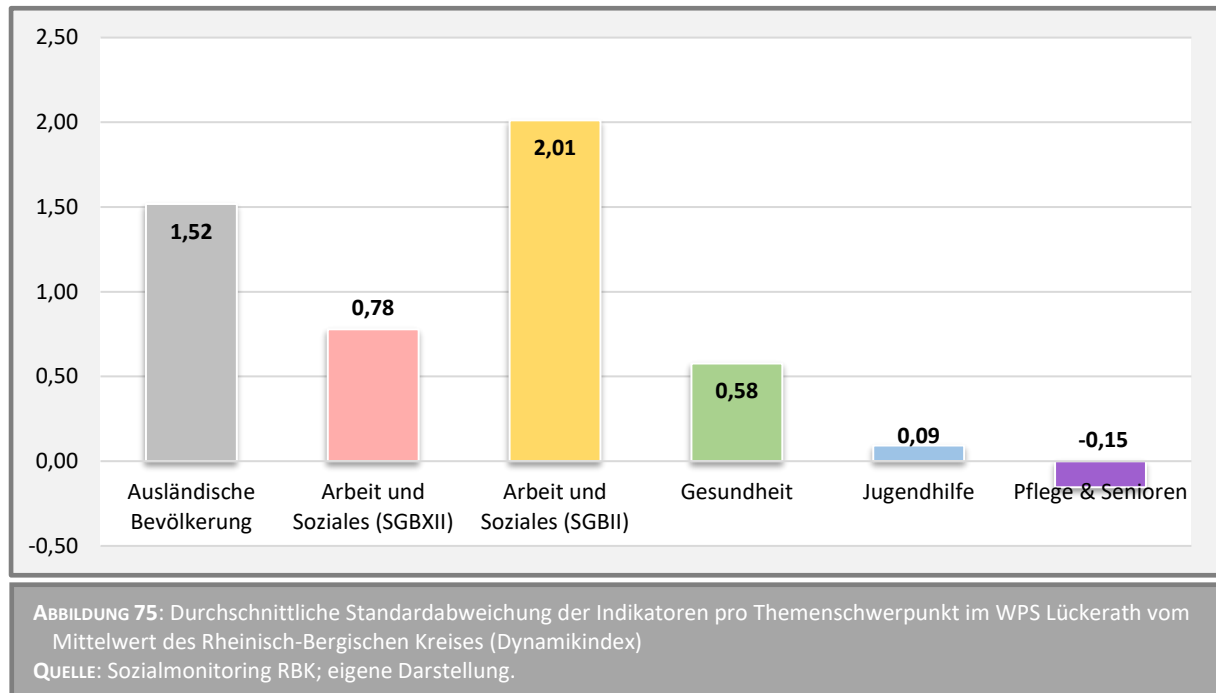


Abbildung 76 zeigt die Ausprägung der Indikatoren in den Jahren 2021 und 2023 für den Wohnplatz Lückerrath. Abbildung 77 betrachtet die Veränderung der Indikatoren zwischen den Jahren in Prozentpunkten. Die Einfärbung der Differenz bei jedem Indikator soll einen zusätzlichen Hinweis darauf geben, ob die Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist (grün=positiv, rot=negativ).

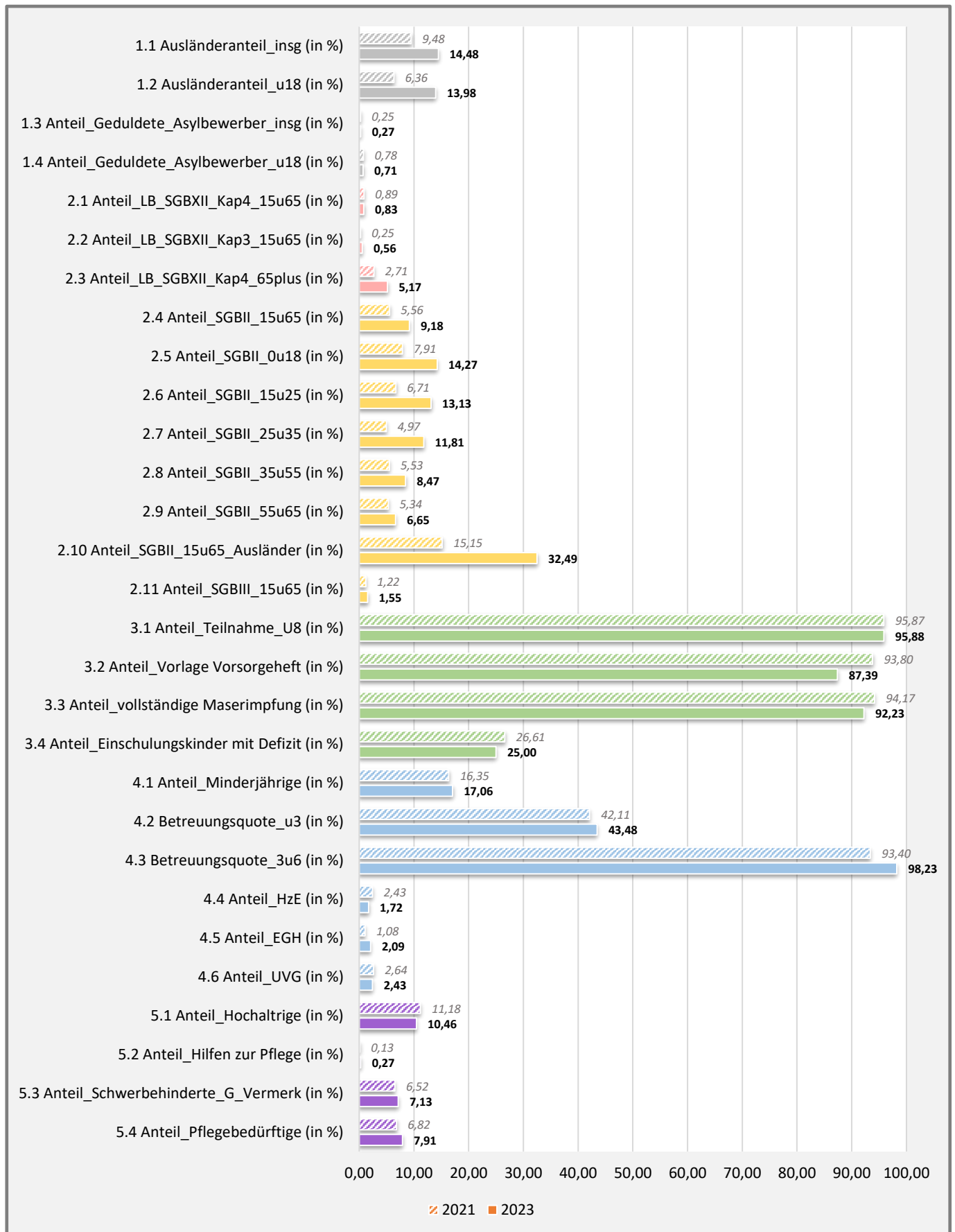


ABBILDUNG 76: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Lückeraath
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

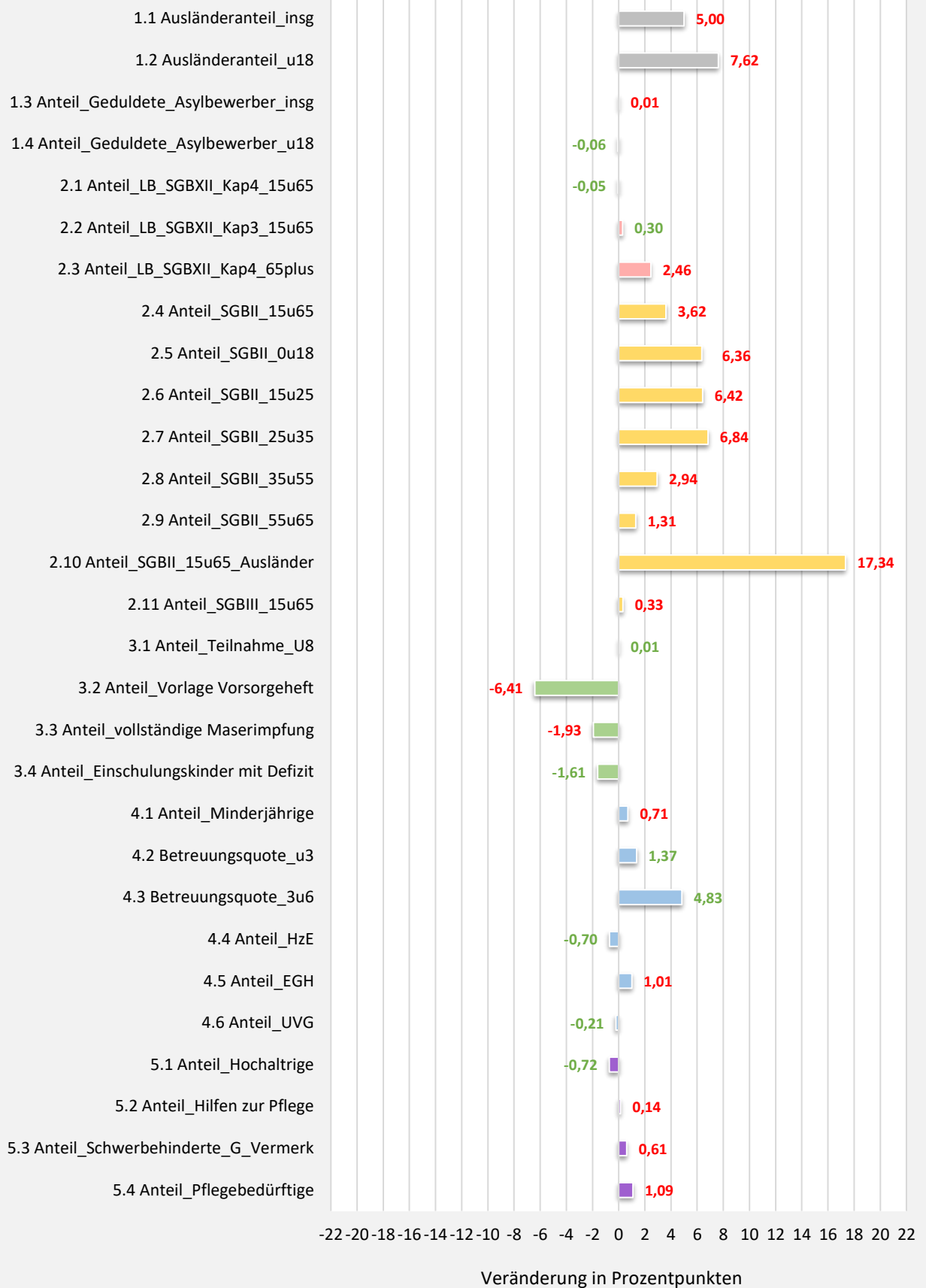


ABBILDUNG 77: Veränderungen der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Lückerrath in Prozentpunkten
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.4.2. Ergebnisse der Impulsgruppe

Bei welchen Indikatoren zeigen sich die stärksten negativen Entwicklungen?

Die stärksten negativen Entwicklungen mit einer Zu- beziehungsweise Abnahme von mindestens fünf Prozentpunkten gibt es im Bereich des Bezugs von SGB-II-Leistungen für Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (Indikator 2.10; + 17,34 Prozentpunkte), für Personen zwischen 25 und unter 35 Jahren (Indikator 2.7; + 6,84 Prozentpunkte), zwischen 15 und unter 25 Jahren (Indikator 2.6; + 6,42 Prozentpunkte) sowie für Kinder und Jugendliche in Bedarfsgemeinschaften (Indikator 2.5; + 6,36 Prozentpunkte). Des Weiteren ist der Anteil an Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft insgesamt (Indikatoren 1.1; + 5,00 Prozentpunkte) und insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen (Indikator 1.2; + 7,62 Prozentpunkte) angestiegen. Einen Rückgang um 6,41 Prozentpunkte gab es bei dem Anteil Einschülerinnen und Einschüler, die in den letzten vier Jahren im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung das Vorsorgeheft vorgelegt haben.

Gibt es aus Sicht Ihres Fachamts eine Erklärung für diese Entwicklung?

Im Wohnplatz Lückerath wurde im Zuge des Zuzugs von Flüchtlingen aus der Ukraine eine große Flüchtlingsunterkunft ausgebaut und vollständig belegt. Viele der erwerbsfähigen Ukrainerinnen und Ukrainer beziehen Leistungen nach dem SGB II, was die Anstiege bei den entsprechenden Quoten erklärt. Unter den Zugezogenen sind zudem viele Familien, wodurch sowohl der Anteil Minderjähriger ohne deutsche Staatsbürgerschaft als auch in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft im Vergleich der letzten Jahre deutlich zugenommen hat. Kinder aus Migrationsfamilien besitzen in der Regel nicht das in Deutschland verbreitete Vorsorgeheft, so dass es bei dem Indikator zu einer negativen Entwicklung gekommen ist.

Wie stark weichen diese Indikatoren vom kreisweiten beziehungsweise städtischen Mittelwert ab?

Ergibt sich daraus ein Handlungsdruck?

Die oben genannten Indikatoren liegen mittlerweile über den kommunalen und kreisweiten Vergleichswerten und bewirken einen gewissen Handlungsdruck. Allerdings bewerten die Fachakteurinnen und -akteure die Versorgung der Zugezogenen als gut. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nehmen die Angebote des Jobcenters regelmäßig wahr und beteiligen sich eigenverantwortlich und aktiv an ihrer Integration. Zudem befinden sich viele Beratungs- und Teilhabeangebote wie zum Beispiel die „PAULA“ oder der „Märchentreff“ in fußläufiger Reichweite. Die Mitarbeitenden des Gesundheitsamts bewerten den Rückgang bei dem Anteil Einschülerinnen und Einschüler mit einem Vorsorgeheft im Hinblick auf die ukrainischen Kinder als unproblematisch, da der Vorsorgestatus der ukrainischen Kinder überwiegend dem der deutschen Kinder entspricht.

Fazit: Aufgrund der vorangegangenen Analysen empfiehlt die kommunale Impulsgruppe den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern:

- ☐ eine kommunale Fachplanungskonferenz in dem Wohnplatz durchzuführen
- ☒ keine kommunale Fachplanungskonferenz in dem Wohnplatz durchzuführen

7.5. Zentrum Nord (Burscheid)

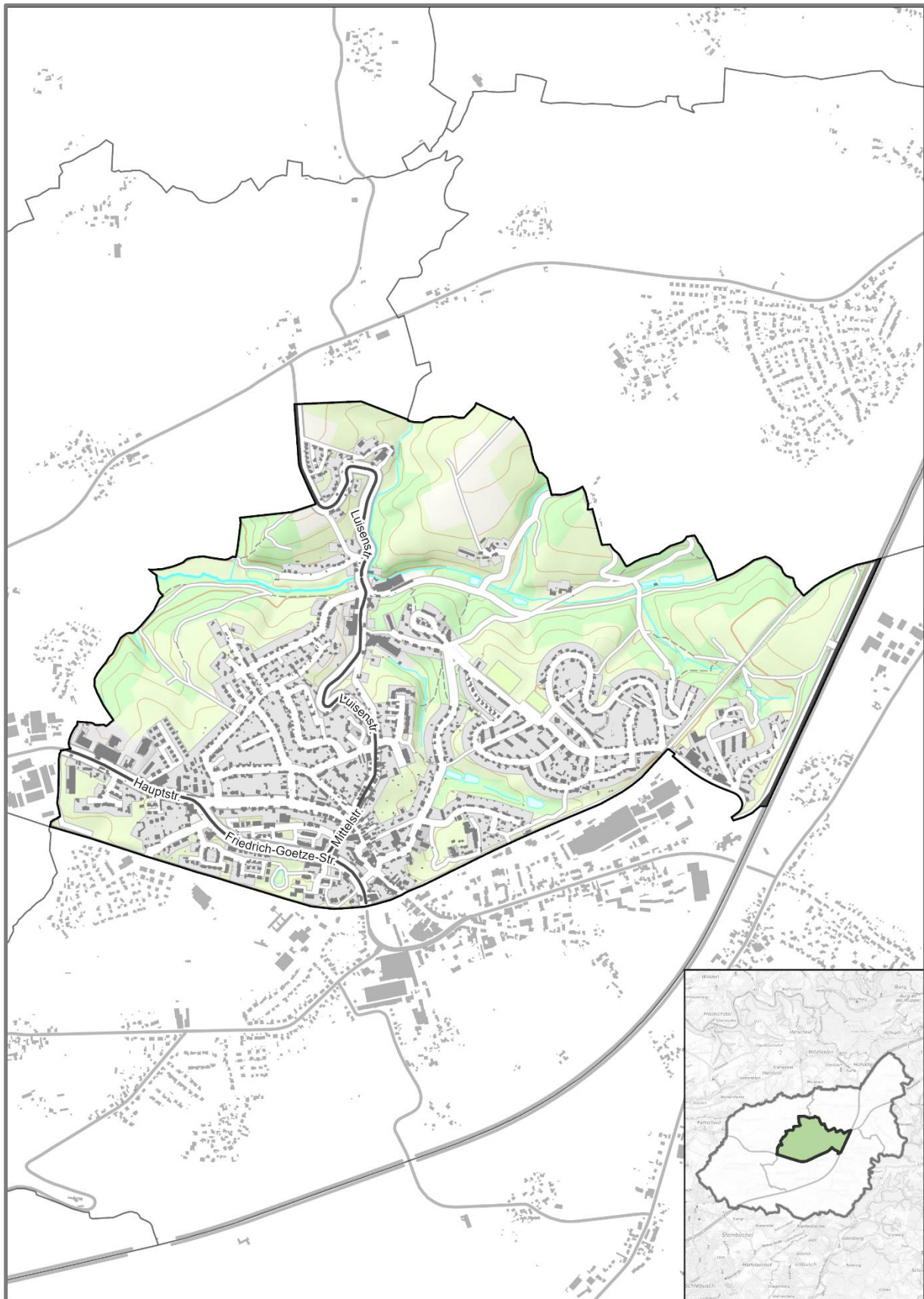


ABBILDUNG 78: Darstellung des Handlungsraums Zentrum Nord

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.5.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Burscheid

Fläche: 2,68 km²

Einwohnerzahl: 6.630 (2.474 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

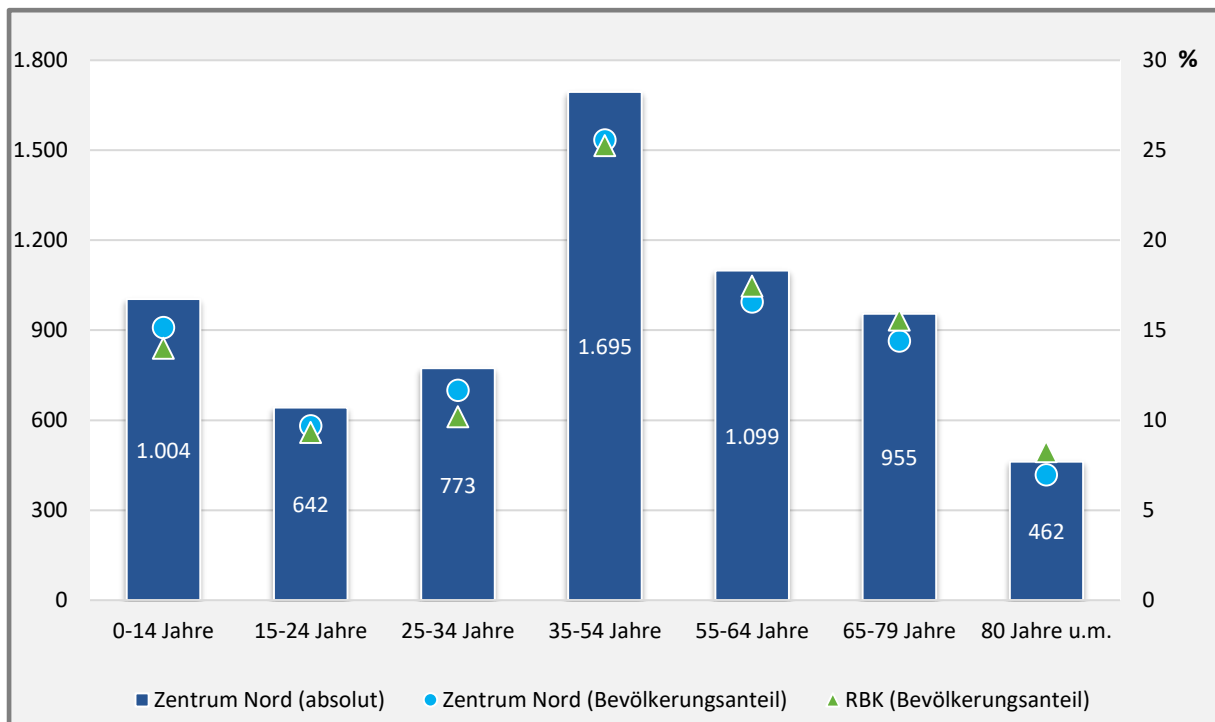


ABBILDUNG 79: Einwohnerzahlen im WPS Zentrum Nord nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Zentrum-Nord - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Zentrum Nord erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 24,23 und weicht damit 1,51 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der siebthöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 80 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

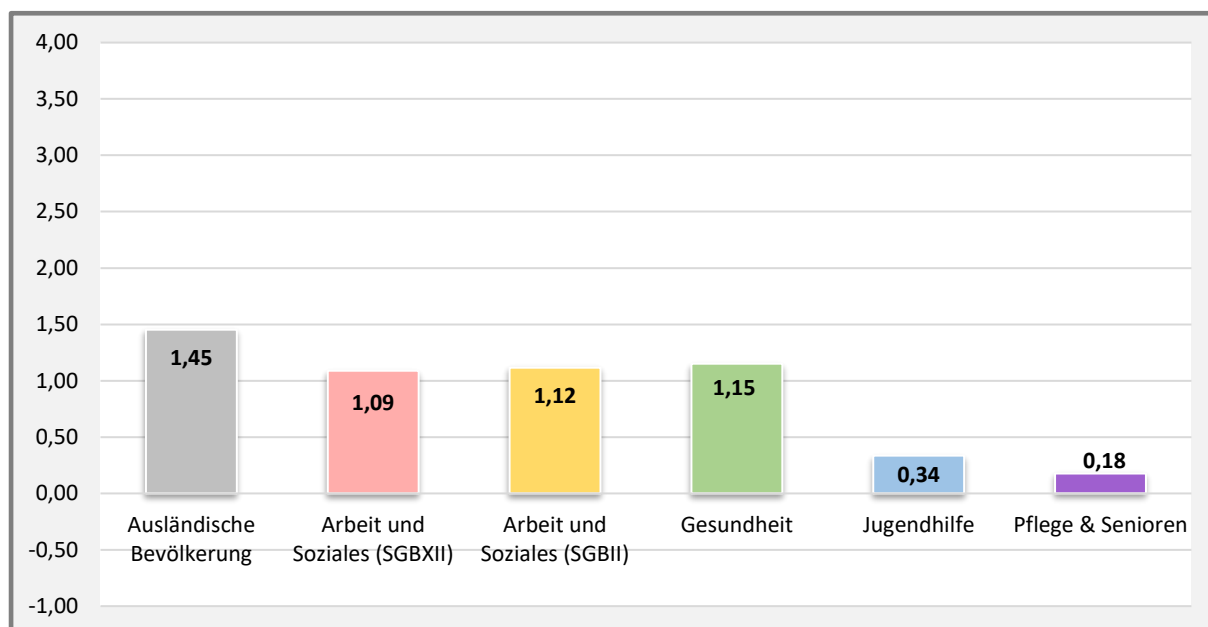


ABBILDUNG 80: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Zentrum Nord (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 81 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 82 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Burscheid sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 83 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

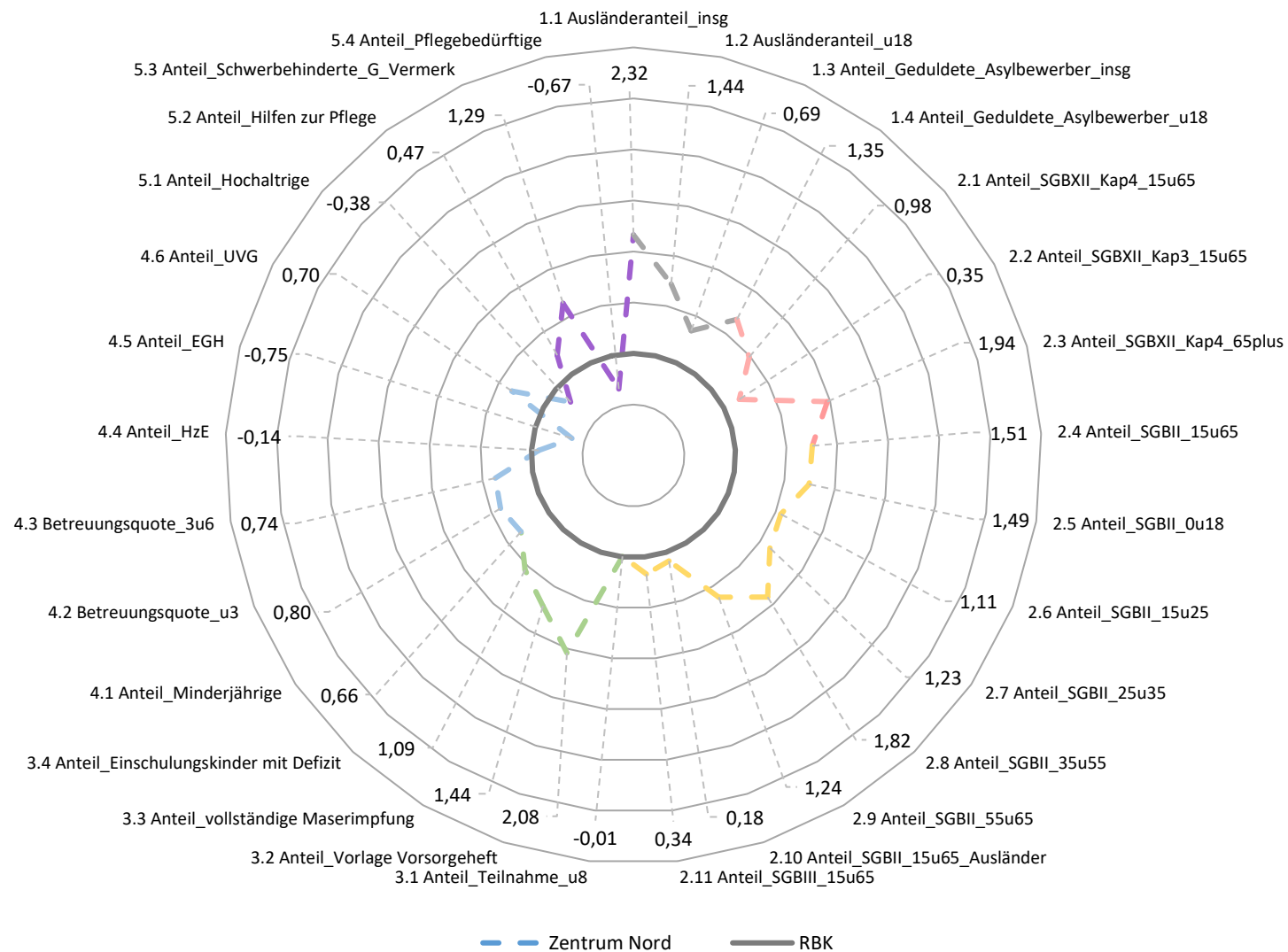


ABBILDUNG 81: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Zentrum Nord
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

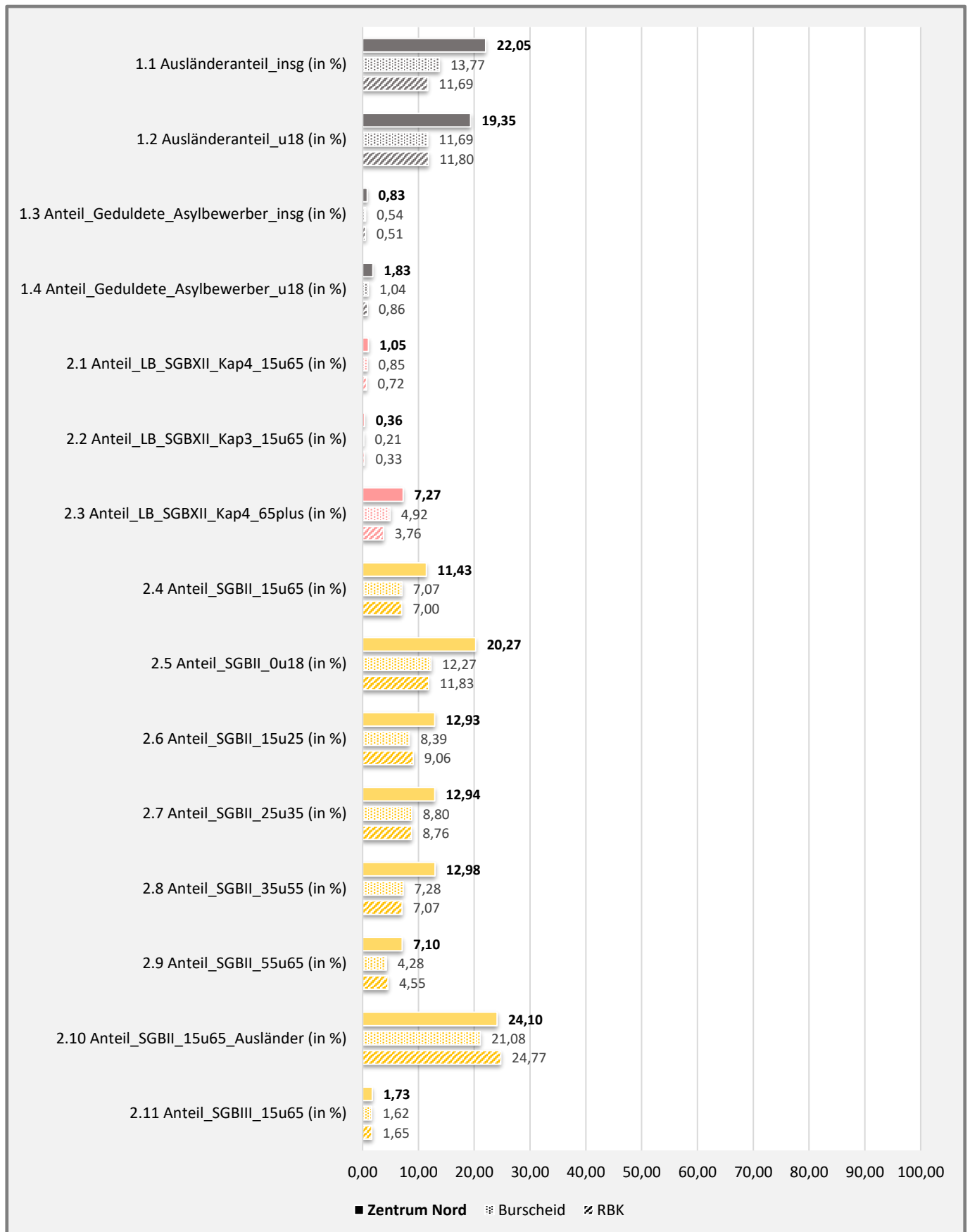


ABBILDUNG 82: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Burscheid und WPS Zentrum Nord
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

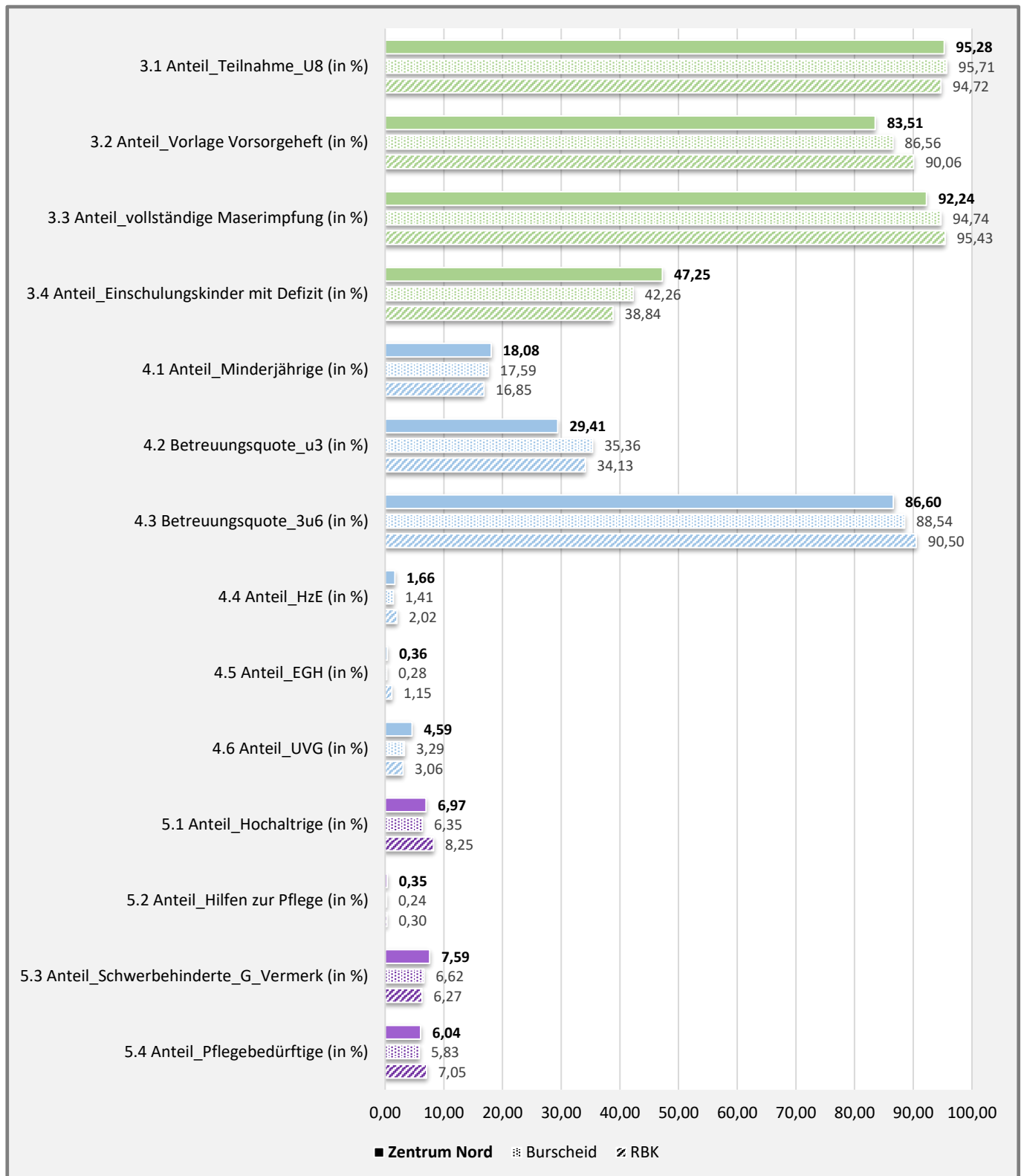


ABBILDUNG 82 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Burscheid und WPS Zentrum Nord
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

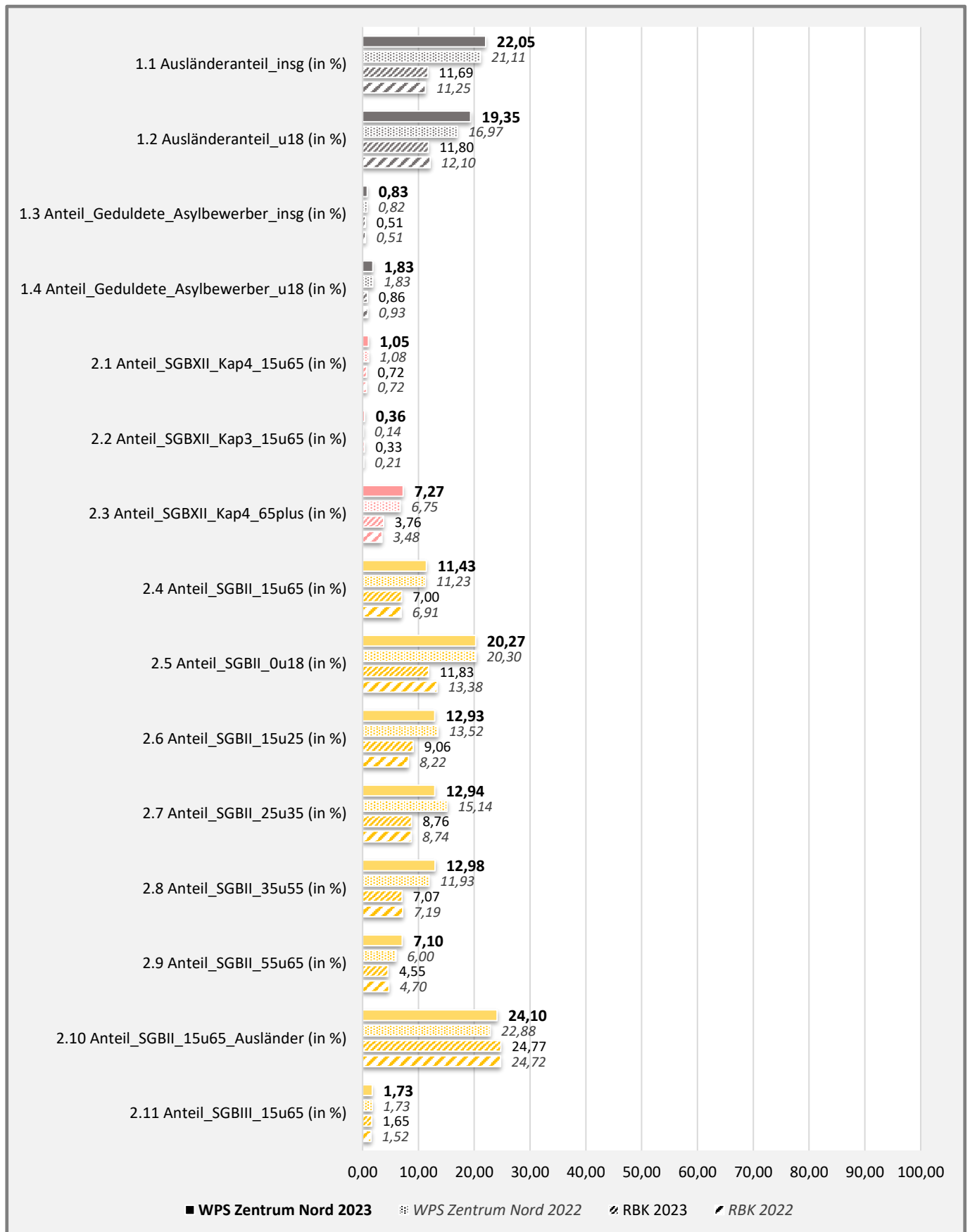


ABBILDUNG 83: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Zentrum Nord für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

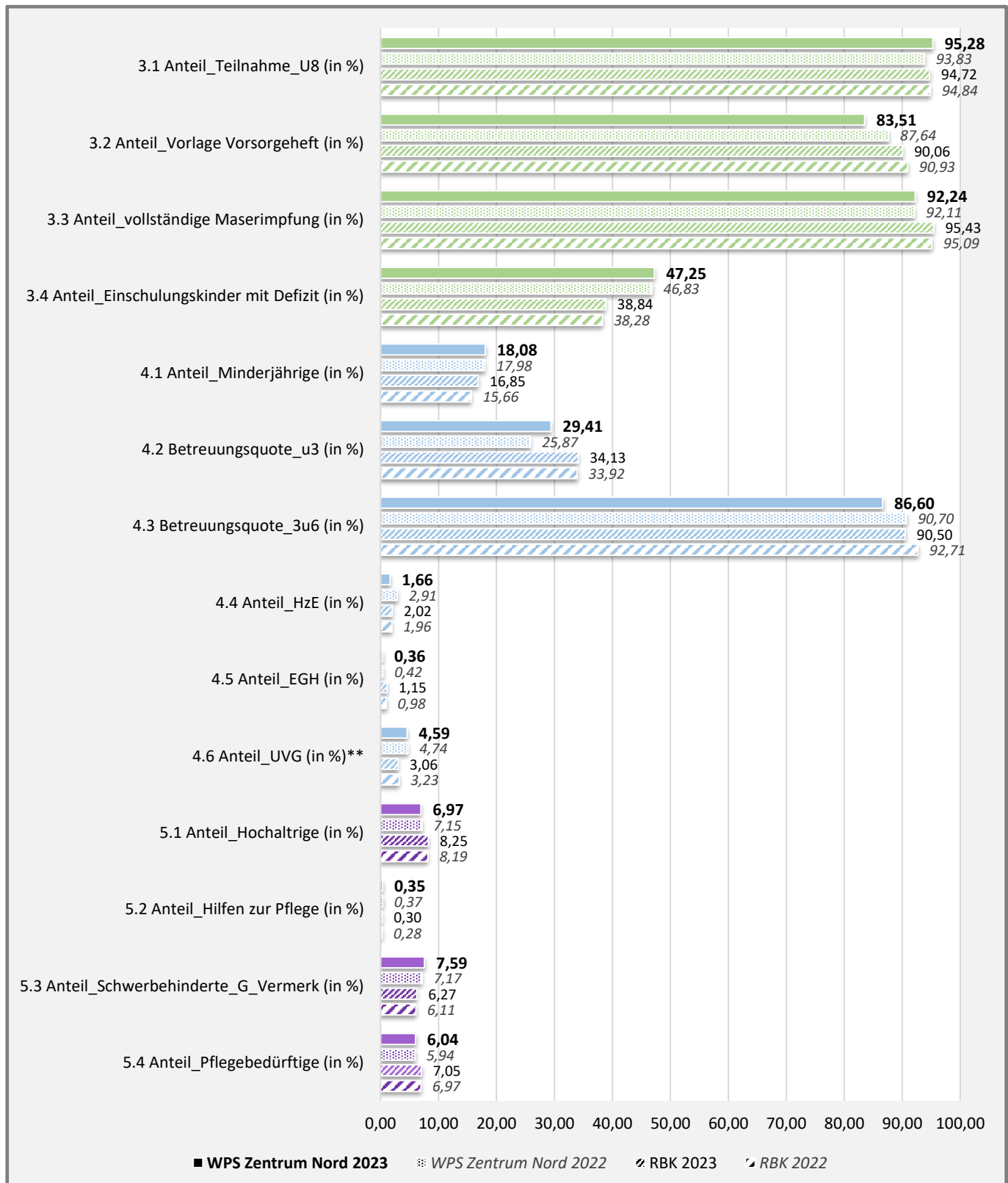


ABBILDUNG 83 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Zentrum Nord für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.5.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

AUFBRUCH MITTE

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Der Wohnplatz Zentrum Nord beheimatet rund 6.600 Einwohnerinnen und Einwohner und damit ein Drittel der Bevölkerung Burscheids. Die Bevölkerungsstruktur in diesem Wohnplatz ist durch einen hohen Anteil junger Menschen geprägt: Ungefähr ein Drittel ist jünger als 30 Jahre. Diese junge Bevölkerungsstruktur stellt für den Wohnplatz ein großes Potential für zukünftige Entwicklungen dar, zum Beispiel im Bereich des Arbeitsmarkts. Zentrum Nord ist ein bunter Wohnplatz mit kultureller Vielfalt. Mehr als ein Fünftel der Einwohnerinnen und Einwohner besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Nach Angaben des Zensus 2022 hat mehr als jede vierte Person im Wohnplatz eine direkte Einwanderungsgeschichte, jede beziehungsweise jeder Zehnte ist Nachkomme von Eingewanderten. Der derzeitige Zuzug von zahlreichen geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist im Wohnplatz verstärkt wahrnehmbar und hat zu einer Zunahme des Ausländeranteils um drei Prozentpunkte innerhalb der letzten drei Jahre geführt. Bei den Minderjährigen kam es zu einer Zunahme um mehr als fünf Prozentpunkte, so dass der Anteil nun fast dem Doppelten des städtischen und kreisweiten Mittelwerts entspricht.

Aktuell befindet sich jedoch ein relativ hoher Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre) im SGB-II-Leistungsbezug. Dies trifft sowohl auf deutsche, als auch auf nicht-deutsche Erwerbsfähige zu. Der Anteil Letztgenannter ist seit 2017 insbesondere aufgrund Ukraine-Flüchtlinge um circa 25 % angestiegen. Etwa ein Fünftel der Kinder des Wohnplatzes leben in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft. Aus den Beratungsgesprächen im Jobcenter geht hervor, dass bei den 15- bis unter 30-Jährigen in der Regel ein hoher Förderbedarf bei den Alltagskompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit besteht.

Die im Bereich der Jugendhilfe geleisteten Hilfen zur Erziehung (HzE) und Eingliederungshilfen (EGH) liegen mittlerweile unterhalb des kreisweiten Durchschnitts. Jugendgerichtshilfefälle gehören zur Seltenheit. Dahingegen gehen beim Jugendamt in Burscheid relativ viele Kindswohlfährdungsmeldungen (KWG) aus dem Wohnplatz Zentrum Nord ein. Die Fälle im Bereich der HzE- und SGB-II-Leistungen sowie der KWGs entfallen räumlich insbesondere auf die Straßenzüge südliche Luisenstraße, Burbachstraße, Sauer Weiden, Luisenhöhe, Pastor-Löh-Straße und die Griesberger Straße.

Mit fast 87% werden im Kreisvergleich etwas weniger Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren institutionell betreut als im Kreisvergleich. Auch im u3-Bereich liegt die Betreuungsquote unter den städtischen und kreisweiten Vergleichswerten. Dennoch ist die Nachfrage nach Betreuungsplätzen weiterhin hoch, weswegen das Angebot für Burscheid-Dierath insgesamt seit dem Jahr 2017 um weitere rund 120 Betreuungsplätze im u3- und ü3-Bereich ausgebaut wurde. Viele Infrastrukturangebote, zum Beispiel weitere Kindertageseinrichtungen und ein Jugendzentrum, sind im angrenzenden Wohnplatz Zentrum Süd leicht zu erreichen. Weiter entfernte Ziele – mit Ausnahme Leverkusens – sind mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) schwierig zu erreichen, da entweder Verbindungen fehlen oder die Taktung insbesondere an den Randzeiten zu niedrig ist. Dies hat unter anderen Auswirkungen auf die Integrationschancen von (jugendlichen) Leistungsempfängerinnen und -empfängern in den Arbeitsmarkt.

Die Inanspruchnahme von Präventionsangeboten bei den Einschulungskindern der letzten vier Grundschuljahrgänge im Wohnplatz liegt leicht unter dem Durchschnitt. Während es keine Auffälligkeiten

bei der Teilnahmequote an der U8-Untersuchung gibt, haben vergleichsweise wenig Kinder einen vollständigen Masernschutz und das Vorsorgeheft bei der Einschulungsuntersuchung vorgezeigt. Eine mögliche Erklärung ist auch hier der Zuzug an Kindern aus der Ukraine, die über kein Vorsorgeheft verfügen und die zweite Masernschutzimpfung in der Regel später erhalten. Eine positive Entwicklung gibt es bei dem Anteil Kinder, die bei der Schuleingangsuntersuchung ein Defizit in der körperlichen oder sprachlichen Entwicklung aufwiesen. Der Anteil liegt zwar immer noch knapp zehn Prozentpunkte über dem kreisweiten Mittelwert, allerdings ist er seit 2017 von über 60 % auf etwa 47 % gesunken. Überwiegend handelte es sich um sprachliche Defizite.

Auch wenn der Anteil älterer Personen im Wohnplatz nicht auffällig hoch ist, ist der Wohnplatz für die Seniorenarbeit in Burscheid von großer Bedeutung. Fast 35 % aller 65-Jährigen und Älteren aus Burscheid wohnen im Wohnplatz Zentrum Nord – knapp 1.500 Personen. Eine steigende Anzahl der älteren Menschen im Wohnplatz ist dabei von Altersarmut bedroht. Dies zeigt sich in den statistischen Daten: Seit 2020 ist der Anteil an Bezieherinnen und Beziehern einer Grundsicherungsleistung im Alter nach dem SGB XII von knapp 3 % auf gut 7 % angestiegen und die leicht ansteigende Altersarbeitslosigkeit (erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 55 und 65 Jahren) stellt weiterhin wachsende Zahlen in Aussicht. Dementsprechend berichtet die kommunale Seniorenberatung der Stadt Burscheid von zunehmenden Problemen durch Altersarmut, insbesondere bei Frauen. Des Weiteren ist die Einsamkeit im Alter sowohl aktuell als auch in Zukunft ein zentrales Thema. Etwa ein Viertel der Haushalte im Wohnplatz sind nach Angaben des Zensus 2022 sogenannte reine Seniorenhaushalte, d. h. alle Haushaltsmitglieder sind 65 Jahre oder älter. Bei wiederum fast zwei Drittel dieser Haushalte handelt es sich um Einpersonenhaushalte, mehrheitlich alleinstehende Frauen. Die steigende Anzahl pflegebedürftiger und mobilitätseingeschränkter Personen im Wohnplatz rückt das Thema Einsamkeit zudem nochmals stärker in den Fokus.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Junge Menschen (bis unter 25 Jahren) einschließlich deren Eltern mit Unterstützungsbedarf bei der Entwicklung von Alltagskompetenzen mit dem Ziel der Selbstwirksamkeit und Beschäftigung.

Handlungsempfehlung 1: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Verbesserung der Befähigung der Zielgruppe zum selbstbestimmten Leben mit folgenden Schwerpunkten zu initiieren:

- Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern und frühzeitige Förderung von Kindern
- Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen bis 25 Jahren

Begründung: Die kommunale Fachplanungskonferenz Burscheid hat die wesentlichen Problemlagen im Handlungsraum ‚Burscheid Zentrum Nord‘ einerseits im Bereich der Familienförderung und Jugendhilfe, andererseits im Bereich der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt identifiziert. Diese Problemlagen greifen aus biografischer Sicht ineinander: Bereits in Kindheit und Jugend werden in den Familien die Weichen gestellt, die jungen Menschen später ein selbstbestimmtes Leben als alltagskompetente, erwerbstätige Mitglieder unserer Gesellschaft ermöglichen. Vielfach werden jedoch aufgrund familiärer Prägungen soziale Problemlagen wie Erwerbslosigkeit über mehrere Generationen vererbt.

Die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern und die möglichst früh einsetzende Förderung von Kindern im Familienkontext soll also einerseits kurzfristig Probleme wie akute Kindeswohlgefährdungen und Entwicklungsdefizite von Kindern beheben, andererseits soll sie langfristig eine Grundlage für

eine positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bilden, die diese dazu befähigt, sich als junge Erwachsene erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Familienfördernde Maßnahmen sollen ergänzt werden von intensiven Bemühungen, junge Menschen bei ihrem Einstieg in die Berufstätigkeit zu fördern und zu unterstützen. Dies kann vielfältige Maßnahmen umfassen, einerseits beispielsweise Beratungs- und Qualifizierungsangebote, andererseits jedoch auch Maßnahmen zur Kompensierung von Defiziten junger Erwachsener, die bereits frühzeitig in der Familie angelegt wurden. Die Stufen individueller Entwicklung greifen ineinander, je früher und ganzheitlicher solche Hilfen daher in einer Biografie einsetzen, umso erfolgreicher werden sie dabei sein, jungen Menschen neue Lebensperspektiven eröffnen.

Zielgruppe 2: Menschen ab 55 Jahren

Handlungsempfehlung 2: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Verbesserung der Befähigung der Zielgruppe zum selbstbestimmten Leben mit folgenden thematischen Schwerpunkten mit präventivem Ansatz zu initiieren:

- Altersarmut
- Einsamkeit
- Bildungs- und Gesundheitskompetenz

Begründung: Die proaktive, zukunftsorientierte Planung der nachberuflichen sowie nachfamiliären Lebensphase gewinnt durch die demografische Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Die Lebensbedingungen einer stetig älter werdenden Bevölkerung müssen so gestaltet werden, dass ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter (auch bei Pflegebedürftigkeit) möglichst lange sichergestellt ist. Nicht nur die mit dem Alter zunehmende Morbidität, sondern auch grundsätzliche Veränderungen der Lebenssituation, wie zum Beispiel der Übergang in den Ruhestand oder der Wegzug der eigenen Kinder und die dadurch häufig entfallende familiäre Unterstützung bei der Bewältigung von altersbedingten Herausforderungen sowie die reduzierte Einbindung in familiäre Strukturen stellen die älter werdende Bevölkerung vor Herausforderungen. Diese können neben gesteigerter Vereinsamung und fehlenden sozialen Kontakten zu einem höheren Informationsbedarf (zum Beispiel über Kultur- und Bildungsangebote) oder aber höherem Hilfe- und Unterstützungsbedarf führen.

Aus den Daten des kleinräumigen Sozialmonitorings für den Wohnplatz wird ersichtlich, dass Armut und Einsamkeit im Alter Themen mit wachsender Dringlichkeit sind. Beides sind zudem anerkannte Gesundheitsrisiken. Einsamkeit betrifft alle Altersgruppen, doch im Alter sind die Auswirkungen insbesondere zu spüren. Im Alter spielt der Verlust von Freundinnen, Freunden und Familienmitgliedern mehr denn je zuvor eine große Rolle. Der individuelle Bewegungsradius wird spürbar kleiner, die Mobilität schränkt sich stärker ein als in anderen Altersgruppen und auch gesundheitliche Herausforderungen können das Leben beeinträchtigen. Auch der soziale Nahraum wird immer kleiner, das bedeutet unter anderem, dass die unmittelbare Nachbarschaft immer wichtiger wird und sozialräumliche Quartiersansätze an Bedeutung zunehmen. Soziale Beziehungen und die physische und psychische Fähigkeit, sie zu pflegen, sind wichtig für Gesundheit und individuelles Wohlbefinden. Um Einsamkeit im Alter vorbeugen zu können, müssen frühzeitig bereits in jüngerem Alter zielgerichtete (sozial-)präventive Maßnahmen erfolgen.

Einsamkeit und Schamgefühl führen häufig auch dazu, dass bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebote nicht in Anspruch genommen werden. Die zunehmende Digitalisierung des Alltags stellt insbe-

sondere für die hochaltrige Bevölkerung eine zusätzliche Hürde dar, wenn beispielsweise Informationen nur noch im Internet zur Verfügung gestellt werden oder Anmeldungen zu Veranstaltungen beziehungsweise Terminvergaben bei Ärztinnen und Ärzten oder Behörden nur online erfolgen können. Im Wohnplatz Zentrum Nord hat zudem die veränderte Ausrichtung des Burscheider Büdchens gezeigt, wie wichtig eine konstante Ansprechperson mit niederschwelligem Zugang und Vermittlungskompetenzen für die Zielgruppe und deren Inanspruchnahme von Beratungs- und Unterstützungsleistungen ist.

Maßnahmen und Angebote zur sozialen Teilhabe und der Stärkung der Bildungs- sowie Gesundheitskompetenz sollen dazu beitragen, dass auch im Alter ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben im Wohnplatz möglich ist. Die Digitalisierung beziehungsweise Medienkompetenz im Alter spielen dabei eine immer entscheidendere Rolle.

Zielgruppe 3: Geflüchtete

Handlungsempfehlung 3: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Verbesserung der Befähigung der Zielgruppe zum selbstbestimmten Leben mit folgenden thematischen Schwerpunkten zu initiieren:

- Beschäftigungsfähigkeit
- Integration (soziale Teilhabe, Sprache)
- Bildung-, Kultur- und Gesundheitskompetenz

Begründung: Aufgrund des hohen Anteils sozialen Wohnungsbaus und der Lage der städtischen Unterkünfte ist der Wohnplatz Ankunftsort für viele Geflüchtete. Gerade in den letzten Jahren kam es aufgrund des Ukraine-Kriegs zu einem deutlich verstärkten Zuzug, der die kommunalen Akteurinnen und Akteure einem administrativen, gesellschaftlichen und politischen Handlungsdruck aussetzt. Von einer möglichst schnellen Integration profitieren nicht nur die Zugewanderten, sondern die gesamte Bevölkerung.

Die Integration soll Chancengleichheit und die tatsächliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglichen, insbesondere am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Integration ist ein vielseitiger Prozess, für den der Erwerb der deutschen Sprache sowie der Zugang zu Bildung und beruflicher Qualifizierung eine zentrale Voraussetzung ist. So kann die Einbindung in den Arbeitsmarkt gefördert und eine Verfestigung von Armutslagen verhindert werden. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels stellen Zugewanderte eine wichtige Ressource auf dem Arbeitsmarkt dar.

Zur Entwicklung einer Bleibeperspektive und zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts ist der Zugang zu Ressourcen und Leistungen wichtig. Neben der Möglichkeit zur Aufnahme einer Arbeit zählt hierzu auch der unkomplizierte und gut erreichbare Zugang zu Behörden, Ämtern, Wohlfahrtsverbänden und sozialen und rechtlichen Beratungsangeboten. Unmittelbar nach ihrer Ankunft stehen die Zugewanderten vor organisatorischen Herausforderungen, wie zum Beispiel Regelung der Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung oder die Suche nach Wohnraum. Hier gilt es niederschwellige Informations-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereitzustellen, die möglichst stationäre und aufsuchende Elemente kombinieren. So wird der Zugang zu der Zielgruppe zum einen durch mehr Vertrauensarbeit und zum anderen durch eine Überbrückung defizitärer oder fehlender Infrastruktur (auch Öffentlicher Personennahverkehr) erleichtert.

Gute Sprachkenntnisse eröffnen zudem die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe und sind somit ein wichtiges Instrument gegen soziale Isolation. Geflüchtete oder migrierte Menschen sind oftmals von

ihren umliegenden Nachbarschaften separiert und werden zum Teil als Belastung oder sogar Bedrohung wahrgenommen. Durch die aktive Einbindung in die Gemeinschaft kann ihr psychisches Wohlbefinden gestärkt und gleichzeitig das Verständnis und die Akzeptanz zwischen verschiedenen Kulturen unterstützt werden, was zu einem Abbau von Vorurteilen und einem harmonischen Zusammenleben führt. Eine aktive Nachbarschaft bietet auch neu Zugezogenen Raum für Teilhabe, Anerkennung, Empowerment sowie Selbstwirksamkeit und kann als erfolgreicher Brückenbauer zwischen Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie echter Teilhabe fungieren. Es gilt daher, Ansätze zum Ausbau nachbarschaftlicher Strukturen zu fördern und sinnvoll an bestehende hauptamtliche Strukturen anzubinden.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Frau Eickenberg, Stadt Burscheid/ Amt für Sicherheit, Ordnung, Soziales und Feuerwehr

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- Kreisjugendamt
- Jobcenter Rhein-Berg
- Seniorenberatung der Stadt Burscheid
- Katholische Jugendagentur Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH
- Deutscher Kinderschutzbund Burscheid

7.5.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Sozialraumkonferenz 10.09.2018

Am 10.09.2018 fand eine **Sozialraumkonferenz** im Kinder- und Jugendzentrum Megafon statt, an der 45 Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen der Stadt Burscheid und des Kreises, der Wohlfahrtsverbände, der Schulen und Kitas, des Jobcenters und der Bundesagentur für Arbeit, der politischen Ausschüsse und weitere lokale Fachakteure teilnahmen. Gemeinsam wurde in Arbeitsgruppen zu den in der Fachplanungskonferenz definierten drei Handlungsschwerpunkten (Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern, Frühzeitige Förderung von Kindern, Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen) gearbeitet. Zu jedem Handlungsschwerpunkt gab es folgende Fragestellung:

- Fehlt ein konkretes Angebot in diesem Themenfeld?
- Aus welchen Gründen werden die vorhandenen Angebote von der Zielgruppe nicht (ausreichend) angenommen?
- Wie kann die Zielgruppe erreicht und an die vorhandenen Angebote herangeführt werden?

Auf die Frage, warum die vorhandenen Angebote nicht (ausreichend) wahrgenommen werden, wurden in den Arbeitsgruppen zum einen Vorbehalte und Ängste gegenüber dem Jugendamt und anderen Behörden genannt. Zum anderen wurde darauf hingewiesen, dass viele Angebote zu hochschwierig seien. Lösungen, um die Zielgruppe besser zu erreichen und an die Angebote heranzuführen, sahen die Teilnehmenden daher auch in einer Absenkung möglicher Hemmschwellen für die Inanspruchnahme von Angeboten (Bürokratieabbau), einer stärkeren Orientierung der Angebote an der Lebenswelt der Jugendlichen, in mobilen und aufsuchenden Beratungsangeboten sowie dem Angebot einer Ansprechperson im Quartier, die als Vertrauensperson und Lotse zur Verfügung steht.

Als fehlendes Angebot wurde dementsprechend von vielen Teilnehmenden eine **niederschwellige Anlaufstelle im Quartier** („Burscheider Büdchen“) mit einem Quartierskümmerer/Lotsen als erster Ansprechpartner und einem passgenauen Beratungsangebot mit externen, multiprofessionellen Akteuren erkannt. Zudem fehle es an **aufsuchenden Angeboten** und einer **ausreichenden Vernetzung** der Fachakteurinnen und -akteure. Der Wunsch nach einer stabilen Vernetzung der professionellen Akteure beinhaltet neben der Idee von einer größeren Transparenz und Information über Unterstützungsangebote für die Zielgruppe die Vorstellung von einem abgestimmten Vorgehen zwischen Fachakteuren, wie zum Beispiel einem rechtsübergreifenden Fallmanagement bei biographischen Übergängen (beispielsweise Jugendamt – Jobcenter). Die Dokumentation der Sozialraumkonferenz mit detaillierteren Informationen kann auf der Homepage der Stadt Burscheid (<https://www.burscheid.de/bildung-soziales/sozialplanung>) eingesehen werden.

Umgesetzte Maßnahmen:

„Burscheider Büdchen“:

Das „**Burscheider Büdchen**“ wurde offiziell am 26.08.2019 als niederschwellige Anlaufstelle im Quartier eröffnet. Das Büdchen befindet sich in der zentral im Wohnplatz gelegenen Luisenstraße in den Räumlichkeiten eines ehemaligen Kiosks. Träger des Büdchens sind die Stadt Burscheid sowie die Katholische Jugendagentur LRO gGmbH (KJA).

Bis Ende 2022 war das Büdchen Teil des NRW-Landesförderprogramms „Zusammen im Quartier-Kinder stärken-Zukunft sichern“. Zu dieser Zeit standen zwei Mitarbeitende der KJA den Anwohnern als erste



ABBILDUNG 84: Außen- und Innenansicht des „Burscheider Büdchen“
QUELLE: Katholische Jugendagentur LRO

Ansprechpartner bei jeglichen Anliegen zur Seite und unterstützten entweder selber oder vermitteln die Personen an passende Beratungsstellen. Auf Wunsch begleiteten die Mitarbeitenden auch bei Beratungs- oder Behörden Terminen. So einzigartig wie die Menschen im Quartier, so verschieden waren auch die Hilfeanfragen an das „Büdchen“. Zu den häufigsten Problemen zählen Schwierigkeiten beim Ausfüllen von Anträgen, Schulden und Probleme mit Verträgen. Im „Burscheider Büdchen“ wurden zudem regelmäßig Sprechstunden externen Beratungsstellen angeboten. Zu festen Zeitpunkten waren Mitarbeitende des Netzwerks Wohnungsnot, der Migrations- und Integrationsberatung sowie des Jobcenters vor Ort (zu den Sprechstunden des Jobcenters s.u.). Zusätzlich wurden ehrenamtliche Hilfsangebote vermittelt und Schüler der Johannes-Löh-Gesamtschule baten bis vor kurzem EDV-Sprechstunden im Büdchen an. Der Freitagnachmittag war für Außenaktionen wie zum Beispiel Bolzen, Basteln oder Werkeln reserviert. Um in Kontakt mit den Anwohnern zu kommen und Hemmschwellen abzubauen, bot das „Büdchen“ beispielsweise Coffee-to-go, einen kostenfreien Werkzeugverleih, gratis WLAN-Hotspot und ein monatliches Gewinnspiel an. Zusätzlich gab es regelmäßige Sonderaktionen wie zum Beispiel das mobile Oktoberfest, bei dem die Mitarbeitenden des „Büdchens“ Brezeln im Quartier verteilten und so mit den Anwohnern ins Gespräch kamen.

Für die Verwaltungen war das „Büdchen“ zum einen Vermittler, in dem es Hilfesuchende und bestehende Angebote zusammenbringt. Zum anderen konnte es auf Basis der herangetragenen Probleme und Unterstützungsbedarfe auf strukturelle Defizite und Lücken in der Angebotslandschaft aufmerksam machen. Das „Büdchen“ wurde von den Menschen im Quartier gut angenommen und entwickelte sich schnell zu einer Institution mit hohem Bekanntheitsgrad.

Mit Ablauf der Förderperiode mussten die Personalressourcen und somit die offenen Beratungszeiten sowie die aufsuchenden Aktionen eingeschränkt beziehungsweise gänzlich eingestellt werden. An einem Vormittag in der Woche steht eine Mitarbeitende der KJA weiterhin im Büdchen als Ansprechpartnerin zur Verfügung und koordiniert die Sprechstunden der Kooperationspartner. Die reduzierte Anwesenheit vor Ort und der Wegfall der aufsuchenden Aktionen wirken sich negativ auf den Zugang zu den Menschen vor Ort aus, da die Beziehung zu den Menschen im Quartier nicht mehr in dem Umfang gepflegt werden kann. Dies spiegelt sich unter anderen in einem Rückgang bei der Wahrnehmung der Beratungsangebote nicht nur im Büdchen, sondern auch bei anderen Beratungsstellen wider. So musste beispielsweise die Sprechstunde des Jobcenters im Büdchen nach vielen Jahren aufgrund fehlender Inanspruchnahme zum 01.01.2025 eingestellt werden und auch in der Seniorenberatung sinken die Fallzahlen, da weniger Seniorinnen und Senioren über das Büdchen zu dem Angebot gelotst werden. Gut angenommen werden weiterhin die offene Sprechstunde der KJA, die Sprechstunde des Netzwerk Wohnungsnot, die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer sowie die Flüchtlingsberatung.

Weitere Infos zum „Burscheider Büdchen“ finden Sie auf der Internetseite www.burscheider-buedchen.de.

Verbesserung des Übergangsmanagements und Gründung einer Jugendberufsagentur

Am 21.02.2019 trafen sich erstmals die vor Ort tätigen Fachakteure, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Verselbständigungsphase sowie jungen Familien mit multiplen Problemlagen arbeiten. Die insgesamt 18 Teilnehmenden kamen u. a. aus den Bereichen Jugendamt, Jobcenter, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, Erziehungsberatung und ambulante erzieherische Hilfen. Das Treffen sollte zu einer besseren Vernetzung der Akteure, höheren Transparenz der Angebote und zu der Entwicklung eines gemeinsamen, abgestimmten Verfahrens im Übergangsmanagement beitragen.

Zu dem Thema der Verselbstständigung junger Menschen fand daraufhin am 04.09.2019 ein erstes Kooperationstreffen des Jobcenters mit dem Kreisjugendamt statt, an dem der Allgemeine Soziale Dienst, die Integrationsfachkraft U25 sowie die Leitung des Jobcenters aus Kürten als Vertretung der Leistungsabteilung teilnahmen. In der Sitzung wurden die einzelnen Akteure und internen Verfahrensabläufe gegenseitig erläutert und über Möglichkeiten eines frühzeitigen Einbezugs beider Leistungserbringer sowie einer Optimierung der Übergänge Jugendhilfe-Jobcenter diskutiert. Die Ergebnisse wurden in einem Konzept zur Verselbstständigung junger Menschen festgehalten.

Um die Kompetenzen der Institutionen und Rechtskreise enger zu verzahnen und zu koordinieren, so dass der junge Mensch auf dem Weg von der Schule in den Beruf nicht „verloren geht“, wurde im Oktober 2020 in einer Kooperation der Stadt Burscheid, des Rheinisch-Bergischen Kreises (Amt für Familie und Jugend), der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter Rhein-Berg und der Katholischen Jugendagentur (KJA) die **Jugendberufsagentur Burscheid** gegründet.

Die Unterstützungsbedarfe von individuell und sozial benachteiligten jungen Menschen sind vielfältig und häufig sehr komplex. Sie be-



treffen sowohl finanzielle als auch psychosoziale Problemlagen. Häufig gelingt es den jungen Menschen und ihren Eltern nicht, sich an das richtige Hilfesystem zu wenden und die unterschiedlichen Möglichkeiten und Maßnahmen zu verstehen. Die Hilfen stehen dann unverbunden nebeneinander und können ihre volle Wirkung nicht entfalten. Die Jugendberufsagentur greift diesen Handlungsbedarf auf, hilft jungen Menschen die für sie sinnvolle individuelle Unterstützung zu erhalten, ohne gleichzeitig mehrere Anlaufstellen ansteuern zu müssen. Wird bei der Einzelfallberatung einer der beteiligten Partner erkennbar, dass ein weitergehender Förderbedarf zur sozialen und beruflichen Integration oder ein rechtskreisübergreifender Abstimmungsbedarf besteht, wird die Jugendberufsagentur Burscheid im Sinne ihrer Netzwerkfunktion aktiv.

Mit Ablauf der Fördergelder für die Koordinierungsstelle der Jugendberufsagentur durch das Bundesprogramm „Jugend stärken im Quartier“ zum 30.06.2022, mehrerer Personalwechsel bei den zuständigen Sachbearbeitern und der Corona-Pandemie kam die Arbeit der Jugendberufsagentur nach erfolgreichem Start kurzzeitig zum Erliegen. Ein Fachtag im Herbst 2023 wurde genutzt, um die neuen Akteurinnen und Akteure zu vernetzen, ein gemeinsames Selbstverständnis zu entwickeln und Abläufe zu klären. Im Sommer 2024 hat sich die Jugendberufsagentur auf der Ausbildungsmesse in Burscheid präsentiert, um ihr Angebot innerhalb der Zielgruppe bekannter zu machen.

Seit der Gründung der Jugendberufsagentur haben achtzehn Fallkonferenzen stattgefunden, die auch schon in ersten Vermittlungserfolgen mündeten.

Ein Bestandteil der Jugendberufsagentur ist die **Jugendberufshilfe Burscheid**. Als niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsstelle für junge Menschen im Übergang von der Schule ins Berufsleben berät und unterstützt sie Jugendliche und junge Erwachsene bei Fragen rund um Ausbildung, Schule und Beruf sowie bei persönlichen Problemen. Grundlage der Beratungsarbeit in der Jugendberufshilfe Burscheid ist die Entwicklung und Umsetzung individueller Förderpläne. Das Angebot der Jugendberufshilfe Burscheid ist mit den Maßnahmen der Schulverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters, der Träger betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie der Träger von Beschäftigungsangeboten abgestimmt und umfasst folgende Leistungen:

- Beratung bei Fragen zur beruflichen Orientierung und zur Berufswahl
- Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einer Arbeitsstelle
- Hilfe bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und bei der Vorbereitung auf Einstellungsverfahren
- Informationen über schulische Bildungsgänge und Qualifizierungsangebote
- Beratung und Begleitung bei persönlichen Problemen
- Unterstützung bei Behördenangelegenheiten und dem Ausfüllen von Anträgen

Finanziert wird das Angebot durch die Stadt Burscheid und den Rheinisch-Bergischen Kreis. Angebots-träger ist die Katholische Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH. Das Angebot wird in der Villa BIZ an der Johannes-Löh-Gesamtschule im angrenzenden Wohnplatz Burscheid Süd angeboten. Weitere Informationen finden sich unter: <https://www.kja-lro.de/einrichtungen/beratungsstellen-00001/jugendberufshilfe-burscheid/>

Erleichterung des Zugangs zum Jobcenter

Den Menschen entgegenkommen, ihnen die Angst „vor dem Amt“ nehmen, das ist ein Anliegen des Jobcenters. Vielen Menschen fällt der Weg ins Jobcenter schwer, der Zugang zu den Beratungsangeboten oftmals zu bürokratisiert. Deshalb hat das Jobcenter bis zum 01.01.2025 einmal wöchentlich

eine **Sprechstunde** im „Burscheider Büdchen“ angeboten. Zwei Mitarbeitende des Jobcenters unterstützen dort die Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise dabei, Briefe vom Jobcenter richtig zu verstehen, beantworteten Fragen und stellten mit ihnen gemeinsam Anträge für Leistungen. Eine vorherige Terminvereinbarung war nicht nötig. Da die Mitarbeitenden vor Ort auf die Programme des Jobcenters zugreifen können, konnten nahezu alle Anliegen direkt bearbeitet werden. Das Angebot wurde von den Menschen insbesondere während der Corona-Pandemie sehr gut angenommen, da das Jobcenter nur telefonisch oder digital zu erreichen war und das Kiosk-Fenster die Möglichkeit des persönlichen (infektionsschutzkonformen) Kontakts bot. Da lange Zeit auch eine Übersetzungshilfe während der Sprechstunden vor Ort war, war das Angebot im Büdchen zudem für viele der Flüchtlinge aus der Ukraine eine wertvolle Unterstützung. Im Schnitt kamen vier Ratsuchende in die Sprechstunde des Jobcenters. Nachdem die Nachfrage in der letzten Zeit deutlich zurückgegangen war und verstärkt Personen von außerhalb des Wohnplatzes kamen, wurde die Sprechstunde im Büdchen zum 01.01.2025 eingestellt. Für die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Leistungsbezug steht im Jobcenter eine Integrationsfachkraft als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Zudem hat das Jobcenter mit der Einführung der Jobcenter-App sowie der Ausweitung der Videosprechstunden die **digitalen Zugänge und Kommunikationswege** zum Jobcenter erweitert. Über die App können Dokumente nun direkt hochgeladen und Anträge eingereicht werden.

Seit November 2019 gibt es ergänzend das Angebot der **aufsuchenden Arbeit für Jugendliche und junge Menschen**, die von den herkömmlichen sozialen Institutionen nicht mehr erreicht werden (wollen). Träger des Angebots ist die Katholische Jugendagentur (KJA), finanziert wird es über den § 16h SGB II. Eine Jugendsozialarbeiterin unterstützt Jugendliche und junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren in Burscheid, Leichlingen und Wermelskirchen bei ihrer Alltagsstrukturierung, der Wahrnehmung ihrer Selbstwirksamkeit und der eigenen Stärken mit dem Ziel, sie zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisses, der Fortführung ihrer schulischen Ausbildung oder der (Wieder-) Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu motivieren. Häufige Beratungsthemen sind dabei die Wohnsituation der Jugendlichen, familiäre Konflikte, Schulden sowie gesundheitliche und psychische Erkrankungen. Bis zu zehn Jugendliche beziehungsweise junge Menschen können in Burscheid im Rahmen des Programms zeitgleich begleitet werden. Zuletzt haben vier Jugendliche aus Burscheid an dem Programm teilgenommen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen wird jedoch davon ausgegangen, dass zukünftig alle Plätze besetzt werden können. Bisher handelte es sich hauptsächlich um Jugendliche oder junge Menschen, die an das Jobcenter angebunden sind oder zumindest Anspruch auf Leistungen des Jobcenters hätten. Die Anbindung an das Jobcenter ist aber keine Voraussetzung für die Teilnahme an dem Unterstützungsangebot. Beispielsweise können sich auch junge Asylbewerber an die Jugendsozialarbeiterin wenden. Die Vermittlung der Jugendlichen und jungen Menschen erfolgt über das Jobcenter, Netzwerkpartner wie zum Beispiel die Schulen oder das Jugendamt und zunehmend Mundpropaganda. Die Jugendsozialarbeiterin ist eng mit den Mitarbeitenden der Jugendberufsagentur und des Jugendbüros der Katholischen Jugendagentur vernetzt und es findet ein monatlicher Austausch mit dem Jobcenter statt.



Weitere Informationen zu dem Programm „GetUp“ finden Sie auf der Homepage der KJA oder unter folgendem Link: <https://www.kja-lro.de/einrichtungen/beratungsstellen-00001/getup/>

Sozialraumpartnertreffen 14.11.2019

Für die bessere Vernetzung und Eingliederung des „Burscheider Büdchens“ in die lokalen Strukturen wurden lokale Fachakteurinnen und -akteure zu einem **Sozialraumpartnertreffen** am 14.11.2019 eingeladen. Die insgesamt 31 Teilnehmenden wurden über den aktuellen Stand im Sozialplanungsprozess informiert, dabei insbesondere über die Gründung des „Burscheider Büdchens“. Die beiden Mitarbeitenden des Büdchens stellten sich und das Büdchen vor und fragten die Teilnehmenden, welche (Beratungs-)Schwerpunkte im Büdchen aus ihrer Sicht sinnvoll wären, wer an einer Kooperation interessiert wäre und mit welchen Angeboten und Formaten zur Beteiligung der Zielgruppe bereits gute Erfahrungen gemacht wurden. Aus dem Sozialraumpartnertreffen ergaben sich beispielsweise die Kooperationen mit dem Netzwerk Wohnungsnot, dem Jobcenter Rhein-Berg und der Verbraucherzentrale.

Die Dokumentation des Sozialraumpartnertreffens kann auf der Homepage der Stadt Burscheid (<https://www.burscheid.de/bildung-soziales/sozialplanung>) eingesehen werden.

Förderung von Familien und der frühkindlichen Entwicklung:

Um das Thema ‚Frühkindliche Entwicklung – Herausforderungen an Eltern und Kinder im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Situation‘ stärker in den Fokus des Sozialplanungsprozesses zu nehmen, hat die Stadt Burscheid gemeinsam mit dem Jobcenter Rhein-Berg und dem Rheinisch-Bergischen Kreis (Bereiche Jugend und Prävention) verschiedene Fachakteure aus dem Themengebiet zum **1. Fachforum Familie am 07.03.2023** eingeladen. Das Ziel war die gemeinsame zielgerichtete Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten zur Unterstützung von Familien, zur Stärkung von Eltern in ihrer Erziehungskompetenz und zur Förderung der Inanspruchnahme vorhandener Angebote sowie Fortschreibung der nächsten Schritte im Sozialplanungsprozess, damit Kinder, Jugendliche und Eltern in Burscheid die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Dabei wurde sich auf die Situation von in Burscheid lebenden Familien mit Kindern unter sechs Jahren konzentriert. Zum Einstieg in die Diskussion schilderten die Erziehungsberatungsstelle Burscheid sowie das Jugendamt die aktuellen Herausforderungen und Erfahrungen aus ihrer Sicht. In der anschließenden gemeinsamen Diskussion wurden von den Akteuren folgende prioritären Bedarfe herausgestellt: Niederschwellige Anlaufstellen / Elterntreffs / Begegnungsstätten, bessere Vernetzung hauptamtlicher Akteure und Förderung der Medienkompetenz. Die Dokumentation des Fachforums kann auf der Homepage der Stadt Burscheid (<https://www.burscheid.de/portal/seiten/sozialplanung-900000068-40230.html>) eingesehen werden.



Im April 2024 startete daraufhin das **Burscheider Zwergencafé** für werdende Eltern und Familien mit Kindern bis zu einem Jahr und Geschwisterkindern bis zu zwei Jahren. Träger des Angebotes ist der Deutsche Kinderschutzbund, Ortsverband Burscheid. Das Angebot wurde in Kooperation des Trägers mit dem Kreisjugendamt und der Stadt Burscheid entwickelt. Die pädagogische Fachkraft wird über ein Förderprogramm des Landschaftsverbands Rheinland finanziert. Jeden Donnerstag von 09:30 – 11:30 Uhr findet ein offener Treff statt, in dem Eltern Kontakte knüpfen, Fragen rund um Erziehung und den Familienalltag stellen



und nach Wunsch Informationen und Beratungsmöglichkeiten erhalten können. Der Besuch des Burscheider Zwergencafés ist kostenlos und ohne Anmeldung möglich. Das Angebot findet mittlerweile sehr guten Zulauf, so dass das Zwergencafé Anfang 2025 aus den Räumlichkeiten des Kleiderladen des Kinderschutzbundes in einen größeren Raum in der Villa Luchtenberg umziehen und sein Angebot ausweiten konnte. Weitere Informationen zum Burscheider Zwergencafé gibt es auf der Homepage der Kinderschutzbunds Burscheid: <https://kinderschutzbund-burscheid.de/content/cafe.html>.

Zusätzlich wurde Anfang 2024 eine niederschwellige **Sprechstunde für Eltern** von Kindern bis zu drei Jahren im Burscheider Büdchen angeboten. Kostenlos und ohne vorherige Anmeldung konnten sich Eltern dort von Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern der Frühen Hilfen des Gesundheitsamts informieren und beratschlagen lassen. Das Angebot musste im Laufe des Jahres aufgrund zu geringer Nachfrage eingestellt werden.

Ausbau der Quartiersentwicklung:

Die **Quartiersentwicklung** in Burscheid (Zentrum Nord) ist unter dem Motto "Aufbruch Zentrum Nord – Begegnung und Treffpunkte für junge Menschen und Familien sowie für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte" im April 2024 in Trägerschaft der Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH. gestartet und ist mittlerweile unter dem Namen „**Stadtunkt** – Burscheid **gemeinsam** gestalten“ bekannt. Die Quartiersentwicklung erfolgt in enger Kooperation mit der Stadt Burscheid und wird durch die Stiftung Deutsches Hilfswerk gefördert. In den kommenden drei Jahren sollen zahlreiche Angebote entstehen, die für und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Burscheid geplant und umgesetzt werden sollen.



Im Rahmen der Quartiersentwicklung sollen insbesondere die Bewohnerinnen und Bewohner dazu befähigt werden, sich zunehmend eigenständig für ihr Quartier zu engagieren und sich so als selbstwirksam erleben. Durch verschiedene Aktivitäten soll ein Gemeinschaftsgefühl entstehen, die Nachbarschaft gestärkt werden. Ankerpunkt für diesen Prozess ist die Villa Luchtenberg als Ort der Begegnung, von dem alle Aktivitäten im Stadtteil ausgehen sollen. Bisher fehlte ein solcher Begegnungsort im Quartier, wurde von den Menschen im Quartier aber gewünscht. Verschiedene Begegnungsangebote sollen der nötige An Schub für bürgerschaftliches Engagement im Stadtteil und gleichzeitig Basis für Angebote für die Zielgruppen junge Familien, Jugendliche/junge Erwachsene sowie Menschen mit Migrationshintergrund sein. Die Quartiersentwicklung richtet sich natürlich auch an alle Quartiersbewohnerinnen und -bewohner, die sich in ihr Umfeld und ihre Gemeinschaft einbringen und mit bürgerschaftlichem Engagement an der Verbesserung der Lebensumstände für alle im Quartier mitwirken möchten.

Zwei Mitarbeiterinnen der Katholischen Jugendagentur sind als Quartiersentwicklerinnen für die Koordination des Prozesses zuständig, agieren dabei aber nicht als Macher-, sondern als „Ermöglicherinnen“. Ausgehend von einem wöchentlich stattfindenden offenen Treff sind innerhalb der ersten sechs Monate mit einem Sprachcafé und einem Kreativ-Treff bereits weitere Begegnungsangebote entstanden. Der Kreis der Teilnehmenden ist dabei sowohl generationen- als auch nationenübergreifend.

Weitere Informationen und Ansprechpersonen finden Sie auf der Internetseite der Stadt Burscheid (<https://www.burscheid.de/portal/seiten/stadtunkt-burscheid-gemeinsam-gestalten-900000146-40230.html>).

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Die strukturelle Veränderung beim Burscheider Büdchen hat spürbare Auswirkungen auf die Erreichbarkeit der Zielgruppen und die Wahrnehmung der verschiedenen Beratungs- und Unterstützungsangebote. Gemeinschaftlich müssen alternative Ansätze erarbeitet werden, wie die reduzierte **Beziehungsarbeit im Wohnplatz** kompensiert werden kann. Des Weiteren soll unter anderen die **transparente Darstellung vorhandener Angebote und Strukturen**, die **Vernetzung hauptamtlicher Akteure** sowie die Schnittstellenarbeit verbessert werden. Dies betrifft insbesondere die weiterführende Schule in Burscheid als wichtiger Schnittstellenakteur zu der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen.

Eine Herausforderung in dem Kontext wird es zudem sein, die entwickelten **sozialräumlichen Angebote** wie zum Beispiel das Elterncafé oder die Familiensprechstunden der Frühen Hilfen zu **verstetigen** und weiterzuentwickeln. Ein zusätzlicher Bedarf wird von den Fachexpertinnen und -experten vor allem bei den Angeboten zur Digitalisierungs- und Medienkompetenz der verschiedenen Zielgruppen gesehen.

Bis Ende 2027 sollen im Rahmen der **Quartiersentwicklung „Stadtunkt“** gemeinsam mit den Menschen im Quartier nachbarschaftliche Begegnungs-, Unterstützungs- und Hilfsnetzwerke aufgebaut werden. Sollte das Projekt über den Förderzeitraum hinaus fortgeführt werden, ist eine Erweiterung der Zielgruppen um die Seniorinnen und Senioren angedacht, um u. a. das Thema ‚Einsamkeit im Alter‘ zu bearbeiten und dem großen Bedarf nach Begegnung und Begegnungsorten zu gewährleisten.

Hinsichtlich der neu hinzugekommenen Zielgruppen gilt es Bedarfe und Herausforderungen durch die Einbindung weiterer Fachakteurinnen und -akteure sowie der Zielgruppe weiter zu konkretisieren. Die Neustrukturierung nach der Trennung der Senioren- und Pflegeberatung birgt zum einen die Chance eines strukturellen Ausbaus der **kommunalen Seniorenarbeit**, hat jedoch bei der Zielgruppe auch zu Unsicherheiten geführt, so dass viel Kommunikationsarbeit bezüglich der jeweiligen Aufgabenfelder geleistet werden muss.

7.6. Cremers Weiden (Leichlingen)

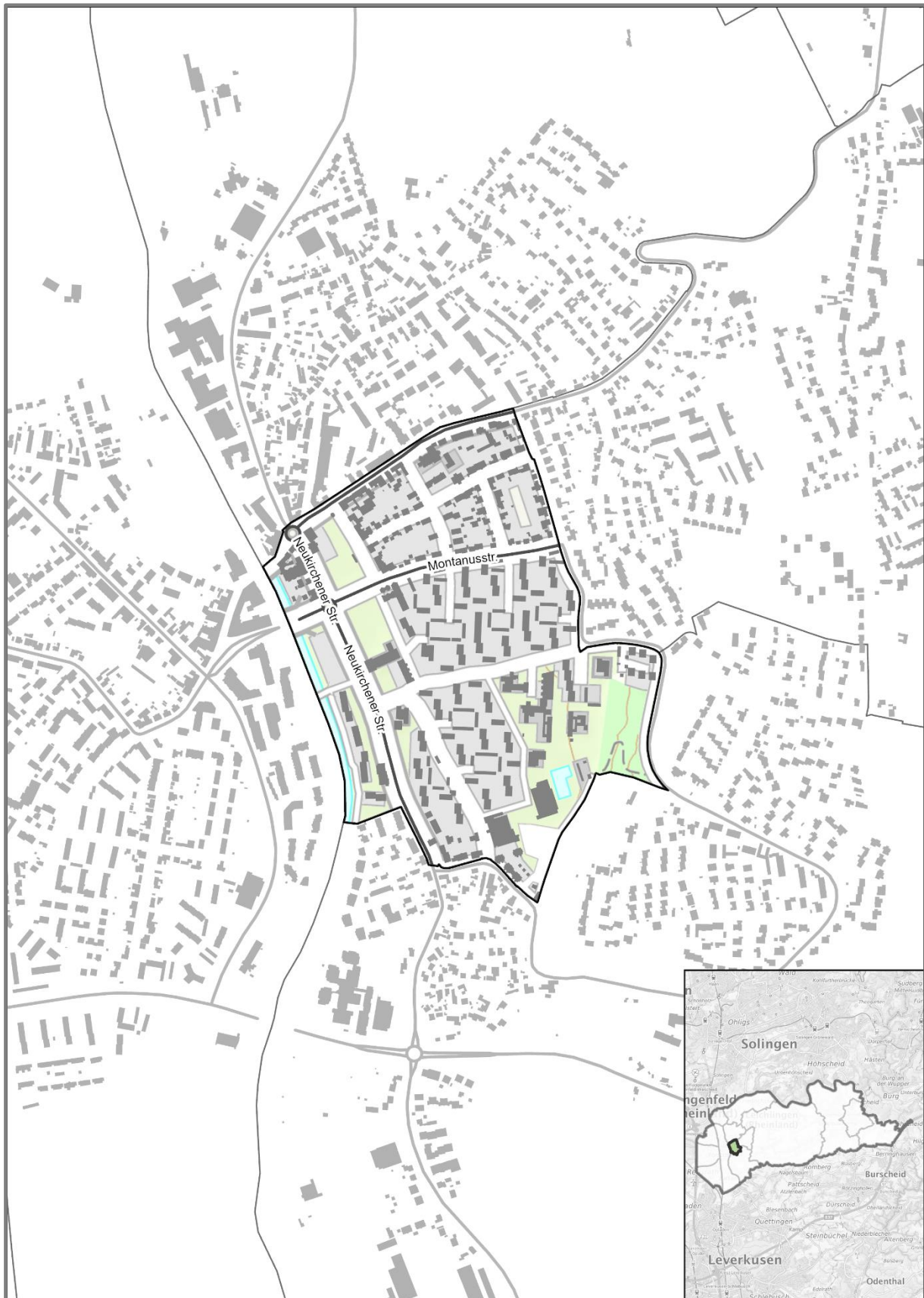


ABBILDUNG 85: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Cremers Weiden

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.6.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Leichlingen

Fläche: 0,34 km²

Einwohnerzahl: 2.117 (6.226 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

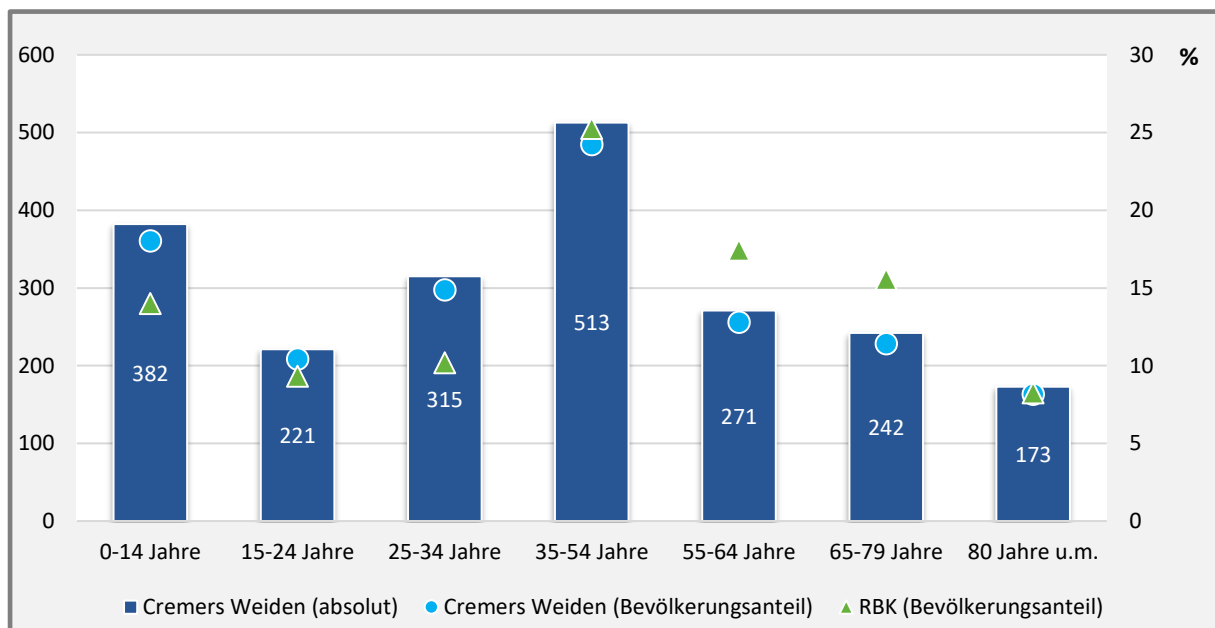


ABBILDUNG 86: Einwohnerzahlen im WPS Cremers Weiden nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Cremers Weiden - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Cremers Weiden erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 47,10 und weicht damit 2,94 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der zweithöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 87 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

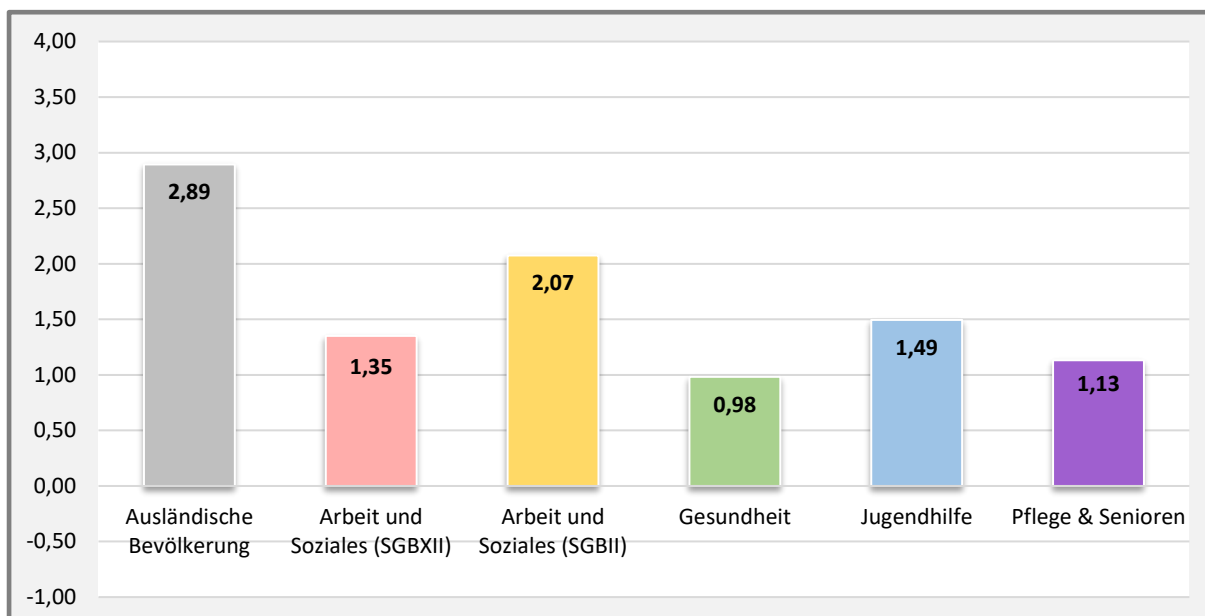


ABBILDUNG 87: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Cremers Weiden (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 88 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 89 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Leichlingen sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 90 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

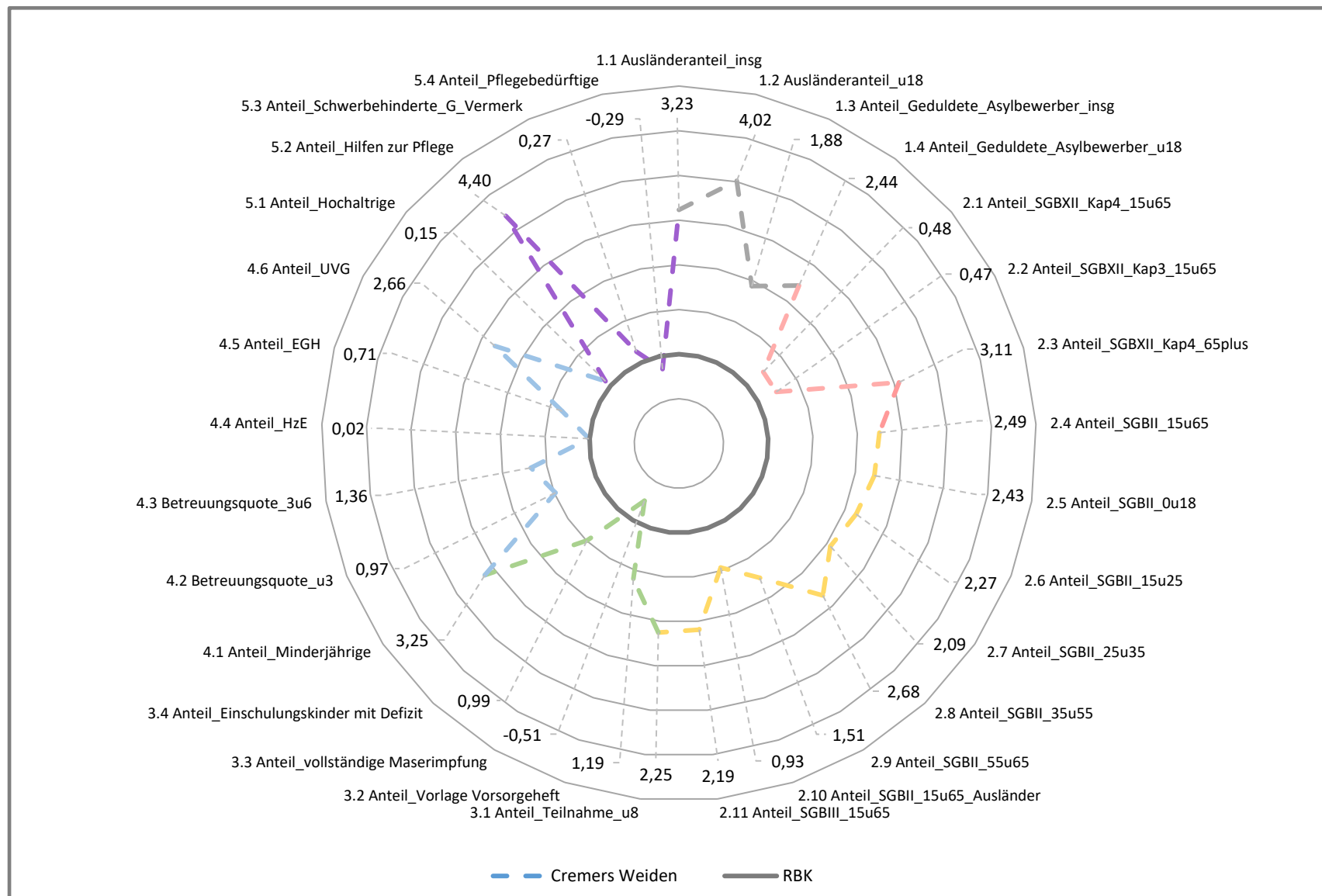


ABBILDUNG 88: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Cremers Weiden
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

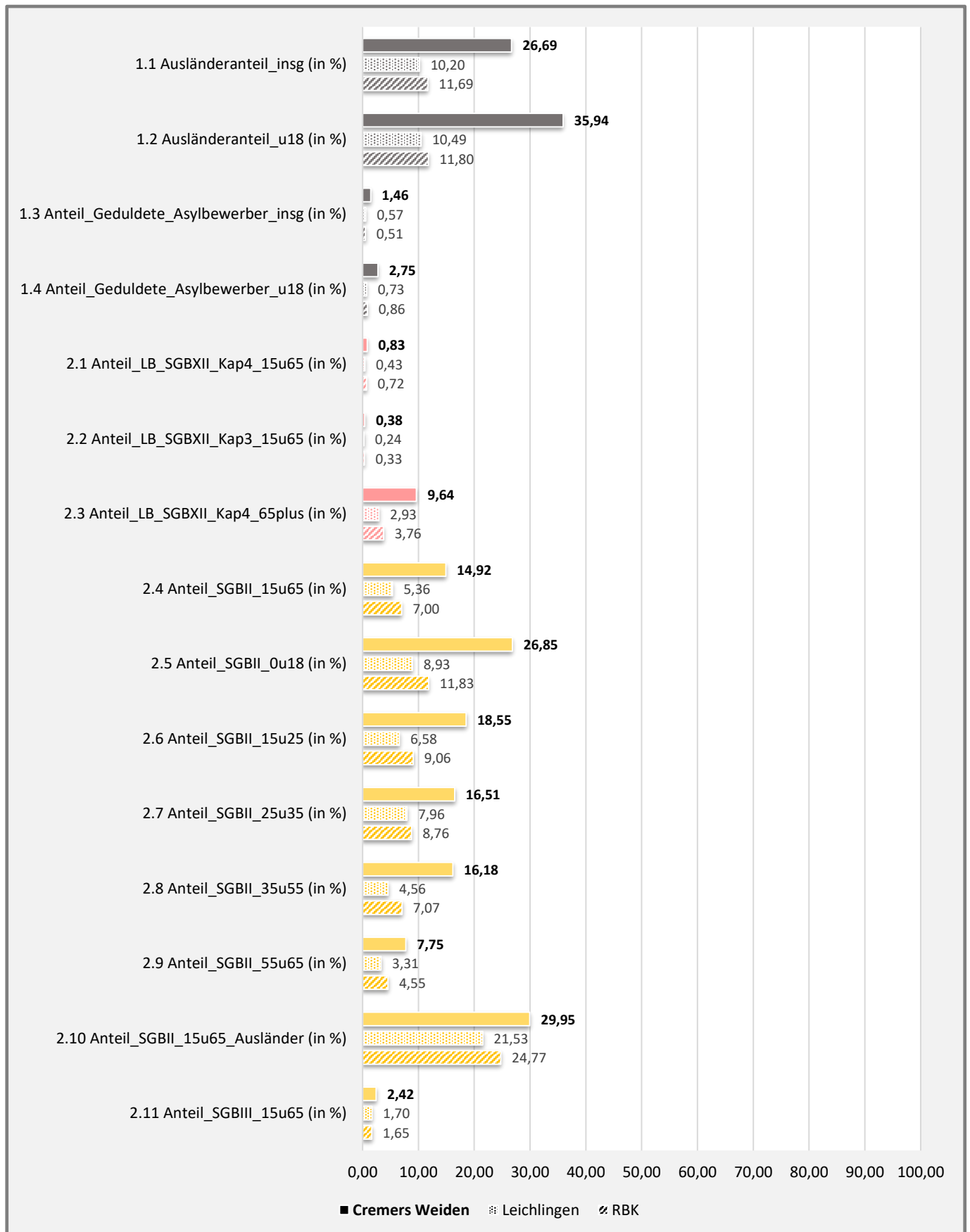


ABBILDUNG 89: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Leichlingen und WPS Cremers Weiden
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

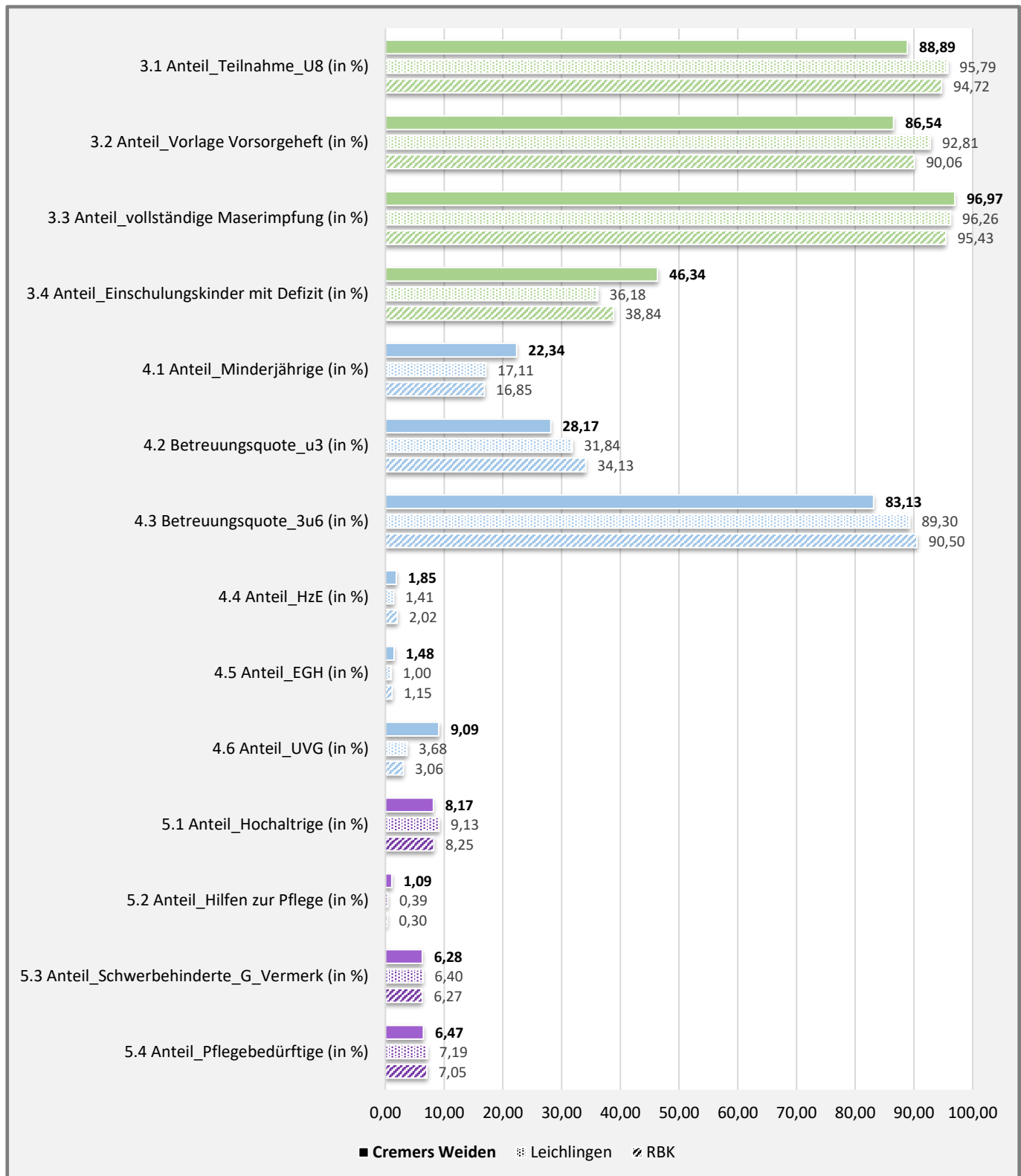


ABBILDUNG 89 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Leichlingen und WPS Cremers Weiden
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

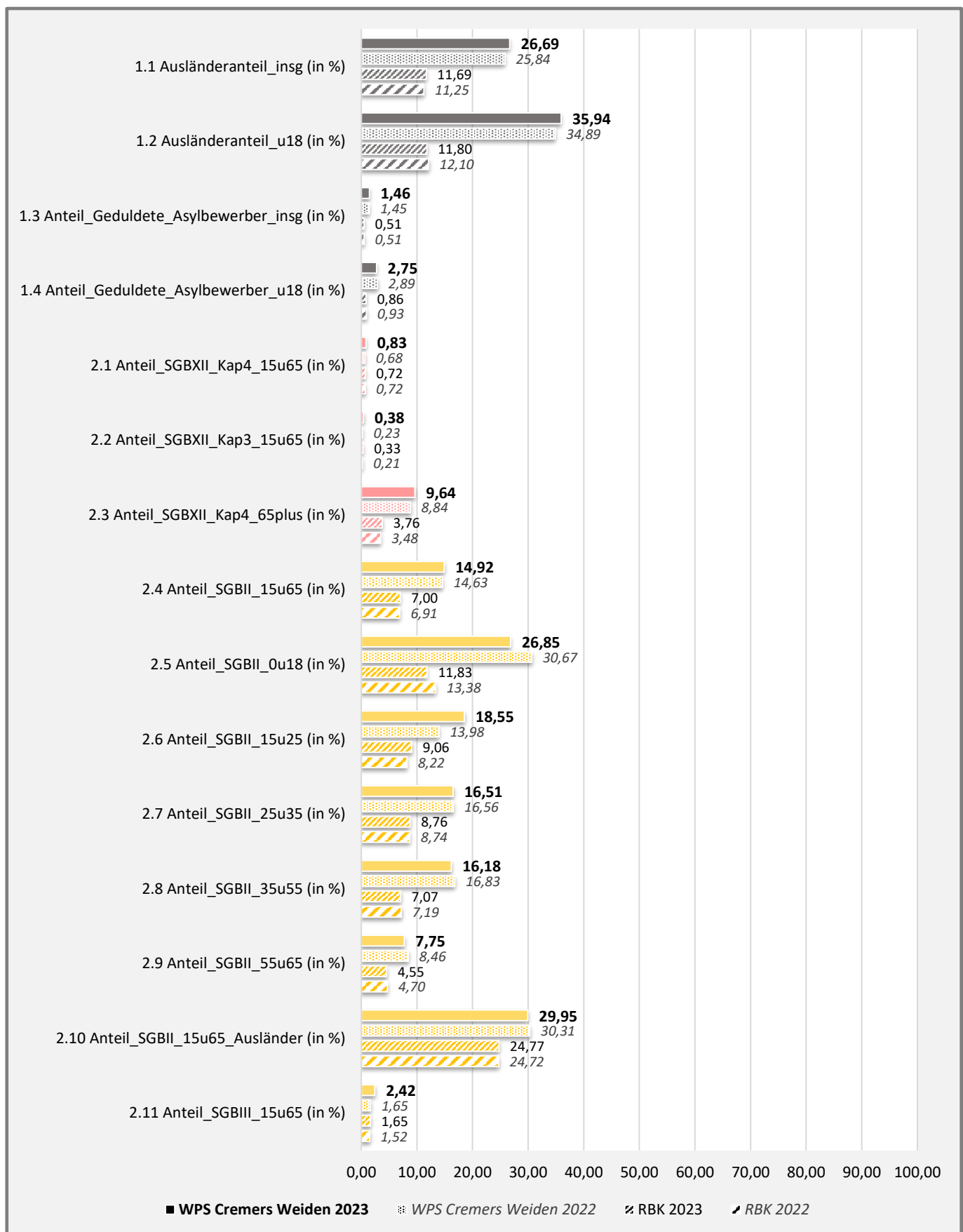


ABBILDUNG 90: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Cremers Weiden für die Jahre 2022 und 2023

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

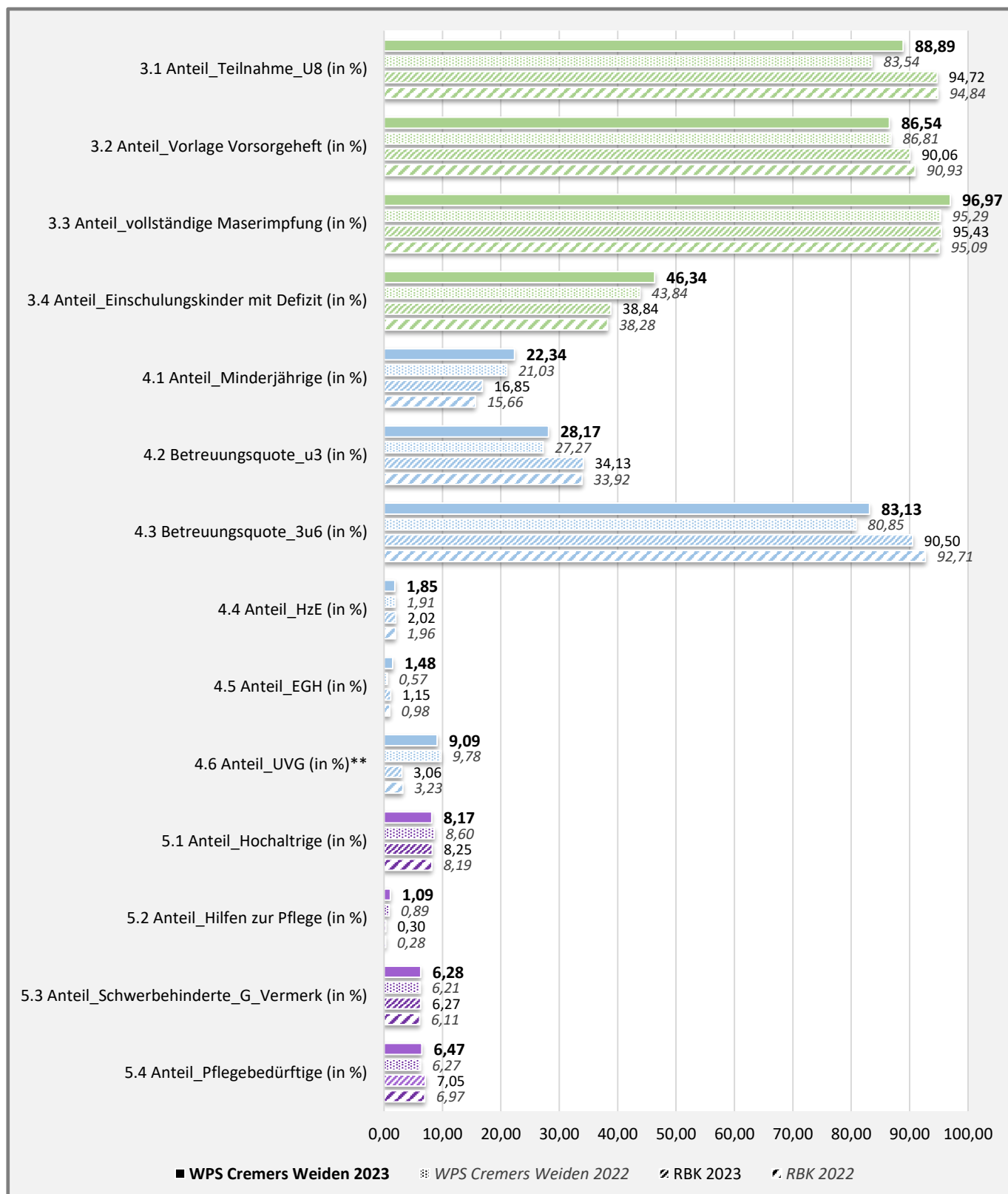


ABBILDUNG 90 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Cremers Weiden für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösraht die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.6.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

WIR IN CREMERS WEIDEN – ENGAGIERT FÜR JUNG UND ALT

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Bei dem Wohnplatz Cremers Weiden handelt es sich um einen Wohnplatz mit hohem Handlungsbedarf, der allerdings nicht als „Brennpunkt“ bezeichnet werden kann.

Kennzeichnend für den Wohnplatz ist insbesondere die Bebauung durch Mehrfamilienhäuser aus den 1960er Jahren südlich der Montanusstraße. Der Wohnplatz ist ruhig und die vorhandenen Grün- und Spielflächen bieten Möglichkeiten zum Austausch. Zwei neugestaltete Stadtparks erweitern das Spielplatzangebot und das Frei- und Hallenbad bietet verschiedene Sport- und Freizeitangebote. Durch die zentrale Lage des Wohnplatzes können viele infrastrukturelle Angebote fußläufig erreicht werden. Mit dem Busbahnhof ist eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), z. B. nach Leverkusen vorhanden. Die Schließung des zentralen Lebensmittelversorgers im Wohnplatz wird insbesondere von den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern als großer Verlust empfunden. Ein neuer Lebensmittelversorger befindet sich allerdings bereits in der Fertigstellung. Viele Wohngebäude im Wohnplatz stammen aus den 1960er Jahren und weisen eine marode Bausubstanz auf. Das Hochwasser im Juli 2021 sowie diverse Heizungsausfälle haben zu einer weiteren Verschlechterung der Wohnverhältnisse (u. a. Schimmelbefall) geführt.

Die Bevölkerung in Cremers Weiden ist zum einen durch einen hohen Bevölkerungsanteil der unter 45-Jährigen sowohl im innerstädtischen als auch kreisweiten Vergleich gekennzeichnet. Zum anderen leben viel Hochaltrige im Wohnplatz. In circa einem Viertel aller Haushalte in Cremers Weiden leben nach Angaben des Zensus 2022 ausschließlich Personen über 65 Jahren. Bei ungefähr zwei Dritteln dieser Haushalte handelt es sich um alleinstehende Seniorinnen und Senioren. Für viele der älteren Bewohnerinnen und Bewohner, die häufig bereits seit der Errichtung der Mehrfamilienhäuser in Cremers Weiden leben, besteht das Problem, dass die Altbauten nicht barrierefrei sind. Hinzu kommt bei einem Großteil der älteren Bevölkerung ein zunehmender Unterstützungsbedarf, der allein aus dem bestehenden Nachbarschaftsnetzwerk nicht mehr bestritten werden kann. Daher wäre zusätzlich zu den Angeboten des Quartiersbüros ein weiterer Ausbau des generationsübergreifenden Austauschs und der Hilfenetzwerke wünschenswert.

Überdurchschnittlich viele Seniorinnen und Senioren sind zudem auf eine Grundsicherung im Alter angewiesen. Ihr Anteil ist seit 2016 von knapp 4 % auf knapp 10 % angestiegen. Die hohe Quote im Bereich der Altersarbeitslosigkeit lässt vermuten, dass sich der Anteil an Empfängerinnen und Empfängern einer Grundsicherung im Alter zukünftig noch weiter erhöhen wird. Darüber hinaus hat sich der Bedarf an Hilfen zur Pflege seit 2019 verdoppelt und liegt weit oberhalb des städtischen und kreisweiten Mittelwerts.

Über die verschiedenen Altersklassen hinweg verzeichnet Cremers Weiden einen hohen SGB-II-Anteil. Die Werte betragen zum Teil das Doppelte bzw. Dreifache der städtischen und kreisweiten Vergleichswerte. Besonders auffällig ist die Diskrepanz beim Anteil Kinder in einer SGB-II-Bedarfsgemeinschaft: Obwohl sich Ihr Anteil seit 2016 deutlich um gut zehn Prozentpunkte reduziert hat, liegt der Wert für Cremers Weiden weiterhin um ca. 18 Prozentpunkte über dem Wert für die Stadt Leichlingen.

Betrachtet man die Entwicklung der SGB-II-Quoten in Cremers Weiden, so lässt sich nach einem Rückgang der Werte bis zum Jahr 2021 wieder ein Anstieg feststellen. Dieser kann zum Teil durch den Zuzug

der Ukraine-Flüchtlinge erklärt werden. Die Mitarbeitenden des Jobcenters berichten von einer deutlichen Zunahme psychischer Erkrankungen bei den Leistungsempfängerinnen und -empfängern. Zudem stellen Suchtproblematiken, Vorstrafen und Erziehungskompetenzen häufige Beratungsthemen dar.

Darüber hinaus verzeichnet das Sozialamt steigende Fallzahlen bei den Anträgen für einen Wohnberechtigungsschein. Dieser ermöglicht einkommensschwächeren Haushalten eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnung zu beziehen.

Der Anteil an Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ist während der letzten Jahre kontinuierlich gestiegen. Bei den unter 18-Jährigen hat sich der Anteil seit 2016 verdoppelt und ist inzwischen dreimal so hoch wie im kreisweiten oder kommunalen Mittel. Die Zahl an Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie geduldeter Personen hat sich seit 2016 zwar nahezu halbiert, ihr Anteil beträgt jedoch ebenfalls ungefähr das Dreifache der Vergleichswerte. Es kann somit von einem erhöhten Integrationsbedarf ausgegangen werden.

Die Betreuungsquoten im u3-Bereich haben sich in den letzten Jahren positiv entwickelt und sind mittlerweile doppelt so hoch wie noch 2019. Dennoch sind die Betreuungsquoten sowohl im u3- als auch im ü3-Bereich unterdurchschnittlich. Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen weisen darauf hin, dass fast jedes zweite Kind zu Beginn seiner Schulzeit ein sprachliches und/ oder körperliches Defizit hat. Dabei sind die sprachlichen Defizite mit 63 % am häufigsten vertreten, gefolgt von einem zu hohen/niedrigen Body-Mass-Index (55 %) und mangelnder Koordinationsfähigkeit (16 %). Auffällig bei den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchung ist zudem die niedrige Teilnahmequote an der U8-Untersuchung.

Aus den Erfahrungen der Jobcenter-Mitarbeitenden und den überdurchschnittlich hohen Unterhaltsvorschusszahlungen des Jugendamtes lässt sich ableiten, dass viele der Familien im Wohnplatz alleinerziehend sind. Dies bestätigen auch Daten aus dem Zensus 2022, nach denen fast jede dritte Familie aus einer alleinstehenden Mutter bzw. einem alleinstehenden Vater besteht. Der bis 2016 noch deutlich überdurchschnittlich hohe Anteil geleisteter Hilfen zur Erziehung (HzE) ist zwar während der letzten Jahre auf einen Wert in Höhe des Kreismittelwertes gesunken, bleibt aber weiterhin eine Herausforderung im Wohnplatz.

Der schlechte Zustand der Wohnungen, ihre fehlende Barrierefreiheit und die prekäre finanzielle Situation vieler Bewohnerinnen und Bewohner haben aus Sicht der hauptamtlichen Akteurinnen und Akteure zu einer hohen Unzufriedenheit der Menschen im Wohnplatz geführt.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Familien mit Unterstützungsbedarf im Bereich Erziehungskompetenz

Handlungsempfehlung 1: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum eine Bewertung bestehender Angebote für Erziehende vor dem Hintergrund lokaler Bedarfe, um mögliche Lücken zu identifizieren und passgenaue Lösungen zu entwickeln. Dabei sollen Möglichkeiten der stärkeren Vernetzung bestehender Helfersysteme geprüft werden.

Begründung: In Cremers Weiden gibt es einen im kreisweiten Vergleich einen hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen, die Hilfen zur Erziehung (HzE) beziehen. Die Quote ist zwar nicht mehr so hoch wie beispielsweise noch 2016, hinsichtlich der späteren (Bildungs-, Arbeits- und Lebens-) Biografie ist es dennoch wichtig, Kinder und Jugendliche frühzeitig zu fördern und die Erziehenden bei ihren Aufgaben

zu unterstützen. Die Stadt Leichlingen bietet bereits verschiedene Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien an. Vor dem Hintergrund der hohen HzE-Quote in Cremers Weiden stellt sich die Frage, ob die vorhandenen Angebote ausreichend und passgenau sind.

Zielgruppe 2: Seniorinnen und Senioren mit Unterstützungsbedarf

Handlungsempfehlung 2: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren sowie zum Ausbau generationenübergreifender Netzwerke zu initiieren. Vorher sollte eine Bewertung bestehender Angebote im Handlungsraum erfolgen.

Begründung: In Cremers Weiden leben überdurchschnittlich viele ältere Menschen, die größtenteils schon seit der Entstehung der Mehrfamilienhaussiedlung in den 1960er Jahren in dem Wohnplatz leben. Viele dieser Häuser sind trotz kürzlich vorgenommener Renovierungsarbeiten nicht vollständig barrierefrei, so dass den Bewohnern die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert wird. Durch die Schließung des örtlichen Nahversorgers entfällt zudem bis zur Eröffnung des neuen Lebensmittelversorgers die Möglichkeit, alltägliche Besorgungen fußläufig zu erledigen. Diese Personen können durch nachbarschaftliche Netzwerke in ihrem Alltag unterstützt werden und gleichzeitig das gesellschaftliche Zusammenleben gefördert werden. Im Idealfall kann dadurch sogar der Umzug in eine Pflegeeinrichtung verhindert oder zumindest verzögert werden. Auch junge Familien können von einem generationenübergreifenden Netzwerk z. B. durch zusätzliche Möglichkeiten der Kinderbetreuung profitieren.

Zielgruppe 3: Junge Menschen im SGB-II-Leistungsbezug und ihre Familien

Handlungsempfehlung 3: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum exemplarisch Maßnahmen zur Unterstützung junger Menschen und ihrer Familien bei der Integration in Arbeit zu entwickeln. Dabei soll ein besonderer Schwerpunkt auf die alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften gelegt werden.

Begründung: In Cremers Weiden leben überdurchschnittlich viele Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. In jeder zweiten Bedarfsgemeinschaft leben Kinder oder Jugendliche, wovon wiederum jede zweite aus einem alleinerziehenden Elternteil besteht. Das Aufwachsen in prekären Verhältnissen und frühe Misserfolge am Arbeitsmarkt wirken sich nachhaltig negativ auf die (Erwerbs-)Biografie junger Menschen aus. Es empfiehlt sich daher, die im Wohnplatz bestehenden Beratungsangebote zur Entwicklung beruflicher Perspektiven sowie die flankierenden Netzwerke im sozialen und gesundheitlichen Sektor für SGB-II-Leistungsberechtigte und ihre Familien zu prüfen und Lücken zu identifizieren. Akteurinnen und Akteure, welche die Bedingungen vor Ort sehr gut kennen, können bestehende Netzwerke nutzen/erweitern und flankierende Hilfeketten zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit in Cremers Weiden initiieren.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Fachbereich 2 – Soziales, Jugend, Bildung und Sport

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- Diakonisches Werk
- Jobcenter Rhein-Berg
- Diverse Akteurinnen und Akteure im Rahmen des Quartiersbüros

7.6.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Im März 2023 wurde das neue **Quartiersbüro** in der Kirchstraße in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Werk und weiteren freien Trägern eröffnet. In acht Büros finden dort verschiedene niederschwellige Beratungsangebote der Stadtverwaltung sowie anderer Träger statt. Zusätzlich bietet das Quartiersbüro mit dem großen Veranstaltungsraum und einer Küche den Menschen im Quartier Möglichkeiten der Begegnung. Aktuell finden z. B. ein Schachtreff, ein Literaturclub, ein Schnullercafé, ein Brunch sowie Treffen unterschiedlicher Selbsthilfegruppen in den Räumlichkeiten statt. Circa 40 % der Angebote im Quartiersbüro entstammen den Ideen und Bedürfnissen der Bürgerschaft. Zwei Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung teilen sich die Leitung des Quartiersbüros. Sie koordinieren die Angebote, sind Ansprechpartnerinnen für die Beraterinnen und Berater und organisieren zusammen mit einem engagierten Team aus Ehrenamtlichen und Mitarbeitenden eine Vielzahl von Veranstaltungen.



Mit Mitteln aus der Städtebauförderung wurde im Wohnplatz die Idee eines **Stadtgartens** umgesetzt. In Kooperation der Stadtnetwerkerinnen und dem Diakonischen Werk wurden zehn Hochbeete aufgestellt, die den Menschen aus kleinen Wohnungen ohne Garten oder Balkon die Möglichkeit bietet, auf städtischen Flächen unentgeltlich Gemüse, Obst oder Kräuter anzubauen. Das „Urban Gardening“ stellt eine sinnstiftende Freizeitbeschäftigung dar, stärkt das Gemeinschaftsgefühl und liefert einen Beitrag zur Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln.

Kinder-, Jugend- und Familienförderung

Mit dem Einstieg in das Landespräventionsprogramm „[kinderstark – NRW schafft Chancen](https://www.kinderstark.nrw/)³⁰“ intensiviert die Stadt Leichlingen seit 2021 ihre Anstrengungen, Kinder und Jugendliche besser vor Armut zu schützen und ihre Chancen auf einen Aufstieg durch Bildung weiter zu erhöhen. In diesem Zusammenhang hat der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie begonnen, Angebote und Akteure im Sinne von chancengerechtem und gelingendem Aufwachsen zu koordinieren. Anhand der kommunalen Präventionskette sollen Maßnahmen verzahnt und ausgeweitet werden, so dass alle Leichlinger Kinder, Jugendliche und Familie bestmöglich an lokalen (Kinder- und Jugendhilfe-) Strukturen teilhaben und sich beteiligen können. Hierbei steht die sozialräumliche Ausrichtung von Angeboten im besonderen Fokus. Aufgrund der hohen Betroffenheit wird ein Schwerpunkt des Projekts auf dem Wohnplatz Cremers Weiden liegen.



Um das Angebot der niederschweligen Unterstützung und Förderung von Kindern, Eltern und Familien im Wohnplatz zu erweitern hat die dortige Kindertagesstätte den Qualifizierungsprozess zu einem **Familienzentrum** durchlaufen. Darüber hinaus wurde das Angebot der **Elternberatung** erweitert und in die Räumlichkeiten des Quartiersbüro verlagert. Dort werden auch Sprechstunden der Frühen Hilfen des Gesundheitsamts angeboten. Kinderkrankenschwestern und Familienhebammen beraten Eltern von Kindern bis zu drei Jahren individuell zu verschiedenen Themen wie z. B. Stillen, Schlafen oder Beikost. Die Beratungen werden sehr gut wahrgenommen.

³⁰ <https://www.kinderstark.nrw/>

Durch die Aufstockung der Kapazitäten der Offenen Ganztagschule (OGS) und die Reduktion der Größe der Eingangsklassen an der ansässigen Grundschule werden die Bildungschancen zusätzlich gestärkt und von den sozialen Verhältnissen der Eltern gelöst. Zudem wurde an der Schule die **Schulsozialarbeit** in Zusammenarbeit mit der Katholischen Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (KJA) ausgebaut. Schulsozialarbeit ist eine präventive Form der Jugendhilfe zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter. Durch die frühzeitige Bereitstellung von Hilfsangeboten sollen gute Entwicklungsbedingungen für Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf im Rahmen ihrer schulischen, sozialen und/ oder beruflichen Integration geschaffen werden. Zudem fungiert die Schulsozialarbeit als Bindeglied zwischen Schule und Jugendhilfe und bieten unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften und außerschulischen Institutionen Unterstützung und Hilfestellung bei der Bewältigung von Schwierigkeiten und Problemlagen.

Unterstützung Erwerbsloser

Um den Zugang zu den Leistungen des Jobcenters zu erleichtern hat das Jobcenter einmal wöchentlich eine **Sprechstunde** im Quartiersbüros angeboten, die gut angenommen wurde. Das Angebot pausiert aktuell aufgrund knapper Ressourcen, soll perspektivisch aber wieder fortgesetzt werden.

Zusätzlich wurde Ende 2022 das Angebot der **aufsuchende Jugendsozialarbeit** in den Kommunen Burscheid und Wermelskirchen auf Leichlingen erweitert. Träger des Angebots „[Get up!](https://www.kja-lro.de/einrichtungen/beratungsstellen-00001/getup/)“³¹ ist die KJA. Das Angebot wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 25 Jahren, die von den herkömmlichen sozialen Institutionen nicht mehr erreicht werden bzw. erreicht werden wollen. Damit sind vor allem junge Menschen gemeint, die aufgrund ihrer individuellen Problemlagen vielfältige Hemmnisse unter anderem im Bereich Motivation/ Einstellung, sozialer Kompetenzen, Leistungsbereitschaft, Pflichtbewusstsein, Termintreue und Kooperationsbereitschaft aufweisen. Ihnen soll eine Förderung zuteilwerden, um so ihre individuellen Schwierigkeiten zu überwinden und sie dazu zu befähigen, eine schulische, ausbildungsbezogene und/ oder berufliche Qualifikation (wieder) aufzunehmen oder abzuschließen oder auch Sozialleistungen (wieder) in Anspruch zu nehmen. Neben der aufsuchenden Arbeit werden auch regelmäßige Sprechstunden im Quartiersbüro angeboten.



Unterstützung Zugewanderter

Der mit Unterstützung des Kommunalen Integrationszentrums eingerichtete Willkommenstreff für Neuzugewanderten in der Nähe des Wohnplatzes musste eingestellt werden. Dafür bietet das Amt für Soziales der Stadt Leichlingen ein erweitertes Angebot im Bereich der **Flüchtlingsberatung** an. Des Weiteren werden im Quartiersbüro mehrere interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten sowie eine Sprechstunde des Jugendmigrationsdienstes angeboten.

Konnten bereits Auswirkungen der Maßnahmen / des Prozesses festgestellt werden?

Eine Evaluation der Arbeit im Quartiersbüro steht noch aus. Unabhängig davon berichten die Fachakteurinnen und -akteure, dass aus ihrer Perspektive die Einrichtung des Quartiersbüros zu

³¹ <https://www.kja-lro.de/einrichtungen/beratungsstellen-00001/getup/>

einer besseren Vernetzung und Kenntnis der Angebote geführt hat. Dies ermöglicht eine ganzheitlichere Beratung und Unterstützung für die Menschen in Leichlingen und insbesondere den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnplatzes.

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Die Konzeption und die Angebote des Quartiersbüros sollen noch stärker an die Wünsche und Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner angepasst werden. Dies bedingt zum einen die Durchführung einer Evaluation des bisherigen Angebots und zum anderen die stärkere Einbindung der Bevölkerung.

Um in die Angebote des Quartiersbüro sowie des Familienzentrums noch bekannter zu machen, soll unter anderem die Pressearbeit ausgebaut werden. Grundsätzlich sollen **Bürgerbeteiligungsformate** stärker in die Fachplanungen im Sozialbereich integriert werden, um eine bessere Kenntnis über die Bedarfe der Menschen zu erlangen und Angebote noch passgenauer ausrichten zu können.

Das Jugendamt der Stadt Leichlingen arbeitet aktuell an der Fortschreibung des **Förderplan Beratung und Prävention**. Dessen Ergebnisse bieten gegebenenfalls eine Grundlage für den weiteren Aus- oder Umbau der sozialräumlichen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien.

Zudem gibt es erste Überlegungen des Jugendamts, dem Jobcenter sowie der BBvE (Berufsberatung vor dem Erwerbsleben) zum Aufbau einer **Jugendberufsagentur** in Leichlingen. Eine Jugendberufsagentur ist in der Regel ein regionaler Zusammenschluss der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter sowie dem Jugendamt, der junge Menschen auf dem Weg in Ausbildung und Beruf unterstützt.

7.7. Untereschbach (Overath)



ABBILDUNG 91: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Untereschbach

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.7.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Overath

Fläche: 2,13 km²

Einwohnerzahl: 1.367 (642 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

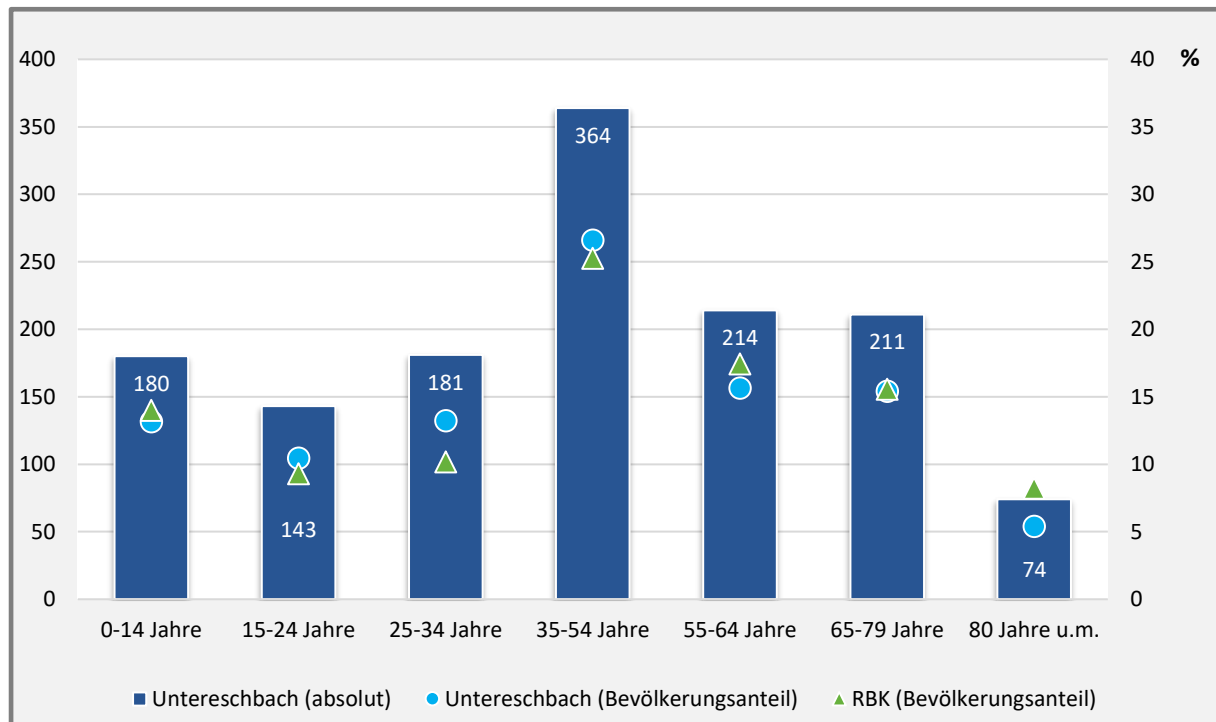


ABBILDUNG 92: Einwohnerzahlen im WPS Unteresbach nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Untereschbach - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Untereschbach erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 20,29 und weicht damit 1,26 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der neunthöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 93 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

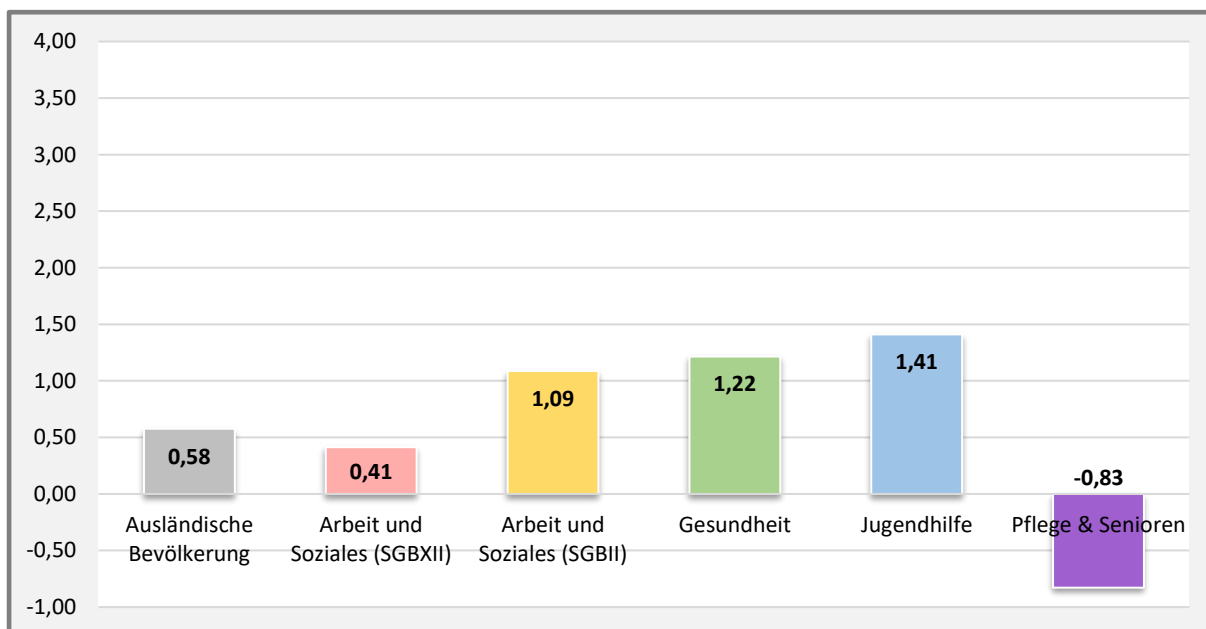


ABBILDUNG 93: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Untereschbach (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 94 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 95 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Overath sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 96 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

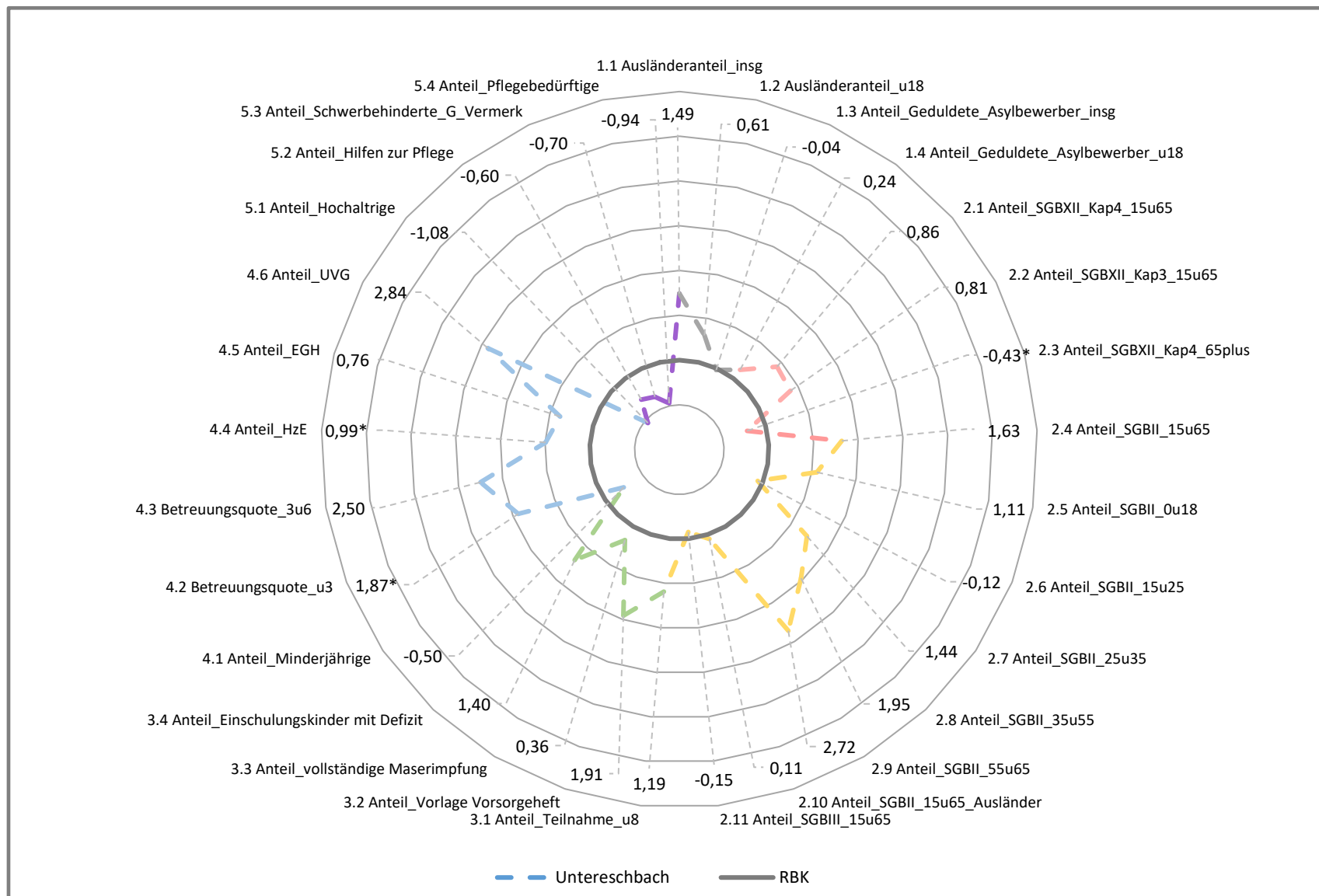


ABBILDUNG 94: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Unterschbach
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

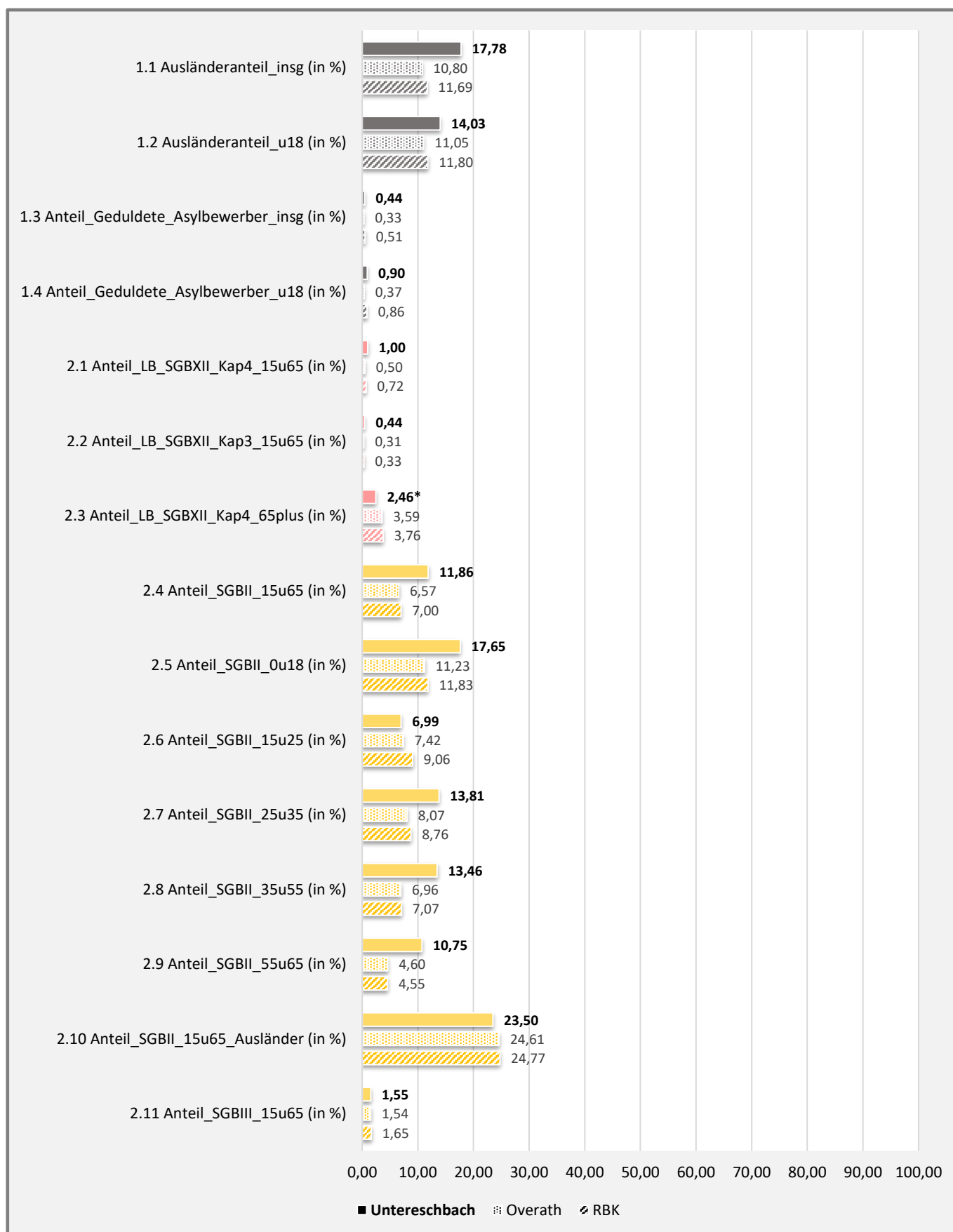


ABBILDUNG 95: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Overath und WPS Untereschbach
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

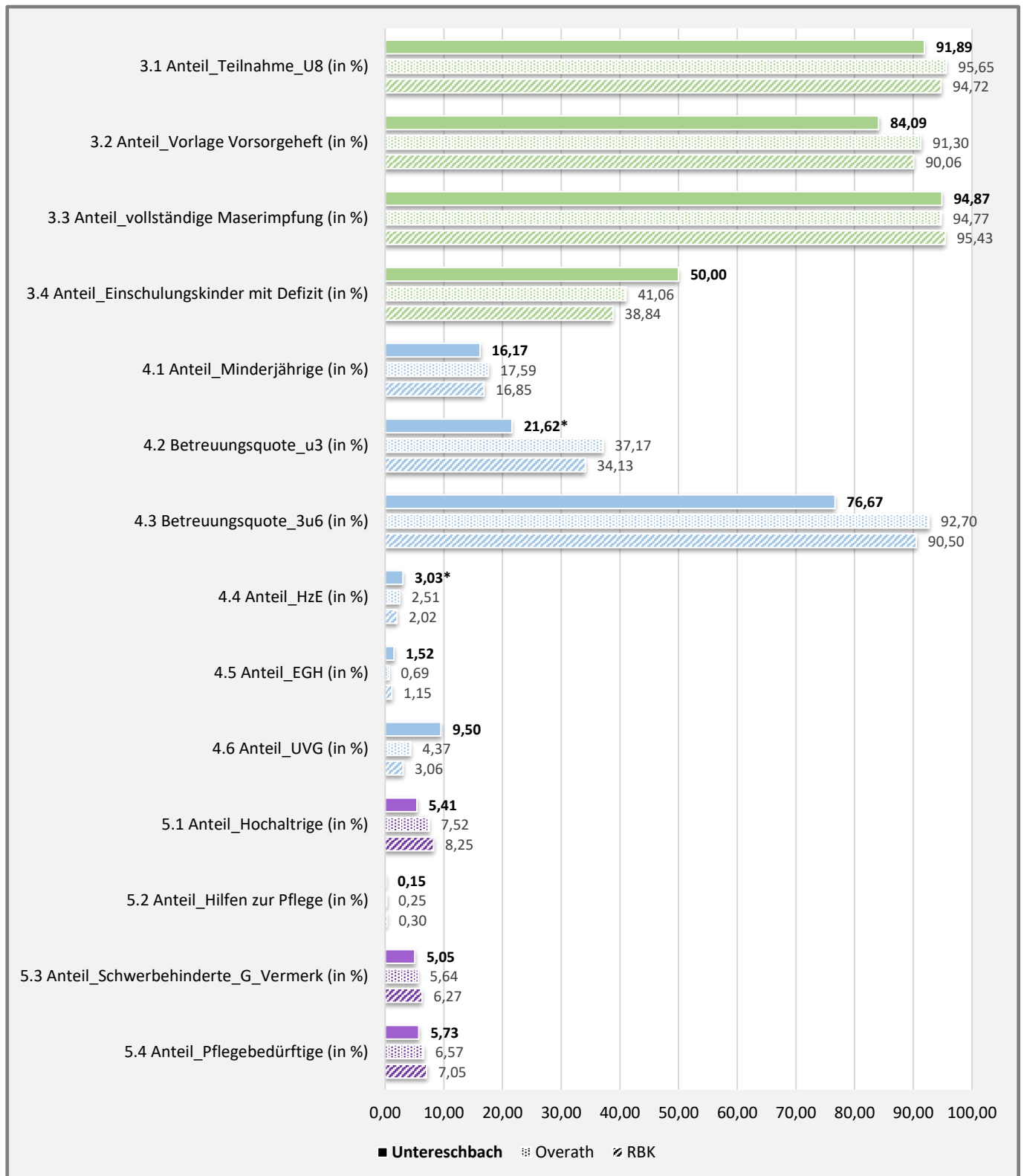


ABBILDUNG 95 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Overath und WPS Untererschbach
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

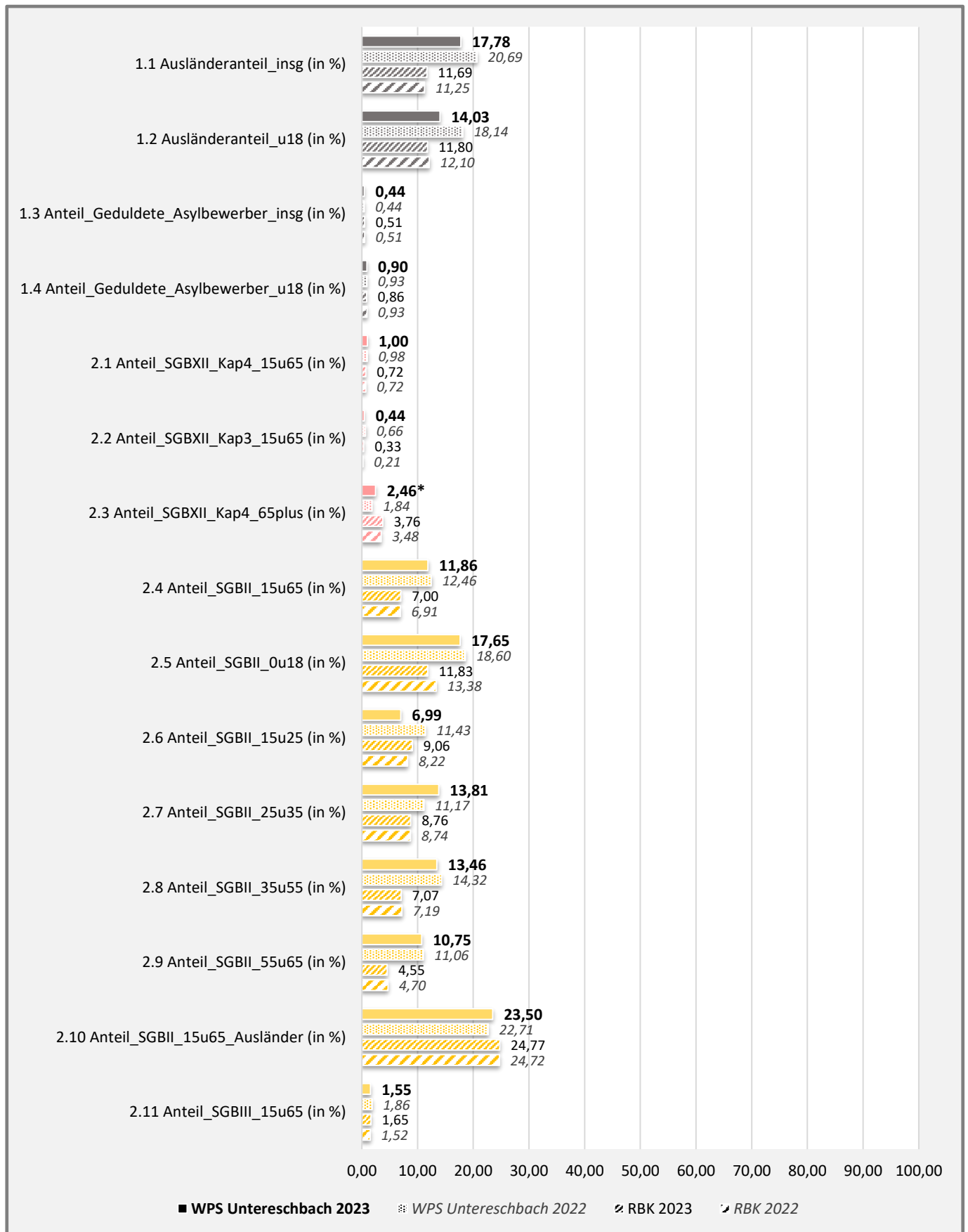


ABBILDUNG 96: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Untereschbach für die Jahre 2022 und 2023

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

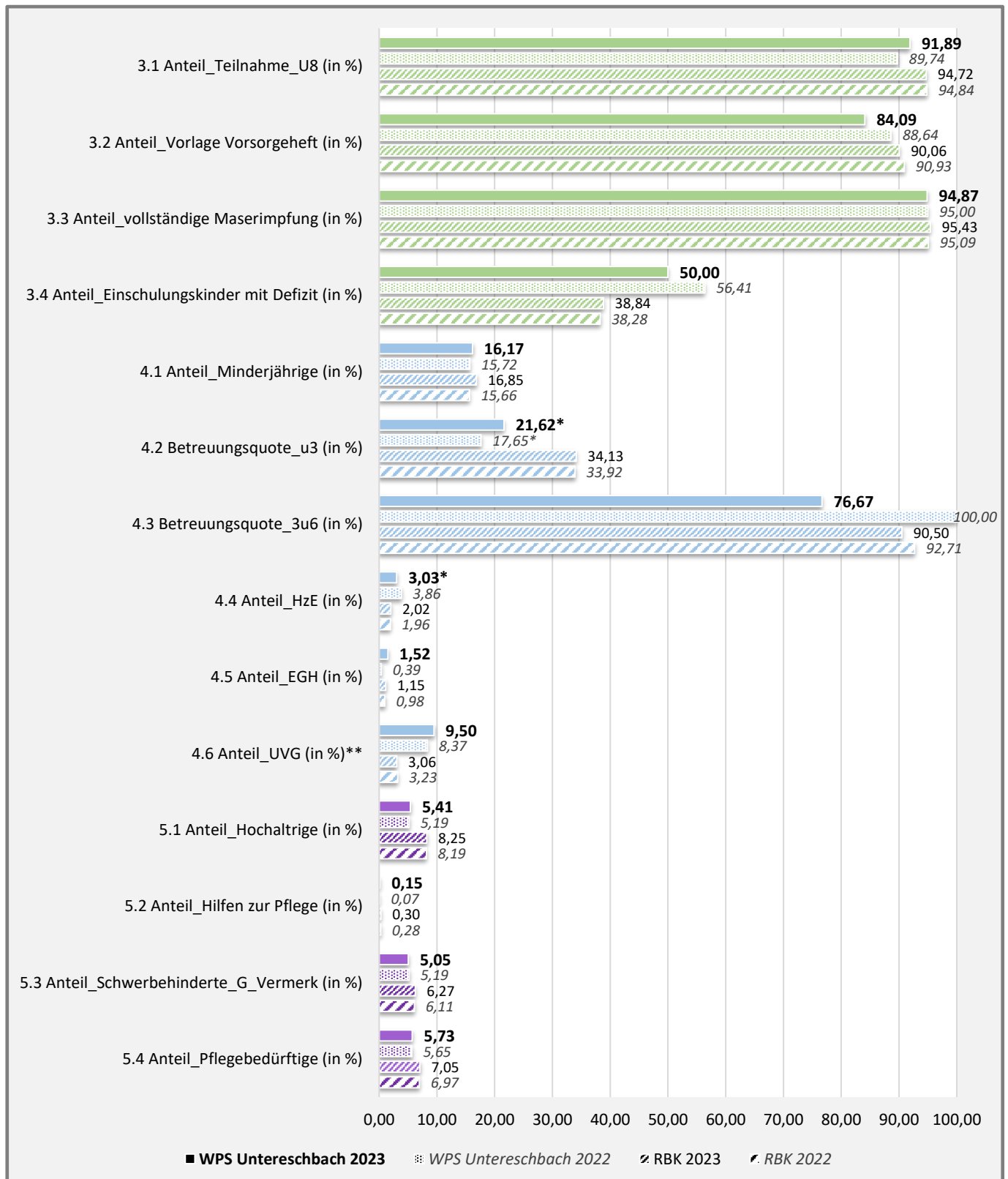


ABBILDUNG 96 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Untereschbach für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösraht die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Auswertung der Entwicklung der Indikatoren für den WPS Untereschbach zwischen den Zeitpunkten 2021 und 2023 (Dynamikindex)

Der Wohnplatz Untereschbach erzielte in der Dynamik-Auswertung einen Indexwert von 15,89 und weicht damit 1,96 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der fünft höchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 97 ist die durchschnittliche Differenz der Indikatoren je Themenschwerpunkt zwischen den Erhebungszeitpunkten 2021 und 2023 dargestellt.

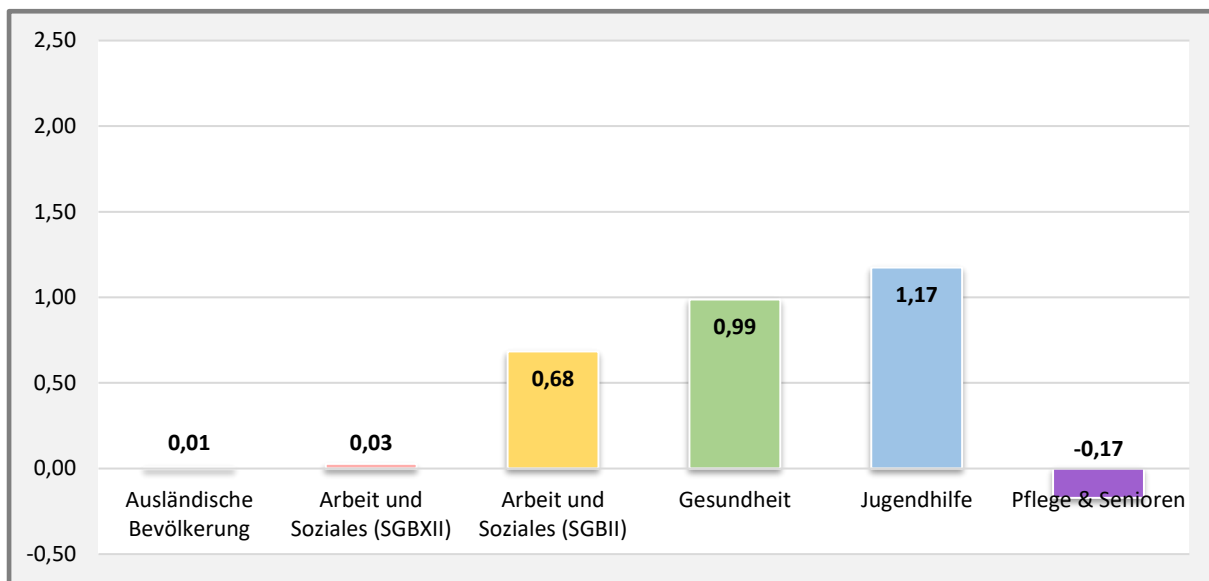


ABBILDUNG 97: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Untereschbach vom Mittelwert des Rheinisch-Bergischen Kreises (Dynamikindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 98 zeigt die Ausprägung der Indikatoren in den Jahren 2021 und 2023 für den Wohnplatz Untereschbach. Abbildung 99 betrachtet die Veränderung der Indikatoren zwischen den Jahren in Prozentpunkten. Die Einfärbung der Differenz bei jedem Indikator soll einen zusätzlichen Hinweis darauf geben, ob die Entwicklung positiv oder negativ zu bewerten ist (grün=positiv, rot=negativ).

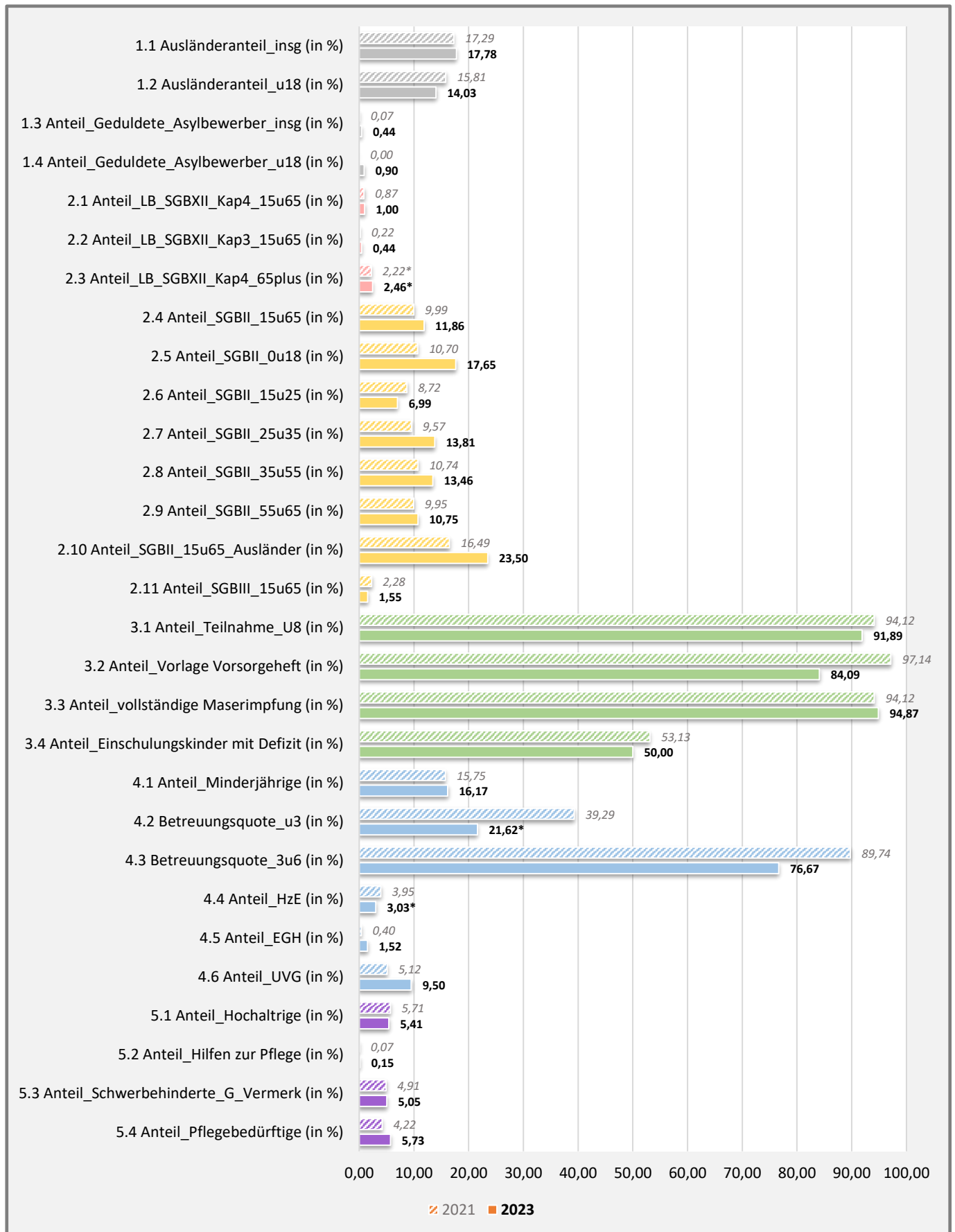


ABBILDUNG 98: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Untereschbach
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

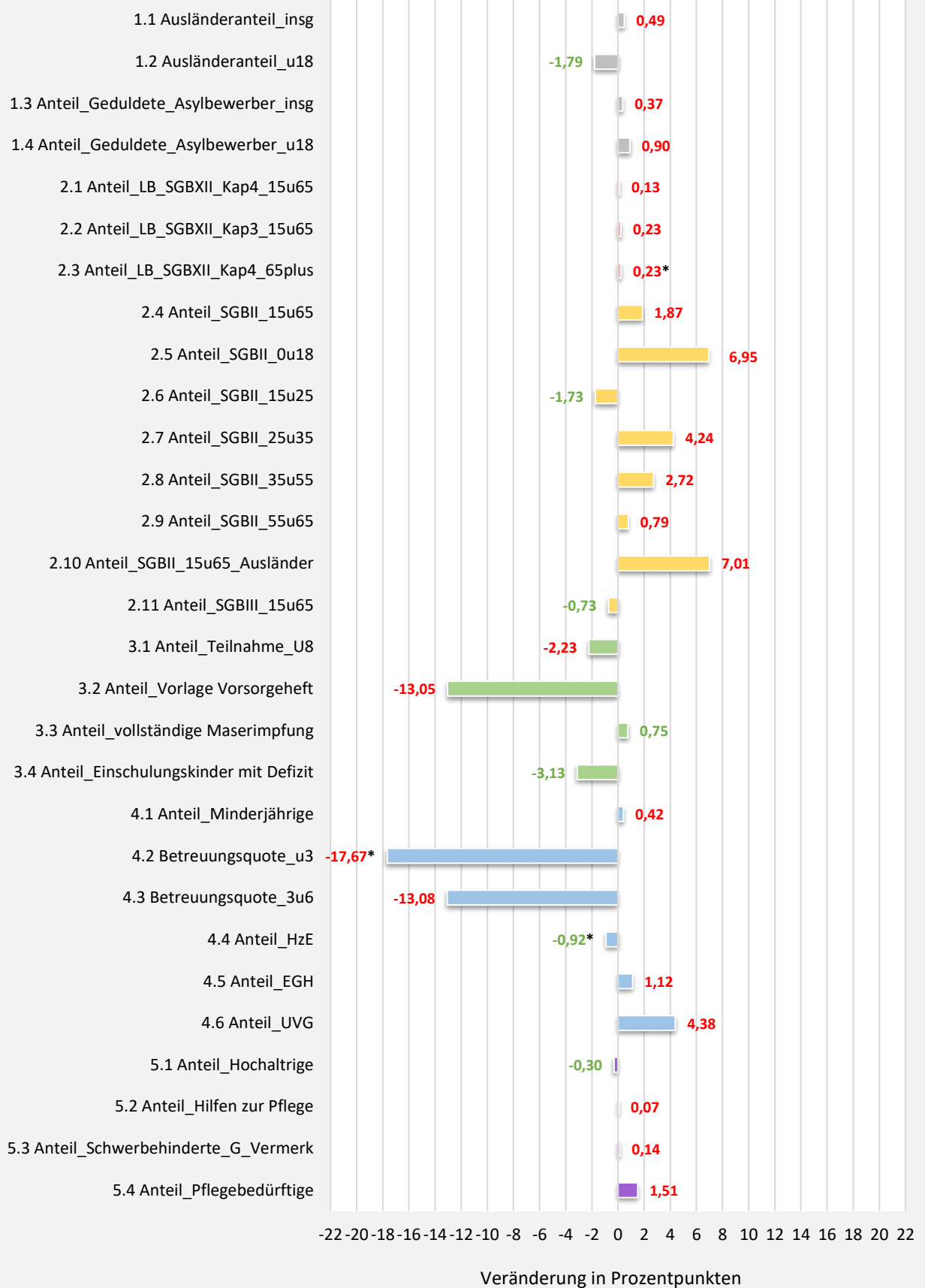


ABBILDUNG 99: Veränderungen der Indikatoren im Vergleich 2021 und 2023 für den WPS Untereschbach in Prozentpunkten
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.7.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

UNTERESCHBACH – MIT VIELFALT IN DIE ZUKUNFT

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Der Wohnplatz Untereschbach ist mit gut 1.300 Einwohnern der kleinste Wohnplatz Overaths. Sowohl aus städtebaulicher als auch sozialer Perspektive ist der Wohnplatz durch seine Vielfalt geprägt.

Durch die Kreuzung der Landstraßen 136 und 284 sowie der nahegelegenen Autobahnbrücke erhält der Wohnplatz seine charakteristische räumliche Gliederung. Die Wohnbebauung im Nordosten besteht zum Teil aus sozialem Wohnungsbau und auch im Bereich der zentraler gelegenen Olper Straße finden sich Wohngebäude mit schlechter Bausubstanz. Entlang der Landstraßen im Bereich der Autobahnauffahrt befinden sich überwiegend Gewerbeansiedlungen. Der südliche Teil Untereschbachs entlang der L284 weist in der Bebauungsstruktur noch Merkmale der ehemaligen Bergbausiedlung auf und beheimatet viele der älteren Bewohner des Stadtteils. An der östlichen Grenze des Wohnplatzes fließt die Sülz, die zusammen mit den weitläufigen Waldflächen im Westen Naherholungsgebiete im Wohnplatz darstellen.

Die Bevölkerungsstruktur des Wohnplatzes ist im Vergleich mit der der Stadt Overath durch einen relativ hohen Anteil Jugendlicher und junger Erwachsene zwischen 15 bis unter 30 Jahren geprägt. Der Anteil älterer Personen und Personen mit einer anhand des G-Vermerks im Schwerbehindertenausweis indizierten Mobilitätseinschränkung befinden sich aktuell im innerstädtischen Vergleich noch auf einem niedrigen Niveau, allerdings deuten die Entwicklungen der letzten Jahre sowie die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für den Wohnplatz darauf hin, dass die Themen Alter und Pflege zukünftig wachsende Herausforderungen darstellen.

Darüber hinaus ist Untereschbach der Wohnplatz mit dem höchsten Ausländeranteil in Overath. Seit dem Jahr 2016 ist dieser Anteil um mehr als fünf Prozentpunkte angestiegen. Mit der geplanten Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft für ungefähr 50 bis 60 Personen wird der Bedarf an Integrationsmaßnahmen in dem Wohnplatz in den nächsten Jahren weiter steigen.

Während es in Untereschbach kaum Bezieher von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII gibt, liegen die Quoten der Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem SGB II in fast allen untersuchten Altersklassen deutlich über dem Mittelwert der Stadt Overath und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Jedes sechste Kind (unter 18 Jahren) aus Untereschbach lebt in einer Bedarfsgemeinschaft. Eine positive Entwicklung gibt es bei den jungen Arbeitslosen zwischen 15 und unter 25 Jahren zu verzeichnen. Ihr prozentualer Anteil ist in etwa um ein Drittel gesunken und liegt in diesem Jahr erstmalig unter den städtischen und kreisweiten Vergleichswerten. Als häufige Ursachen für die Erwerbslosigkeit bei den unter 25-Jährigen berichten die Mitarbeitenden des Jobcenters von fehlender Ausbildung und/oder Motivation, Perspektivlosigkeit oder auch die familiäre Vorgeschichte. Zu einem Anstieg im Verlauf der letzten Jahre kam es hingegen bei der Alterserwerbslosigkeit (55 Jahre und älter) im Wohnplatz.

Viele der älteren Arbeitslosen berichten in den Beratungen des Jobcenters von körperlichen oder psychischen Erkrankungen. Dazu passt, dass in der Seniorenbefragung im Rahmen der Erstellung des Seniorenberichts 2023/2024 des Rheinisch-Bergischen Kreises 30 % der befragten über 65-Jährigen in Overath angeben, sich mehr soziale Kontakte zu wünschen. 27 % der befragten Seniorinnen und Senioren in Overath schätzen ihre Gesundheit als eher schlecht oder schlecht ein. Weiterhin wünschen sich

17 % der 65-Jährigen und Älteren Kurse und Beratung zum Umgang mit Stress und psychischen Belastungen. Auch im offenen Antwortfeld zur Frage „Haben Sie Wünsche, Verbesserungsvorschläge oder Ideen, um die Situation von Seniorinnen und Senioren vor Ort zu verbessern?“ haben die Befragten in Overath ihre Wünsche geäußert in Bezug auf Angebote für ältere Menschen: Mehr (fußläufige) Treff- und Begegnungsmöglichkeiten sowohl im Zentrum als auch in den Ortschaften / Dörfern schaffen (zum Beispiel Seniorenbegegnungsstätte, Kaffee-klatsch, „verlassene“ Gebäude wie zum Beispiel Kirchen nutzen); Kunsttreff; Seniorensport, Wandern; zu wenig (Freizeit-)Angebote für ältere und alleinstehende Menschen.

Trotz des überdurchschnittlichen Ausländeranteils im Wohnplatz liegt der Anteil Arbeitsloser innerhalb dieser Personengruppe leicht unter dem Niveau der Stadt Overath und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dies spricht für eine vergleichsweise gute Integration der nicht-deutschen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt. Als eine Folge der Corona-Pandemie kam es im Jahr 2020 zu einem deutlichen Anstieg der Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach dem SGB III (Arbeitslosengeld). Der Wert ist mittlerweile wieder auf das Niveau vor der Pandemie zurückgekehrt. Generell ist der Anteil bildungsferner und geringqualifizierter Menschen in der Region hoch, so dass viele Arbeitsstellen auf Helfer-Niveau gesucht werden.

Aufgrund der niedrigen Anzahl an Kindern unter sechs Jahren im Wohnplatz kommt es beim ausgewiesenen Anteil institutionell betreuter Kinder zu stärkeren Schwankungen zwischen den Jahren. Nach Einschätzung des städtischen Jugendamts kann der Bedarf an Betreuungsplätzen in der Regel erfüllt werden. Die Auswertungen der Schuleingangsuntersuchung für die letzten vier Einschulungsjahrgänge aus Untereschbach weisen auf eine geringe Teilnahme an der U8-Untersuchung und einen hohen Anteil Kinder mit einem körperlichen und/oder sprachlichen Defizit hin. Überwiegend handelt es sich dabei um sprachliche Defizite. Der Anteil geleisteten Hilfen zur Erziehung (HzE) im Verhältnis zur Bevölkerung unter 21 Jahren liegt zwar noch leicht über den Mittelwerten der Stadt Overath und des Rheinisch-Bergischen Kreises, ist jedoch im Vergleich der letzten Jahre deutlich gesunken und beträgt nur noch ein Drittel des Wertes von 2018. Deutlich über den städtischen und kreisweiten Vergleichswerten liegt der Anteil an Kinder und Jugendlichen in Untereschbach, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben und eine Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) beziehen.

Durch die im Wohnplatz befindliche Autobahnauffahrt können viele nahegelegene Städte relativ schnell erreicht werden, wovon beispielsweise Berufspendler profitieren. Darüber hinaus ist der Wohnplatz über den Öffentlichen Personennahverkehr sehr gut an die benachbarten Stadtteile sowie die Städte Bergisch Gladbach und Köln angeschlossen. Bei den Beratungen im Jobcenter ist die fehlende Mobilität der Kunden jedoch des Öfteren Thema, da die Taktung der Verbindungen an den Randzeiten zu niedrig ist. Das Jobcenter unterstützt mit Förderungen im Rahmen seiner Möglichkeiten. Mit dem Ausbau des Agger-Sülz-Radwegs und der Einrichtung einer Mobilstation wurden Projekte umgesetzt, um die Mobilität der Anwohner zu erhöhen. Die unmittelbare Nahversorgung ist durch zwei große Lebensmittelgeschäfte in fußläufiger Entfernung gesichert. Auch im Seniorenbericht des Rheinisch-Bergischen Kreises wurden von den Befragten der Generation 65+ in der Stadt Overath im offenen Antwortfeld zur Frage „Haben Sie Wünsche, Verbesserungsvorschläge oder Ideen, um die Situation von Seniorinnen und Senioren vor Ort zu verbessern?“ einige Aspekte zum Thema Mobilität genannt. Überblickhaft zusammengefasst ging es den Befragungsteilnehmenden um folgende Aspekte: Insgesamt Verbesserung der Verkehrsteilnahme von Fußgängerinnen, Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern (mehr und sichere Wege); Ausbau beziehungsweise Erweiterung und Verbesserung

beziehungsweise Sanierung von Fahrradwegen; mehr Sicherheit und mehr Barrierefreiheit für Fußgängerinnen und Fußgänger, zum Beispiel Auffahrten an Bürgersteigen für Rollator oder Rollstuhl, bessere Spazierwege, „vernünftige“ und freigelegte Bürgersteige (Hecken schneiden), sichere Fußgängerüberwege; barrierefreie Bushaltestellen; Bürgerbusfahrpläne auf Papier; bessere Erreichbarkeit der Einkaufszentren durch öffentliche Verkehrsmittel von abgelegenen Ortsteilen; kostengünstiges beziehungsweise ermäßigtes Ticketangebot für den Öffentlichen Personennahverkehr, zum Beispiel zum Erreichen von Köln, wie mit dem 9-Euro-Ticket (zum Beispiel 0€-Ticket; Deutschland-Ticket ist zu teuer für Rentnerinnen und Rentnern). Zur Wohnumgebung und der Gestaltung des öffentlichen Raums wurde Folgendes zurückgemeldet: Mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum notwendig, unter anderem an Wander- und Spazierwegen oder "Bänke für Senioren in einem parkähnlichen Garten" (zum Beispiel Beine baumeln lassen beim Sitzen); mehr Behindertenparkplätze notwendig, besonders bei Arztpraxen sowie Bank- und Postfilialen vor Ort; Ausweitung der Genehmigung für Behindertenparkplätze für Menschen ohne Behindertenausweis oder mit „nicht ausreichendem“ Grad der Behinderung, zum Beispiel wenn jemand noch besser Auto fahren kann als zu Fuß zu gehen (Parkplätze häufig zu eng; Behindertenparkplätze meistens leer; Verweis auf gute Ansätze bei einigen Discountern, wobei diesbezüglich auch bereits aufgetretene Probleme benannt werden).

Direkt im Wohnplatz gibt es wenige Treffpunkte für Kinder und Jugendliche (zum Beispiel Jugendheim, Restauration, „Feierstätten“). Einen wichtigen Beitrag zur Jugend- und Integrationsarbeit im Wohnplatz leistet der ortsansässige Sportverein. Ansonsten zieht es die Kinder und Jugendlichen in ihrer Freizeit in die benachbarten Stadtteile. Auch für die (jungen) Seniorinnen und Senioren gibt es neben den konfessionellen Angeboten kaum Begegnungsmöglichkeiten. Mit dem zentral gelegenen Pfarrerrheinrich-Kugelmeier-Platz im direkten Umfeld zur Olper Straße oder dem geplanten Agger-Sülz-Korridor wären Möglichkeiten zur Etablierung eines sozialen Treffpunkts gegeben. Neben dem Sportverein engagiert sich auch die „Bürgerinitiative Sülzauen“ im Wohnplatz Untereschbach. Der Verein Die Kette e.V. bietet in Zusammenarbeit mit weiteren externen Kooperationspartnern verschiedene Beratungsangebote unter einem Dach im Beratungshaus in Untereschbach an.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Kinder und Jugendliche

Handlungsempfehlung 1: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum die Initiierung von niederschwelligen Angeboten zu den Themen Teilhabe, Bildung, Beteiligung und Kinderschutz.

Begründung: Bildung und Teilhabe gelten als wichtigste Ressourcen zur Bewältigung der Gegenwart und der Gestaltung der Zukunft. Ein Großteil der Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen läuft dabei außerhalb der Schule ab: In offenen, alltäglichen Situationen, in Familien und in der Peer-Group. Die gesellschaftliche Teilhabe vermittelt Kindern und Jugendlichen alltägliche Handlungs- und Sozialkompetenzen, stärkt ihre kulturellen Kompetenzen und fördert den Weg in die erwachsene Selbstständigkeit. Diese Bildungsprozesse sind oft nicht intendiert oder planbar, benötigen jedoch Gelegenheit und Räume ohne ausgrenzende Zugangs- und Rahmenbedingungen. Denn mangelnde finanzielle Ressourcen, schwierige Familienkonstellationen oder (traumatische) Migrationserfahrungen wirken sich nicht nur auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen aus, sondern erschweren häufig auch den Zugang zu Angeboten und die Teilhabe. Neben dem hochengagierten Sportverein gibt es in Untereschbach kaum niederschwellige Angebote, die sich an Kinder und Jugendliche mit ihren spezifischen Bedarfen richten.

Zielgruppe 2: Junge Erwachsene (15 bis unter 35 Jahre) im SGB-II-Leistungsbezug und ihre Familien

Handlungsempfehlung 2: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Stabilisierung und Optimierung der bestehenden Angebote im Übergang Schule-Beruf zu initiieren.

Begründung: Im Wohnplatz Untereschbach sind viele junge Erwachsene (15 bis unter 35 Jahre) erwerbslos. Jugendarbeitslosigkeit hat sowohl kurz- als auch langfristig massive negative Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt. Wird der Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt nicht erfolgreich bewältigt, fehlt es den jungen Arbeitslosen an einer Zukunftsperspektive. Aufgrund finanzieller Einschnitte können sie zudem nur eingeschränkt am sozialen Leben teilhaben. Gleichzeitig werden ihr Arbeitspotenzial und ihre Fähigkeiten nicht ausreichend genutzt. Erfolgreiche Präventionsarbeit beginnt dabei bereits im früheren Kindesalter und bezieht die gesamte Familie mit ein. Bei Kindern und Jugendlichen ist das Aufwachsen in problematischen Situationen (wie zum Beispiel in Armut) mit gravierenden Auswirkungen auf ihre persönliche, gesundheitliche und soziale Entwicklung verbunden. In knapp einem Drittel der Bedarfsgemeinschaften im Wohnplatz Untereschbach lebt mindestens ein Kind. Vielfach werden die Verhaltensmuster der Eltern von den Kindern übernommen und Arbeitslosigkeit über Generationen „vererbt“. Um einem solchen Kreislauf entgegenzuwirken, sollen Möglichkeiten eruiert werden, wie jungen Menschen in Untereschbach der Übergang in die Erwerbstätigkeit erleichtert werden kann. Erste Ansätze wurden bereits im Wohnplatz oder stadtweit erprobt und sollen beispielsweise hinsichtlich der Inanspruchnahme und sozialräumlichen Orientierung optimiert und verstetigt werden.

Zielgruppe 3: Von Armut und/oder Teilhabebeeinträchtigung bedrohte (zukünftige) Seniorinnen und Senioren (präventiver Ansatz)

Handlungsempfehlung 3: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Verbesserung der inklusiven, finanziellen, sozialen und digitalen Teilhabe zu initiieren.

Begründung: Aktuelle Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, dass sich die Anzahl der über 65-Jährigen im Wohnplatz Untereschbach in den kommenden zehn Jahren um 35 % erhöhen wird. Mit steigendem Alter gehen häufig eine Einschränkung der Mobilität und ein Anstieg der Pflegeprävalenz einher. Um diesen Personen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiterhin zu ermöglichen, ist zum einen verstärkt auf eine barrierearme Ausgestaltung des öffentlichen Raums zu achten. Zum anderen sollten Möglichkeiten der Begegnung geschaffen werden, die einen niederschweligen Zugang haben und außerhalb eines konfessionellen Rahmens stattfinden. Der Bedarf zeigt sich auch in einer Befragung im Rahmen des [Seniorenberichts 2023-2024](#): 30 % der befragten Personen über 65 Jahren aus Overath äußerten den Wunsch nach mehr sozialen Kontakten. Die Angebote sollen sich dabei nicht nur an Seniorinnen und Senioren richten, sondern auch die in den letzten Jahren wachsende Gruppe älterer Arbeitsloser einbeziehen. Mit dem Verlust der Arbeit brechen in vielen Fällen soziale Kontakte weg und es kommt häufig zu einem Rückzug aus sozialen Beziehungen. Arbeitslosigkeit führt zudem oft zu Beeinträchtigungen der physischen und psychischen Gesundheit und geht teilweise mit einem riskanteren Gesundheitsverhalten einher. Beide Aspekte wirken sich wiederum negativ auf Wiedereingliederungschancen in den Arbeitsmarkt aus, so dass die Wahrscheinlichkeit steigt, im Alter auf eine Grundsicherungsleistung angewiesen zu sein. Die zusätzlichen Begegnungsangebote sollten neben der sozialen Teilhabe weitere Schwerpunkte auf die Gesundheitsförderung und die Digitalisierung legen. Körperliche und geistige Aktivität, gesunde Ernährung und Stressbewältigung tragen zusammen mit

der sozialen Teilhabe bis ins hohe Alter wesentlich zur Gesundheit bei und führen im Idealfall zu einer Entlastung im Pflege- und Gesundheitsbereich und zum Erhalt oder der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit von Menschen im SGB-II-Bezug. Für ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter spielt die Digitalisierung eine immer wichtigere Rolle. Sei es beispielsweise um den Kontakt zu Familien und Freunden aufrecht zu erhalten, zur Informationsbeschaffung oder für Terminvereinbarungen bei Ärzten und Ämtern. In Overath benutzen jedoch 21 % der Teilnehmenden an der Befragung zum Seniorenbericht nie das Internet. Ein Viertel der Befragten wünscht sich Beratung zur Nutzung digitaler Medien und Technik.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Jens Volkmer (Amt für Jugend, Bildung, Sport)

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- Senioren- und Inklusionsbüro Overath
- Kleine offene Tür (KOT) Immekeppel
- Jobcenter Rhein-Berg
- Agentur für Arbeit
- Caritasverband RheinBerg
- Weitere Kooperationspartnerinnen und -partner sollen im Rahmen der Ehrenamtsakquise gewonnen werden

7.7.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Um diejenige Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erreichen, die den Kontakt zu den Regelstrukturen verloren haben oder zu verlieren drohen, gibt es seit August 2023 die **aufsuchende Jugendsozialarbeit** in **Overath**. Träger des Angebots ist seit 2024 die gsm GmbH. Im Gegensatz zu den bekannten Komm-Strukturen vieler klassischer sozialer Dienste ist die aufsuchende Jugendsozialarbeit ein lebensweltorientierter und niederschwelliger Ansatz, der die Zielgruppe in ihrer unmittelbaren Lebenswelt abholt. Ihnen wird Hilfestellung bei der Überwindung sozialer Benachteiligung und individueller Beeinträchtigung gegeben und gemeinsam Lösungen für die individuellen Problemlagen erarbeitet. Bis zu zehn Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene aus Overath können im Rahmen des Programms betreut werden, aktuell sind drei Plätze belegt.

In Kooperation mit der Katholischen Kirche konnte Anfang 2024 in den Räumen der ehemaligen katholischen KiTa St. Maria Himmelfahrt einen **Kinder- und Jugendtreff** in Untereschbach aufgebaut werden. Unter fachlicher Begleitung durch eine pädagogische Fachkraft der „Kleine offene Tür“ Immekeppel (K.O.T.) wurde eine zentrale und verlässliche Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche geschaffen und somit eine Versorgungslücke im Wohnplatz geschlossen. Zu dem Kinder- und Jugendtreff gehören multifunktionale Räume mit einer neuen, vielfältig nutzbaren Musikanlage, eine Wetterschutzhütte sowie ein Freiluftkicker, die beide auch außerhalb der Öffnungszeiten genutzt werden können. Um auf das Angebot aufmerksam zu machen, wird in Zusammenarbeit mit der Offenen Ganztagschule (OGS) ein Tanzworkshop angeboten, der guten Zulauf erfährt. Aktuell ist der Kinder- und Jugendtreff an einem Tag in der Woche geöffnet.

Darüber hinaus werden in den Räumen der Katholischen Kirche ein **Babytreff** für Kinder unter einem Jahr sowie eine **Krabbelgruppe** für Kinder ab einem Jahr angeboten. Die Angebote sind kostenfrei und werden sehr gut angenommen.

Um die Bedarfe der Seniorinnen und Senioren noch besser erfassen zu können, hat das **Seniorenbüro** eine **Befragung** der Zielgruppe gestartet und **Außensprechstunden** eingerichtet. Das Angebot der Außensprechstunden wurde jedoch stadtweit nicht gut angenommen. Generell sei es schwierig, neue Formate zusätzlich zu den bestehenden Seniorenkreisen und bekannten Angeboten (wie zum Beispiel Pedelec-/Rollator-Training, Sport im Park) zu etablieren und jüngere Seniorinnen und Senioren zu gewinnen. Auch der Neustart des ZWAR-Netzwerks – ein soziales Netzwerk für Menschen ab 55 Jahren, die kurz vor oder kurz nach ihrem Eintritt in den Ruhestand nach neuen Inhalten und Perspektiven suchen (ZWAR = **Z**wischen **A**rbeit und **R**uhestand) - lief eher schleppend an.

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Um der Lebens- und Verkehrssituation in Overath gerecht zu werden, hat die Offene Jugendarbeit Overath einen ihrer Arbeitsschwerpunkte in die **mobile Kinder- und Jugendarbeit** verlegt. Die mobile Kinder- und Jugendarbeit ist sozialraum- und lebensweltorientiert angelegt und sucht Kinder und Jugendliche an ihren Treffpunkten auf. Sie berät und begleitet die Kinder und Jugendlichen individuell, nutzt aber insbesondere auch Cliquen- und Gruppenarbeit, um soziales Lernen und Prozesse solidarischer Unterstützung zu initiieren. Einen wichtigen Aufgabenbereich bildet zudem die Gemeinwesen orientierte Arbeit, um Ausgrenzungen junger Menschen in ihrem Stadtteil entgegenzuwirken, Mitbestimmung zu ermöglichen sowie öffentliche Räume für Jugendliche zu erhalten und zu gestalten. Das bestehende Angebot soll unter anderen auch auf den Wohnplatz Untereschbach ausgeweitet werden.

Die **Jugendberufsagentur (JBA) Overath** berät und unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene wöchentlich bei der Wahl einer für sie passenden beruflichen Laufbahn, bei der richtigen Bewerbung sowie bei Problemen in der Schule oder während der Ausbildung. Die JBA ist ein gemeinsames Angebot der Agentur für Arbeit, des Jobcenters Rhein-Berg, der Stadt Overath sowie der Caritas Rhein-Berg. Die Beratung findet aktuell in Overath in den Räumlichkeiten des Fundus statt. Um der Zielgruppe den Zugang zu erleichtern, soll die Möglichkeit einer Außensprechstunde in Untereschbach geprüft werden.

Der **Kinder- und Jugendtreff** in Untereschbach soll verstetigt und gegebenenfalls weiter ausgebaut werden. Mit Unterstützung durch die Offene Ganztagschule soll eine Befragung unter Schülerinnen und Schülern den Bedarf zeigen, so dass sich das Angebot konzeptionell öffnen und weitere Kinder und Jugendliche gewinnen kann. Grundsätzlich ist geplant, die partizipativen Ansätze in der Kinder- und Jugendarbeit auszuweiten.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob ausreichend **Sitzmöglichkeiten** im Wohnplatz vorhanden sind und ansässige Händler oder Gastronomen für das Angebot einer „**netten Toilette**“ gewonnen werden können. Als „nette“ oder „freundliche“ Toilette wird eine zur kostenfreien öffentlichen Nutzung bereitgestellte Toilette bezeichnet. Die Anbieter erhalten in der Regel eine Aufwandsentschädigung von der zuständigen Kommunalverwaltung. Beide Angebote sollen dazu dienen, mögliche Teilhabebarrrieren im Wohnplatz abzubauen.

In Anlehnung an die Ergebnisse des Seniorenberichts sollen Möglichkeiten eruiert werden, **Informationsveranstaltungen** für Seniorinnen und Senioren zum Thema **Digitalisierung** im Wohnplatz anzubieten, damit Chancen der digitalen und sozialen Teilhabe erhöht werden.

Zu Jahresbeginn 2025 lädt die Stadt Overath mögliche Protagonisten im Rahmen einer **Ehrenamtsakquise** ein und wird die im Rahmen der kommunalen Fachplanungskonferenz aufgetretenen Problematiken thematisieren.

7.8. Rösrath-Mitte (Rösrath)

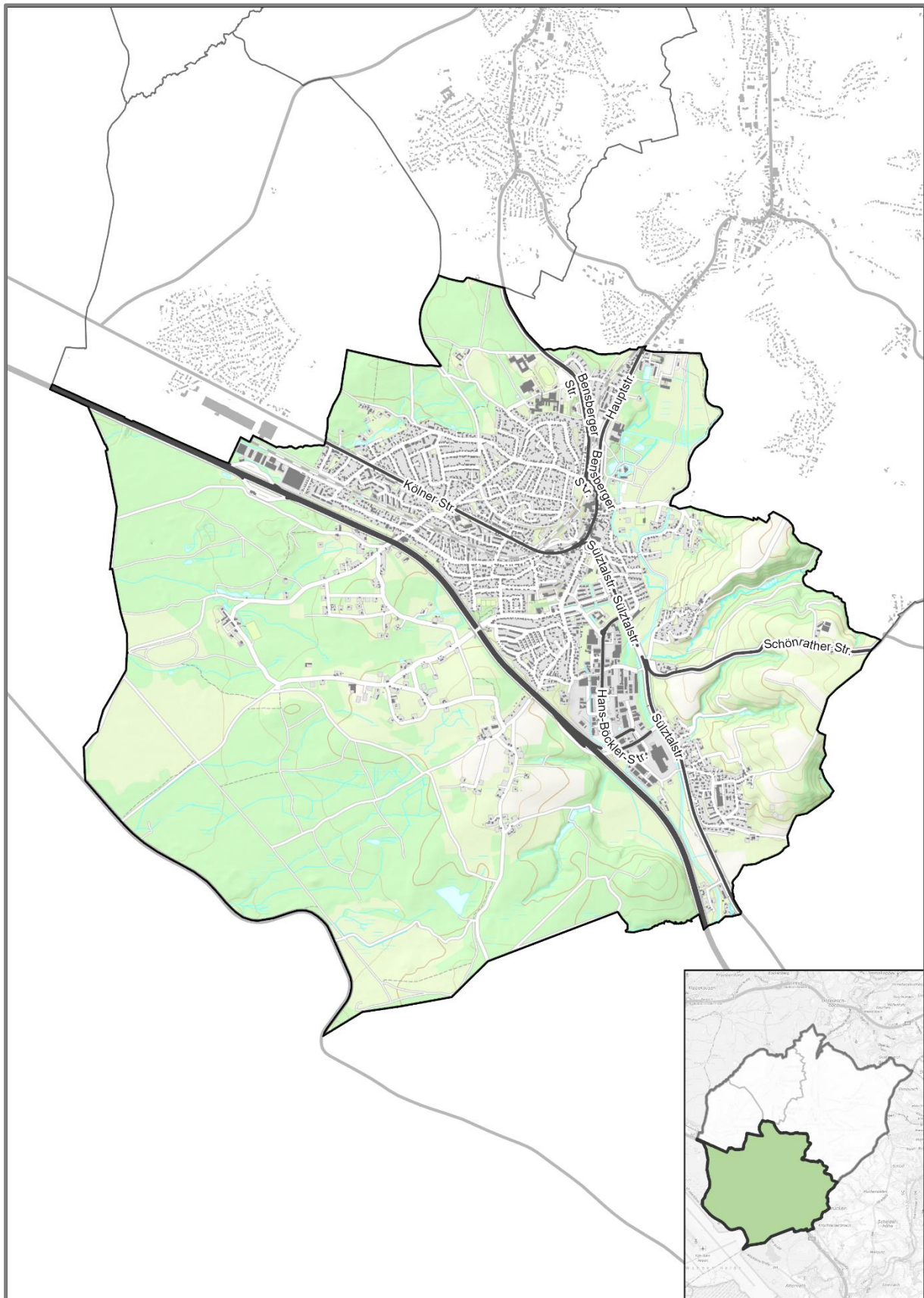


ABBILDUNG 100: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Rösrath-Mitte

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.8.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Rösrath

Fläche: 15,04 km²

Einwohnerzahl: 13.378 (889 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

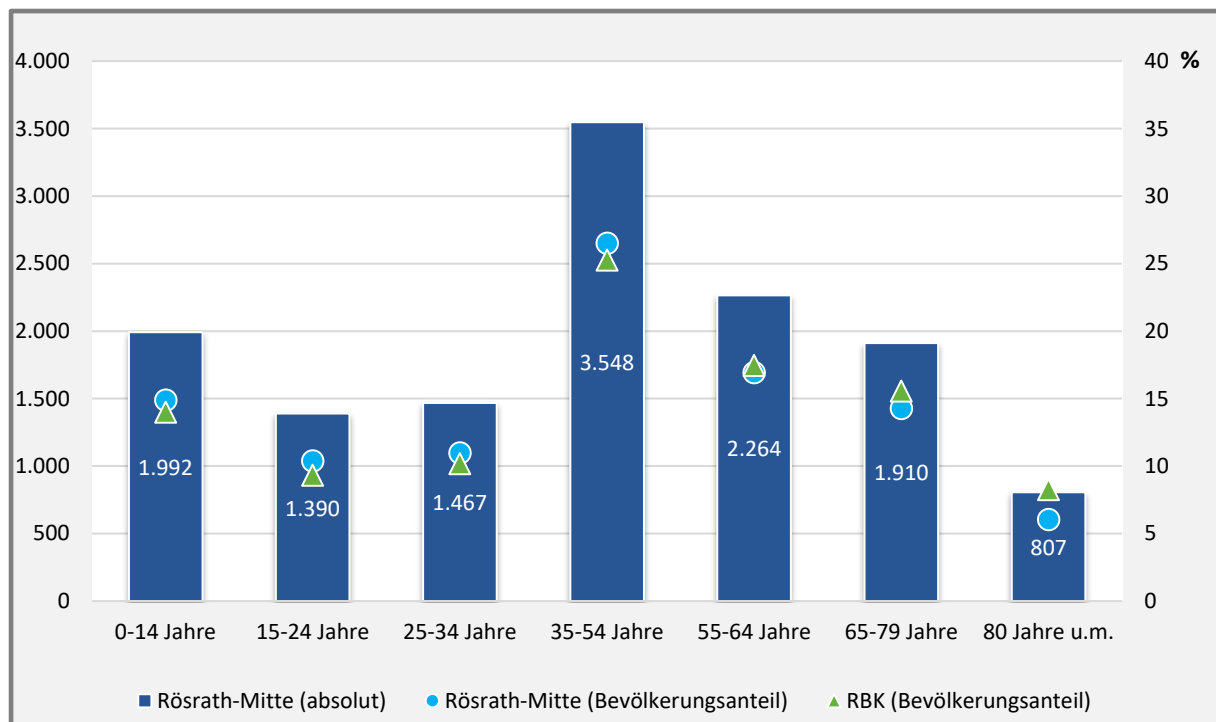


ABBILDUNG 101: Einwohnerzahlen im WPS Rösrath-Mitte nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Rösrath-Mitte - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Rösrath-Mitte erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 8,57 und weicht damit 0,53 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der zwanzighöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 102 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

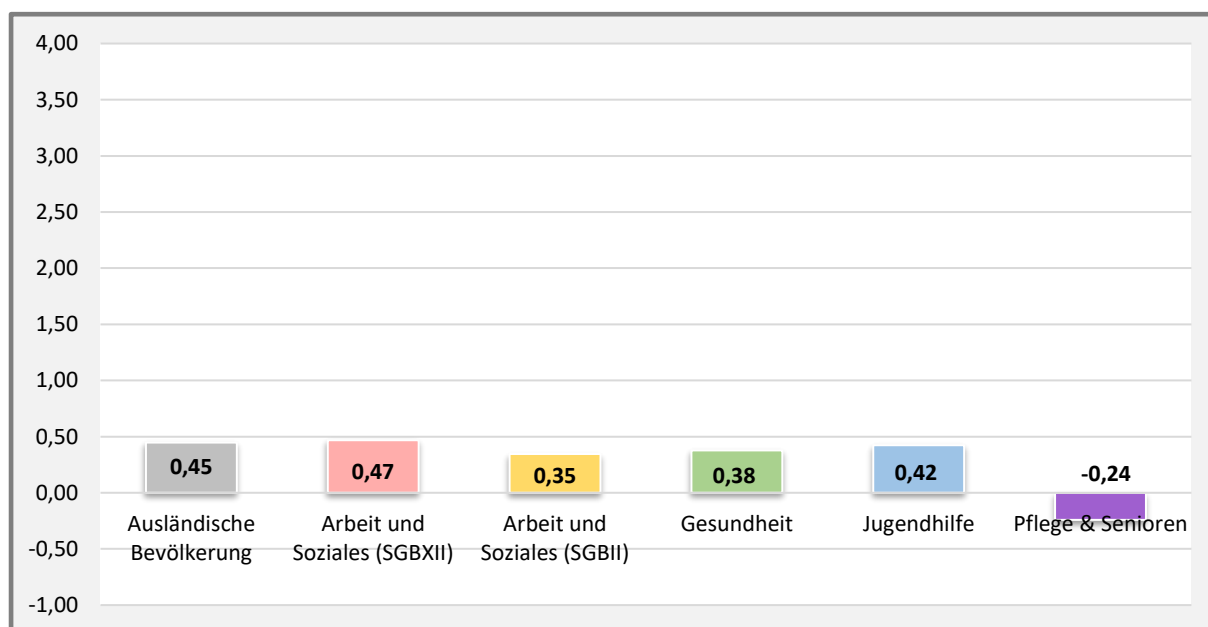


ABBILDUNG 102: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Rösrath-Mitte (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 103 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 104 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Rösrath sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 105 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

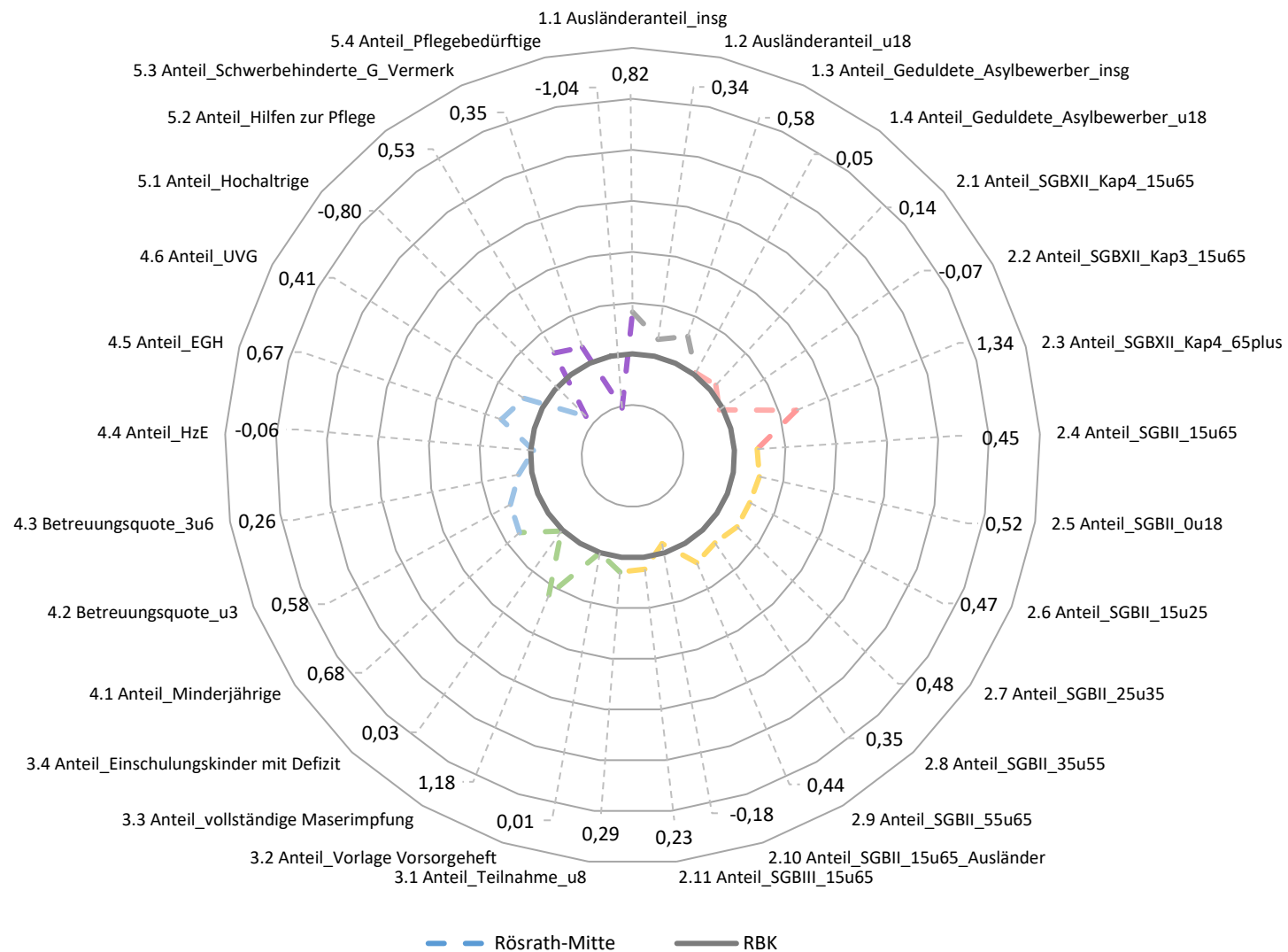


ABBILDUNG 103: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Rösraht-Mitte

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

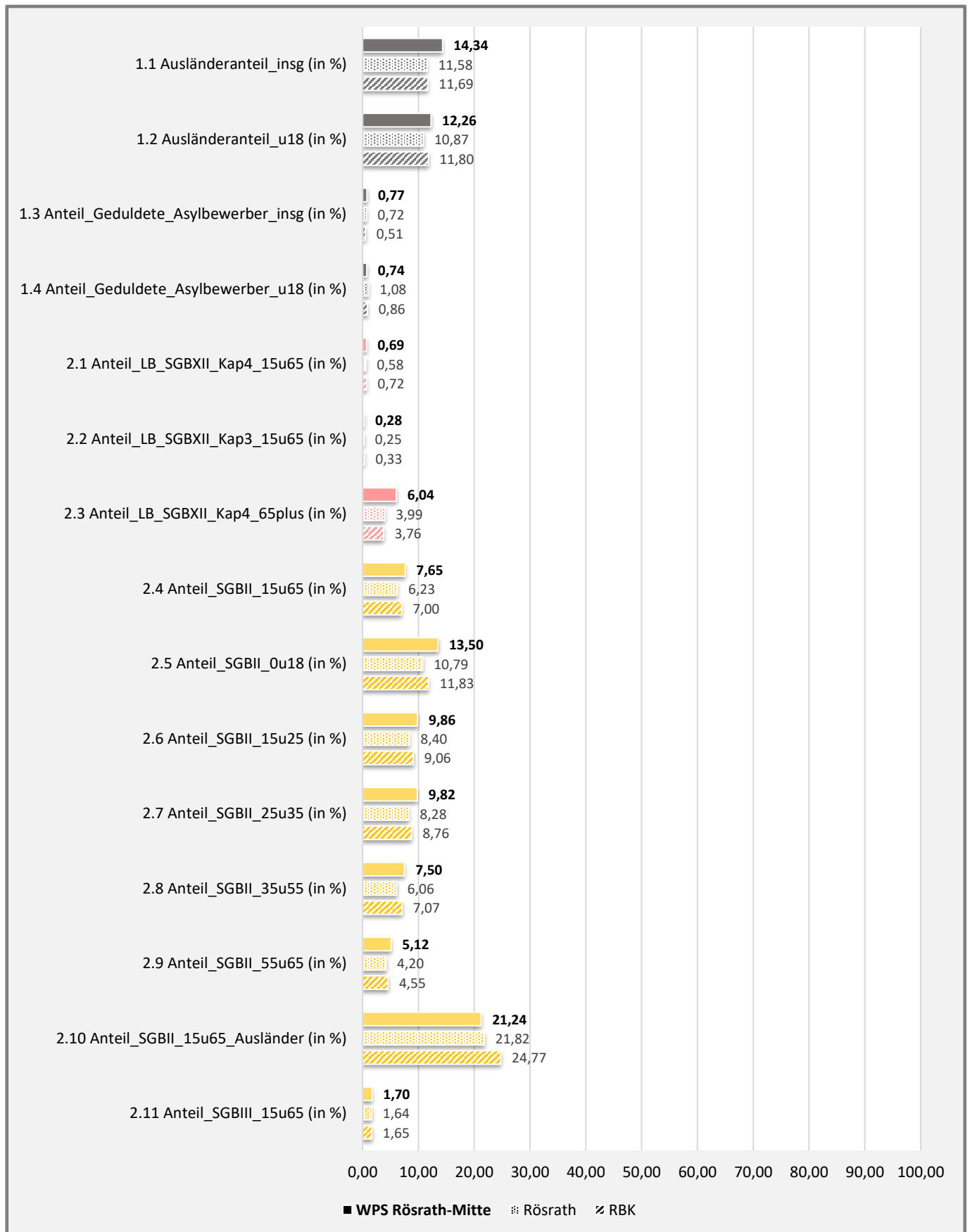


ABBILDUNG 104: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Rösrath und WPS Rösrath-Mitte
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

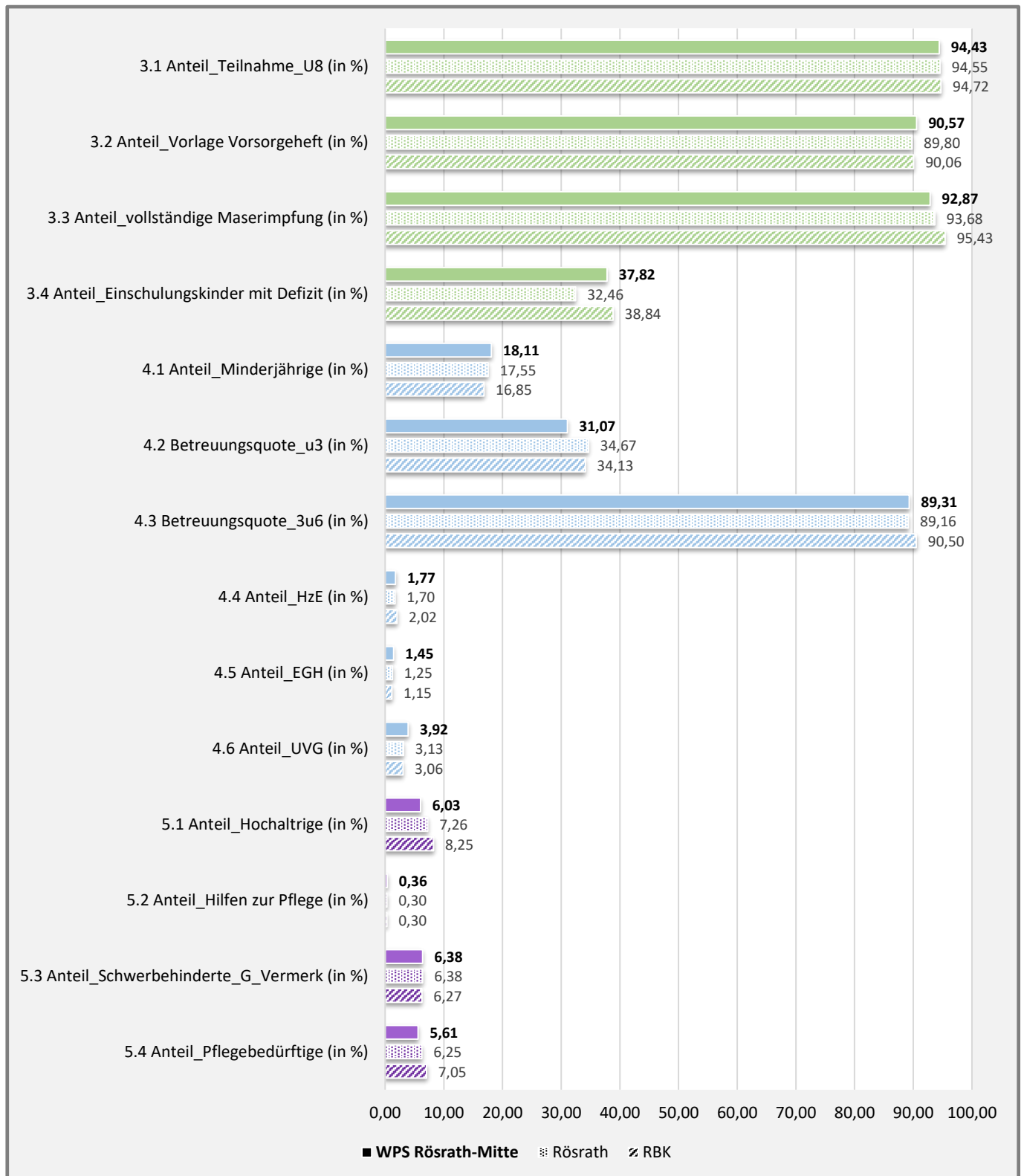


ABBILDUNG 104 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Rösrath und WPS Rösrath-Mitte
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

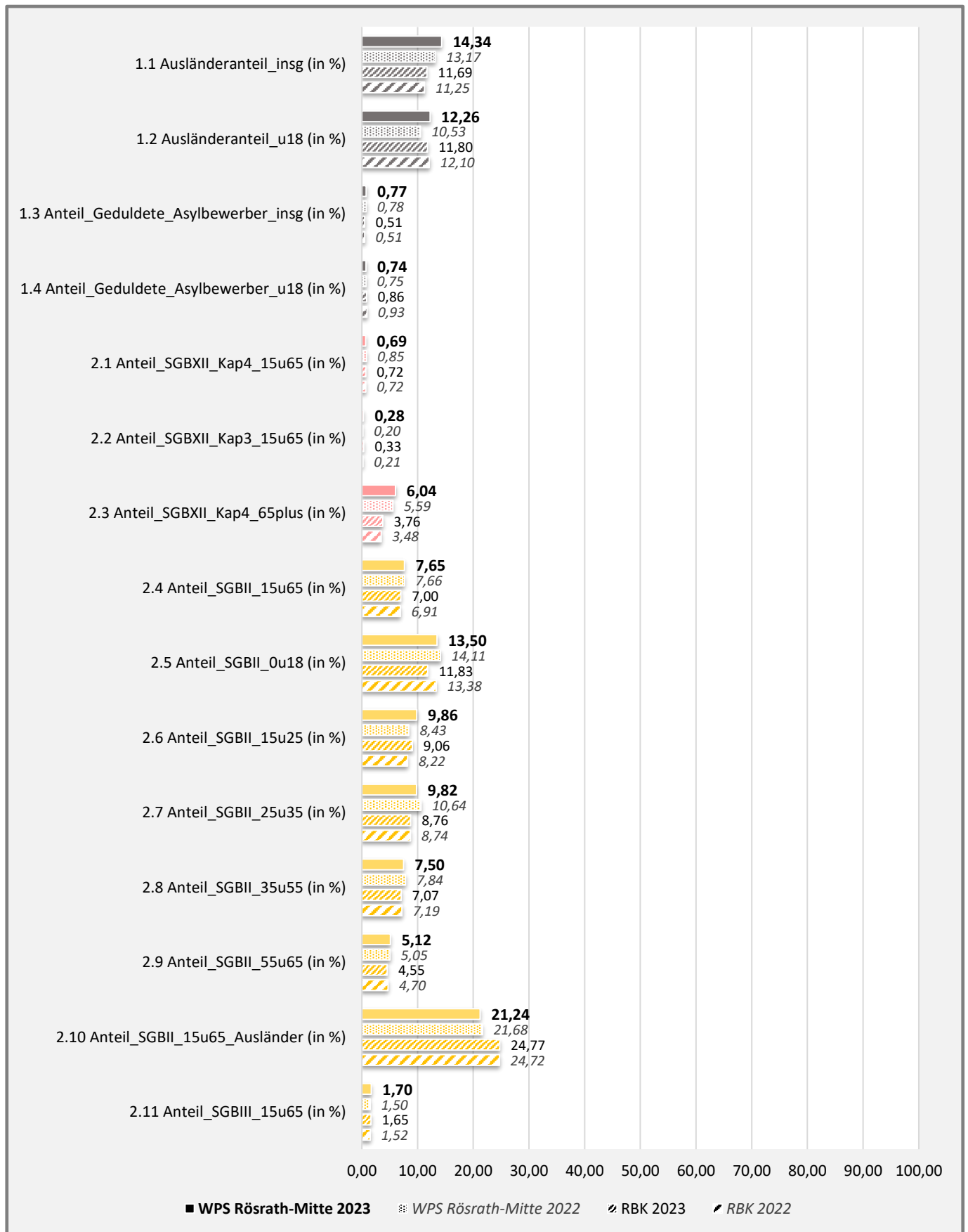


ABBILDUNG 105: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Rösrath-Mitte für die Jahre 2022 und 2023

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

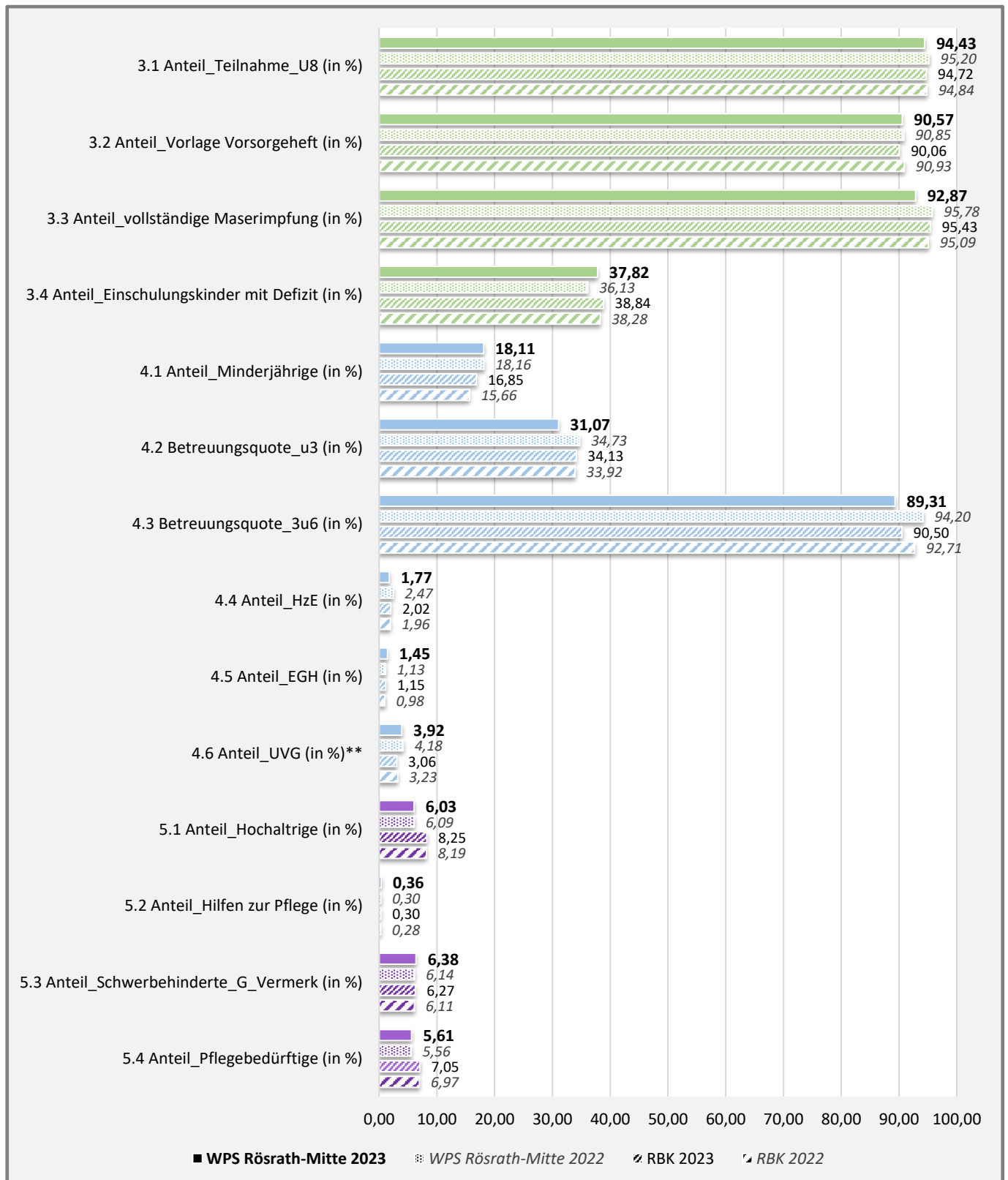


ABBILDUNG 105 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Rösrath-Mitte für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.8.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

RÖSRATH-MITTE – CHANCENGERECHTIGKEIT FÜR JUNG UND ALT

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Im Stadtteil Rösrath leben etwas mehr als 13.300 Menschen. Im Vergleich mit den anderen Stadtteilen Rösraths handelt es sich um einen eher jungen Stadtteil: Circa ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner ist jünger als 30 Jahre, fast ein Fünftel ist unter 18 Jahre. Die jungen Menschen im Stadtteil bringen sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich. Einerseits erfordert ihre hohe Zahl die Schaffung ausreichender Versorgungsstrukturen, wie Betreuungsangebote und Schulen. Andererseits stellen sie ein bedeutendes Potenzial für die zukünftige Entwicklung des Stadtteils dar.

Bevölkerungsprognosen deuten an, dass sich die Bevölkerungsstruktur des Stadtteils innerhalb der nächsten zehn Jahre erheblich verändern wird und der Anteil der älteren Bevölkerung deutlich zunehmen wird. Beispielsweise wird bis zum Jahr 2030 mit einem Anstieg der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter um ungefähr 400 Personen gerechnet. Bereits jetzt weisen die Fachplanungen auf eine kritische Situation in der pflegerischen Versorgung sowie auf einem Mangel an barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum hin. Schätzungen im Rahmen der Pflegebedarfsplanungen gehen davon aus, dass sich die Anzahl pflegebedürftiger Personen im Stadtteil bis 2030 um weitere 120 Personen erhöhen wird. Zudem gewinnt das Thema Altersarmut zunehmend an Bedeutung. Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen im Alter nach dem SGB XII ist im Stadtteil seit 2016 um fast 50 % gestiegen und liegt mittlerweile doppelt so hoch wie der durchschnittliche Wert im Rheinisch-Bergischen Kreis und in der Stadt Rösrath. Angesichts der hohen Altersarbeitslosigkeit im Stadtteil ist zu erwarten, dass dieser Wert in den kommenden Jahren weiter ansteigen wird. In Gesprächen äußern ältere Bewohnerinnen und Bewohner vermehrt ihre Sorgen über Einsamkeit und eingeschränkte Mobilität.

Ungefähr 15 % der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Anstieg um mehr als zwei Prozentpunkte in den letzten drei Jahren ist hauptsächlich auf den Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine zurückzuführen. Da es sich bei den Zugezogenen aus der Ukraine häufig um Familien handelt, ist der Anteil Minderjähriger ohne deutsche Staatsbürgerschaft sogar noch etwas stärker angewachsen und liegt nun bei über 12 %. Im Rahmen der aktiven Flüchtlingshilfe hat die Stadt Rösrath bereits Integrationsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern und ehrenamtlichen Strukturen gestartet. Auch hier gestaltet sich die Suche nach angemessenem Wohnraum schwierig.

Der Anteil an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach dem SGB II (Bürgergeld) im Stadtteil liegt leicht über dem kommunalen und kreisweiten Mittelwert und verharrte in den letzten Jahren auf ungefähr gleichbleibendem Niveau. Ende 2023 gab es etwas über 660 erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Stadtteil, was etwa der Hälfte aller Leistungsberechtigten in der Stadt Rösrath entspricht. Trotz des Zuzugs von Flüchtlingen ist der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren nur geringfügig gestiegen und bleibt im Vergleich eher unterdurchschnittlich. Zwischen 2022 und 2023 gab es sogar einen leichten Rückgang. Den größten Anstieg im Vergleich zum Jahr 2021 verzeichnete die Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen, wo die Fallzahl von 110 auf 137 stieg. Dies entspricht einem prozentualen Anstieg von zwei Prozentpunkten. Mitarbeitende des Jobcenters und der Berufsberatung der Agentur für Arbeit berichten, dass es zunehmend schwieriger wird, junge Arbeitslose zu erreichen. Viele von ihnen sind demotiviert, orientierungslos und haben unrealistische Vorstellungen und Erwartungen. Zudem treten immer häufiger psychische Einschränkungen auf.

327 Kinder unter 18 Jahren, also jedes achte Kind im Stadtteil, lebt in einer Bedarfsgemeinschaft. Dies ist mehr als im kommunalen oder kreisweiten Durchschnitt. Fast die Hälfte der 166 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Stadtteil besteht aus alleinerziehenden Elternteilen. Bei den Schuleingangsuntersuchungen der letzten vier Einschulungsjahrgänge wurde bei fast 40 % der Kinder aus dem Stadtteil ein Defizit in der körperlichen und/oder sprachlichen Entwicklung festgestellt. Dieser Wert ist höher als in anderen Stadtteilen und hat im Vergleich zu den Vorjahren leicht zugenommen. In fast zwei Dritteln der Fälle wurde ein sprachliches Defizit diagnostiziert. Weitere gesundheitliche Vorsorgemaßnahmen, wie die Teilnahme an der U8-Untersuchung und Maserschutzzimpfungen, werden bei den Kindern im Stadtteil im städtischen und kreisweiten Vergleich gut wahrgenommen. Der Rückgang bei den vollständigen Maserimpfungen ist auf die gestiegene Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus der Ukraine zurückzuführen, die die zweite Maserimpfung in der Regel erst später erhalten.

Der Stadtteil bietet gute Möglichkeiten der Nahversorgung und hat eine ausreichende Anzahl an Arztpraxen. Fachleute weisen jedoch auf eine nicht ausreichende psychiatrische Versorgung hin. Angesichts der prognostizierten demografischen Entwicklung besteht im Stadtteil ein wachsender Bedarf an ortsnahe pflegerischer Versorgung.

Der Stadtteil ist verkehrstechnisch günstig gelegen und gut an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angebunden. Aufgrund des nahegelegenen Gewerbegebiets weist der Stadtteil zudem eine hohe Arbeitsplatzdichte auf. Dennoch pendeln viele der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils zur Arbeit in die angrenzenden Städte.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Von Armut bedrohte Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre) und junge Menschen (18 bis 25 Jahren) in Arbeitslosigkeit

Handlungsempfehlung 1: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit für die Zielgruppe zu initiieren.

Begründung: Der Stadtteil Rösrath ist keinesfalls mit sozialen Brennpunkten zu vergleichen, wie man sie beispielsweise aus Köln oder dem Ruhrgebiet kennt. Dennoch weist die Bevölkerung des Stadtteils eine große Heterogenität auf. Beispielsweise ist der Anteil an Empfängerinnen und Empfängern einer Grundsicherungsleistung nach dem SGB II oder SGB XII in dem Stadtteil im kommunalen und kreisweiten Vergleich überdurchschnittlich hoch. Mit dem Bezug einer Grundsicherungsleistung sind häufig auch Einschränkungen bei den Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für die Betroffenen verbunden. Besonders schwerwiegende Auswirkungen kann das Aufwachsen in prekären Situationen für Kinder und Jugendliche haben. Verschiedene wissenschaftliche Studien belegen, dass arme Kinder im Vergleich mit Kindern in gesicherten Einkommensverhältnissen häufiger sozial isoliert und gesundheitlich beeinträchtigt sind und ihre gesamte Bildungsbiografie deutlich belasteter ist.

Auch die Arbeitslosigkeit kann für junge Menschen sowohl kurz- als auch langfristig ähnliche massive negative Folgen haben. Wird der Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt nicht erfolgreich bewältigt, fehlt es den jungen Arbeitslosen an einer Zukunftsperspektive. Kommt es zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit haben die Betroffenen zeitlebens geringere Arbeitsplatzchancen und tragen das Risiko niedrigerer Einkommen. Zu den materiellen Einschnitten kommen häufig gesundheitliche und psychosoziale Beeinträchtigungen sowie geringere Teilhabemöglichkeiten. Vielfach werden die Folgen zudem an die folgende Generation „vererbt“.

Um den Folgen möglichst frühzeitig zu begegnen, sollen Maßnahmen im Handlungsraum initiiert werden, die zum einen die Chancengerechtigkeit für die aktuell Betroffenen wiederherstellt und zum anderen die Chancengerechtigkeit für die zukünftigen Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen sichert. Bei der Gestaltung der Maßnahmen ist darauf zu achten, dass sie sich an den Lebenswelten der jungen Menschen orientieren und einen niederschweligen Zugang ermöglichen.

Zielgruppe 2: Seniorinnen und Senioren

Handlungsempfehlung 2: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Stadtteil Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Teilhabe der Zielgruppe zu initiieren. Schwerpunkte sollen dabei insbesondere die Themen Mobilität, barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum, Digitalisierung, altersgerechte Infrastruktur sowie der Ausbau ehrenamtlicher und nachbarschaftlicher Netzwerke mit dem Ziel der Selbsthilfe sein.

Begründung: Der Anteil älterer Menschen im Stadtteil wächst. Dies stellt den Stadtteil einerseits vor große Herausforderungen: Mit zunehmendem Alter steigen die Unterstützungsbedarfe und die Anforderungen an eine altersgerechte Infrastruktur, denen präventiv sowie intervenierend begegnet werden sollte. Andererseits birgt die wachsende Zahl älterer Menschen auch ein großes Potenzial. Ihr umfangreiches Erfahrungswissen kann genutzt werden, und viele jüngere Seniorinnen und Senioren sind bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Allerdings führen steigende Pflegebedürftigkeit beziehungsweise die damit verbundene Immobilität, der Verlust gesellschaftlicher Strukturen und zunehmende Altersarmut dazu, dass ältere Menschen vermehrt über Einsamkeit klagen. Einsamkeit hat nachweislich negative Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit der Betroffenen. Wenn soziale Isolation ein rechtzeitiges Eingreifen der vorhandenen Hilfesysteme verhindert, kann dies schnell zu einer Negativspirale führen.

Das Ziel sollte daher sein, die Selbstbestimmung und Teilhabe älterer Menschen im Stadtteil zu fördern und ihre Selbsthilfe zu stärken. Angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, wie dem Fachkräftemangel, ist absehbar, dass die steigenden Bedarfe und Herausforderungen nicht mehr allein durch hauptamtliche Strukturen gedeckt werden können. Nachbarschaftliche und ehrenamtliche Hilfen werden zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Daseinsvorsorge. Diese Netzwerke kommen nicht nur den Hilfebedürftigen zugute. Die Erfahrung, dass ihr Engagement zu einer positiven Veränderung geführt hat, stärkt bei den Helfenden den Glauben in die eigene Wirksamkeit und fördert die Resilienz und Eigeninitiative.

In der heutigen Gesellschaft bedeutet soziale Teilhabe zunehmend auch digitale Teilhabe. Die Digitalisierung vereinfacht und beschleunigt viele Prozesse und kann helfen, effektive Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu finden. Digitale Zugänge zu Leistungen sind mittlerweile weit verbreitet. Ältere Menschen fühlen sich jedoch häufig unsicher im Umgang mit digitalen Medien oder besitzen nicht die notwendige Ausstattung. Um zu verhindern, dass digitale Isolation zu einer weiteren Zunahme sozialer Isolation und Einsamkeit führt, ist es wichtig, die Digitalisierung und Medienkompetenz im Alter zu stärken.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Stabsstelle Kultur, Ehrenamt, Inklusion, Senioren der Stadt Rösrath

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V.
- Stadt Rösrath, Fachbereich 7 – Soziales
- Stadt Rösrath, Fachbereich 8 – Jugend
- Rheinisch-Bergischer Kreis, Planungsstab Inklusion, Senioren und Pflege
- Jobcenter Rhein-Berg
- Agentur für Arbeit
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
- Schulen im Stadtgebiet

7.8.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Vorbereitende Schritte:

Sozialraumkonferenz am 08.03.2019:

Am 28. November 2018 wurden in der kommunalen Fachplanungskonferenz Zielgruppen und Handlungsempfehlungen für den Stadtteil Rösrath-Mitte identifiziert. Daraufhin fand am 8. März 2019 die erste **Sozialraumkonferenz** statt. Ziel dieser Konferenz war es, durch gemeinsamen Erfahrungsaustausch und das Ermitteln sowie Formulieren von Bedarfen konkrete, bedarfsgerechte Handlungsansätze zu den zuvor allgemein formulierten Empfehlungen zu entwickeln.

Zu der Konferenz waren Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen, des Jobcenters, der Wohlfahrtsverbände, der Schulen und Kitas, Elternvertretungen sowie weitere lokale Fachakteure eingeladen. Die Einbeziehung der Zielgruppe war für eine spätere zweite Beteiligungsstufe vorgesehen.

Die Teilnehmer diskutierten in drei Arbeitsgruppen zu den Oberthemen: Steigerung der Erziehungskompetenz von Eltern, frühzeitige Förderung von Kindern und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen. Dabei wurden folgende drei Fragestellungen behandelt:

- Aus welchen Gründen werden die vorhandenen Angebote von der Zielgruppe nicht ausreichend wahrgenommen?
- Fehlt ein konkretes Angebot in diesem Themenfeld?
- Wie kann die Zielgruppe erreicht und an die vorhandenen Angebote herangeführt werden?

Zu den häufigsten Handlungsansätzen gehörte der Ausbau niederschwelliger Angebote, um Kinder, Jugendliche und Eltern besser zu erreichen und ihnen Teilhabechancen zu eröffnen. Zudem wurden verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Vernetzung der Akteure vor Ort vorgeschlagen.

Besonders viel Zustimmung erhielt der Vorschlag der Stadtverwaltung, eine niederschwellige Anlaufstelle im Stadtteil einzurichten und einen Ansprechpartner vor Ort (Quartierskümmerer) zu benennen. Dies sollte als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Stadtverwaltung fungieren und ein lokales Hilfenetzwerk aufbauen. Es wurden Gespräche mit dem Caritasverband zur weiteren Umsetzung dieser Maßnahme vereinbart.

Eine ausführliche Dokumentation zu der Sozialraumkonferenz finden Sie unter [Motiv Mensch – Stadt Rösrath \(roesrath.de\)](https://www.roesrath.de/motiv-mensch.aspx)³².

Entwicklungsworkshop am 17.06.2019:

Bevor es an die Planung entsprechender Maßnahmen ging, war es der Stadt Rösrath wichtig, die Kinder und Jugendlichen zu ihren Anliegen, Wünschen und Problemen zu befragen. Wie die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen am sinnvollsten gestaltet werden kann, wurde in einem Workshop erarbeitet, an dem neben der Verwaltung auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Schulen, Kitas, Wohlfahrtsverbänden, politischen Ausschüssen und dem Jugendparlament teilnahmen. Der **Workshop** sollte konkrete Ergebnisse erarbeiten, wie die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren erreicht werden kann, um sie wirksam zu beteiligen.

Folgende Vorschläge für Maßnahmen erfuhren die höchste Zustimmung:

- Digitaler Wegweiser/ digitale Plattform:
Auf einer Homepage beziehungsweise in einer App stehen gebündelt Informationen für Jugendliche zu verschiedenen Themen (zum Beispiel Freizeitangebote, Ausbildung, Beratungsangebote). Die Anwendung ist jugendgerecht aufgebaut und verfügt über eine altersgerechte Ansprache.
- „Rotes Sofa“:
Ein rotes Sofa steht abwechselnd an zentralen und hoch frequentierten Orten im Stadtteil (zum Beispiel Sülztalplatz). Mit dem „Roten Sofa“ will die Stadtverwaltung in Kooperation mit freien Trägern und dem Quartierskümmerer des Caritasverbandes ein Format anbieten, das die Themen der Bürgerinnen und Bürger rund um Rösrath aufgreift. Mit dem Sofa reisen verschiedene Personen an unterschiedliche Orte und laden Passanten ein, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und sich frei zu Themen ihrer Lebenswelt zu öffnen. Die Aussagen sollen an die verantwortlichen Stellen weitergeleitet und dort weiter bearbeitet werden.
- Projektwochen an den Schulen:
An den Grundschulen in Rösrath finden jährlich Projektwochen statt. In einer dieser Wochen sollen sich die Schülerinnen und Schüler mit der Frage beschäftigen, was Kindern und Jugendlichen in Rösrath fehlt. Eventuell können auch ähnliche Projekte in den weiterführenden Schulen durchgeführt werden. Dadurch würde ein großer Anteil der Zielgruppe erreicht werden.
- Fotorallye „Wie siehst Du Deine Stadt?“ + Zukunftswerkstatt:
Kinder und Jugendliche werden losgeschickt, mit einer Digitalkamera oder ihrem Smartphone ihren Stadtteil zu erkunden und auf Bildern festzuhalten, was ihnen gefällt beziehungsweise nicht gefällt. Die Ergebnisse werden in einer Zukunftswerkstatt gemeinsam ausgewertet.
- Befragung Schwimmbad:
Im Sommer halten sich viele Kinder und Jugendliche im Freibad in Hoffnungsthal auf. Dort kann eine schulunabhängige Befragung durchgeführt werden.

³² <https://www.roesrath.de/motiv-mensch.aspx>

- Projektwoche „Freizeitgestaltung“:

In einer Projektwoche mit den Schulen oder dem Jugendzentrum (Juze) werden Kinder und Jugendliche befragt, wie sie ihre Freizeit in Rösrath gestalten und in welchen Bereichen (zum Beispiel Bildung, Sport, Kunst) Lücken bestehen.

Eine ausführliche Dokumentation zu der Sozialraumkonferenz finden Sie unter [Motiv Mensch – Stadt Rösrath \(roesrath.de\)](https://www.motiv-mensch.de/stadt-roesrath).

Umgesetzte Maßnahmen:

- Projektwoche an den Schulen:

Anfang 2020 fand an allen Rösrather Grundschulen eine **Projektwoche** mit dem Motto „Was wünschen sich Kinder und Jugendliche in Rösrath?“ statt. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigten sich mit den Themen „Freizeitgestaltung und –aktivitäten“, „Umwelt“, „Verkehr und Sicherheit“ sowie „Gesunde Ernährung“. Die Wünsche und Ideen der Kinder wurden zum Teil als selbstgebastelte Modelle präsentiert, über Umfragen in der Klasse erhoben und ausgewertet oder in einem Film vorgestellt. Die Ergebnisse wurden Vertretern der Stadtverwaltung im Februar 2020 vorgestellt. In einer Dokumentation wurden alle Fragen der Schülerinnen und Schüler beantwortet und die Machbarkeit geprüft. Die Dokumentation finden Sie unter [Motiv Mensch – Stadt Rösrath \(roesrath.de\)](https://www.motiv-mensch.de/stadt-roesrath).

Zusätzlich wurden Schülerinnen und Schüler eines Sozialwissenschaften-Kurs am Freiherr-vom-Stein Gymnasium gefragt, ob sie Interesse an einem Projekt zu dem Thema hätten. Über die konkrete Ausgestaltung des Projekts (zum Beispiel Befragung, Gestaltung einer Website) hätten die Schülerinnen und Schüler frei entscheiden können. Der Sozialplanungsprozess und das Quartiersprojekt wurden in einer Unterrichtsstunde vorgestellt, der Vorschlag jedoch letztendlich nicht aufgegriffen.

- Aufbau eines Quartiersprojekts:

Juni 2020 bis Dezember 2022:

Von Juni 2020 bis Dezember 2022 wurde das **Quartiersprojekt „Rösrath-Mitte“** in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. umgesetzt. Die Finanzierung des Projekts erfolgte durch Spenden.

**QUARTIERSPROJEKT
RÖSRATH-MITTE**



Das zentrale Element des Projekts war der **Quartierskümmerer** der als niedrigschwelliger Ansprechpartner für die Zielgruppe fungierte. Er hörte zu und half dabei, Hemmschwellen abzubauen, die Menschen davon abhielten, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Je nach Anliegen vermittelte der Quartiersentwickler Kontakte zu anderen Beratungsstellen und Hilfsangeboten und begleitete die Betroffenen auf Wunsch zu den Terminen.

Das Büro des Quartierskümmerers befand sich im Caritas-Familienzentrum am Schützenplatz, wo es direkten Zugang zu weiteren Beratungsangeboten gab. Dort wurde einmal wöchentlich eine Sprechstunde angeboten, wobei die meisten Kontakte jedoch informell zustande kamen. Der

Quartierskümmerer unterstützte unter anderem Jugendliche bei Bewerbungen und der Praktikumssuche oder vermittelte sie erfolgreich an verschiedene Fachstellen.

Zusätzlich war der Quartierskümmerer aktiv unterwegs. Mit dem „Roten Sofa“ besuchte er verschiedene öffentliche Plätze, wie die Sülzauen, den Sülztalplatz und den Ortsteil Rambrücken, um mit unterschiedlichen Menschen ins Gespräch zu kommen. In diesen Gesprächen äußerten Menschen jeden Alters den Wunsch nach Orten der Begegnung. Während Senioren sich beispielsweise einen Ersatz für die alte Dorfkneipe wünschten, dachten Jugendliche an autonome Räume, in denen sie ungestört sein können, wie etwa einen Skatepark.

Der Quartierskümmerer knüpfte auch Kontakte zu verschiedenen Institutionen und bestehenden Netzwerken. In Expertengesprächen mit lokalen und regionalen Akteuren im Bereich der Jugendberufshilfe wurden typische Vermittlungshemmnisse für junge Menschen in Rösrath thematisiert. Häufig wurde festgestellt, dass vielen jungen Menschen grundlegende schulische Kenntnisse sowie soziale, personale oder methodische Kompetenzen fehlen. Auch Wissenslücken in Alltagskompetenzen, wie dem Umgang mit Geld oder wirtschaftlichem Haushalten, waren häufige Themen in den Beratungen. Die Experten identifizierten Angebotslücken und entwickelten Ideen, wie junge Menschen besser auf den Übergang von Schule zu Beruf vorbereitet und begleitet werden können. Diese Ideen wurden in weiteren Expertenrunden präsentiert und evaluiert.

Zusätzlich wurden in Zusammenarbeit mit der Ehrenamtsinitiative „Gute Nachbarschaft Rösrath“ Fahrradtouren für Jugendliche organisiert. Es wird auch an dem Aufbau eines Netzwerks für verschiedene Akteure gearbeitet, die bereits im Bereich Fahrradwerkstatt als Berufsorientierungs- und Berufsvorbereitungsangebot aktiv sind, wie zum Beispiel die Albert-Einstein-Schule. Ein weiteres Beispiel für neue Angebote sind eine ehrenamtlich geleitete Adipositas-Gruppe sowie eine Café-Gruppe für ältere Menschen mit psychischen Problemen, die von „Die Kette e.V.“ geleitet wird. Diese Initiativen trugen dazu bei, Lücken in der örtlichen Präventionskette zu schließen.

Das Projekt endete mit dem Verbrauch der Fördergelder.

Weitere Informationen zu dem Quartiersprojekt können dem Tätigkeitsbericht „Quartiersarbeit in Rösrath“ Juni – Dezember 2020 unter dem Link [Motiv Mensch – Stadt Rösrath \(roesrath.de\)](https://www.motiv-mensch.de/stadt-roesrath) entnommen werden.



ABBILDUNG 106: Quartierskümmerer in Gesprächen auf dem „Roten Sofa“

QUELLE: Foto links: Marina Wittka; Foto rechts: privat

August 2024 bis voraussichtlich August 2027:

Im Jahr 2023 stellte der Caritasverband für den Rheinisch-Bergischen Kreis einen Förderantrag bei der Stiftung Deutsches Hilfswerk für ein neues Quartiersprojekt. Während im ersten Quartiersprojekt die Einzelfallberatung im Fokus stand, zielt das zweite Projekt stärker auf strukturelle Veränderungen und den Aufbau nachhaltiger Beteiligungsprozessen ab. Es geht darum, Akteurinnen und Akteure sowie und Bewohnerinnen und Bewohner zusammenzubringen, Ressourcen sichtbar zu machen und langfristige Entwicklungen zu begleiten.

Zur Erstellung des Antrags fanden im Vorfeld zwei **Bürgerbeteiligungsformate** statt. Zum einen wurden alle Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen nach ihren Wünschen befragt. Mehr als 1.000 Schülerinnen und Schüler nahmen an der Umfrage teil. Da die Teilnehmenden auch nach ihrem Wohnort (Rösrath-Mitte, Forsbach, Hoffnungsthal, Kleinen, andere Kommune) befragt wurden, konnten die Ergebnisse stadtteilscharf ausgewertet werden. Die Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtteil Rösrath-Mitte wünschten sich insbesondere mehr Spiel- und Sportmöglichkeiten sowie einen Ort, um sich mit Freunden zu treffen. Zum anderen wurden alle Bürgerinnen und Bürger zu einem offenen Bürgerabend in das Caritas Familienzentrum eingeladen. 25 Personen folgten der Einladung und bewerteten als zentrale Themen für Rösrath: Kinder, Jugend und junge Familien (Treffpunkte, Angebote für Jugendliche und Familien, Mitbestimmung), bezahlbarer Wohnraum und Mobilität (Barrierefreiheit, Mobilität im Alter). Aus den Ergebnissen der Befragungen wurden drei zentrale Maßnahmen für das Förderprojekt abgeleitet, die jedoch im Laufe des Projekts nach angepasst werden können: 1. Umsetzung eines Ortes für die Jugend in Eigenverantwortung der Jugendlichen, 2. Einrichtung eines Mobilitätsangebots für Seniorinnen und Senioren und 3. Aufbau eines Netzwerks aus Akteurinnen und Akteuren aus dem Bereich Übergang Schule-Beruf. Das Projekt wird von der Stiftung Deutsches Hilfswerk für drei Jahre gefördert. Den Eigenanteil von 20 % trägt der Caritasverband.



ABBILDUNG 107: Einladung zum offenen Bürgerabend
QUELLE: Sozialplanung „Motiv Mensch“

Im Sommer 2024 hat der neue Quartiersentwickler seine Tätigkeit aufgenommen. Die **Quartiersentwicklung** setzt auf einen partizipativen Ansatz, der die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv in die Gestaltung ihres Lebensraums einbindet. Dabei stehen insbesondere nachhaltige Lösungen für Mobilität, Jugendbeteiligung und soziale Teilhabe im Vordergrund. In der Anfangsphase wurde der Fokus dabei zunächst auf den Aufbau eines Netzwerks gelegt. Es wurden Kontakte mit relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Verwaltung, Politik, Schulen, Vereinen, Kirchen und der Nachbarschaft hergestellt. Je nach Themenschwerpunkt und aktuellem Bedarf wurden diese auch untereinander vernetzt. Dieser Prozess ist kontinuierlich und wird sich entlang der aktuellen Projekte und Bedarfe weiterentwickeln. Bis zum Ende des Jahres konnte darüber hinaus das bisher wenig genutzte öffentliche Beachvolleyballfeld reaktiviert und in den Sportunterricht der Gesamtschule integriert werden. Zudem wurde ein Seniorencafé in Rambrücken etabliert, für das die Rundschau Altenhilfe als Fördergeber gewonnen werden konnte. Das Café erfreut sich großer Beliebtheit.

Des Weiteren gibt es folgende laufende Projekte:

- Selbstverwalteter Jugendort: Ziel bleibt es, einen zentralen selbstverwalteten Jugendort in Rösrath zu schaffen. Gleichzeitig zeigt sich in der praktischen Umsetzung, dass bereits bestehende Orte durch gezielte Maßnahmen aufgewertet und für Jugendliche attraktiver gestaltet werden können, wie beispielsweise im Fall des Beachvolleyballplatz in der Arnold-Schönberg-Straße. Durch die Vernetzung und Weiterentwicklung dieser Orte könnte ein Zusammenspiel entstehen, das die Bedarfe Jugendlicher im Quartier bereits erheblich verbessert. Diese Erkenntnisse fließen in die weitere Planung des zentralen Jugendortes mit ein.
- Rösrath Mobil: Ein soziales Mobilitätsangebot für Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit eingeschränkter Mobilität, das auf nachbarschaftlicher Hilfe und ehrenamtlichem Engagement basiert.
- Berufsorientierende Veranstaltung am Schulzentrum: In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Übergang Schule-Beruf“ wird eine Veranstaltung zur beruflichen Orientierung für Schülerinnen und Schüler geplant. Ziel ist es, durch praxisnahe Einblicke, Gespräche mit Fachkräften und Vernetzung mit lokalen Unternehmen Jugendlichen eine bessere Vorstellung über berufliche Perspektiven zu ermöglichen. Die konkrete Ausgestaltung befindet sich derzeit in der Abstimmung mit Schulen, Unternehmen und weiteren Akteurinnen und Akteuren.
- Quartierskonferenz: In Planung ist ein regelmäßiges Format, um Akteurinnen und Akteure im Quartier zusammenzubringen, gemeinsame Projekte zu initiieren und Herausforderungen im Stadtteil zu identifizieren und zu diskutieren.
- Politische Beteiligung von Jugendlichen: Im Hinblick auf die Kommunalwahl 2025 wird geprüft, ob ein Format entwickelt werden kann, in dem Jugendliche mit den Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten in den Austausch kommen, und sie beispielsweise zu einer Elefantenrunde einladen.
- Hauptamtliche Unterstützung der Ehrenamtskoordination:
 Um die Vernetzung der ehrenamtlichen Strukturen zu fördern und enger mit dem Quartiersprojekt zu verzahnen, wurden Vertretungen der Freiwilligeninitiativen in Rösrath (Gute Nachbarschaft Rösrath, Engagierte Stadt Rösrath, Ehrenamtsbeauftragte der Katholischen Kirche), lokaler Akteure (Kinderschutzbund Rösrath, Die Tafel, Juze, Schulsozialarbeit, Begegnungszentrum 50+, Katholische Kirchengemeinde), der Wohlfahrtsverbände (Caritas, DRK) sowie der Verwaltungen (Kommunales Integrationszentrum, Seniorenplanung, Jobcenter, Fachbereich Soziales, Kultur und Ehrenamt, Fachbereich Jugend, Bildung, Sport, Sozialplanung „Motiv Mensch“) zu einer Sozialraumkonferenz am 08.10.2021 unter dem Titel „Auf dem Weg zur guten Nachbarschaft“ eingeladen. In dem Treffen wurde deutlich, dass es eine Vielzahl an guten Angeboten gibt, diese aber nicht optimal vernetzt sind und eine klare Abgrenzung zwischen den einzelnen Angeboten nicht immer deutlich erkennbar ist. Es fehle eine Koordinationsstelle bei der Stadt als zentraler Ansprechpartner für Ehrenamtliche und „Treiber“ des Netzwerks.

Seit 2020 gibt es mit der **engagierten Stadt Rösrath** eine Plattform für ehrenamtliche Aktivitäten. Es handelt sich dabei um eine Netzwerkinitiative der Bürgerstiftung Rösrath und der Stadt Rösrath. Betreut wird sie seit 2022 von einer hauptamtlichen Ehrenamtskoordinatorin, die von beiden Netzwerkpartnern gemeinschaftlich finanziert wird. Die engagierte Stadt



- vermittelt Menschen, die an ehrenamtlicher Tätigkeit interessiert sind,
- unterstützt mit ehrenamtlich tätigen Mitbürgern Vereine, Organisationen und soziale Bereiche,
- unterstützt Menschen, die Hilfe benötigen und
- schafft Synergien auf den unterschiedlichen Ebenen der ehrenamtlichen Tätigkeit in Rösrath.

Neben Informationen auf der Homepage (<https://engagiertestadt-roesrath.de/>) veröffentlicht die Engagierte Stadt auch regelmäßig Gesuche von Vereinen und Organisationen in den sozialen Medien.

Darüber hinaus wurde der „**Guten Nachbarschaft Rösrath**“ eine hauptamtliche Geschäftsstellenleitung durch die Stadt Rösrath zur Seite gestellt. Die „Gute Nachbarschaft“ wurde 2015 als Soforthilfe für geflüchtete Personen in Rösrath aus einer Kooperation der Stadt Rösrath mit der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde gegründet. Seitdem haben sich die Aufgabenfelder der Kooperation erweitert: Zusammen mit vielen alten und neuen Nachbarn gestaltet die Kooperation die Zukunft vor Ort aktiv mit. Sie vernetzt und fördert das lebendige Miteinander in kultureller Vielfalt. Sie ermuntert zu Begegnung und Begleitung und ermöglicht Beratung. Ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt ist dabei das Begegnungscafé im JUZE, in dem neben sozialer Teilhabe auch Beratung rund um soziale Themen im Zusammenhang mit Migration und Integration angeboten wird. Informationen zu weiteren Angeboten der „Guten Nachbarschaft“ sowie Kontaktdaten finden sich auf der Homepage <https://gnroesrath.de>.



- Niederschwelliges Beratungsangebot für Arbeitslose:

Das **Jobcenter Rhein-Berg** bot für kurze Zeit eine **Außensprechstunde** im Stadtteilbüro an, um den Arbeitslosen den Zugang zum Jobcenter zu erleichtern. Das Angebot musste jedoch eingestellt werden, da die Nachfrage – vermutlich aufgrund der räumlichen Nähe beider Standorte – nicht ausreichte.

- Aufbau eines Netzwerks Übergang Schule-Beruf:

Um allen Jugendlichen nach Abschluss ihrer Schullaufbahn eine berufliche Perspektive zu geben und die bestehenden Unterstützungsangebote besser zu vernetzen, wurde ein **Netzwerk** mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Themenfeld **Übergang Schule-Beruf** gegründet. In diesem Netzwerk sind zum Beispiel Mitarbeitende des Jobcenters, der Agentur für Arbeit, der Handelskammer, dem Koordinierungsbüro KAOA (Kein Abschluss ohne Anschluss) des Rheinisch-Bergischen Kreises, der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderung und die Koordinierenden der beruflichen Orientierung an den weiterführenden Schulen vertreten.

Konnten bereits Auswirkungen der Maßnahmen / des Prozesses festgestellt werden?

Durch die breite Einbindung verschiedener Akteure in den Sozialplanungsprozess konnte ein gemeinsames Verständnis für die sozialen Herausforderungen in Rösrath und vor allem im Stadtteil Rösrath-Stadtmitte erzielt werden.

Da viel Zeit in die Beteiligung der Zielgruppe bei der Entwicklung passgenauer Maßnahmen investiert wurde, können noch keine in Zahlen messbaren Auswirkungen dargestellt werden. Durch die Projektwochen, das „Rote Sofa“ sowie die Arbeit des Quartiersentwicklers kristallisieren sich jedoch die Bedarfe der Zielgruppe immer deutlicher heraus, so dass die Maßnahmenplanung weiter vorangetrieben werden kann.

Insgesamt hat die ressortübergreifende Arbeit im Rahmen des Sozialplanungsprozesses zu einer stärkeren Vernetzung der Akteure geführt und neue Kommunikationswege eröffnet. Dies betrifft nicht nur die Akteure auf institutioneller Ebene, sondern auch die ehrenamtlichen Strukturen.

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Im Rahmen des neuen Quartiersprojekts sollen einige Aspekte der Handlungsempfehlungen beider Zielgruppen aufgegriffen werden und gemeinsam mit den Betroffenen Lösungsansätze erarbeitet werden. Der Quartiersentwickler agiert dabei nicht als Hauptverantwortlicher, sondern unterstützt die Beteiligten und bringt sie in die Eigenverantwortung.

Das Netzwerk Übergang Schule - Beruf plant für Herbst 2025 eine **lokale Ausbildungsinitiative**, die Betriebe aus Rösrath mit Schülerinnen und Schülern zusammenbringen und den Jugendlichen verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten nahebringen soll. Die Veranstaltung wird voraussichtlich auf dem Gelände des Schulzentrums stattfinden und sich insbesondere an die Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse richten.

Das Jobcenter Rhein-Berg plant einen **Bewerbertag** speziell für die Zielgruppe der über 50-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die Vermittlung älterer Arbeitsloser gestaltet sich häufig schwierig, wenn Arbeitgebende Vorurteile hinsichtlich der Produktivität Älterer haben und unsicher sind, ob sich eine Einarbeitung in der bis zum Ruhestand verbleibenden Zeit amortisiert. Die Vorbehalte können sich durch den direkten Kontakt auflösen und die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses die Gefahr der Altersarmut reduzieren.

Um die soziale Teilhabe der älteren Bevölkerung und die nachbarschaftlichen Hilfesysteme zu unterstützen, wurde in Kooperation der Stadt Rösrath und dem Planungsstab Inklusion, Senioren und Pflege des Rheinisch-Bergischen Kreises das **Konzept „Bert und Berta – Füreinander und Miteinander“** entwickelt. Das Konzept sieht entweder eine Erweiterung der seit 2022 in der Stadt Rösrath verwendeten App „Gut versorgt in ...“ um einen Marktplatz und einen Chatroom vor, so dass Unterstützungsangebote koordiniert werden können und sich langfristig ein ver- beziehungsweise umsorgendes Care-Netzwerk entwickelt und professionelle pflegerische Versorgungsangebote entlastet werden. Alternativ könnte auch eine eigene App entwickelt werden.

Das Mobilitätsangebot für immobile Menschen soll durch den Aufbau eines **sozialen Fahrdienstes** auf Basis von ehrenamtlichem Engagement verbessert werden.

Kinder und Jugendliche sollen stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Dafür gilt es passende **Beteiligungsformate** eruieren, die den **Kindern und Jugendlichen** realistische und der Lebenswelt angepasste Mitwirkungsoptionen bieten.

7.9. Innenstadt-Ost (Wermelskirchen)

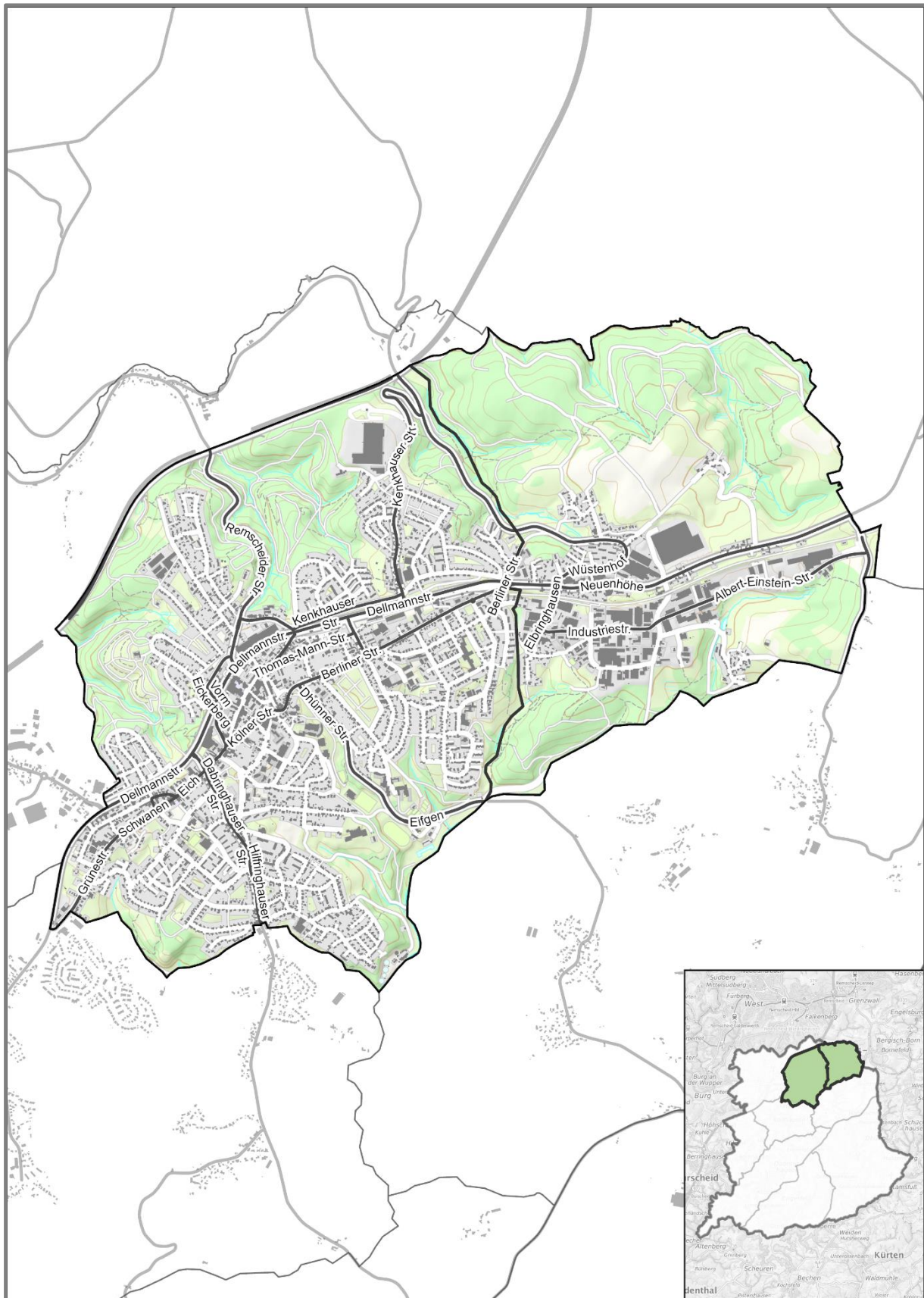


ABBILDUNG 108: Kartografische Darstellung des Handlungsraums Innenstadt-Ost

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

7.9.1. Wohnplatzsteckbrief

Gebietskennzeichnung:

Kommune: Wermelskirchen

Fläche: 5,55 km²

Einwohnerzahl: 15.647 (2.819 Einwohner/km²)

Altersstruktur:

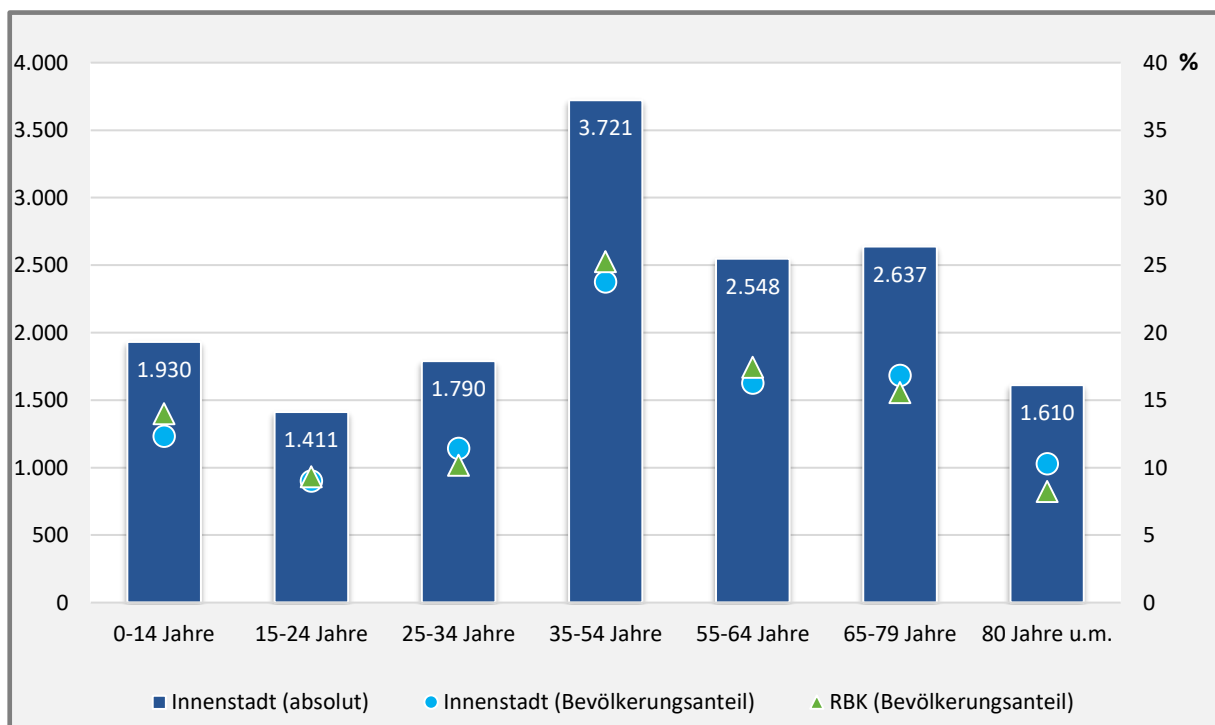


ABBILDUNG 109: Einwohnerzahlen im WPS Innenstadt nach Altersklassen sowie relative Bevölkerungsanteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung im WPS und im Rheinisch-Bergischen Kreis
QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

WPS Innenstadt - Ergebnisse der kleinräumigen Analyse auf Kreisebene (Statusindex):

Der Wohnplatz Innenstadt erzielte in der kreisweiten Auswertung einen Indexwert von 24,67 und weicht damit 1,54 Standardabweichungen vom kreisweiten Mittelwert ab. Dieser Indexwert ist der sechsthöchste im Kreisgebiet.

In Abbildung 110 ist dargestellt, um wie viele Standardabweichungen die Indikatoren der unterschiedlichen Themenschwerpunkte im Durchschnitt vom Mittelwert abweichen.

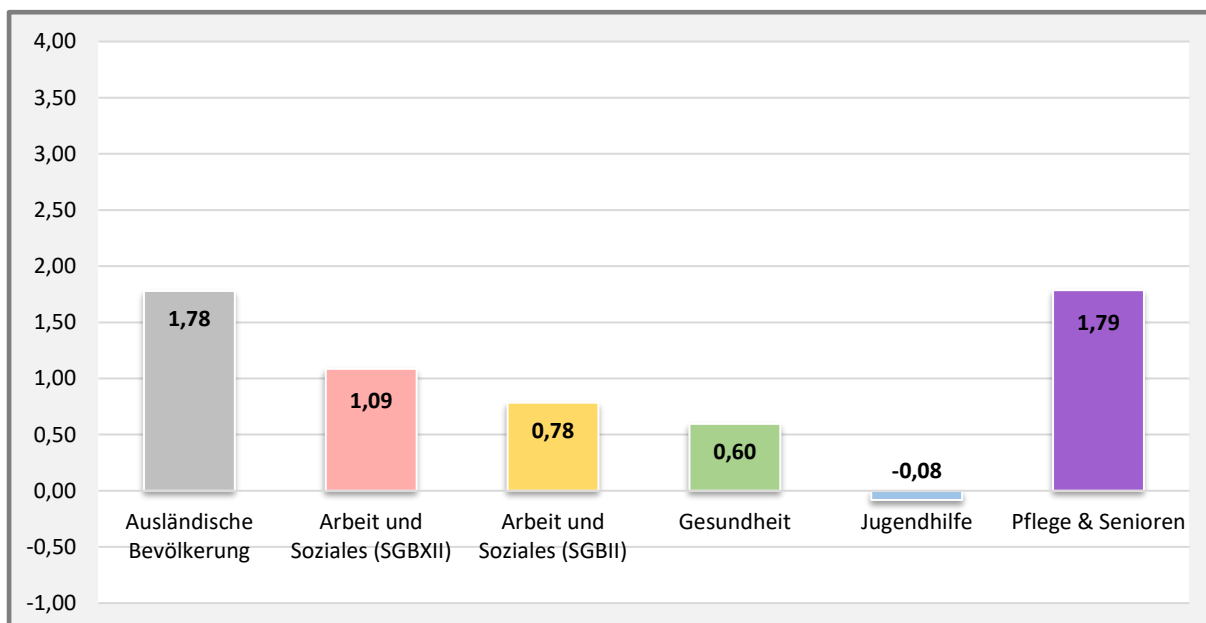


ABBILDUNG 110: Durchschnittliche Standardabweichung der Indikatoren pro Themenschwerpunkt im WPS Innenstadt (Statusindex)

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

Abbildung 111 zeigt die Abweichungen der einzelnen Indikatoren vom Kreismittelwert, wiederum gemessen in Standardabweichungen. Ergänzend dazu liefert Abbildung 112 Informationen über die realen Ausprägungen der Indikatoren und setzt diese in Vergleich zum durchschnittlichen Wert der Stadt Wermelskirchen sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. In Abbildung 113 kann die Entwicklung der Indikatoren innerhalb der letzten beiden Erhebungsjahre für den Wohnplatz und den Rheinisch-Bergischen Kreis verglichen werden.

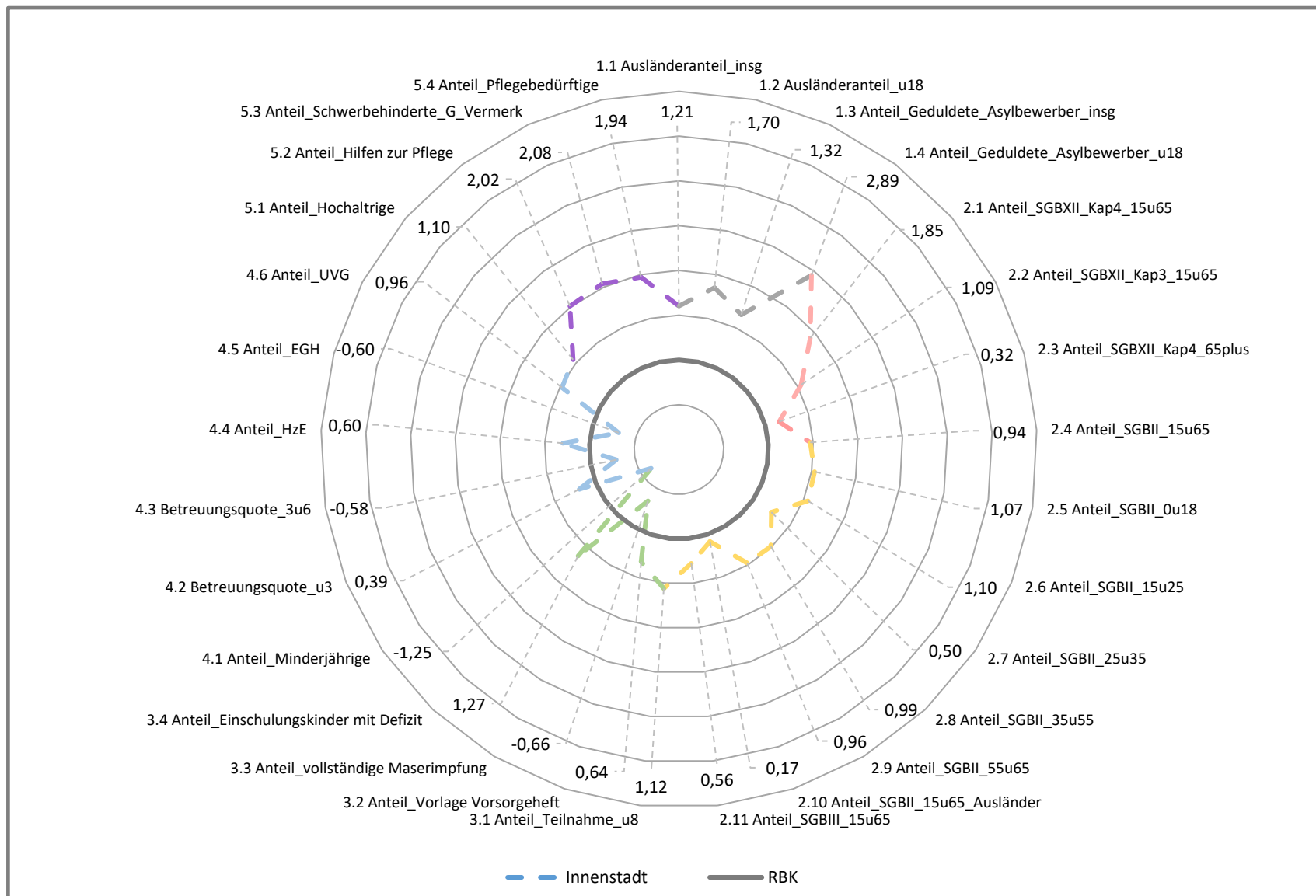


ABBILDUNG 111: Abweichung der Indikatoren vom Kreismittelwert in Standardabweichungen für den WPS Innenstadt
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

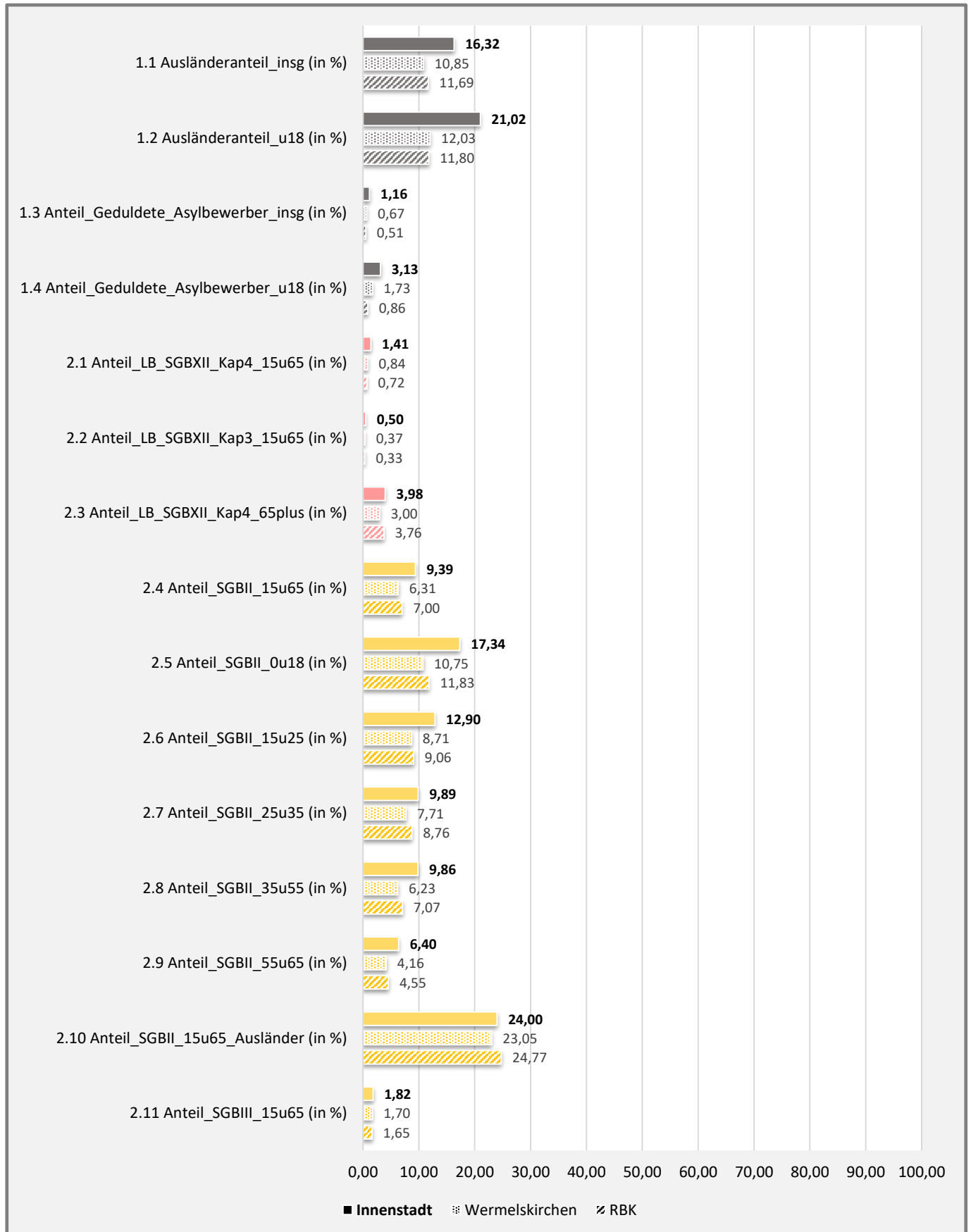


ABBILDUNG 112: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Wermelskirchen und WPS Innenstadt
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

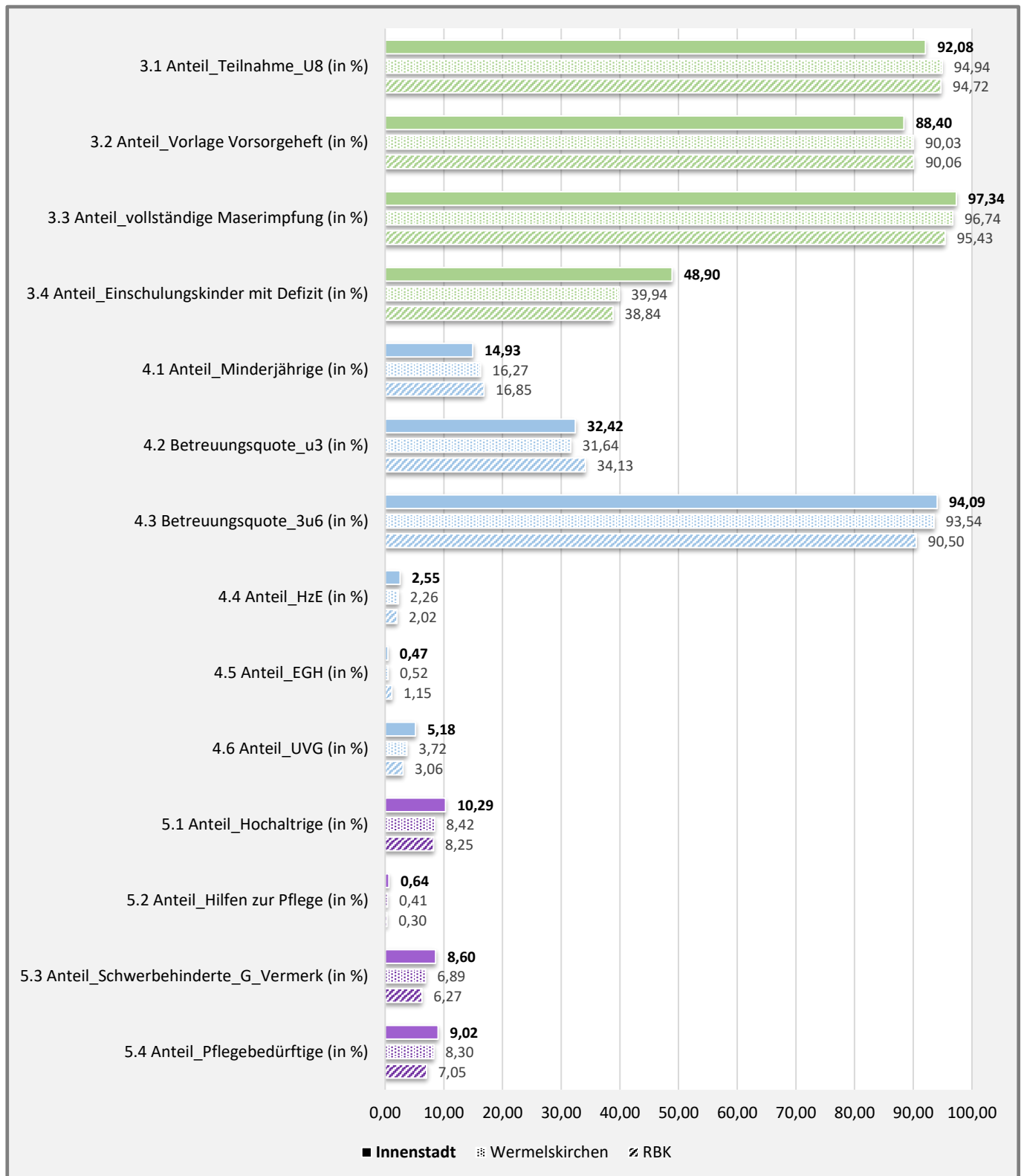


ABBILDUNG 112 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis, Wermelskirchen und WPS Innenstadt

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

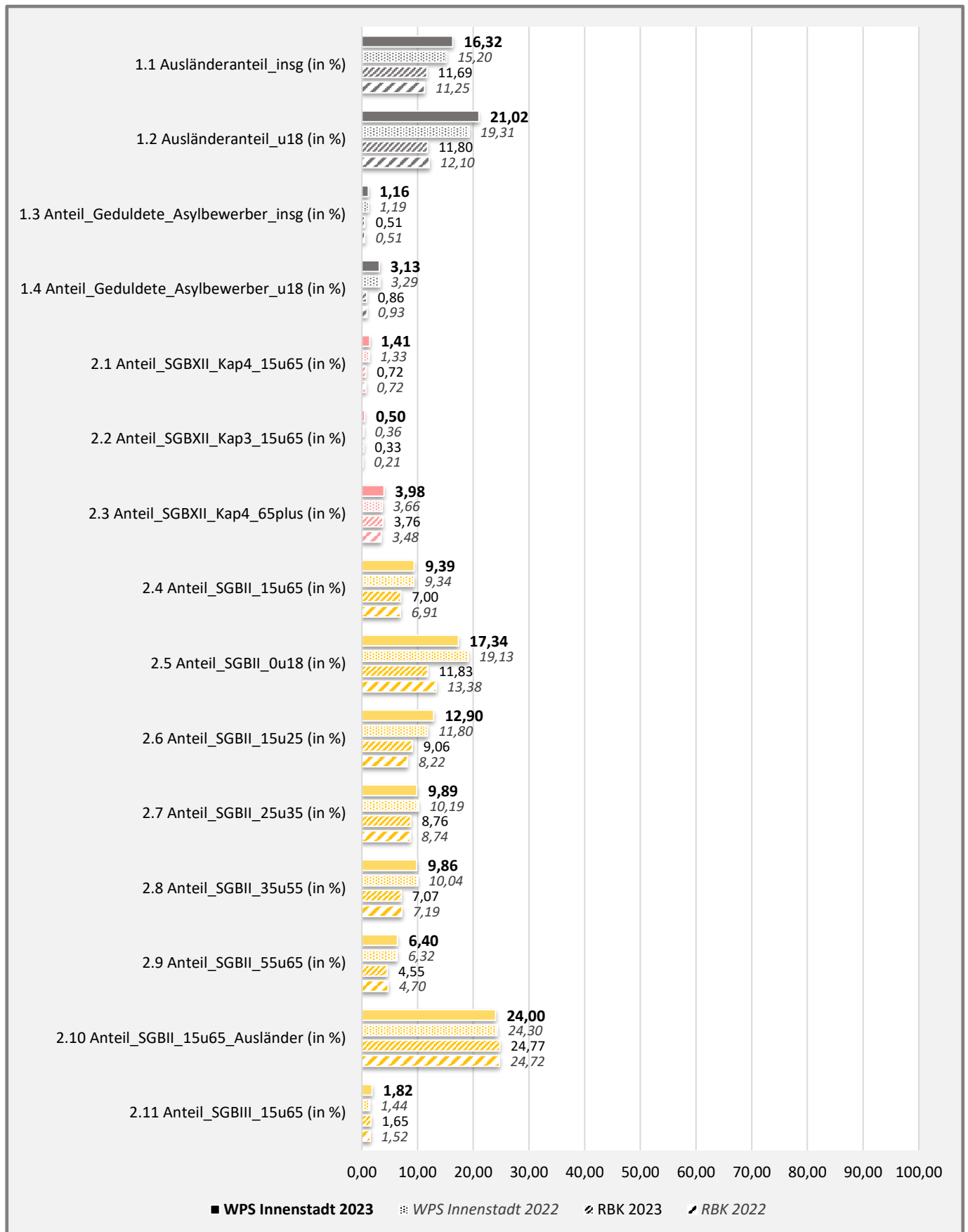


ABBILDUNG 113: Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Innenstadt für die Jahre 2022 und 2023
 QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

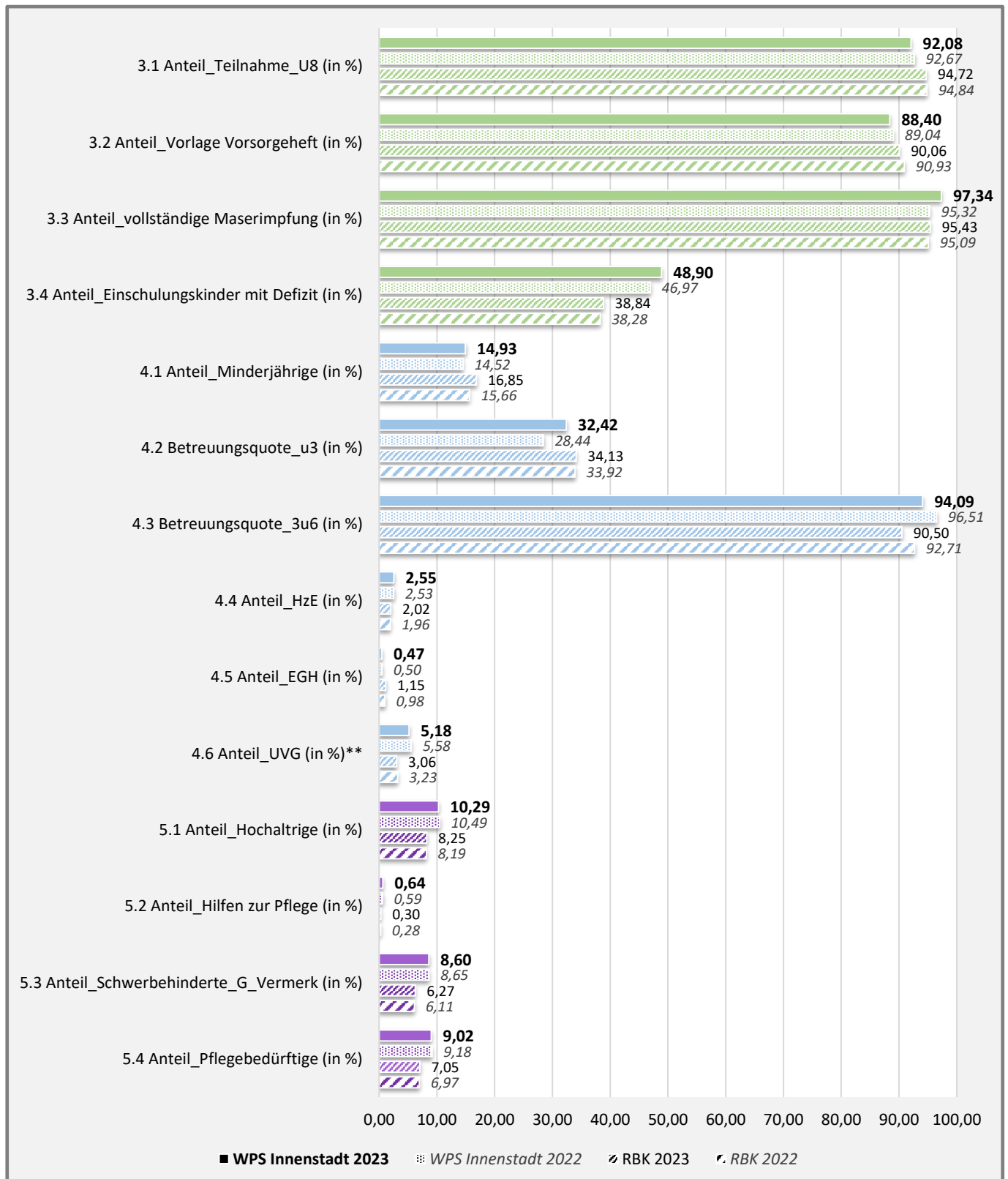


ABBILDUNG 113 (FORTSETZUNG): Ausprägung der Indikatoren im Vergleich Rheinisch-Bergischer Kreis und WPS Innenstadt für die Jahre 2022 und 2023

ANMERKUNG: *: da für 2021 und 2022 keine Daten vorliegen, wurden für Rösrath die Daten aus dem Jahr 2020 übertragen

QUELLE: Sozialmonitoring RBK; eigene Darstellung.

7.9.2. Ergebnisse der kommunalen Fachplanungskonferenz

WERMELSKIRCHEN, DIE FAMILIENFREUNDLICHE STADT - GEMEINSAM GESTALTEN

Stärken-Schwächen-Analyse des Wohnplatzes:

Die Innenstadt von Wermelskirchen ist der bevölkerungsstärkste Wohnplatz im Rheinisch-Bergischen Kreis. Ungefähr 15.000 Menschen leben hier und somit circa 44 % der Gesamtbevölkerung Wermelskirchens.

Alter & Pflege: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung im Wohnplatz ist mindestens 65 Jahre alt. Ungefähr 10 % sind 80 Jahre und älter. Die Bevölkerungsprognosen von IT.NRW gehen davon aus, dass sich der Anteil der 65-Jährigen und Älteren in den nächsten zwanzig Jahren um ungefähr ein Viertel erhöhen wird. Der hohe Anteil älterer Personen hängt insbesondere mit dem hohen Angebot an Pflegeeinrichtungen in dem Wohnplatz zusammen. Zudem wurden in den letzten Jahren viele (hochpreisige) barrierefreie Neubauten errichtet, die mit der Chance eines möglichst langen selbstständigen Lebens im Alter eine entsprechende Klientel in den Wohnplatz locken. Dementsprechend liegt auch der im Rahmen der Pflegebedarfsplanung geschätzte Anteil Pflegebedürftiger über dem kreisweiten Durchschnitt. Wie die Daten der aktuellen amtlichen Pflegestatistik des Bundesamts für Statistik und IT.NRW zeigen, wird ein immer höherer Prozentsatz der Pflegeleistungen im häuslichen Kontext erbracht. Die Versorgung und Unterstützung pflegender Angehöriger ist daher ein Thema von zunehmender Wichtigkeit. Die Hochaltrigkeit des Wohnplatzes erklärt unter anderem auch den hohen Anteil an Menschen mit einem G-Vermerk im Schwerbehindertenausweis, d.h. bei diesen Personen ist die Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr eingeschränkt. Unter Umständen kann dies zu einer Beeinträchtigung der Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben führen.

SGB XII: In der Wermelskirchener Innenstadt lebt ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Empfängerinnen und Empfängern von ambulanten und stationären Hilfen zur Pflege. Dieser Wert steht im engen Zusammenhang mit dem als hoch eingeschätzten Anteil an Pflegebedürftigen in dem Wohnplatz. Der Anteil der Empfängerinnen und Empfängern einer Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII an der Bevölkerung ab 65 Jahren liegt zwar nur leicht über dem kreisweiten Mittelwert, allerdings sind Fälle bekannt, in denen ältere Einwohnerinnen und Einwohner ihnen zustehende Grundsicherungs- oder Pflegeleistungen nicht beantragen, zum Beispiel aus Scham oder weil die Angebote nicht ausreichend bekannt sind. In diesen Fällen droht die Gefahr verdeckter Altersarmut.

Integration: Ende 2023 besaßen in etwa 16 % der Einwohnerinnen und Einwohner der Wermelskirchener Innenstadt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Im Vergleich zum ersten Sozialbericht bedeutet dies einen Anstieg um gut 2 Prozentpunkte. Bei den Minderjährigen ist der Anteil seit 2016 von circa 9 % auf 21 % angestiegen. Der Anteil Asylbewerber und Geduldeter im Wohnplatz ist hingegen rückläufig, liegt allerdings immer noch deutlich über dem Mittelwert der Stadt Wermelskirchen sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises. Viele Flüchtlingsfamilien sind Mehrkindfamilien, wodurch der Anteil Flüchtlingskinder an der minderjährigen Bevölkerung erklärt wird.

Wohnen: Durch den beschriebenen Zuzug älterer Personen in den Wohnplatz und das neue hochpreisige Wohnangebot gibt es wenig finanzierbaren Wohnraum für sozial Schwächere. Der hohe Anteil Neuzugewanderter verschärft die Konkurrenz um günstigen Wohnraum. Daher liegt ein Schwerpunkt

des Integrierten Entwicklungs- & Handlungskonzeptes (IEHK) für die Innenstadt auf der Schaffung bezahlbaren und barrierefreien Wohnraums für alle Bevölkerungsgruppen und Haushaltsformen.

SGB II: Die Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt stellt eine große Herausforderung für das Jobcenter dar. Zusammen mit den verschiedenen ehrenamtlichen Initiativen und der Stadtverwaltung (zum Beispiel Jugendberufshilfe) konnten jedoch bereits gute Kooperationsstrukturen bei der Integration insbesondere der ausländischen Jugendlichen geschaffen werden. Da der Anteil erwerbsfähiger Leistungsberechtigter ohne deutsche Staatsbürgerschaft und die Jugendarbeitslosigkeit im Wohnplatz seit der letzten Berichterstattung zugenommen haben, werden diese Kooperationen auch in der näheren Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Hinter dem in den letzten Jahren vergleichsweise hohen, aber stabilen Anteil erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in Wermelskirchen steht ein Anstieg bei den absoluten Fallzahlen im letzten Jahr um gut 200 Personen, darunter viele Fälle mit Migrationshintergrund und Sprachbarrieren. Aktuell gibt es 1.440 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 980 Bedarfsgemeinschaften in Wermelskirchen, Tendenz steigend. Circa zwei Drittel entfallen davon auf die Innenstadt. Der im Zuge der Corona-Pandemie gestiegene Anteil Personen im SGB-III-Leistungsbezug (Arbeitslosenversicherung), hat sich mittlerweile wieder auf dem Niveau von 2019 eingependelt. Im Vergleich mit anderen Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis liegt die Integrationsquote in Wermelskirchen mit ungefähr 13% auf einem niedrigen Niveau. Dies liegt unter anderem an der schlechten Anbindung an größere Städte und einem nicht ausreichenden Angebot an Integrationsmaßnahmen für junge Erwerbslose. Aufgrund der Streichung von Bundesmitteln werden diese Leistungen des Jobcenters zukünftig weiter reduziert und nur noch in Bergisch Gladbach angeboten. Auch bei der Berufseinstiegsbegleitung – einem Bildungsangebot der Bundesagentur für Arbeit zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen – stehen Mittelkürzungen an, so dass keine weiteren Kohorten in das Programm aufgenommen werden können.

Jugendhilfe: Die Anteile an Hilfen zur Erziehung (HzE) und Eingliederungshilfen (EGH) für Jugendliche unter 21 Jahren nach dem SGB VIII entsprechen in etwa dem kreisweiten und kommunalen Vergleichswerten. Seit der Corona-Pandemie können hier vor allem im Bereich der Eingliederungshilfen Anstiege registriert werden. Die Betreuungsquoten sowohl der unter 3-Jährigen liegen leicht unter, die der 3- bis unter 6-Jährigen über dem kreisweiten Mittelwert. Beide Werte sind seit dem Ausbau der Kita-Plätze in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen im u3-Bereich ist weiter steigend, kann aber voraussichtlich im Zuge des Ausbaus der Kita-Plätze entsprochen werden. Der Bedarf an Kita-Plätzen ist bei den Zugezogenen in der Regel geringer, wenn doch wird dieser allerdings relativ spät und mit hoher Dringlichkeit angemeldet. Die gestiegene Anzahl an Flüchtlingsfamilien führt zu hohen Aus- und zum Teil Überlastungen in den Integrationsklassen, so dass die dortigen Mitarbeitenden wenig Spielraum für präventive Maßnahmen haben. Die bisher vornehmlich auf einer Komm-Struktur basierenden Angebote für Kinder und Jugendliche in der Innenstadt wurden durch zwei aufsuchende Angebote ergänzt. Die Zeit des Lockdowns wurde zudem genutzt, um den offene Kinder- und Jugendbereich in der Kattwinkelschen Fabrik zu renovieren.

Gesundheit: Die Auswertungen der Schuleingangsuntersuchung zeigen, dass sich im Vergleich zum ersten Sozialbericht weniger Eltern das präventive Angebot der U8-Untersuchung in Anspruch nehmen. Der Anteil liegt aktuell bei 92 % und damit leicht unter dem kreisweiten Mittelwert. Mögliche Ursachen könnten zum einen der Mangel an Kinderärzten in Wermelskirchen und zum anderen der Zuzug durch die Ukraine-Flüchtlinge sein. Ein Anstieg um 16 % konnte seit 2018 bei dem Anteil Einschulungskinder mit einem Defizit in der sprachlichen und/oder körperlichen Entwicklung verzeichnet werden, wobei die sprachlichen Defizite überwiegen (61 %). Dieser Anstieg kann nach Einschätzung

der Fachexpertinnen und -experten unter anderem auf Folgen der Corona-Pandemie, einem erhöhten Medienkonsum und eine veränderte Freizeitgestaltung in den Familien zurückgeführt werden. Parallel dazu stieg in den letzten Jahren die Anzahl an Kindern in den Kindertageseinrichtungen, in deren Familien nicht vorrangig Deutsch gesprochen wird, deutlich an.

Zielgruppen und Handlungsempfehlungen:

Zielgruppe 1: Junge Menschen (bis 27 Jahren) mit besonderem Unterstützungsbedarf unter Berücksichtigung von Zuwanderungsgeschichten

Handlungsempfehlung 1: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum eine Verbesserung sowohl der niederschwelligen Angebote mit aufsuchendem Charakter in der offenen Kinder- und Jugendarbeit als auch der Angebote zur Vermittlung von Schlüsselkompetenzen und Alltagsstrukturierung für die Zielgruppe zu initiieren. Damit die Angebote die Zielgruppe auch erreichen, sollen zudem Maßnahmen für eine effiziente und lückenlose Vernetzung der Fachakteure angestoßen werden.

Begründung: Seit dem letzten kreisweiten Sozialbericht konnten im Wohnplatz zwei niederschwellige Angebote mit aufsuchendem Charakter im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit erfolgreich installiert werden, die die Zielgruppe beim Aufbau von Schlüsselkompetenzen und der Alltagsstrukturierung unterstützen. Durch die Mitarbeitenden stehen den Kindern und Jugendlichen verbindliche Ansprechpartner zur Verfügung, die ihnen mit Wertschätzung entgegentreten, sie bei der Entwicklung ihrer Arbeits- und Lernfähigkeit unterstützen und ihnen den Zugang zu den Teilhabemöglichkeiten Arbeit und Bildung erleichtern. Ob die Angebote in ihrer jetzigen Ausgestaltung für die Umsetzung der Handlungsempfehlung ausreichen, wird sich erst mittel- bis langfristig zeigen. Zudem deuten die aktuellen Daten aus dem Sozialbericht eher auf weiter steigende Bedarfe der Zielgruppe hin. Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe daher, die Umsetzung der Handlungsempfehlung weiter voranzutreiben. Die sich in der Planung befindlichen Maßnahmen (beispielsweise Gründung einer Jugendberufsagentur) könnten dabei weitere hilfreiche Bausteine darstellen.

Ergänzend dazu regt die kommunale Fachplanungskonferenz bei der Steuerungsgruppe den Ausbau der Vernetzung der Fachakteure an. Die bestehenden und neu geschaffenen Angebote können nur dann ihre volle Wirkung erzielen, wenn sie bekannt sind und die Zielgruppe an sie herangeführt werden kann. Im bisherigen Prozess zeigten sich jedoch Lücken in der Kommunikation und dem Informationsaustausch, die durch die Beschränkungen während der Pandemie noch verschärft wurden.

Zielgruppe 2: Menschen ab 50 Jahre unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Lebensabschnitte

Handlungsempfehlung 2: Die kommunale Fachplanungskonferenz empfiehlt der Steuerungsgruppe im Handlungsraum Strukturen zu schaffen, die den Erhalt der Teilhabe und der Selbstständigkeit der Menschen ab 50 Jahren fördern und nachhaltig verbessern. Dies beinhaltet insbesondere die Aspekte Prävention, Stärkung des Ehrenamtes und Unterstützung pflegender Angehöriger. Bei der Planung von Maßnahmen sollen die Ausstrahlungseffekte aus den anderen Wohnplätzen berücksichtigt werden.

Begründung: Der Wohnplatz ist geprägt von einer Altersstruktur mit einem hohen Anteil älterer Menschen, von denen viele auf eine pflegerische Versorgung angewiesen sind. In den letzten Jahren wurden viele Angebote für diesen Personenkreis geschaffen, so dass die Versorgungslage mit Ausnahme der Kurzzeitpflege momentan ausreichend ist. Aufgrund der demographischen Entwicklung, der prognostizierten Zunahme bei den pflegebedürftigen Personen sowie den nicht ausreichenden Angeboten in den städtischen Randbezirken ist von weiterhin steigenden Bedarfen auszugehen, die das aktuelle

Angebot übersteigen. Vor dem Hintergrund des vorherrschenden Fachkräftemangels kann der Bedarf nicht allein durch den Bau neuer Einrichtungen gedeckt werden. Vielmehr sind Maßnahmen notwendig, die präventiv ansetzen und den Eintritt in die Pflegebedürftigkeit verhindern oder zumindest hinauszögern. Zusätzlich müssen verstärkt ehrenamtliche Strukturen im Pflegebereich gefördert werden, die die professionellen Pflegeanbieter entlasten können. Ein großer Teil der Pflege wird bereits jetzt von Angehörigen übernommen, was für sie häufig mit finanziellen Einbußen, starken beruflichen Belastungen und einer Gefährdung ihrer psycho-sozialen und körperlichen Gesundheit verbunden ist. Pflegenden Angehörige müssen daher sowohl durch Angebote zur zeitlichen Entlastung, zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder zur Vereinfachung von Pflegearrangements unterstützt als auch befähigt werden, einen an Selbstfürsorge orientierten Umgang mit der jeweiligen Pflegesituation zu finden. Für die Planung können die Ergebnisse des Seniorenberichts 2023/2024 des Rheinisch-Bergischen Kreises herangezogen werden, für den in einer Umfrage innerhalb der 65-jährigen und älteren Bevölkerung die von pflegenden Angehörigen gewünschten Beratungs- Unterstützungsangebote erhoben wurden.

Prozessleitung und Kooperationen:

Prozessleitung: Frau Beyer (Stadt Wermelskirchen, Stabsstelle Demografischer Wandel, Inklusion, Quartiersentwicklung und Ehrenamtskoordination)

Kooperationspartnerinnen und -partner:

- Stadt Wermelskirchen
 - Amt für Jugend, Bildung und Sport
 - Amt für Soziales und Inklusion
 - Amt für Stadtentwicklung
- Jobcenter Rhein-Berg
- Agentur für Arbeit

7.9.3. Entwicklungen im Handlungsraum

Welche Prozessschritte/ Maßnahmen konnten bereits umgesetzt werden?

Zielgruppe 1:

• Aufsuchende Jugendsozialarbeit:

- Im Herbst 2020 wurde die Stelle der **Aufsuchenden Jugendarbeit** bei der Stadt Wermelskirchen erstmalig besetzt. Nach dem Weggang von Marc Spies übernahm Torben Faubel die Stelle im Sommer 2022. Als Streetworker ist er vornehmlich aufsuchend an den Treffpunkten von Kindern und Jugendlichen unterwegs, wo er das Gespräch mit ihnen sucht und bei Bedarf an Beratungsangebote vermittelt. Mit dem **Jugendfreizeitpark**, der im September 2021 offiziell eröffnet wurde und von den Kindern und Jugendlichen gut angenommen wird, bieten sich ihm viele neue Möglichkeiten sowohl hinsichtlich der Kontaktaufnahme, als auch der Durchführungen von Projekten und Angeboten. Beispielsweise organisiert er dort mit örtlichen Akteuren verschiedene Sportangebote (zum Beispiel Skate-Workshops, Inline-Hockey). Um auch die Jugendlichen in den städtischen Randbezirken zu erreichen, fährt er mit seinem Dienst-Bus die dortigen Treffpunkte an. Seit April 2023 gibt es zudem die Anlaufstelle „**Freiraum**“ in



der Thomas-Mann-Straße 6, die aus zwei Räumen mit kleiner Küchenzeile, gemütlichen Sofas und einer Fläche für kreativen Arbeiten besteht. Neben der Möglichkeit zu „chillen“ finden in den Räumen auch niederschwellige Beratungsgesprächen sowie Kreativ-Workshops statt.

- Finanziert über den § 16h SGB II gibt es seit 2019 für Wermelskirchen, Burscheid und Leichlingen ein Angebot der aufsuchenden Arbeit für Jugendliche und junge Menschen, die von den herkömmlichen sozialen Institutionen nicht mehr erreicht werden beziehungsweise erreicht werden wollen („**Get up!**“). Träger des Angebots ist die Katholische Jugendagentur Leverkusen, Rhein-Berg, Oberberg gGmbH (KJA LRO). Eine Jugendsozialarbeiterin unterstützt dabei Jugendliche und junge Menschen mit zwischen 15 und 25 Jahren bei ihrer Alltagsstrukturierung, der Wahrnehmung ihrer Selbstwirksamkeit und der eigenen Stärken mit dem Ziel, sie zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisses, der Fortführung ihrer schulischen Ausbildung oder der (Wieder-) Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu motivieren. Häufige Beratungsthemen sind dabei die Wohnsituation der Jugendlichen, familiäre Konflikte, Schulden sowie gesundheitliche und psychische Erkrankungen. Mittlerweile sind 19 junge Menschen aus Wermelskirchen in der Beratung, 13 davon sind auch Kunden des Jobcenters. Die Vermittlung der Jugendlichen und jungen Menschen erfolgt über das Jobcenter, Netzwerkpartner wie zum Beispiel die Schulen oder das Jugendamt und zunehmend Mundpropaganda. Eine enge Vernetzung wird zudem zur Jugendreferentin der Stadtverwaltung sowie zum Streetworker gepflegt. Weitere Informationen zu dem Programm „GetUp“ finden Sie auf der Homepage der KJA oder unter folgendem Link: <https://www.kja-lro.de/einrichtungen/beratungsstellen-00001/getup/>
- Niederschwellige Beratungsangebote
 - Seit Anfang November 2021 findet im Waschcafé einmal wöchentlich eine **Sprechstunde** des **Jobcenters** statt. Zwei Mitarbeitende des Jobcenters beraten und unterstützen dort zum Beispiel beim Ausfüllen von Anträgen oder bei Verständnisfragen bezüglich der erstellten Bescheide. Durch das Angebot vor Ort sollen mögliche Hemmschwellen abgebaut und die Angst „vor dem Amt“ genommen werden. Das Angebot wird sehr gut angenommen, pro Termin finden circa 20 Beratungen statt. Viele Beratungen kommen aufgrund der guten Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Helfern der Flüchtlingsinitiative „Willkommen in Wermelskirchen“ (WKiWK) zustande. Seit gut 1,5 Jahren wird eine weitere Sprechstunde im Jugendbüro speziell für die Zielgruppe der unter 25-Jährigen angeboten. Die Sprechstunde findet alle zwei Wochen statt und in der Regel nehmen zehn bis zwölf Jugendliche teil.

Das Jobcenter Rhein-Berg erweitert zudem seine digitalen Angebote. Anfang 2025 wurde die **Jobcenter-App** eingeführt, über die zum Beispiel auch Dokumente hochgeladen werden können.

 - Das Team der Frühen Hilfen des Gesundheitsamtes des Rheinisch-Bergischen Kreises, bestehend aus Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern, bietet seit 2024 in den drei Einrichtungen des Familienzentrums Ja? Dann! **Familienprechstunden** an. Beraten wird dort kostenlos und ohne Voranmeldung zu Fragestellungen rund ums Kind für alle (werdenden) Eltern und Eltern von Kindern bis 3 Jahren. Bisher wurde das Angebot kaum in Anspruch ge-



nommen. Möglicherweise wird es durch die Anbindung an das Familienzentrum nur als Angebot für Eltern, deren Kind(er) in der Einrichtung betreut wird, wahrgenommen. Daher gibt es Überlegungen, die Sprechstunden auch im oder in der Nähe des Rathauses anzubieten.

- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Zugewanderte:
 - Für Zugewanderte wurden verschiedene städtische als auch ehrenamtliche Strukturen aufgebaut. Das Kommunale Integrationszentrum fördert seit November 2020 für Wermelskirchen zwei Personalstellen für die **soziale Betreuung von Personen mit Migrations- und Fluchterfahrung**, die durch eine weitere Stelle bei der Stadt unterstützt wird. Im Waschcafé bieten ehrenamtliche Helfer im Rahmen der Initiative „Willkommen in Wermelskirchen“ Beratungs- und Unterstützungsangebote für Personen mit Migrationshintergrund an. Auf Kreisebene wurde ein Steuerungskreis mit Vertretungen der Kreis- und Kommunalverwaltungen, des Jobcenters, der Agentur für Arbeit sowie der AG Freie Wohlfahrt gegründet, dessen Arbeit nach Ende der Corona wieder aufgenommen wurde.
 - Das Jobcenter Rhein-Berg hat für die Kommunen im Nordkreis einen **Arbeitsmarktlotsen** eingerichtet. Zu seinen Aufgaben zählen beispielsweise die Kontaktaufnahme zu verschiedenen Arbeitgebern, die Organisation von Praktika sowie die engmaschige Begleitung der Teilnehmenden.
- Prävention/ Frühe Hilfen: Die lange Zeit vakante der Stelle bei den Frühen Hilfen der Stadt Wermelskirchen konnte besetzt und somit auch das Themenfeld Prävention stärker bespielt werden. Um mögliche Lücken in der Präventionskette zu identifizieren und die Transparenz über Angebote zu erhöhen, wurde eine Übersicht über Präventionsangebote in der Stadt Wermelskirchen und die jeweiligen Ansprechpartner mit Stand August 2024 erstellt.

Zielgruppe 2:

- Die Stadt Wermelskirchen hat als Pilotkommune am Programm „**Im Alter in Form**“³³ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) teilgenommen. Ziel des Programms ist, die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen zu fördern und nachhaltig zu verbessern. „Im Alter in Form“ weist drei Handlungsfelder auf: Bewegung, Ernährung und soziale Teilhabe. Anhand verschiedener Beteiligungsformate wurde zu Beginn ermittelt, welche Wünsche es in den einzelnen Bereichen bei den älteren Menschen in Wermelskirchen gibt. Aus der Wunschliste im Bereich „Bewegung“ wurden beispielsweise mehrere Tanzangebote, Spazier- und Boule-Treffs sowie eine ü-50-Disko umgesetzt. Im Bereich „Soziale Teilhabe“ wurden Informationsveranstaltungen und Digitalisierung als häufigste Wünsche genannt, aus denen die Informationsreihe „Gewusst wie! Bestens informiert!“ und das Digital-Café entstanden. Zusätzlich wurden im Bereich „Ernährung“ mehrere Kochgruppen, unter anderem im Haus der Begegnung aufgebaut. Die Angebote wurden von der Zielgruppe sehr gut angenommen und können größtenteils auch nach Ablauf der Förderperiode weiter angeboten werden.
- Des Weiteren hat die Stadt am „**Digitalpakt Alter**“³⁴ der BAGSO teilgenommen und dadurch die Einrichtung des Digital-Cafés finanziert. Im **Digital-Café**, das seit dem 11.04.2024 alle 14 Tage stattfindet, können sich ältere Menschen Ratschläge und Tipps bei der Bedienung von Handys,



³³ <https://im-alter-inform.de/>

³⁴ <https://www.digitalpakt-alter.de/>

Computer und Tablets abholen. Das Besondere dabei ist, dass eine persönliche Einzelbetreuung durch ehrenamtliche Paten stattfindet. Im Schnitt nehmen zehn Personen und eine entsprechende Anzahl Paten an den Treffen teil. Die Teilnehmenden können sich auch Tablets probeweise ausleihen und zu

Hause ausprobieren, bevor sie sich ein eigenes Tablet anschaffen. Möglichkeiten für eine Verstärkung des Projekts nach Ablauf des Förderzeitraums wurden gefunden und Überlegungen eines zusätzlichen Angebots in Dabringhausen bestehen.



- Seit Oktober 2022 gibt es bei der Stadtverwaltung die **Fachstelle „Älter werden“**, die Seniorinnen, Senioren sowie ihre Angehörigen neutral und kostenfrei bei verschiedenen Fragestellungen rund um das Älter werden berät. Um eine kompetente Beratung anbieten zu können, wurde unter anderem eine Übersicht über die Angebotslandschaft erstellt. Neben den Inhalten der Beratungsgespräche bilden die Bedarfserhebung aus dem Programm „Im Alter in Form“ und die Ergebnisse des [„Seniorenberichts 2023-2024 - Bericht über die Lebenslagen älterer Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis“](#)³⁵ die Grundlagen für die weitere Maßnahmenplanung. Die Steuerungsgruppe aus dem Programm „Im Alter in Form“ wird seit dem Ablauf des Förderzeitraums als „Runder Tisch Älter werden in Wermelskirchen“ fortgeführt.
- Gemeinsam mit anderen Kommunen im Kreis nimmt die Stadt Wermelskirchen an dem vom Rheinisch-Bergischen Kreis koordinierten und von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen des GKV-Bündnisses für Gesundheit geförderten **Projekt „Wir kommen in Bewegung!“** teil. Ziel des Projekts ist es, pflegende Angehörige mit präventiven und gesundheitsfördernden Angeboten wie Informationsveranstaltungen, Kursen, Netzwerken, Sport oder Resilienz-Trainings zu unterstützen. Mit bedarfsgerechten Angeboten sollen Überlastung, psychische sowie physische Beschwerden vorgebeugt und verbessert werden. Die Fachstelle „Älter werden“ hat in diesem Zusammenhang die pflegenden Angehörigen zu Fachvorträgen, Schulungen und Workshops (zum Beispiel zum Thema Resilienz) oder regelmäßige Tanzveranstaltungen für Menschen mit und ohne Demenz eingeladen.

Konnten bereits Auswirkungen der Maßnahmen / des Prozesses festgestellt werden?

Messbare Eingliederungserfolge durch die aufsuchende Arbeit des Jobcenters werden erst mittel- bis langfristig erwartet. Erste erfolgreiche Schritte auf dem Weg dorthin konnten jedoch bereits bei vielen der begleiteten Jugendlichen verzeichnet werden, wie zum Beispiel der Aufbau einer regelmäßigen Kommunikation, eine erhöhte Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung von Terminen oder die Anbindung an andere Hilfesysteme.

³⁵ <https://www.rbk-direkt.de/module/Behoerdenlotse/Formularhandler.aspx?id=5388>

Welche Schritte zur Umsetzung der Handlungsempfehlung sind als nächstes geplant?

Zielgruppe 1:

- Einrichtung eines **Familienbüros** im Jahr 2025
- Prüfung eines alternativen oder zusätzlichen Standorts für die **Familiensprechstunde** der Frühen Hilfen des Kreisgesundheitsamts
- Initiierung weiterer **Projekte** im Bereich **Übergang Schule-Beruf** in Kooperation Jugendberufshilfe, Kommunales Integrationsmanagement (KIM), Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Rhein-Berg. Zudem soll die Idee der Jugendberufsagentur weiter verfolgt werden.
- In der Zeit vom 23.09.2024 bis 11.10.2024 wurde eine **Online-Befragung** der Jahrgangsstufen 5, 7, 9 und 11 der weiterführenden Schulen in Wermelskirchen sowie von Teilnehmenden im Bereich der VHS durchgeführt. Die Ergebnisse werden ausgewertet und in den weiteren Prozess eingebracht.

Zielgruppe 2:

- Aufgrund der guten Resonanz ist eine Ausweitung des **Digital-Cafés** nach Dabringhausen geplant
- Weiterer Ausbau des **Hilfenetzwerks für älter werdende Menschen**
- Unterstützung und **Ausbau der Ehrenamtsstruktur**
- **Auswertung** der Ergebnisse des **Seniorenberichts** für Wermelskirchen und Einbringung in den weiteren Prozess
- Ausbau der **Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige** insbesondere demenziell Erkrankter

Zielgruppenübergreifend:

- Für die weitere **Förderung der Quartiersentwicklung** im Bereich Innenstadt + Ost wurde bei der Stiftung deutsches Hilfswerk ein Antrag auf Fördergelder gestellt. Sollte der Antrag positiv beschieden werden, ist unter anderen die Einrichtung eines **Quartiersbüros** in der Thomas-Mann-Straße geplant, um gemeinsam mit den Menschen und Akteuren vor Ort generationenübergreifende Angebote zu schaffen.
- Die **Vernetzung** der verschiedenen Fachbereiche innerhalb der Verwaltung sowie zu externen Akteuren soll fortgesetzt und weiter intensiviert werden.

Anhang

Anhang A: Räumliche Gliederung

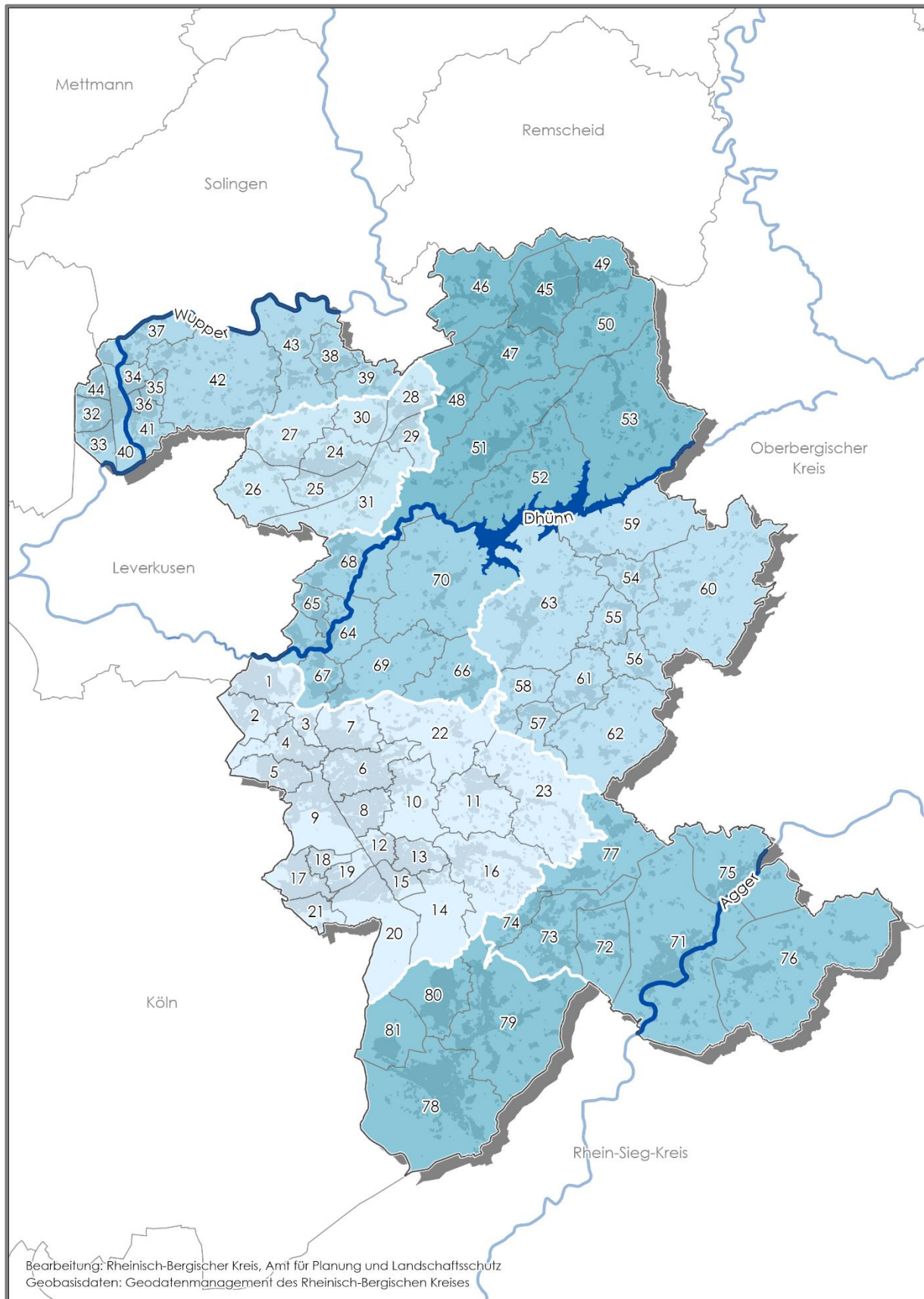


ABBILDUNG A.1: Räumliche Gliederung des Sozialmonitorings im Rheinisch-Bergischen Kreis – Wohnplätze der Sozialplanung (WPS)

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Wohnplätze der Sozialplanung (WPS)

Bergisch Gladbach (23)

- 1 Schildgen
- 2 Katterbach
- 3 Nußbaum
- 4 Paffrath
- 5 Hand
- 6 Stadtmitte
- 7 Hebborn
- 8 Heidkamp
- 9 Gronau
- 10 Sand
- 11 Herkenrath
- 12 Lückerrath
- 13 Bensberg
- 14 Bockenberg
- 15 Kaule
- 16 Moitzfeld
- 17 Refrath
- 18 Alt Refrath
- 19 Kippekausen
- 20 Frankenforst
- 21 Lustheide
- 22 Romaney_Herrenstrunden
- 23 Asselborn_Bärbroich

Burscheid (8)

- 24 Burscheid Zentrum Nord
- 25 Burscheid Zentrum Süd
- 26 Dierath/Großhamberg/Reppinghofen/
Dürscheid
- 27 Massiefen/Blasberg/Nagelsbaum/Paffenlöh
- 28 Hilgen Nord
- 29 Hilgen Süd
- 30 Hilgen West
- 31 Hammerweg/Bellinghausen_
Straßerhof/Straßchen

Kürten (10)

- 54 Kürten
- 55 Waldmühle
- 56 Eichhof
- 57 Dürscheid
- 58 Blissenbach
- 59 Weiden_Enkeln
- 60 Junkermühle_Olpe_Forsten_Bersten_Weier
- 61 Biesfeld_Miebach
- 62 Ahlendung_Offermansheide_Oberbörsch
- 63 Bechen_Herweg_Neuensaal_Richerzhagen

(N=81)

Leichlingen (13)

- 32 Förstchen
- 33 Rothenberg/Schnugsheide
- 34 Mittelstraße
- 35 An der Ziegelei/Heuland
- 36 Cremers Weiden
- 37 Unterberg
- 38 Witzhelden/Flamerscheid
- 39 Höhscheid
- 40 Brückenstraße/Bahnhofstraße_Forster Wald
- 41 Balken/Wietsche_
Büscherhofen_Hüschelrath
- 42 Oberleichenlingen_Junkerholz/Metzholz
- 43 Krähwinkel_Orth_Wolfsstall
- 44 Ziegwebersberg_Stockberg/Unterschmitte

Odenthal (7)

- 64 Odenthal
- 65 Glöbusch/Hahnenberg
- 66 Eikamp
- 67 Heidberg/Küchenberg
- 68 Blecher_Altenberg
- 69 Höffe_Voiswinkel
- 70 Neschen_Scheuren

Overath (7)

- 71 Overath
- 72 Heiligenhaus
- 73 Steinenbrück
- 74 Untereschbach
- 75 Vilkerath
- 76 Marialinden
- 77 Immekeppel_Brombach

Rösrath (4)

- 78 Rösrath
- 79 Hoffnungsthal
- 80 Forsbach
- 81 Kleinenichen

Wermelskirchen (9)

- 45 Wermelskirchen Innenstadt
- 46 Wermelskirchen West
- 47 Wermelskirchen Süd
- 48 Wermelskirchen Südwest
- 49 Wermelskirchen Ost
- 50 Wermelskirchen Südost
- 51 Dabringhausen Nord
- 52 Dabringhausen Süd
- 53 Dhünn

TABELLE A.1: Räumliche Gliederung des Sozialmonitorings im Rheinisch-Bergischen Kreis – Wohnplätze der Sozialplanung (WPS)

QUELLE: Rheinisch-Bergischer Kreis/Amt für Planung und Landschaftsschutz; Geobasisdaten: Geodatenmanagement des Rheinisch-Bergischen Kreises.

Anhang B: Indikatorenkatalog

Ausländische Bevölkerung

Fragestellung		
Wie viele Ausländer leben im Wohnplatz?		
Indikator	1.1 Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft	1.3 Anteil Asylbewerber und Geduldeter
Berechnung	Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft / Bevölkerung insg. *100	Asylbewerber und Geduldete / Bevölkerung insg. *100
Aussage	Der Ausländeranteil gilt als (grober) Indikator für das potenzielle Ausmaß eines Integrationsbedarfs. Kleinräumig ausgewertet kann er zudem Auskunft über mögliche Segregationsmuster geben.	Der Indikator spiegelt das potenzielle Ausmaß des Integrationsbedarfs für die spezifische Gruppe der Flüchtlinge wider.
Stichtag	31.12.2023	
Datenquelle	Kommunale Einwohnermeldeämter	Ausländer- und Einbürgerungsbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises und kommunale Einwohnermeldeämter
Anmerkung	Die amtliche Statistik kann nur nichtdeutsche Staatsangehörigkeit erfassen, nicht den Migrationshintergrund.	

Indikator	1.2 Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der minderjährigen Bevölkerung	1.4 Anteil minderjähriger Asylbewerber und Geduldeter
Berechnung	Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft unter 18 Jahren / Bevölkerung unter 18 Jahren ohne deutsche Staatsbürgerschaft insg.*100	Asylbewerber und Geduldete bis 18 Jahren / Bevölkerung bis 18 Jahren *100
Aussage	Besonderer Integrationsbedarf bei Kindern und Jugendlichen in Schulen und Kitas.	
Stichtag	31.12.2023	
Datenquelle	Kommunale Einwohnermeldeämter	Ausländer- und Einbürgerungsbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises und kommunale Einwohnermeldeämter

Arbeit und Soziales

Fragestellung Wie ist die wirtschaftliche Situation der erwerbsfähigen Bevölkerung?		
Indikator	2.4 SGB-II-Quote in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	2.10 SGB-II-Quote in der nicht-deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
Berechnung	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 und 65 Jahren / Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren insg. *100	Nicht-deutsche erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 und 65 Jahren/ Nicht-deutsche Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren insg. *100
Aussage	Eine hohe SGB-II-Quote weist auf ein erhöhtes Armutsrisiko in der erwerbsfähigen Bevölkerung hin.	Dieser Indikator gibt Auskunft über den Grad der Integration der nicht-deutschen erwerbsfähigen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt und das Armutsrisiko dieser Gruppe.
Stichtag	31.12.2023	
Datenquelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit und kommunale Einwohnermeldeämter	
Anmerkung	Mit SGB-II-Quote ist in diesem Bericht der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 gemeint. Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten gem. § 7 SGB II Personen, die • das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben, • erwerbsfähig sind, • hilfebedürftig sind und • ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Als erwerbsfähig gilt gem. § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Innerhalb der Grundsicherungsstatistik SGB II werden Personen nur dann als erwerbsfähige Leistungsberechtigte ausgewiesen, wenn sie Arbeitslosengeld II beziehen.	

Indikator	2.8 SGB-II-Quote in der Bevölkerung zwischen 35 und unter 55 Jahren	2.11 SGB-III-Quote in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
Berechnung	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 35 und 55 Jahren / Bevölkerung zwischen 35 und 55 Jahren insg. *100	SGB-III-Empfänger zwischen 15 und 65 Jahren/ Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren insg. *100
Aussage	Bei der Arbeit mit dieser Personengruppe ist die Integration in Arbeit, Stabilisierung der Beschäftigung durch Begleitung und Unterstützung des Leistungsberechtigten und des Arbeitgebers mit dem Ziel, die Hilfebedürftigkeit zu beenden, im Fokus. Hier besteht Handlungsbedarf um zukünftige Altersarmut zu verringern, da mit zunehmendem Alter die Integration auf dem Arbeitsmarkt erschwert wird. Eine hohe Quote kann darauf hinweisen, dass abhängig von der Region der Leistungsbezug aufgrund zum Beispiel von hohen Mieten schwieriger zu beenden ist.	Die Leistungsstatistiken SGB III berichten über Personen, die Anspruch auf finanzielle Leistungen wie Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld und Übergangsgeld haben.

Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit und kommunale Einwohnermeldeämter
Anmerkung	Vgl. Erläuterungen zur Definition SGB-II-Quote weiter oben.

Fragestellung Wie viele Personen im erwerbsfähigen Alter erhalten eine Grundsicherung nach dem SGB XII?		
Indikator	2.1 Anteil Leistungsbezieher nach dem 4. Kapitel des SGB XII (Grundsicherung wegen Erwerbsminderung) zwischen 15 und 65 Jahren	2.2 Anteil Leistungsbezieher nach dem 3. Kapitel des SGB XII (Hilfen zum Lebensunterhalt) zwischen 15 und 65 Jahren
Berechnung	Anzahl Leistungsbezieher nach dem 4. Kapitel des SGB XII zwischen 15 und 65 Jahren / Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren insg. *100	Anzahl Leistungsbezieher nach dem 3. Kapitel des SGB XII zwischen 15 und 65 Jahren / Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren insg. *100
Aussage	Der Indikator weist auf prekäre Armutslagen jenseits von Arbeitslosigkeit hin.	
Stichtag	31.12.2023	
Datenquelle	Amt für Soziales und Inklusion (Rheinisch-Bergischer Kreis) und kommunale Einwohnermeldeämter	

Fragestellung Wie ist die wirtschaftliche Situation der Kinder und Jugendlichen?	
Indikator	2.5 Anteil Kinder und Jugendlicher in Bedarfsgemeinschaften
Berechnung	Anzahl Kinder und Jugendlicher (unter 18 Jahren) in Bedarfsgemeinschaften/ Bevölkerung zwischen 0 und 18 Jahren *100
Aussage	Die Kennziffer kann als Maß für die wirtschaftliche Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen gesehen werden und kann als Indikator für Kinderarmut herangezogen werden.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit und kommunale Einwohnermeldeämter

Fragestellung Wie ist die wirtschaftliche Situation der jungen Erwachsenen?		
Indikator	2.6 SGB-II-Quote bei jungen Erwachsenen zwischen 15 und unter 25 Jahren	2.7 SGB-II-Quote bei jungen Erwachsenen zwischen 25 und unter 35 Jahren
Berechnung	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 und unter 25 Jahren/ Bevölkerung zwischen 15 und unter 25 Jahren *100	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 25 und unter 35 Jahren/ Bevölkerung zwischen 25 und unter 35 Jahren *100
Aussage	Eine hohe Quote bei dieser Zielgruppe deutet auf eine hohe Jugendarmut hin. Der Indikator Jugendarbeitslosigkeit ist eine Untergröße dieser Quote. Eine höhere Jugendarbeitslosigkeit könnte eine geringe Ausbildungsquote	Eine hohe Quote dieser Personengruppe kann bedeuten, dass Bedarf besteht, diese frühzeitig intensiv zu unterstützen,

	bedeuten und Fachkräftemangel zur Folge haben.	dass die Qualifikationen der Leistungsbeziehenden nur eingeschränkt zu den Arbeitsmarktanforderungen passen und aufgrund zu hoher Wohnkosten, die Einnahmen nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.
Stichtag	31.12.2023	
Datenquelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit und kommunale Einwohnermeldeämter	
Anmerkungen	Vgl. Erläuterungen zur Definition SGB-II-Quote weiter oben.	

Fragestellung Wie ist die wirtschaftliche Situation der älteren Bevölkerung?		
Indikator	2.9 SGB-II-Quote bei Menschen über 55 Jahre	2.4 Grundsicherungsempfänger in der älteren Bevölkerung
Berechnung	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahren / Bevölkerung zwischen 55 und unter 65 Jahren *100	Empfänger von Leistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII im Alter von 65 Jahren und älter/ Bevölkerung 65 Jahre und älter *100
Aussage	Je höher diese Quote, desto höher ist der Anteil der SGBII-Leistungsbeziehenden, deren Einnahmen nicht zur Beendigung des Leistungsbezugs ausreichen. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit auf Verbleib im Sozialleistungsbezug, d.h. der Indikator gibt das Risiko von Altersarmut wider.	Der Indikator gibt an, wie viel Prozent der älteren Personen von einer Grundsicherung in Höhe des sozio-kulturellen Existenzminimums leben und kann daher als Hinweis auf das Ausmaß von Altersarmut interpretiert werden.
Stichtag	31.12.2023	
Datenquelle	Statistik der Bundesagentur für Arbeit und kommunale Einwohnermeldeämter	Amt für Soziales und Inklusion (Rheinisch-Bergischer Kreis) und kommunale Einwohnermeldeämter
Anmerkungen	Vgl. Erläuterungen zur Definition SGB-II-Quote weiter oben.	

Gesundheit

Fragestellung	Wie ist die körperliche und sprachliche Entwicklung der Grundschüler?
Indikator	3.4 Anteil Grundschüler mit einem Defizit in der körperlichen und/oder sprachlichen Entwicklung
Berechnung	Kinder mit einem körperlichen Defizit (Untergewicht/Adipositas; auffällige Körperkoordination) und/oder sprachlichen Defizit (Sprach- & Sprechstörungen) / untersuchte Kinder*100
Aussage	Allgemeiner Hinweis auf Ernährung, Bewegung, Gesundheit und Entwicklungsstand von Grundschulkindern.
Stichtag	Im Mittel der letzten 4 Untersuchungsjahre (Einschulungsjahrgänge 2020/21-2023/24)
Datenquelle	Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises; Schuleingangsuntersuchung
Anmerkungen	<i>Aufgrund der Corona-Pandemie wurden bei dem Einschulungsjahrgang 2021/2022 nicht alle Kinder im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung untersucht, sondern nur diejenigen, bei denen der Verdacht gemeldet wurde, dass die Schulfähigkeit noch nicht vollständig erreicht sein könnte. Durch die Selektivität der Auswahl untersuchter Schülerinnen und Schüler ist theoretisch ein leichter Anstieg beim Anteil Schülerinnen und Schüler mit einem körperlichen und/oder sprachlichen Defizit zu erwarten.</i>

Fragestellung	Wie wird die Gesundheitsvorsorge angenommen?	
Indikator	3.1 Teilnahmequote U8	3.3 Impfstatus gegen Masern
Berechnung	Kinder mit vollständiger Teilnahme an U8/ untersuchte Kinder mit Untersuchungsheft*100	Kinder mit vollständiger Impfung gegen Masern/ untersuchte Kinder mit Impfheft*100
Aussage	Dieser Indikator kann Aufschluss über das Präventionsverhalten der Eltern, deren Gesundheitsbewusstsein und deren Akzeptanz von präventiven Angeboten geben.	
Stichtag	Im Mittel der letzten 4 Untersuchungsjahre (Einschulungsjahrgänge 2020/21-2023/24)	
Datenquelle	Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises; Schuleingangsuntersuchung	
Anmerkungen	<i>Aufgrund der Corona-Pandemie wurden bei dem Einschulungsjahrgang 2021/2022 nicht alle Kinder im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung untersucht, sondern nur diejenigen, bei denen der Verdacht gemeldet wurde, dass die Schulfähigkeit noch nicht vollständig erreicht sein könnte. Durch die Selektivität der Auswahl untersuchter Schülerinnen und Schüler kann es theoretisch zu einer Verzerrung der Ergebnisse im Vergleich zu den Vorjahren kommen.</i>	

Indikator	3.2 Vorlage Vorsorgeheft
Berechnung	Kinder mit vorgelegtem Vorsorgeheft/ untersuchte Kinder*100
Aussage	Dieser Indikator kann Aufschluss über das Präventionsverhalten der Eltern, deren Gesundheitsbewusstsein und deren Akzeptanz von präventiven Angeboten geben.
Stichtag	Im Mittel der letzten 4 Untersuchungsjahre (Einschulungsjahrgänge 2020/21-2023/24)
Datenquelle	Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises; Schuleingangsuntersuchung

Anmerkungen	<i>Aufgrund der Corona-Pandemie wurden bei dem Einschulungsjahrgang 2021/2022 nicht alle Kinder im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung untersucht, sondern nur diejenigen, bei denen der Verdacht gemeldet wurde, dass die Schulfähigkeit noch nicht vollständig erreicht sein könnte. Durch die Selektivität der Auswahl untersuchter Schülerinnen und Schüler kann es theoretisch zu einer Verzerrung der Ergebnisse im Vergleich zu den Vorjahren kommen.</i>
--------------------	---

Jugendhilfe

Fragestellung	Wie hoch ist der potenzielle Bedarf an präventiven Maßnahmen für Kinder und Jugendliche?
Indikator	4.1 Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren
Berechnung	Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre/ Bevölkerung insg. *100
Aussage	Gebiete mit einem hohen Anteil an Kindern haben einen höheren potentiellen Bedarf an präventiven Angeboten und Maßnahmen
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Kommunale Einwohnermeldeämter

Fragestellung	Wie viele Kinder werden institutionell betreut?	
Indikator	4.2 Betreuungsquote U3	4.3 Betreuungsquote Ü3
Berechnung	Anzahl in der Tagesbetreuung für Kinder (Kita- und Spielgruppen sowie Tagespflege) betreuter Kinder unter 3 Jahren/ Kinder unter 3 Jahren *100	Anzahl in der Tagesbetreuung für Kinder (Kita- und Spielgruppen sowie Tagespflege) betreuter Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren/ Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren *100
Aussage	Die Betreuungsquote gibt Auskunft über die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege. Durch die frühe Betreuung von Kindern werden diese soziokulturell und kognitiv gefördert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt.	
Stichtag	01.03.2023	
Datenquelle	Kommunale Jugendämter und kommunale Einwohnermeldeämter	
Anmerkung	<i>Die Angabe bezieht sich auf das Kindergartenjahr vom 01.08.2022- 31.07.2023 und unterscheidet sich aufgrund unterschiedlicher Berechnungsmethoden von den im Rahmen der kommunalen Bedarfsplanung für Kindertagesstätten ausgewiesenen Quoten.</i>	

Fragestellung	Wie viele Kinder und Jugendliche erhalten Hilfen zur Erziehung?
Indikator	4.4 Anteil geleisteter Hilfen zur Erziehung (HzE) an den Kindern und Jugendlichen
Berechnung	Anzahl der erbrachten Hilfen zur Erziehung (ambulant und stationär) bei Kindern und Jugendlichen unter 21 Jahren/ Bevölkerung unter 21 Jahren*100
Aussage	Die Leistungsdichte bezüglich der Hilfen zur Erziehung gilt als Indikator für belastete Familiensituationen und erhöhten Unterstützungsbedarf. Adressat(inn)en von Hilfen zur Erziehung sind zudem besonders von sozioökonomisch prekären Lebenslagen betroffen.
Stichtag	31.12.2023

Datenquelle	Kommunale Jugendämter und kommunale Einwohnermeldeämter
--------------------	---

Fragestellung	Wie viele Kinder und Jugendliche erhalten Eingliederungshilfen?
Indikator	4.5 Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Eingliederungshilfen (EGH) nach §35a SGB VIII
Berechnung	Anzahl der erbrachten Eingliederungshilfen (ambulant und stationär) bei Kindern und Jugendlichen unter 21 Jahren/ Bevölkerung unter 21 Jahren*100
Aussage	Anteil Kinder und Jugendlicher mit seelischer Behinderung, die eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt und spezieller Förderung bedarf.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Kommunale Jugendämter und kommunale Einwohnermeldeämter

Fragestellung	Wie viele Kinder und Jugendliche erhalten Unterhaltsvorschussleistungen?
Indikator	4.6 Anteil der Kinder und Jugendlichen mit einer Leistung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
Berechnung	Anzahl der Unterhaltsvorschusszahlungen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren/ Bevölkerung unter 18 Jahren*100
Aussage	Die Anzahl an UVG-Leistungen gibt einen Hinweis auf die Häufigkeit von Trennungen und alleinerziehende Familien in Wohnplatz, für die beispielsweise entsprechende Familienberatungsangebote vorgehalten werden müssen.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Kommunale Jugend-, Sozial- und Einwohnermeldeämter

Pflege und Senioren

Fragestellung	Wie hoch ist der Anteil älterer Personen?
Indikator	5.1 Bevölkerungsanteil Hochaltrige
Berechnung	Anzahl 80-jähriger und älterer Personen / Bevölkerung insg. * 100
Aussage	Der Anteil der Hochaltrigen an der Gesamtbevölkerung gibt Hinweise auf Bedarfe an Wohn-, Service-, Pflege- und Hilfsangeboten für diese Altersgruppe.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Kommunale Einwohnermeldeämter

Fragestellung	Wie viele Menschen beziehen Hilfen zur Pflege?
Indikator	5.2 Anteil Leistungsempfänger von Hilfen zur Pflege
Berechnung	Anzahl Leistungsempfänger von ambulanten und stationären Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII / Bevölkerung insg. *100
Aussage	Die Hilfe zur Pflege wird bedürftigen Personen gewährt, die infolge von Krankheit oder Behinderung bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen sind.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Amt für Soziales und Inklusion (Rheinisch-Bergischer Kreis) und kommunale Einwohnermeldeämter
Anmerkung	<i>Bei den stationären Hilfen zur Pflege wird der gewöhnliche Aufenthalt vor Heimaufnahme berücksichtigt.</i>

Fragestellung	Wo leben viele Menschen mit eingeschränkter Motorik?
Indikator	5.3 Anteil der Personen mit einem G-Vermerk im Schwerbehindertenausweis
Berechnung	Personen mit G-Vermerk im Schwerbehindertenausweis/ Bevölkerung insg. *100
Aussage	Bei dieser Personengruppe ist die Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich eingeschränkt, was zu einer Beeinträchtigung bzgl. der Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben führen kann.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises; Sachgebiet Schwerbehindertenausweise und kommunale Einwohnermeldeämter

Fragestellung	Wo leben viele pflegebedürftige Menschen?
Indikator	5.4 Anteil pflegebedürftiger Personen
Berechnung	Pflegebedürftige Personen gemäß SGB XI / Bevölkerung insg. *100
Aussage	Pflegebedürftige Personen im Sinne des SGB XI sind aufgrund gesundheitlich bedingter Beeinträchtigungen in ihrer Selbständigkeit oder ihren Fähigkeiten auf Pflege anderer angewiesen. Für diesen Personenkreis müssen Strukturen sichergestellt werden, die ein möglichst langes Verbleiben im gewohnten Umfeld ermöglichen.
Stichtag	31.12.2023
Datenquelle	Pflegeplanung des Rheinisch-Bergischen Kreises

Anhang C: Methodische Erläuterungen

Für ein besseres Verständnis der methodischen Verfahren werden im Folgenden die zentralen statistischen Verfahren kurz erläutert und anhand von Beispielen veranschaulicht.

Standardabweichung

Der vorliegende Sozialbericht möchte soziale Ungleichheit im Rheinisch-Bergischen Kreis möglichst kleinräumig erfassen und illustrieren. Eine einfache und daher häufig verwendete Darstellungsmöglichkeit eines Sachverhalts ist die Angabe des Durchschnittswerts (auch als Mittelwert oder arithmetisches Mittel bezeichnet) eines mit dem Sachverhalt verbundenen Indikators. Zur Abbildung der sozialen Ungleichheit ist jedoch nicht nur die absolute Höhe des Durchschnittswertes von Interesse, sondern auch Abweichung der Werte von diesem Wert. Diese Abweichung kann sehr gut mit der sogenannten Standardabweichung gemessen werden.



Die Standardabweichung ist ein Maß für die Streubreite eines Merkmales rund um dessen Mittelwert und drückt aus, wie groß die durchschnittliche Abweichung vom Mittelwert ist.

Die Abweichung wird dabei in derselben Einheit ausgedrückt wie die Ursprungsvariable und kann daher leicht interpretiert werden. Je höher die berechnete Abweichung ausfällt, desto höher ist die Streuung der Werte zwischen den Werten in der Stichprobe oder der Grundgesamtheit. Die Standardabweichung eignet sich zum direkten Vergleich von Daten *innerhalb einer* Stichprobe oder einer Grundgesamtheit und wird folgendermaßen berechnet:

$$s = \sqrt{\frac{\sum (x_i - \bar{x})^2}{n}}$$

Beispiel: Ein Kreisgebiet besteht aus acht Kommunen. Für jede dieser acht Kommunen ist die jeweilige Arbeitslosenquote bekannt. Berechnet werden soll die durchschnittliche Arbeitslosenquote über das gesamte Kreisgebiet sowie die dazugehörige Standardabweichung.

Kommune	K1	K2	K3	K4	K5	K6	K7	K8
Arbeitslosenquote	9,9%	7,3%	6,9%	8,0%	7,5%	6,4%	5,3%	6,7%

1. Schritt: Berechnung des Mittelwertes $\bar{x}$:

$$\bar{x} = \frac{x_{K1} + x_{K2} + x_{K3} + \dots + x_{K8}}{8} = \frac{9,9 + 7,3 + 6,9 + \dots + 6,7}{8} = \frac{58}{8} = 7,25\%$$

2. Schritt: Berechnung der Standardabweichung s :

$$\begin{aligned}
 s &= \sqrt{\frac{(x_{K1}-\bar{x})^2 + (x_{K2}-\bar{x})^2 + (x_{K3}-\bar{x})^2 + \dots + (x_{K8}-\bar{x})^2}{8}} \\
 &= \sqrt{\frac{(9,9 - 7,25)^2 + (7,3 - 7,25)^2 + (6,9 - 7,25)^2 + \dots + (6,7 - 7,25)^2}{8}} \\
 &= \sqrt{\frac{(2,65)^2 + (0,05)^2 + (-0,35)^2 + \dots + (-0,55)^2}{8}} = 1,25
 \end{aligned}$$

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote über alle Kommunen des Kreises beträgt 7,25%. Es wurde eine Standardabweichung von 1,25%-Punkten berechnet. Dies bedeutet, dass die einzelnen Werte der Kommunen im Schnitt 1,25%-Punkte vom Mittelwert abweichen.

z-Transformation

Durch die z-Transformation werden die Werte eines Indikators so umgerechnet, dass ihr Mittelwert dem Wert 0 entspricht und die Standardabweichung normiert wird. Die Form der Verteilung der Werte wird durch die Transformation nicht verändert.



Die z-Werte werden auch als standardisierte Abweichung vom Mittelwert bezeichnet und dienen zur Messung der Streuung einer Stichprobe oder Grundgesamtheit im Vergleich zu einer anderen Stichprobe oder Grundgesamtheit.

Z-Werte eignen sich somit zu einem Vergleich zwischen zwei Variablen mit unterschiedlichen Verteilungen und Maßeinheiten und werden folgendermaßen berechnet:

$$z_i = \frac{x_i - \bar{x}}{s}$$

z_i = z-transformierte Stichprobenwerte

x_i = Originalwerte der Stichprobe

$\bar{x}$ = Mittelwert der Stichprobe

s = Standardabweichung der Stichprobe

Anhand der z-Werte kann unmittelbar erfasst werden, welche Einheit der Stichprobe oder Grundgesamtheit bezüglich des jeweiligen Indikatorwerts einen über- beziehungsweise unterdurchschnittlichen Wert aufweist und wie stark die Abweichung im Verhältnis zur durchschnittlichen Streuung der Werte ausgeprägt ist. Je höher der Wert, desto stärker die Abweichung vom Mittelwert. Durch die Standardisierung können auch unterschiedlich dimensionierte Variablen direkt miteinander verglichen werden und zum Beispiel für die Bildung eines Indizes aufsummiert werden.

Beispiel: Die Arbeitslosenquote im oben beschriebenen Kreis hat einen Mittelwert von 7,25% und eine Standardabweichung von 1,25%-Punkten. Die Arbeitslosenquoten der einzelnen Kommunen können nun z-transformiert werden:

Berechnung der z-Werte:

Für $x_{K1} = 9,9\%$

$$z_{K1} = \frac{9,9 - 7,25}{1,25} = 2,12$$

Für $x_{K2} = 7,3\%$

$$z_{K1} = \frac{7,3 - 7,25}{1,25} = 0,04$$

usw.

Dies bedeutet, dass die Arbeitslosigkeit in der Kommune K1 bei 2,12 Standardabweichungen über dem Mittelwert angesiedelt ist. Die Arbeitslosenquote in der Kommune K2 liegt mit einer standardisierten Abweichung von 0,04 hingegen deutlich näher am kreisweiten Mittelwert.

Soll zur Identifikation von Gebieten mit kumulierten Problemlagen ein komplexerer Index aus mehreren Indikatoren gebildet werden, können die berechneten z-Werte hierzu aufsummiert werden. Dies soll an den Indikatoren Arbeitslosenquote und Jugendliche mit Migrationshintergrund demonstriert werden. Die folgende Tabelle fasst Mittelwert und Standardabweichung beider Indikatoren zusammen.

Indikator	Mittelwert	Standardabweichung
Arbeitslosenquote	7,25%	1,25%-Punkte
Jugendliche mit Migrationshintergrund	28,5%	11,9%-Punkte

Bei einer Aufsummierung der einfachen Standardabweichungen beider Indikatoren bekäme die Variable Jugendliche mit Migrationshintergrund durch die deutlich höhere durchschnittliche Abweichung auch ein deutlich höheres Gewicht. Diesem Effekt wird durch die z-Transformation entgegengewirkt.

Des Weiteren können bei z-transformierten Indikatoren für deren Interpretation anschauliche und leicht nachvollziehbare Grenzen gesetzt werden, indem man beispielsweise festlegt, dass Gebiete in einem Wertebereich von +/- 1 Standardabweichung im „Mittelfeld“ und Gebiete mit mehr als 2 Standardabweichungen über dem Durchschnitt im „stark auffälligen Bereich“ liegen.

Anhang D: Fachkräftemangel

Tabelle 1: Top-5-Gesundheits- und Sozialberufe nach Fachkräftelücke und Anforderungsniveau
 Jahresdurchschnitt für den Zeitraum zwischen Januar und Dezember 2023

	Berufsuntergruppe	Fachkräftelücke	Stellenüberhangsquote (%)	Offene Stellen
Fachkräfte	Gesundheits- und Krankenpflege	17.656	74,2	23.810
	Altenpflege	15.230	81,8	18.609
	Zahnmedizinische Fachangestellte	8.202	67,2	12.207
	Medizinische Fachangestellte	6.908	44,8	15.422
	Augenoptik	1.715	76,3	2.247
Spezialist:innen	Kinderbetreuung und -erziehung	20.875	68,9	30.311
	Physiotherapie	12.276	85,7	14.318
	Ergotherapie	5.445	83,3	6.539
	Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik	4.069	66,2	6.147
	Sprachtherapie	2.076	83,8	2.478
Expert:innen	Sozialarbeit und Sozialpädagogik	19.774	75,6	26.141
	Aufsicht und Führung – Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst und Geburtshilfe	2.522	81,1	3.109
	Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik	1.414	78,7	1.796
	Apotheker:innen, Pharmazeut:innen	1.354	47,6	2.842
	Fachärzt:innen in der Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie und psychosomatischen Medizin	866	78,2	1.107

Quelle | IW-Fachkräftedatenbank auf Basis von Sonderauswertungen der BA und der IAB-Stellenerhebung, 2024

TABELLE D.1: TOP-5-Gesundheits- und Sozialberufe nach Fachkräftelücke und Anforderungsniveau
 QUELLE: Arndt et al. (2024)

Anhang E: Literaturverzeichnis

- Arndt, Franziska, Jurek Tiedemann und Dirk Werner (2024): Die Fachkräftesituation in Gesundheits- und Sozialberufen. KOFA kompakt 7/2024. Online abrufbar: <https://www.kofa.de/daten-und-fak-ten/studien/fachkraeftesituation-in-gesundheits-und-sozialberufen/> (Abrufdatum: 30.09.2024).
- Ärzttekammer Nordrhein (2024): Immer mehr ausländische Ärztinnen und Ärzte arbeiten in Nordrhein. Pressemitteilung: <https://www.aekno.de/presse/nachrichten/nachricht/default-41c316102f> (Abruf 05.06.2024).
- Bossler, Mario und Martin Popp (2023): Arbeitsmarktdruck aus beruflicher und regionaler Sicht: Die steigende Knappheit an Arbeitskräften bremst das Beschäftigungswachstum. IAB-Kurzbericht 12/2023.
- Buch, Tanja, Michaela Fuchs, Janina Helm, Annetkatrin Niebuhr, Jan Cornelius Peters und Georg Siegl (2024): Zunehmende Fachkräfteengpässe – Warum sind ländliche Räume besonders betroffen? Wirtschaftsdienst 2024, 104(5): 323-328.
- Bundesagentur für Arbeit (2023a): Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt Mai 2023.
- Bundesagentur für Arbeit (2023b): Beschäftigungsquoten (SvB, GB, aGB) (Jahreszahlen und Zeitreihen). Tabellen Juni 2023.
- Bundesagentur für Arbeit (2024a): Ausländische Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt Februar 2024.
- Bundesagentur für Arbeit (2024b): Arbeitsmarkt Kinderbetreuung und -erziehung. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt Februar 2024.
- Bundesagentur für Arbeit (2024c): Arbeits- und Fachkräftemangel trotz Arbeitslosigkeit. Berichte: Arbeitsmarkt kompakt März 2024.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2022): Fachkräftestrategie der Bundesregierung. Bonn 2022.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2023): Fachkräftemonitoring für das BMAS – Mittelfristprognose bis 2027. Forschungsbericht 625.
- Eberhard, Verena, Selina Scholz und Joachim Gerd Ulrich (2009): Image als Berufswahlkriterium. Bedeutung für Berufe mit Nachwuchsmangel. In: BWP 38 (2009) 3, S. 9-13. URL: <https://www.bwp-zeitschrift.de/dienst/publikationen/de/1584> (Abruf: 04.06.2024).
- Grienberger, Katharina, Britta Matthes und Wiebke Paulus (2024): Vor allem Hochqualifizierte bekommen die Digitalisierung verstärkt zu spüren. Folgen des technischen Wandels für den Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht 5/2024.
- Hellwagner, Timon, Doris Söhnlein, Susanne Wanger und Enzo Weber (2022): Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt. In: IAB-Forum 21. November 2022, <https://www.iab-forum.de/wie-sich-eine-demografisch-bedingte-schrumpfung-des-arbeitsmarkts-noch-abwenden-laesst/> (Abruf: 04.06.2024).
- Herdin, G., R. Baskaran, J. Fingerhut und J. Müller (2023): Das große Berufe-Ranking. Wie sich die Nachfrage nach Berufen in Deutschland verändert. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

- Hickmann, Helen, Anika Jansen, Sarah Pierenkemper und Dirk Werner (2021): Ohne sie geht nichts mehr. Welchen Beitrag leisten Migrant_innen und Geflüchtete zur Sicherung der Arbeitskräftebedarfe in Fachkraftberufen in Deutschland? Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Högner, Magdalena (2024): ELMI Policy Roundtable: It's all about the money? Kriterien für die Berufs- und Studienwahl von Schülerinnen und Schülern, In: IAB-Forum 5. September 2024, <https://www.iab-forum.de/elmi-policy-roundtable-its-all-about-the-money-kriterien-fuer-die-berufs-und-studienwahl-von-schuelerinnen-und-schuelern/> (Abruf: 30. September 2024).
- IT.NRW (2024): NRW: Auszubildende in der Pflege verdienen rund 400 Euro mehr als Azubis im Handwerk. Pressemitteilung vom 26.07.2024. Online abrufbar: <https://www.it.nrw/nrw-auszubildende-der-pflege-verdienen-rund-400-euro-mehr-als-azubis-im-handwerk-126625> (Abruf: 15.08.2024).
- Kögel, Andreas, Michael Lauerer und Daniel Zank (2024): Arbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten in Deutschland: Ergebnisse des Mikrozensus mit Fokus auf Niedergelassene. Gesundheitswesen 2024 (86): 118-123. Online abrufbar: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10883007/pdf/10-1055-a-2107-4845.pdf> (Abruf: 15.07.2024).
- Köhne-Finster, Sabine, Susanne Seyda und Jurek Tiedemann (2023): Helfer:innen als Potenzial zur Fachkräftesicherung. Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA), Studie 04/2023. Online abrufbar: https://www.kofa.de/media/Publikationen/Studien/Helfer_als_Potenzial_zur_Fachkraef-tesicherung.pdf (Abruf: 30.09.2024).
- Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (2024): Fachkräftesituation nach Berufen und Regionen. Online-Datenbank: <https://www.kofa.de/daten-und-fakten/regionale-daten/arbeitsmarkt-nach-berufen-und-regionen/> (Abruf 04.06.2024).
- Kuhlmey, Adelheid und Andrea Budnick (2023): Pflegende Angehörige in Deutschland: Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit. Bundesgesundheitsblatt 2023. Online abrufbar: <file:///C:/Users/hoerstermann.kathari/Downloads/s00103-023-03687-3.pdf> (Abruf: 12.07.2024).
- Läpple, Dirk (2019): Neue Arbeitswelten – eine Einführung. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 6/2019, S. 6-21.
- Maier, Tobias, Stefanie Steeg und Gerd Zika (2000): Die Modellierung adjustierter Suchdauern als Indikator für die Fachkräftesituation im Beruf. Bonn: Version 1.0.
- Maier, Tobias, Michael Kalinowski, Gerd Zika, Christian Schneemann, Anke Mönning und Marc Ingo Wolter (2022): Es wird knapp. Ergebnisse der siebten Welle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsprojektionen bis zum Jahr 2040. BIBB REPORT 16(3)/2022.
- McKinsey & Company (2024): Mit Mut und Augenmaß, bitte! Wie GenAI die Arbeit der öffentlichen Verwaltung unterstützen und den Fachkräftemangel abfedern kann. Online abrufbar: https://www.mckinsey.com/de/~/_/media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2024/2024-07-15%20genai%20and%20talent%20in%20public%20sector/mckinseymit%20mut%20und%20augenmass%20bitte.pdf (Abruf: 26.07.2024).
- Pflegebericht 2023 – Örtliche Planung des Rheinisch-Bergischen Kreises für die Jahre 2023 bis 2026. Online abrufbar: https://rbk4.rbkdv.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZYqXYVsSEk-eh6R9dldM3M16sC3aNhTfU9_cCkj_W6N8/Pflegebericht.pdf (Abruf: 11.03.2025).

- Pierenkemper, Sarah und Fabian Semsarha (2024): Fachkraftsicherung durch ausländische Auszubildende. Institut der deutschen Wirtschaft (IW), IW-Kurzbericht 54/2024. Online abrufbar: <https://www.iwkoeln.de/studien/sarah-pierenkemper-fabian-semsarha-fachkraeftesicherung-durch-auslaendische-auszubildende.html> (Abruf: 15.08.2024).
- Quaestio Forschung & Beratung GmbH (2023): Analyse und Konzept zur Weiterentwicklung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Bergischen RheinLand. Endbericht Oktober 2023. Online abrufbar: https://rbk4.rbkdv.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQRZSDLuaCFE9mGGaD2Ju5etOp-BbMIYbBsNPSfszLaLI/Ambulante_aerztliche_Versorgung_im_Bergischen_RheinLand.pdf (Abruf: 11.03.2025).
- Schwinger, Antje und Klaus Zok (2024): Häusliche Pflege im Fokus: Eigenleistungen, belastungen und finanzielle Aufwände. Widomonitor 2024, 21(1). Online abrufbar: file:///C:/Users/hoerstermann.kathari/Downloads/WIdO-monitor_1_2024_web.pdf (Abruf 12.07.2024).
- Statistisches Bundesamt (2024): Pflegekräftevorausberechnung. Online abrufbar: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/pflegekraeftevorausberechnung.html?nn=208696#nachfrage> (Abruf: 12.07.2024).
- Tiedemann, Jurek, Gero Kunath und Dirk Werner (2024): Jahresrückblick 2023 – Rückgang der Fachkräftelücke, aber keine Entspannung. Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung. KOFA KOMPAKT 3/2024.
- Weimann-Sandig, Nina und Bernhard Kalicki (2004): Nur Teilzeit in der Kita? Arbeitszeitumfang und beschäftigungspotenziale in der Kindertagesbetreuung. Hans Böckler Stiftung – Working Paper Wirtschaftsförderung Nr.331.
- Wolter, Stefan und Thea Zöllner (2024): Are Parents an Ostacle to Gender-Atypical Occupational Choices? IZA Institute of Labor Economics, Discussion Paper Series. Online abrufbar: <https://docs.iza.org/dp16955.pdf> (Abruf: 26.07.2024).

IMPRESSUM:

Sozialbericht 2024

Herausgeber:

Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Landrat

Am Rübezahlwald 7

51469 Bergisch Gladbach

<https://www.rbk-direkt.de/>

Dezernat III

Sozialplanung „Motiv Mensch“

<https://www.rbk-direkt.de/sozialplanung.aspx>

Redaktion:

Dr. Katharina Hörstermann

Verantwortliche Redaktion:

Jürgen Langenbacher

Kontakt: sozialplanung@rbk-online.de

1. Auflage Mai 2025

Stand: 07.04.2025

Schutzhinweise:

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile davon zu übernehmen, zu übersetzen, zu vervielfältigen oder in elektronische Systeme einzuspeisen. Nachdruck (auch auszugsweise) ist nur mit korrekter Quellenangabe gestattet.



Motiv Mensch

Sozialen Wandel gestalten





Rheinisch-Bergischer Kreis
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
Telefon: 02202 13-2509
E-Mail: sozialplanung@rbk-online.de